



HESSISCHER LANDTAG

21. 09. 2005

77. Sitzung

Wiesbaden, den 21. September 2005

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	5293	Jürgen Frömmrich	5305
<i>Entgegengenommen</i>	5293	Birgit Zeimetz-Lorz	5308, 5320
Präsident Norbert Kartmann	5293	Günter Rudolph	5310, 5319, 5320
Nicola Beer	5293	Jörg-Uwe Hahn	5313
10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE)		Minister Volker Bouffier	5315, 5319
– Drucks. 16/4396 –	5293	Tarek Al-Wazir	5318, 5320
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	5305	Vizepräsident Frank Lortz	5321
Klaus Peter Möller	5293	3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Ausführgesetz zum Tagesbetreuungs-ausbau-gesetz (HAG-TAG)	
Thorsten Schäfer-Gümbel	5295	– Drucks. 16/4341 –	5321
Mathias Wagner (Tanus)	5297	<i>Nach erster Lesung dem Sozialpolitischen Aus-schuss überwiesen</i>	5333
Michael Denzin	5299	26. Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Kinderbetreuung in Hessen	
Michael Boddenberg	5300	– Drucks. 16/4350 zu Drucks. 16/3771 –	5321
Minister Dr. Alois Rhiel	5301, 5304	<i>Antwort besprochen</i>	5333
Bernd Riege	5303	Kordula Schulz-Asche	5321, 5324, 5331
Ruth Wagner (Darmstadt)	5303	Rafael Reißer	5323
Präsident Norbert Kartmann	5305	Hannelore Eckhardt	5324
39. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN betreffend Korruptionsprävention		Dorothea Henzler	5326
– Drucks. 16/4392 –	5305	Ministerin Silke Lautenschläger	5328
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	5321	Petra Fuhrmann	5331
32. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betref-fend Versagen des Innenministers Bouffier bei der Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwal-tung		Vizepräsident Frank Lortz	5333
– Drucks. 16/4357 –	5305	31. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Haushalt 2006 wie vorgesehen beraten – Nachtragshaushalt jetzt	
<i>Abgelehnt</i>	5321	– Drucks. 16/4354 –	5333
37. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betref-fend Bericht des Hessischen Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung vom 23. Juni 2005		<i>Abgelehnt</i>	5355
– Drucks. 16/4389 –	5305	47. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Finanzen konsolidieren, wirtschaftliche Entwicklung voran-bringen	
<i>Abgelehnt</i>	5321	– Drucks. 16/4404 –	5333
44. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU be-treffend Innenminister Bouffier beseitigt die Miss-stände im Hessischen Präsidium für Technik, Logis-tik und Verwaltung umgehend und umfassend		<i>Abgelehnt</i>	5355
– Drucks. 16/4401 –	5305	Norbert Schmitt	5333
<i>Angenommen</i>	5321	Roland von Hunnius	5336, 5353
		Gottfried Milde (Griesheim)	5338, 5343
		Frank-Peter Kaufmann	5340, 5344
		Minister Karlheinz Weimar	5344
		Jürgen Walter	5349
		Tarek Al-Wazir	5351
		Michael Boddenberg	5354
		Präsident Norbert Kartmann	5355

Seite	Seite
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen (Studentenwerkgesetz – StWG) – Drucks. 16/4352 – 5355 <i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> 5363	– Drucks. 16/4445 – 5355 <i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> 5363 Michael Siebel 5355 Sarah Sorge 5357 Eva Kühne-Hörmann 5359 Ruth Wagner (Darmstadt) 5360 Minister Udo Corts 5362 Präsident Norbert Kartmann 5363
9. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über die soziale Infrastruktur für Studierende in Hessen (Studierendeninfrastrukturgesetz – SIG) – Drucks. 16/4395 – 5355 <i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> 5363	58. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4331 – 5363 <i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> 5363 Präsident Norbert Kartmann 5363
70. Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen	

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Silke Lautenschläger
Staatssekretär Dirk Metz
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
Staatssekretär Dr. Walter Arnold
Staatssekretär Harald Lemke
Staatssekretär Herbert Landau
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi
MinDirig Helmut Weber
Staatssekretär Bernd Abeln
Staatssekretär Karl-Winfried Seif
MinDirig Dr. Walter Kindermann

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)
Priska Hinz
Florian Rentsch

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich und wünsche einen schönen guten Morgen. Ich eröffne die 77. Plenarsitzung des Hessischen Landtags, die zunächst einmal einen besonderen Vorgang zu verzeichnen hat. Jörg-Uwe Hahn wird 49 Jahre alt. Das ist erwähnenswert.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege, wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Du sagst bei keinem das Alter, nur bei mir!)

– Ich wollte darauf hinweisen, dass die Party im nächsten Jahr größer wird als in diesem Jahr. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Bleiben Sie gesund und munter und uns wohl gewogen und lange erhalten.

(Schriftführerin Abg. Hannelore Eckhardt überreicht einen Blumenstrauß.)

Der zweite wichtige Punkt ist, dass unsere Fußballmannschaft, die gestern hätte spielen sollen, nicht gespielt hat. Dafür hat die Eintracht verloren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun zum Ernst des Tages. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem wird nicht widersprochen.

Zur Tagesordnung ist mitzuteilen, dass die Punkte 1, 2, 45, 49 bis 57 und 61 bis 67 erledigt sind.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt sind ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktion der CDU für ein Gesetz über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen, Drucks. 16/4445, sowie ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend energetische Nutzung von Biomasse verstärken, Drucks. 16/4447. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zu Tagesordnungspunkt 70 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 4 und 9 zu diesem Thema aufgerufen werden. Der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP wird zu Tagesordnungspunkt 71.

Weiter ist eingegangen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucks. 16/4446 zu dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/4398. – Frau Kollegin Beer.

Nicola Beer (FDP):

Ich bitte, Tagesordnungspunkt 71 mit Tagesordnungspunkt 30 aufzurufen.

Präsident Norbert Kartmann:

Es wird gebeten, Tagesordnungspunkt 71 mit Tagesordnungspunkt 30 aufzurufen. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann wird das so erfolgen.

Weiter ist eingegangen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/4448, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucks. 16/4066. Die

beiden Änderungsanträge werden mit den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgerufen.

Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 10: erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE), Drucks. 16/4396. Dann folgt Tagesordnungspunkt 39 – Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Korruptionsprävention, Drucks. 16/4392 –, der mit den Tagesordnungspunkten 32, 37 und 44 aufgerufen wird. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 31, Drucks. 16/4354, der mit Tagesordnungspunkt 47 aufgerufen wird.

Meine Damen und Herren, damit sind die Mitteilungen erfolgt. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) – Drucks. 16/4396 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 15 Minuten je Fraktion. Die Antragsteller haben das Wort. Wer wünscht es? – Herr Kollege Möller für die Fraktion der CDU.

Klaus Peter Möller (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme zufrieden zur Kenntnis, dass schon allein die Namensgebung des Gesetzentwurfs für allgemeine Erheiterung sorgt. Das hat den großen Vorteil, dass er sich relativ schnell einprägen wird. Zugleich haben wir die Möglichkeit, ein bisschen von den Anglizismen wegzukommen. Schließlich sind wir noch nicht so weit, dass wir alles eins zu eins übernehmen müssen.

Wir alle kommen im Land viel umher und kennen viele Städte und Gemeinden. Das Problem, dessen wir uns heute annehmen wollen, dürfte insofern für niemanden aus diesem Hause überraschend sein; denn hierbei handelt es sich um Prozesse, die schon seit Jahren, wenn nicht schon seit Jahrzehnten schleichend laufen. Die Mittel- und Oberzentren geraten zunehmend durch verschiedene Faktoren unter Druck. Das lässt sich in manchen Städten mehr und in manchen Städten weniger beobachten. Die Konkurrenz auf der grünen Wiese, die Konkurrenz im innerstädtischen Bereich durch Einkaufszentren und so genannte Shopping-Malls nach amerikanischem Vorbild, die zunehmend leeren kommunalen Kassen sowie das veränderte Käuferverhalten sind Faktoren, die der Einzelhandel vor Ort seit Jahren spürt und die nunmehr durch einen zu beobachtenden Strukturwandel in den Innenstädten zum Ausdruck kommen.

Hinzu kommt ein abnehmendes Interesse von vielen Hauseigentümern an der eigenen Immobilie bzw. an dem Umfeld. Das Interesse ist in nachvollziehbarer Weise primär darauf fixiert, einen ordentlichen und solventen Mieter zu bekommen, und zwar ohne Absprache mit den Nachbarn. Die Folge dieser Probleme ist in vielen Städten eine zunehmende Uniformität der Innenstädte. Die Innenstadtbereiche werden zunehmend austauschbar. Das kann man beobachten, wenn man verschiedene Städte besucht. Im Prinzip wiederholt sich im Großen und Ganzen das Angebot. In den meisten Städten gibt es keine ausgewogene Geschäftsstruktur mehr. Ein so genannter Trading-down-Effekt ist zu beobachten.

(Gerhard Bökel (SPD): Was war das für ein Wort?)

– Herr Bökel, dieses Wort ist mittlerweile im Großen und Ganzen sogar schon üblich. Ich sage: Wir müssen es mit den Anglizismen nicht übertreiben. Sie verstehen aber, was ich meine.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Trading-down, Herr Al-Wazir. Damit meine ich den Abwärtstrend von Innenstadtlagen.

Der Trading-down-Effekt macht sich bemerkbar durch 1-€-Shops bzw. -Läden.

(Zuruf von der SPD)

– Abgesehen davon hängt das ein bisschen damit zusammen. Die allgemeine Wirtschaftssituation tut ihr Übriges dazu.

Wir haben Monostrukturen in den Städten. Deshalb ändern sich die Kundenströme. Die Stärkung der Einkaufszentren auf der grünen Wiese ist die Folge.

(Christel Hoffmann (SPD): Center!)

– Zentren. Wir können jetzt jedes Wort im Duden nachschlagen. So können wir 15 Minuten auch herumbekommen. Damit habe ich kein Problem.

Bislang wurde versucht, des Problems Herr zu werden, indem man sich freiwillig zusammengeschlossen hat. Die Händler haben sich organisiert und in Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen oder Werbegemeinschaften versucht, des Problems Herr zu werden, allerdings ohne nennenswertes Budget, ohne finanzielle Ausstattung und vor allem ohne Verpflichtung. Die Folge ist immer wieder zu beobachten: Am Anfang läuft so etwas recht gut. Die Köpfe sind voller Ideen. Die Einzelhändler sind motiviert. Man sprüht vor Fantasie, was man für den Standort alles machen könnte.

Mit zunehmender Existenzdauer dieser Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsgruppen ist zu beobachten, dass sich die Zusammenschlüsse langsam auflösen. Es bleiben immer weniger übrig. Meistens bleiben die wenigen von Inhabern geführten Einzelhändler übrig, die zwar Ideen haben, wie man den eigenen Standort aufwerten könnte, die aber schlichtweg nicht die Mittel haben und die am Ende relativ allein dastehen, sodass diese Arbeitsgemeinschaften fast nur noch auf dem Papier bestehen. Man scheitert schon an relativ kleinen Herausforderungen. Man bekommt nicht mehr wirklich etwas auf die Reihe. Das wiederum ruft einen Teufelskreis hervor, die Motivation sinkt, und niemand macht im Endeffekt mehr mit.

Das alles fördert zunehmend und weiter Einkaufszentren sowie Geschäfte auf der grünen Wiese. Das bedeutet, wir stehen vor der Herausforderung, die Freiwilligkeit und die Bereitschaft vor Ort, den eigenen Standort zu stärken, zu fördern, Planungen verbindlich zu ermöglichen, eine Finanzierung sicherzustellen, das Trittbrettfahrertum einzudämmen und zu vermeiden, den Händlern vor Ort Perspektiven zu sichern, den Einzelhandel weiter zu motivieren und die Grundeigentümer mehr in die Pflicht zu nehmen.

Dabei wollen wir eine weit gehende Autonomie für die Initiatoren gewährleisten, möglichst wenige Vorschriften machen, sondern einen Rahmen schaffen. Die Zusammenarbeit der innerstädtischen Geschäfte wird dadurch gefördert werden, und die Unabhängigkeit von den Kommunen bei den Planungen wird mit Sicherheit auch gefördert werden. Die Folge wird sein, dass die Innenstadtlagen wieder unverwechselbarer werden. Jede Stadt

hat wieder mehr Chancen, die eigene Identität aufzubauen. Die Nachbarn und die Anwohner werden davon profitieren, wenn die Attraktivität einer Innenstadt wieder steigt und die Kundenströme sich wieder in die traditionellen Geschäftslagen hinein konzentrieren.

Eine Lösung sind die so genannten BIDs, Business Improvement Districts. Der Begriff kommt unverkennbar aus dem Englischen. Ich will es gleich betonen, bevor jemand dazwischenruft.

(Heiterkeit)

1.200 solcher BIDs gibt es bereits in Nordamerika, in Südamerika, in Neuseeland, in Australien und im asiatischen Bereich, in Deutschland bislang nur in der Freien und Hansestadt Hamburg. Es handelt sich hierbei um einen Lösungsansatz für die Herausforderung, freiwillige Zusammenschlüsse zu bilden.

Der Ablauf wird folgendermaßen sein: Auch bisherige freiwillige Zusammenschlüsse werden mit einem ersten Quorum, mit einer Zustimmung von 15 % der Betroffenen den Prozess in Gang bringen können. Man wird gemeinsam Analysen vom eigenen Standort machen. Man wird sich über Planungen, über Möglichkeiten verständigen. Man wird Bedarfsanalysen erarbeiten und vorlegen müssen, einen Finanzierungsplan, einen Maßnahmenkatalog, die Berechnung von Beiträgen, wenn man sie auf jeden Kopf verteilen würde. Nicht zuletzt wird vor Ort innerhalb der Eigeninitiative für den zweiten Schritt geworben werden müssen: das Erreichen eines Quorums von 75 % oder, umgekehrt, nicht mehr als 25 % Ablehnung.

Das Ganze ist im Kern ein urdemokratischer Prozess; denn die Befürworter wie auch die Gegner werden sich selbst organisieren müssen und werden für Zustimmung vor Ort werben müssen. Das alles geschieht ohne Beteiligung der Kommune. Die Kommune ist in dieser Phase schlichtweg nur Ansprechpartner bei der Einschätzung der Beiträge, die erhoben werden müssten, um die definierten Ziele zu erreichen.

Erst wenn dieser Prozess beendet ist und in einem selbst definierten Bereich einer Innenstadt 75 % Zustimmung der Grundeigentümer erreichbar erscheinen, schaltet sich die Kommune ein durch Ansprache des dann in Gründung befindlichen BID. Die Folge muss ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Maßnahmen sein, der unter anderem eine Verpflichtung aller Beteiligten in diesem Bereich für fünf Jahre beinhaltet. Nach dem Gesetz gehen diverse Verpflichtungen für die Initiatoren einher, z. B. jährliche Bilanzen, Abhandlung der Maßnahmenkataloge, Einhaltung des Finanzierungsplanes usw.

Von den ursprünglichen Ansätzen darf nicht in erheblichem Maße abgewichen werden. Das würde das Ganze auch auf den Kopf stellen; denn man hat ursprünglich mit einer Planung geworben und diese mit 75 % Zustimmung auf den Weg gebracht. Hoheitliche Aufgaben sollen von einem BID nicht wahrgenommen werden.

Wir geben mit einem solchen Gesetz im Prinzip die Verantwortung und die Zukunft in einem Quartier zurück an das Quartier selbst. Die Menschen vor Ort, die Händler und die Eigentümer sollen die zukünftige Gestaltung ihres Umfeldes selbst in die Hand nehmen können, mit möglichst wenig Einfluss seitens der Politik. Die Chancen liegen in einer direkten Einflussnahme auf das Management und in der Neuvermietung des Grundeigentums seitens des Handels. Momentan ist schlichtweg zu beobach-

ten, dass durch die Sprachlosigkeit der Händler Hauseigentümer auf dem Markt den Mieter nehmen, den sie für am solventesten halten, mit relativ wenig Rücksicht auf die Struktur des Quartiers. In Zukunft wird ein BID sich dahin gehend aufstellen können und wird frühzeitig bei einem drohenden Ladenleerstand mit dem Eigentümer Kontakt aufnehmen und sich auch anbieten können, gemäß den eigenen Vorstellungen für einen Nachmieter zu sorgen und dafür zu werben. Das Ganze nennt man auch Ladenleerstandsmanagement. Der vorhin genannte und schmunzelnd zur Kenntnis genommene Trading-down-Effekt wird damit einzudämmen sein.

Ein BID wird eine verstärkte Interessenvertretung darstellen können gegenüber den Kommunen. Neben der Werbung für das Quartier und den Standort im Allgemeinen werden selbstverständlich Veranstaltungen, Feste, aber auch die Dekoration von Innenstadtlagen sehr viel leichter zu bewerkstelligen sein als bisher. Es besteht die Möglichkeit zur Finanzierung gemeinsamer Aktionen, die viele Einzelhändler niemals alleine bewerkstelligen könnten. Es gibt Beispiele: Kinderbetreuung in der Innenstadt, Teilhabe an der Möblierung von Straßen, Beteiligung an der Umgestaltung der Plätze usw. Je größer die Sache ist, desto enger wird die Verbindung mit der Kommune. Je kleiner die Sache ist, desto eigenständiger kann der BID arbeiten.

Im Prinzip ist ein BID nichts anderes als die Schaffung der Möglichkeit, dass sich traditionelle Einzelhandelslagen organisieren, ähnlich wie in den Einkaufszentren nach amerikanischem Vorbild. Die verfügen über ein gemeinsames Budget, über eine gemeinsame Marketingstrategie, über ein gemeinsames Wertekonzept, über ein Ladenleerstandsmanagement usw. Dieses Instrument braucht der Innenstadthandel, um die Konkurrenz aufnehmen zu können und mit Chancengleichheit für die Attraktivität traditioneller Standorte werben zu können.

Die Folge wird eine deutliche Belebung der Innenstadtlagen sein, weil die Städte unverwechselbarer sein werden, weil die Attraktivität steigt und weil auch ein paar neue Ideen in die Innenstädte fließen können. Wir fördern im Prinzip die Eigenverantwortung vor Ort. Wir fassen einen Rahmen für die Eigeninitiative. Wir unterstützen gemeinsames Vorgehen, und wir fördern die Chancengleichheit zwischen traditionellen Lagen und der so genannten grünen Wiese bzw. den Einkaufszentren.

Mit dem Gesetz, abgekürzt INGE – das wird sich mit Sicherheit sehr schnell einprägen –, wollen wir lediglich einen Rahmen schaffen. Die Ausfüllung des Rahmens geschieht vor Ort. Es wird eine möglichst weit gehende Autonomie zur Ausgestaltung des Gesetzes vor Ort geben. Wir wollen, dass die Betroffenen vor Ort für sich selbst werben, sich mit sich selbst beschäftigen, ihre eigenen Ideen planen, einen Finanzierungsplan aufstellen, und zwar ohne Einfluss von außen. Die Kommune tritt erst aufs Tableau, wenn die 75 % erreichbar sind, wenn also der BID in Gründung befindlich ist. Die Kommune wird zu einem Partner des Innenstadthandels, und der Innenstadthandel macht sich unabhängiger von der kommunalen Kassenlage oder von politischen Entscheidungen vor Ort.

Ich denke, die Beispiele aus dem Ausland und auch aus Hamburg zeigen deutlich, dass ein BID-Gesetz ein gutes Instrument ist, um die Innenstadtlagen zu fördern, um traditionellen Innenstadtlagen unter die Arme zu greifen, um den verbliebenen Einzelhändlern vor Ort ein Instru-

ment zu geben, um sich zu organisieren, um die Motivation zu fördern und das Engagement zu stärken.

Hessen wird das erste Flächenland in Deutschland mit einer solchen Gesetzgebung sein. Ich habe bislang keine Kenntnis davon, dass eine der Fraktionen prinzipiell dagegen ist. Ich hoffe, die Debatte über die zweite Lesung hinaus und die Anhörung werden das Ganze bestätigen. Es ist im Sinne des Einzelhandels, im Interesse der Gemeinden und Städte unseres Landes. Wir machen nur ein Rahmengesetz, und ich bitte um Unterstützung für diese gute Idee, die wir nun auf Hessen übertragen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Schäfer-Gümbel für die Fraktion der SPD.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen zum vorliegenden Gesetzentwurf machen.

Erstens. Wir begrüßen die Vorlage dieses Gesetzentwurfs ausdrücklich.

(Beifall des Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Er zeigt in die richtige Richtung und stellt nichts anderes dar als die Umsetzung des Ansatzes von Hilfe zur Selbsthilfe in der Stadtentwicklungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie erkennen damit an, dass eine alleine auf Freiwilligkeit gerichtete Stadtentwicklungspolitik an ihre Grenzen gestoßen ist. Damit haben Sie einen ursozialdemokratischen Politikansatz aufgenommen, und das ist im Ergebnis gut so.

(Beifall bei der SPD – Demonstrativer Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Wahrscheinlich ist das Problem an der Stelle, dass es ein sozialdemokratischer Politikansatz ist. Wir kommen aber auch dazu, Herr Denzin.

Als Abgeordneter für Stadt und Landkreis Gießen freue ich mich zweitens natürlich ganz besonders, dass mit der heutigen Einbringung dieses Gesetzentwurfs die Initiative einiger Geschäftsleute aus der Universitätsstadt Gießen, insbesondere der Herren Ebert, Behrens und Balsler, sowie der SPD-Stadtverordnetenfraktion der Universitätsstadt Gießen vom vergangenen Herbst so konkrete Früchte trägt.

Wir bedauern ausdrücklich, dass unser Angebot zur Zusammenarbeit im Vorfeld dieses Gesetzentwurfes nicht aufgenommen wurde.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das ist zwar das gute Recht der parlamentarischen Mehrheit, im konkreten Fall aber fachpolitisch nicht wirklich verständlich. Außerdem hätte man dadurch viel Zeit sparen können, die für die Einrichtung eines Innovationsraumes im Sinne dieses Gesetzes nötig ist. Ich stimme nämlich ausdrücklich dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Jung zu, wenn er im „Gießener Anzeiger“ von gestern erklärt: „Gießen ist in Hessen der Vorreiter bei der Vorbe-

reitung für diese neue Form der gemeinschaftlichen Innenstadtgestaltung.“

Allerdings läuft den Gießenern auch etwas die Zeit davon, da die Galerie Neustädter Tor, die der Ausgangspunkt der Überlegungen des Gießener Einzelhandels im Seltersweg war, in den nächsten Wochen eröffnet wird. Ich sage dies so kritisch, weil mindestens die Kollegen Möller und Bouffier wissen, dass diese Initiative auch Teil einer Überlebensstrategie des Innenstadthandels angesichts der konkreten Konkurrenz durch diese Mall ist.

Aus diesem Grunde haben wir im Mai einen entsprechenden Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das ist mit der Vorlage des heutigen Gesetzentwurfes überholt, weil die CDU-Fraktion die Arbeit des Ministers gemacht hat. Dazu komme ich später noch einmal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nach diesen beiden Vorbemerkungen konkret zum vorliegenden Gesetzentwurf kommen. Seit vielen Jahren sind die städtebaulichen Aktivitäten in besonderer Weise auf die Aufwertung der Innenstädte gerichtet. Angefangen bei der Einrichtung von Fußgängerzonen über die erhaltende Stadterneuerung, gab es in Westdeutschland bereits in den Siebziger- und Achtzigerjahren zahlreiche Ansätze, um die Situation in den Innenstädten zu verbessern. Heute gibt es bundesweit vielfältige Initiativen und Vorschläge zur Stärkung der Innenstädte. Kommunale Spitzenverbände, Handelsverbände, die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene sind gemeinsam der Auffassung, dass die Zukunft unserer Städte ganz entscheidend von der Entwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren abhängt. Leider haben diese Instrumente auch ihre Grenzen bei der Entwicklung innerstädtischer Quartiere gezeigt. Deshalb ist es richtig, wenn nach neuen Wegen der Innenstadtentwicklung gesucht wird. Dabei müssen alle neuen Instrumente darauf abgeklopft werden, ob sie der Funktion einer lebendigen Innenstadt dienlich sind.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen lebendige Innenstädte einen funktionierenden Handel voraus. Die Stärkung der Wohnfunktion und die Umsetzung der innenstadtverträglichen Verkehrskonzepte sind weitere Voraussetzungen für die Entwicklung der Innenstädte. Das baukulturelle Erbe und die Vielfalt des kulturellen Angebots bereichern die Innenstadt. Besucher und Bewohner wollen sich in den Innenstädten sicher fühlen. Eine intensivere Nutzungsmischung kann zu dieser Stabilisierung der Innenstädte beitragen. Lebendige Innenstädte sind in der Vergangenheit aber massiv unter Druck geraten. Herr Möller hat an einzelnen Stellen bereits darauf hingewiesen. Die Ursachen dafür sind vielfältig.

Lassen Sie mich zwei dieser Ursachen nennen. Die Funktionen einer lebendigen Innenstadt, die ich eben beschrieben habe, wurden in der Vergangenheit in kommunalpolitischen Debatten häufig als Gegensätze diskutiert oder als einziges Lösungskonzept propagiert. Dieser Teil fehlt in der Problembeschreibung Ihres Gesetzentwurfes.

Die großflächige Ansiedlung des Einzelhandels – darauf hat Herr Möller hingewiesen – verschärft die Situation in den Innenstädten. Dies ist aus unserer Sicht im Gesetzentwurf hinreichend problematisiert.

Ich benenne diese Punkte deshalb, weil damit auch die Reichweite und Begrenztheit des Instruments der Innovationsregion in der Stadtentwicklungspolitik deutlich

wird. Diese Innovationsregionen sind eben kein Politikersatz. Deshalb ist es ausdrücklich richtig, dass der Gesetzentwurf nach § 5 Abs. 5 keinen Rechtsanspruch auf die Einrichtung solcher Zonen definiert. Die Innovationsregionen sind ein außerordentlich sinnvolles Instrument, wenn sie in eine umfassende Stadtentwicklungspolitik eingebettet sind. Die isolierte Einrichtung solcher Gebiete birgt die Gefahr, dass sie keinen hinreichenden Beitrag zur Stabilisierung der innerstädtischen Quartiere leisten können.

Die ehemalige rot-grüne Koalition in NRW hat dies früh erkannt und hat bereits im Jahr 2003 neue Strategien des Stadtmarketings initiiert. Mit dem neuen Konzept Stadtmarketing der zweiten Generation wurde die erfolgreiche Methode der öffentlich-privaten Kooperation auf neue Problemlagen und neue Problemperspektiven fokussiert. Zum Beispiel wurden Grundstückseigentümer und Immobilienbesitzer, aber auch Gastronomen und Hoteliers stärker als bisher an den Aktivitäten beteiligt. Diese Gruppen profitieren deutlich von funktionierenden Innenstädten. Daher sollten sie ihren Beitrag auch leisten können. Das NRW-Konzept unterscheidet sich vom Hamburger Weg und dem in Hessen dadurch, dass es sich um eine freiwillige Beteiligung handelt. Entscheidend ist, dass die Landesregierung in NRW aktiv wurde.

Ein Blick nach Hessen lässt bisher nur den Kopf schütteln. Außer dem Wettbewerb „Ab in die Mitte!“ ist dem Minister noch nicht viel eingefallen. Bezeichnend ist leider auch, dass der Gesetzentwurf nicht von der Landesregierung eingebracht wurde, sondern von der CDU-Fraktion. Es wundert nicht, weil Stadtentwicklungspolitik in Hessen unter Dr. Rhiel nicht existiert.

(Beifall bei der SPD – Horst Klee (CDU): Große Sprüche!)

Es ist sehr bedauerlich, dass Sie nicht einmal den Willen hatten, diesen Gesetzentwurf zu machen. Herr Rhiel, vielleicht können Sie dem Plenum erläutern, welchen Beitrag und welche Briefe Sie den Initiatoren beispielsweise zu Ihrer Position zum BID geschrieben haben. In jedem Fall ist es gut, dass Hessen endlich aus seinem Dornröschenschlaf erwacht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Lassen Sie mich nun noch zu den einzelnen Vorschriften des Gesetzentwurfes kommen. Zunächst komme ich zu § 2 „Ziele und Aufgaben“. Die Ziele und Aufgaben sind mit Ausnahme des Ausschlusses der Übertragung von hoheitlichen Aufgaben wörtlich aus dem Hamburger Gesetz übernommen und aus unserer Sicht daher auch nicht zu beanstanden.

(Michael Denzin (FDP): Ui!)

Außerdem umfassen sie die Punkte unseres Antrags vom Mai vollinhaltlich.

§ 3 „Einrichtung“. Die Regelung ist aus unserer Sicht klar und transparent. Zur Frage des Rechtsanspruchs habe ich bereits gesprochen.

§ 5 „Antragstellung“. Wir halten es ebenfalls grundsätzlich für richtig, dass die Quoren für eine Antragstellung aus einer Kopplung von Eigentümern und Flächen abgeleitet werden. Die 15 % sind ebenfalls dem Hamburger Gesetz entnommen und aus unserer Sicht nicht zu beanstanden. Ob die Regelung zur Auskunftspflicht von Einheitswerten an den Aufgabenträger zielführend ist oder

ob es andere Wege gibt, werden wir im Rahmen der Anhörung problematisieren. Die Widerspruchsquote nach § 5 Abs. 8 in Höhe von 25 % der Eigentümer oder der Grundstücksflächen halten wir ebenfalls für sinnvoll.

§ 7 „Abgabenerhebung“. Klärungsbedarf haben wir zur Frage des angemessenen Gewinns des Aufgabenträgers nach Abs. 1. Die Aussetzungsregelung für die Abgaben für Eigentümer nach Abs. 4 erscheint uns ebenfalls sinnvoll. Wir werden jedoch nochmals genauer prüfen, ob die Regelung hinreichend wirkt.

Wie Sie sehen, halten wir den eingeschlagenen Weg für richtig und sinnvoll. Die Detailfragen werden wir sicher noch klären können.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort an die FDP richten. Die Position habe ich nämlich bisher nicht verstanden. Wenn ich es richtig sehe, halten Sie den vorgeschlagenen Gesetzentwurf für einen unzulässigen Eingriff in die Eigentumsrechte der Einzelnen. Das ist ein gewichtiges Argument, geht aber an der Sache vorbei. Der Gesetzentwurf wird an der Stelle wirksam, wo von den Eigentümern eine Initiative ergriffen wird und in einem Prozess eine Mehrheitsbildung stattfindet. Der Gesetzentwurf schließt aus, dass Einzelne diesen Weg blockieren oder Nutznießer einer Entwicklung sind, zu der sie keinen Beitrag leisten wollen. Eine finanzielle Überforderung ist nämlich grundsätzlich ausgeschlossen, weil eine entsprechende Regelung im Gesetzentwurf vorgesehen ist. Ich verstehe daher nicht, wieso Sie dieses Instrument der Hilfe zur Selbsthilfe ablehnen. Schließlich sagt das Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet“, und nicht: „Jeder kann machen, was er will“. Insoweit möchte ich Sie darum bitten, Ihre Position nochmals zu überdenken.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Unsere Innenstädte sind aufgrund konkreter politischer Entscheidungen in Wirtschaft und Politik in die derzeitige Lage gekommen. Die Situation ist für viele Innenstädte nicht vom Himmel gefallen, sondern ist herbeigeführt worden. Wir reden also heute über eine neue Strategie zur Stadtentwicklungspolitik, die vorangegangene Entwicklungen und Entscheidungen korrigieren soll. Den vorgeschlagenen Weg teilen wir ausdrücklich im Wissen um seine Begrenztheit, wenn er nicht in eine städtische Gesamtstrategie eingebunden ist. Dies entscheiden die Kommunen aber vor Ort selbst. Der Gesetzentwurf ist insoweit auch im Grunde richtig angelegt, weil er den Kommunen einen großen Freiraum bei der Ausgestaltung lässt. Wir schreiben niemandem vor, dass er eine Innovationsregion macht. Wir schaffen mit dem Gesetzentwurf die Voraussetzung dafür, dass eine eingerichtet werden kann. Wir freuen uns als hessische SPD – so viel Polemik muss am Ende dann doch noch sein –, dass die hessische CDU ein sozialdemokratisches Gesott in Gesetzesform vorlegt. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Umlagesysteme – dies ist ganz sicher eines – haben ihre Sinnhaftigkeit und Stabilität bewiesen. Allerdings wird es Roland Koch nicht retten, wenn er jetzt in Hessen ein sozialdemokratisches Umlagesystem umsetzt. Seine Tage sind gezählt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Abg. Wagner für die Fraktion der GRÜNEN. Bitte sehr.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über den Gesetzentwurf der CDU zur Stärkung der Innenstädte reden, lohnt es sich, einen Blick darauf zu werfen, wie sich viele Innenstädte in unserem Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten entwickelt haben. Ein Markpunkt für diese Entwicklung war mit Sicherheit die Aufhebung der Preisbindung für Lebensmittel in den Siebzigerjahren. Spätestens seit diesem Zeitpunkt haben wir in den Innenstädten einen massiven Verdrängungswettbewerb, einen massiven Wettbewerb zwischen den gewachsenen Strukturen, zwischen den inhabergeführten Unternehmen, vor allem zunächst einmal Lebensmittelgeschäften und den großen Discountern. Das hat dazu geführt, dass die kleinen Geschäfte, die inhabergeführten Unternehmen, unter einen riesigen Druck geraten sind und ganz viele aufgeben mussten. Deshalb gibt es heute in den Innenstädten oftmals keine vielfältige Struktur mehr, sondern eine sehr einheitliche Struktur, die nicht mehr gewachsen ist, sondern die austauschbar und verwechselbar ist. Das hat der Entwicklung unserer Innenstädte sicher nicht sehr gut getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Entwicklung setzte sich über den Lebensmittelbereich in weitere Bereiche fort, Stichwort Fachgeschäfte, Elektrofachhandel. Auch da finden wir in den Innenstädten nur noch ganz wenige Einzelhändler, inhabergeführte Unternehmen. Wir haben ganz viele Ketten, ganz viele große Unternehmen. Die sind auch oft nicht mehr in der Innenstadt, sondern auf der grünen Wiese. Damit ist ein weiterer Punkt angesprochen, der in den letzten Jahren und Jahrzehnten ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass viele Innenstädte so sind, wie sie heute sind. Es werden immer neue Gewerbegebiete außerhalb der Innenstädte ausgewiesen. Man hat nicht versucht, die Innenstädte weiterzuentwickeln, sondern man hat Konkurrenz zu den gewachsenen Strukturen auf der grünen Wiese ausgewiesen. Das hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass wir einen Druck auf die innerstädtischen Strukturen hatten, der unseren Städten nicht gut getan hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch ein geändertes Einkaufsverhalten zur Kenntnis nehmen. Man kann nicht richtig beurteilen, was zuerst da war. War zuerst die Ausweisung der Märkte auf der grünen Wiese, der die Leute dann gefolgt sind, oder war es der Wunsch der Leute, große Shopping-Malls auf der grünen Wiese zu haben? Das kann man nicht genau auseinander halten. Im Ergebnis haben wir durch diese Entwicklung etwas produziert, was nicht nur für die innerstädtische Entwicklung der Geschäfte nicht gut war, sondern was auch ein erhebliches Maß an Verkehr produziert hat und wodurch es zu einem erheblichen Maß an Problemen in unseren Städten gekommen ist. Nicht zuletzt hat das dazu geführt, dass viele Innenstädte in unserem Land verödet sind, dass wir keine lebhaftige Geschäftskultur mehr haben.

Die Geschäftskultur und die Angebote für die Einzelhändler sind sicher das Eine, aber wir verlieren auch ein Stück urbaner Kultur, wenn wir diese Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht aufhalten, weil gewachsene Ortskerne immer auch ein Ort der Begegnung, ein Ort der Kultur und ein Ort des Dialogs sind. Schauen

wir uns einmal an, wie das Einkaufsverhalten auf der grünen Wiese ist. Man fährt in der Regel mit dem Auto hin, weil der ÖPNV-Anschluss bei der Planung auch gern einmal vergessen wurde. Man kauft ein und redet mit niemandem, bringt seine Einkäufe ins Auto und fährt wieder weg. Daran sehen wir, was hier für unser Land auch an Kultur verloren geht, indem wir sehr stark auf die grüne Wiese gesetzt haben oder die Mehrheit der Parteien sehr stark auf die grüne Wiese gesetzt hat und eben nicht auf die Entwicklung der Innenstädte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Denzin (FDP))

Gerade angesichts des demographischen Wandels und gerade angesichts einer älter werdenden Gesellschaft ist diese Entwicklung nicht gut. Wenn ältere Menschen heute in ihrem gewachsenen Wohnumfeld keine Möglichkeit mehr haben, die Dinge des täglichen Bedarfs zu kaufen, wenn sie darauf angewiesen sind, mit dem Auto zu fahren, oder wenn sie selbst nicht mehr fahren können oder wollen, darauf angewiesen sind, dass andere das für sie tun, macht das unsere Städte ärmer und macht es gerade für ältere Menschen schwieriger, ihr Leben zu gestalten und die Dinge des täglichen Bedarfs selbst zu erledigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Also ist es vom Ziel her völlig richtig – und das wird auch von meiner Fraktion nicht bestritten –, dass wir etwas tun müssen, um die Innenstädte zu stärken.

Nun verstehe ich, dass Herr Kollege Möller den Gesetzentwurf der CDU sehr euphorisch dargestellt hat. Herr Kollege Möller, bei allem Verständnis dafür, dass man versucht, das, was man selbst vorlegt, in besonders rosigen Farben zu malen, sollte dabei doch auch nicht vergessen werden, dass schon eine ganze Menge für unsere Innenstädte geleistet wird, auch schon vor Ihrem INGE-Entwurf. Das sollten wir bei allem Verständnis dafür, dass Sie es hier besonders positiv darstellen wollen, Herr Möller, nicht aus dem Blick verlieren.

Meine Damen und Herren, als Erstes sind da die Gewerbetreibenden selbst zu nennen, die in den Zusammenschlüssen, in den Gewerbevereinen und den City-Ringen sehr Positives für ihre Städte und Gemeinden tun und dafür sorgen, dass dem Trend, dass immer mehr auf die grüne Wiese geht, entgegengewirkt wird. Hier wird sehr viel geleistet. Das sollten wir, wenn wir über ein solches Gesetz reden, hier auch sagen und nicht ignorieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Kommunen leisten sehr viel für die innerstädtische Entwicklung. Auch das gehört dazu. Sicher machen es nicht alle Kommunen. Sicher gibt es auch Negativbeispiele. Manchmal wird auch etwas „verschlimmbessert“. Ich habe da auch einen Fall aus dem Hochtaunuskreis im Blick, aber es gehört jetzt nicht hierher, die kommunalpolitische Debatte zu vertiefen. Also auch da wird einiges geleistet.

Aber der Dreh- und Angelpunkt, weshalb es uns noch nicht richtig gelingt, die Innenstädte wieder zu stärken – das habe ich in der Rede schon angesprochen –, ist schlicht und ergreifend die immer noch nicht gestoppte Zersiedelung, die immer weitere Ausweisung von immer weiteren Gewerbegebieten auf der grünen Wiese.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU und auch von der SPD, das kann ich Ihnen nicht ersparen. Ich nehme ja zur Kenntnis, dass Sie die Innenstädte stärken wollen, dass Sie mit dem Gesetzentwurf INGE etwas machen wollen; aber wenn es bei der Siedlungsentwicklung konkret wird, wenn es bei den Verhandlungen, wo neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden, konkret wird und Sie immer dafür stimmen, dass neue Gewerbeflächen ausgewiesen werden, wenn Sie immer dafür stimmen, dass die Innenstädte dadurch geschwächt werden, dass immer mehr auf der grünen Wiese ausgewiesen wird, dann werden Sie es auch mit INGE nicht schaffen, die Innenstädte zu stärken. Meine Damen und Herren, das gehört dann auch zu einer vollständigen Betrachtung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion hat große Zweifel, ob es mit INGE tatsächlich gelingen kann, ob das tatsächlich das richtige Instrument zur Stärkung der Innenstädte ist. Wir haben grundsätzliche Zweifel. Wir haben auch Zweifel im Detail. Ich möchte darauf eingehen.

Das Grundproblem habe ich schon genannt. Ist es wirklich richtig, dass CDU und SPD immer, wenn es konkret wird, der Ausweisung neuer Gewerbegebiete zustimmen und dann hier sagen: Liebe Gewerbetreibende in den Innenstädten, zum Dank dafür, dass wir diese falsche Politik machen, erheben wir von euch in den Innenstädten jetzt eine Abgabe, damit ihr eure Situation selbst verbessert. – Da haben wir erhebliche Zweifel, ob das vom Grundsatz her der richtige Ansatz ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen in der Anhörung sehr ruhig und nüchtern darüber diskutieren – –

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, ich bin heute völlig ruhig. Dass Sie nach dem letzten Sonntag nicht ruhig sind, verstehe ich gut, aber ich bin völlig ruhig und würde gerne über die Sache reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen darüber diskutieren, ob es im Hinblick auf die Entwicklung der Innenstädte, so wie das in dem INGE-Entwurf vorgesehen ist, richtig ist, ordnungspolitisch zu sagen: „Das ist tatsächlich eine Aufgabe, die primär die Gewerbetreibenden und die Grundstückseigentümer in der Innenstadt bezahlen“, oder ob das nicht eher eine Aufgabe ist, die die Gemeinschaft bezahlen muss, also die Kommunen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, wir müssen über die Abgrenzung reden: Was ist kommunale Aufgabe und was ist eine Aufgabe, die wir mit INGE auf die Geschäftsleute und die Grundstückseigentümer vor Ort verlagern? Darüber müssen wir in der Anhörung völlig ruhig reden. Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht. Ich sage ja nicht, dass diese Probleme unlösbar sind, aber wir müssen über diese Probleme reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nehme ja sehr interessiert zur Kenntnis – der Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat das auch schon gesagt –, dass die CDU ordnungspolitisch mit diesem Gesetzentwurf dem Instrument einer Umlage nahe tritt. Herr Möller, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Sie sagen, diese Umlage

oder diese Abgabe sei ein Instrument, um das Trittbrettfahrersyndrom – wir kennen das aus der ökonomischen Debatte – zu bekämpfen. Da sage ich, dass ich es sehr richtig finde, dass Sie das erkennen. Ob es aber an diesem Punkt bei den Innenstädten das richtige Instrument ist, darüber würde ich in der Anhörung gern diskutieren. Aber ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass die CDU wirtschaftspolitisch sagt, dass zur Bekämpfung des Trittbrettfahrersyndroms eine Umlage das geeignete Instrument sein kann. Genau deshalb wollen wir eine Ausbildungsplatzumlage, wenn die Wirtschaft es nicht freiwillig schafft, für genug Ausbildungsplätze zu sorgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Unerträglich!)

– Ob die Rede unerträglich ist, da sollten Sie vielleicht ein bisschen an Ihrer Wortwahl arbeiten. Ich habe ja ausdrücklich gesagt: Wir haben Fragen an diesen Gesetzentwurf. Wir werden uns auch durch unflätige Bemerkungen von Ihnen nicht davon abhalten lassen, diese Fragen zu stellen und in der Anhörung zu erörtern. Wenn die Fragen gelöst werden, werden wir vielleicht nach der Anhörung auch zustimmen. Das sage ich Ihnen ausdrücklich. Insofern verstehe ich Ihre Aufregung wirklich nicht, wenn man sich über die Probleme bei diesem Gesetzentwurf, die Sie hoffentlich auch sehen, auseinander setzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wollte einen Satz zur FDP sagen, weil ich diesen ordnungspolitischen Ansatz nun auch nicht richtig finde. Die FDP sagt bereits vor der Anhörung, sie sei gegen dieses Instrument. Sie ist dagegen, eine Abgabe von den Grundstückseigentümern zu erheben, und sagt, das sei Aufgabe des Staates und der Kommunen. Das ist die gleiche FDP, die immer sagt: Wir brauchen immer weniger Steuern. – Meine Damen und Herren von der FDP, keine Steuern mehr einnehmen zu wollen oder die Einnahmebasis des Staates immer weiter zu schwächen und das Geld, das man dann nicht hat, dafür zu verwenden, die Innenstädte zu stärken, das wird eben auch nicht funktionieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um die Aufregung von Herrn Möller noch einmal zu bremsen, sage ich: Wir sehen selbstverständlich die positiven Impulse, die ein solcher BID oder ein solches INGE haben könnten. Natürlich nehmen wir zur Kenntnis, dass die Erfahrungen in anderen Staaten mit diesem Instrument sehr positiv sind. Deshalb werden wir in der Anhörung sehr ruhig und nüchtern darüber reden müssen, ob es auch für Hessen ein geeignetes Instrument ist. Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, dass ein solcher BID ein Instrument sein kann, aber eben nicht sein muss, um das Trittbrettfahrersyndrom aufzuheben, um den Widerstand einzelner Einzelhändler aufzuheben, die sich gegen eine Veränderung sperren, obwohl sie im Sinne der Allgemeinheit und der Gewerbetreibenden in den Innenstädten sinnvoll wäre. Das nehmen wir natürlich zur Kenntnis. Darüber wollen wir sehr nüchtern in der Anhörung reden.

Wir verkennen auch überhaupt nicht, dass allein der Diskussionsprozess in einer Kommune über die Einrichtung eines BID einen positiven Effekt hat, dass man sich in der Kommune auseinander setzt, dass sich die Parteien im Stadtparlament, die Gewerbetreibenden und die Öffentlichkeit Gedanken darüber machen, wie sie ein Quartier entwickeln wollen. Natürlich ist das ein positiver Prozess. Das kann man gar nicht verkennen.

Natürlich ist auch die Idee der BIDs ein positiver Ansatz, den zentral geführten Shopping-Malls auf der grünen Wiese, die, weil sie zentral geführt werden, ein einheitliches Management, eine einheitliche Werbestruktur haben und einheitliche Angebote machen, durch den Zusammenschluss von vielen Einzelhändlern bzw., wie es im Gesetzentwurf formuliert ist, der Eigentümer der Grundstücke in BIDs etwas Vergleichbares entgegenzusetzen. Natürlich sehen wir, dass das ein interessanter Ansatz ist, aber – ich habe es eingangs meiner Rede gesagt – wir sehen auch viele Fragen, die noch geklärt werden müssen. Diese Fragen wollen wir in der Anhörung klären. Wenn die nicht ausgeräumt und nicht zufrieden stellend beantwortet werden können, werden wir wahrscheinlich dem Gesetzentwurf nicht zustimmen können. Aber vielleicht ist es entgegen der Aufregung von Herrn Boddenberg und von Herrn Möller möglich, das in der Anhörung ganz ruhig und sachlich zu klären und dann in der zweiten Lesung zu einem Ergebnis zu kommen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Denzin für die Fraktion der FDP.

Michael Denzin (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Wagner, unerträglich war Ihre Rede wirklich nicht. Sie war sogar gut, aber die letzten drei oder vier Sätze waren falsch.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Lehrer!)

Sie haben nämlich unsere Einwände nicht verstanden. Wir wollen nicht, dass die Gemeinden in die Aufgaben von Werbeunternehmen oder Werbegemeinschaften einsteigen. Das war damit nicht gemeint. Wir wollen aber auch nicht, dass die Gemeinden zum Büttel für eine anonym definierte, vermeintliche Interessenlage werden, die von irgendjemandem formuliert wird, und jeder Hauseigentümer, egal, ob er etwas davon hat oder nicht, dafür bezahlen soll.

Wo ist die Schnittstelle zwischen Ihrer und unserer Kritik, was die Gemeinden angeht? Die Gemeinden haben, überwiegend in den Sechziger- und Siebzigerjahren, die Augen bei der Innenstadtentwicklung zugemacht. Es hieß nur: höher, größer, schöner, weiter, raus auf die grüne Wiese. – Man hat versucht, dem jeweiligen Nachbarort die Ansiedlungsinteressenten abzujagen. Man hat künstliche Infrastrukturen geschaffen in der Hoffnung, es würden Arbeitsplätze entstehen. Damit hat man aber nur erreicht, dass auf der grünen Wiese Arbeitsplätze entstanden sind, die in den Innenstädten im Laufe der nächsten Jahre vernichtet wurden.

(Beifall bei der FDP)

Diesen Prozess hat man durch innergemeindliche Verkehrsrestriktionen bzw. dadurch, dass man dem ruhenden Verkehr keine Flächen zur Verfügung gestellt hat, noch beschleunigt. Als man die Folgen bemerkte, war es bereits zu spät.

Hinzu kommt ein geändertes Einkaufsverhalten. Das haben die Kollegen Wagner, Möller und Schäfer-Gümbel schon angesprochen. Man hat die Angebotsstruktur von kommunaler Seite dorthin befördert, wo sie sich inzwi-

schen verfestigt hat. Das führte natürlich zu einer Verhaltensänderung. Herr Wagner, deshalb handelt es sich weniger um eine Frage der jetzigen Siedlungsstrukturpolitik, weil die Leute ein festes Einkaufsverhalten im Kopf haben. Sie fahren am Samstagmorgen nach Biebrich in die Äppelallee oder in das Einkaufszentrum in Taunusstein, oder in andere Einkaufszentren. Dieses Verhalten hat sich inzwischen verfestigt. Ich teile Ihre Zielsetzung, Herr Wagner, dass wir die Landschaft nicht weiter zersiedeln dürfen, dass wir die Siedlungsstruktur verdichten müssen. Da sind wir völlig d'accord. Das ändert aber nichts mehr an dem Problem.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum nächsten Kritikpunkt. Überall spricht man von BIDs, von Business Improvement Districts, und von Trading-up. Das sind Entwicklungen, die in Toronto ihren Anfang nahmen und an anderer Stelle bei unterschiedlichen Bedingungen und mit ganz unterschiedlichen Ausformungen abgekupfert wurden. In Kassel spinnt man vor sich hin: Man will eine Einkaufsstraße mit einem Aufwand von 5 Millionen € mit einer Glasüberdachung versehen. Die Unterhaltskosten sind dabei noch nicht einmal eingerechnet.

Übrigens: In dem Gesetzentwurf gibt es keine Bestimmung betreffend die Folgekosten. Wie werden diese aufgeteilt? An dem Gesetzentwurf fehlt es also auch in technischer Hinsicht. Wir brauchen uns aber über die Technik gar nicht zu unterhalten, da der Entwurf in der Sache daneben geht. Herr Schäfer-Gümbel hat völlig zu Recht erkannt: Die CDU legt hier einen sozialdemokratischen Gesetzentwurf vor.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Vielleicht ist das ja ein Zeichen für die Annäherung von Schwarz und Rot – statt Jamaika-Koalition oder Ähnlichem.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wir haben ein ausgefeiltes gesetzliches Instrumentarium. Die Gemeinden haben eine Verantwortung, aus der wir sie nicht entlassen dürfen und auch nicht entlassen sollten. Sie haben Planungsinstrumente in Form der Flächennutzungsplanung und der Bebauungsplanung. Wir haben das Städtebauförderungsgesetz, wir haben die Bestimmungen zur Stadterneuerung, es gibt Möglichkeiten im Rahmen der Stadtentwicklung, und wir haben über die Bestimmungen zur Stadtmodernisierung auch die Möglichkeit, Quartiere zu modernisieren bzw. deren Modernisierung zu unterstützen.

Auf der Seite der Anlieger gibt es Werbegemeinschaften, die intensiver oder weniger intensiv zusammenarbeiten. Es gibt außerdem Kooperationen im Sinne von PPP. Jetzt heißt es plötzlich: Es gibt aber ein paar Trittbrettfahrer. – Liebe Leute, wenn wir für all die Fälle, wo sich in dieser Gesellschaft irgendjemand an andere dranhängt und ein Trittbrettfahrereffekt auftritt, Gesetze machen wollten, dann hätten wir 10.000 Gesetze mehr. Wir haben jetzt schon 8.000 Gesetze zu viel. Das kann doch nicht ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Es kann doch nicht sein, dass wir ein Gesetz verabschieden, weil sich 10 oder 15 % der Betroffenen nicht aktiv beteiligen.

Wir kommen in der Stadtentwicklung und bei den entsprechenden Aufgaben nie weiter, wenn wir Motivation

durch Verpflichtungen ersetzen. Einer Verpflichtung kommt man gezwungenermaßen nach. Es gibt vielleicht zwei oder drei Initiatoren, die ein Vorhaben vorantreiben und selbst etwas machen. Die anderen fühlen sich lediglich zwangsweise mitgenommen. Wenn ich aber eine Stadt- oder Quartierentwicklung, z. B. die Entwicklung einer Einkaufsstraße, über eine gemeinsame Definition von Zielen, über motivationsfördernde Maßnahmen angehe, dann ist das etwas ganz anderes. Dann ziehen die Leute von sich aus mit. Sie sind dann weder Getragene noch Getriebene. Genau da wollen wir hin. Deshalb halten wir überhaupt nichts von einer zwangsweisen Vereinnahmung, vom Zwang zum Glücklicherweise. Lasst die Leute selbst überlegen.

(Beifall bei der FDP)

Kein Gesetz wird das Einkaufsverhalten definieren oder vorschreiben können, weil das eine ureigene Sache der Leute selbst ist. Derjenige, der ein Angebot macht, wird sich immer danach richten, wie die Leute auf sein Angebot reagieren, und er wird es, zumindest mittelfristig, darauf einrichten. Das ist der einzige Weg, der geht.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Boddenberg für die CDU-Fraktion.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass wir dieses Thema mit einiger Motivation, Energie und Verve diskutiert haben. Ich halte das für sehr notwendig. Ich freue mich auf die Ausschusssitzungen und die Anhörung, die von Herrn Wagner beantragt worden ist. Ich will zwei oder drei kurze Punkte noch einmal ansprechen.

Lieber Kollege Denzin, es geht um genau das, was Sie zuletzt angesprochen haben. Der Wettbewerb muss entscheiden, und wir wollen den Konsumenten nicht an die Hand nehmen und für ihn entscheiden, was er zu tun hat. Das veranlasst uns, mehr für die Wettbewerbs- und Chancengleichheit zu tun. Das ist das Motiv für die Formulierung dieses Gesetzentwurfs.

Es handelt sich zweitens um eine private Initiative. Ich will das noch einmal deutlich sagen. Der Wunsch nach einem solchen Gesetz ist von der Wirtschaft an uns herangetragen worden,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Welche Wirtschaft?)

weil es viele Modelle und Initiativen aus der Wirtschaft gibt, die sagen: Wir brauchen eine größere Verbindlichkeit für die Projekte, die wir machen wollen. – Das heißt, die Wirtschaft will eine höhere Verbindlichkeit für alle Beteiligten, zunächst der Betroffenen, die das wollen, aber auch einen entsprechenden Beitrag von allen anderen, wenn es um die Umsetzung geht.

Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Die Rechtsprechung sieht ausdrücklich vor, dass es die Initiatoren im Fall einer Beitragserhebung schaffen müssen, eine sehr homogene Gruppe zu bilden. In der Landespressekonferenz ist schon Folgendes hinterfragt worden: Was macht ihr denn mit den Immobilienbesitzern, die mehr Wohnungen als Gewerberäume vermietet haben? Das Problem lö-

sen wir über eine Beitragserhebung mittels Einheitswerten und über einen entsprechenden Hebesatz, bezogen auf die Einheitswerte. In den Einheitswerten wird berücksichtigt, dass es unterschiedliche Ertragssituationen bei Immobilien gibt. Ich sehe also beileibe keinen einzigen Punkt, bei dem man große Bauchschmerzen haben müsste, auch wenn man ein Marktliberaler ist, wie du, Michael Denzin, zu Recht für dich reklamiert hast, und sagt, wir sollten Eigeninitiativen fördern.

Wir sagen in dem Gesetzentwurf ausdrücklich, es gibt keinen Rechtsanspruch. Wir sagen ausdrücklich, das ist kein Ersatz für hoheitliche Leistungen. Die Kommunen werden sich nicht aus der Verantwortung stehlen können, indem sie z. B. sagen: Die Privaten finanzieren in Zukunft die Straßenbepflasterung. – Das ist ausdrücklich nicht Gegenstand dieses Gesetzentwurfs. Ich will aber hinzufügen, dass ich Herrn Wagner Recht gebe, wenn er sagt, von kommunaler Seite werde eine ganze Menge getan. Wir reden ja nicht von Verwahrlosung, sondern wir reden davon, dass es problematische Ecken gibt – in allen Kommunen dieses Landes. Wir reden aber auch davon, dass es erfreuliche und gute Initiativen gibt. Michael Denzin, dass du hier die Kasseler beschimpfst, dass sie die durchaus visionäre Idee haben, die Wilhelmsstraße zu überdachen und dafür 5 Millionen € zu investieren, verstehe ich nicht. Ich freue mich darüber, dass die Kasseler so etwas machen wollen – im Wettbewerb mit den Angeboten auf der grünen Wiese. Ich sehe keinen Anlass, sie dafür zu beschimpfen.

Zu Herrn Schäfer-Gümbel fallen mir nur zwei Sätze ein. Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben hier eine Rede wie im Gießener Stadtparlament gehalten.

(Zurufe von der SPD)

Sie haben hier eine halbe Stunde über Gießen geredet. Viel weiter scheint Ihr Horizont nicht zu reichen.

(Zurufe von der SPD)

Das Thema, das wir hier besprechen, kommt zwar aus einer nordamerikanischen Volkswirtschaft, aber es wird vielerorts nachgefragt. Wir haben viele Anfragen aus dem Ausland.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie eine Veranstaltung zu diesem Thema machen, dann haben Sie einen unglaublichen Zulauf, auch wenn es viele gibt, die dem kritisch gegenüberstehen, die aber am Ende sagen: Wir finden es gut, dass sich die CDU um die Innenstädte kümmert. – Ich freue mich darüber und lade jeden ein, daran teilzuhaben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Dr. Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Innenstädte ist ein zentrales Thema der Landesentwicklungspolitik, aber auch der Wirtschaftspolitik.

Die Hessische Landesregierung – das Wirtschaftsministerium – ist sich dieser Aufgabe und dieser Verpflichtung nicht nur bewusst, sondern sie handelt auch konkret mit-

hilfe von Instrumenten, die greifen. Wir setzen das Programm „Einfache Stadterneuerung“ fort – das war vor zwei Jahren stark umstritten –, das intensiv angenommen wird und einen hohen Multiplikatoreffekt für die Investitionen in den Städten hat.

(Reinhard Kahl (SPD): Das gibt es aber schon länger!)

Wir haben das Projekt „Ab in die Mitte!“ nicht nur erfolgreich gestartet, sondern es blüht in den Städten sichtbar auf. Sie können jeden Tag in der Landespresse lesen, wo – aus freiwilligem Engagement für die Innenstädte – diese Pflanzen überall wachsen und blühen.

(Norbert Schmitt (SPD): Blühende Landschaften!)

Um das weitere Programm zu nennen: Gemeinsam mit dem Bund haben wir das Programm „Stadtumbau in Hessen“ in diesem Bundesland umgesetzt. Das geschah mit viel Erfolg, mit viel Nachfrage und mit viel Engagement in den verantwortlichen Kommunen, und zwar von Nord- bis Südhessen.

Ich erinnere Sie daran, dass wir dieses Programm im letzten Jahr mit einer Konferenz in Nordhessen gestartet haben, an der alle Kommunen und alle Verbände – der Städtetag und der Landkreistag – teilgenommen haben, um mit uns um die Frage zu ringen, um die es auch hier geht: Wie können die Innenstädte wieder verlebendigt werden?

(Zuruf von der SPD: Verlebendigt! – Lachen bei der SPD)

Wie kann die Abwärtsentwicklung aufgehalten werden? Wie kann das geschaffen werden, was dringend notwendig ist, um die Innenstädte auch im Wettbewerb mit den so genannten grünen Wiesen für die Menschen wieder attraktiv zu machen?

Ich warne davor, die Situation der Städte schlechtzureden; denn wir haben in dieser Diskussion eine Verantwortung. Es ist beileibe nicht so schlecht um die Innenstädte bestellt, wie es manchmal einseitig dargestellt wird. Das hilft den Innenstädten übrigens auch nicht.

Aber wir müssen wissen, dass die Situation nicht so ist, wie sie sein könnte, und dass die Klagen aus den Städten und die Initiativen, die sich aus dieser Situationsbeschreibung ergeben, zu Recht Gehör und Abhilfe verdienen.

Die Innenstädte müssen als Pendant zu den so genannten grünen Wiesen, zu den Shopping-Centern, wieder lebendig werden. Sie müssen ihre Potenziale nutzen, und sie müssen die Vorteile, die die Standorte auf der grünen Wiese haben, durch ihre Stärken kompensieren. Das ist die Aufgabe.

Dazu gehört selbstverständlich – das ist das, was Sie gesagt haben, Herr Wagner –, dass wir in Zukunft das verhindern, was in der Vergangenheit in der Stadtentwicklungspolitik in vielen Fällen schief gelaufen ist, und zwar nicht nur aufgrund der Verantwortung in den Städten, sondern gerade auch in den Regionalversammlungen und in den Regionalparlamenten.

Deshalb kämpft das Landesministerium mit den Regionalgemeinschaften und den dortigen Verantwortlichen, die aus den Kommunen kommen, dafür, dass die Kriterien des Einzelhandelserlasses – er stammt aus meinem Hause und ist eindeutig – eingehalten werden. Wir müssen immer sehr darauf achten, dass die Kommunen im Rahmen ihrer zentral- oder mittelörtlichen Funktion zwar in eigener Verantwortung entscheiden können, ihre Entschei-

dungen aber nicht dazu beitragen dürfen, dass eine geordnete Stadtentwicklung in der Nachbarstadt überrollt wird. Hier haben wir eine Schutzfunktion zu erfüllen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum tun Sie es nicht?)

und das halten wir auch ein. Aber es gelingt nur, wenn dies gemeinschaftlich mit den Regionalversammlungen erledigt wird. Das möchte ich dazu sagen, um hier klar Position zu beziehen.

(Beifall bei der CDU)

Zu dieser Initiative. Natürlich haben die so genannten grünen Wiesen einen Vorteil. So wurden z. B. die Parkplatzprobleme in den Innenstädten angesprochen. Aber sie haben auch Nachteile, auf die hier sehr deutlich hingewiesen worden ist. Es handelt sich um das, was ein Trend in unserer Gesellschaft ist: Segmentierung und Fraktionsbildung im engeren Sinne, auch was die Waren angeht. Negative Konsequenzen sind Vereinsamung und Individualisierung.

Hier hat die Innenstadt etwas zu bieten, was sie nicht nur wettbewerbsfähig, sondern letztlich unschlagbar macht. Die Seele einer Stadt ist die Innenstadt. Sie ist deshalb ihre Seele, weil sie das vermittelt, was die Menschen suchen, brauchen sowie empfinden und erleben wollen, nämlich die Stadt als Begegnungsort und Kulturträger – ein Ort, an dem sie Identität und Unverwechselbarkeit finden. Aufgrund des Wettbewerbs können sich die Menschen dort beim Einkaufen informieren und sich Transparenz verschaffen. Das ist nirgends so gut möglich wie in der Innenstadt. Deswegen müssen in der Innenstadt alle zusammenarbeiten.

In Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes heißt es, dass die Kommunen für „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ verantwortlich sind. Dieses Grundprinzip – das ein Verfassungsgebot ist – kommt nirgends so deutlich zum Vorschein wie in dieser Diskussion. Nirgendwo sonst spiegelt es sich so deutlich wider.

Herr Denzin, deswegen wundere ich mich über einige Punkte Ihrer Aussagen. Der Gesetzentwurf, der hier vorgelegt wird, findet nämlich nicht nur die Zustimmung der Landesregierung. Das, was hier vorgelegt wird, stützt das Verfassungsgebot von Subsidiarität und Freiheit; es ist damit konform.

(Beifall bei der CDU – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Was ist mit den Eigentümern?)

Ich meine eine richtig verstandene Freiheit; denn Freiheit ist keine absolute Freiheit. Freiheit ist immer verantwortete Freiheit im Rahmen einer Gemeinschaft.

(Beifall bei der CDU – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So etwas Blödes!)

– Ganz so blöd ist das nicht, Frau Wagner.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sie müssen das uns nicht vorhalten! Das ist blöd!)

– Hören Sie einmal zu. – Machen wir uns das Prinzip von Freiheit und Verantwortung, diese Wechselbeziehung, an dem konkreten Beispiel, über das wir heute diskutieren, deutlich.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ja, und da streite ich mit Ihnen!)

– Frau Wagner, eine Gemeinschaft ist nur dann lebensfähig, wenn sie von den Einzelnen den Beitrag erfährt, den

sie braucht, um überleben zu können. Genau darum geht es hier.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Da wir aber wissen, dass auch die Einzelnen nur leben und überleben können, wenn die Gemeinschaft überlebensfähig ist, müssen wir eine Rahmenbedingung schaffen – im wohlverstandenen Sinne in diesem Zusammenhang –, die nicht in die Freiheit eingreift und im zweifachen Sinne Eigenverantwortung ermöglicht.

Die erste Form der Eigeninitiative, die dieser Gesetzentwurf unterstellt, ist die Initiative von privaten Akteuren in der Innenstadt, z. B. als Einzelhändler, Gewerbetreibende, Gastronomen und Immobilieneigentümer. Der zweite Grund der Freiheit, der hier gelegt wird, besteht darin, dass das Land nichts vorschreibt, sondern den Kommunen die Freiheit überträgt, im Rahmen der Gestaltung der örtlichen Gemeinschaft entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Sehr verehrte Frau Wagner, wir legen im Sinne der Freiheit ein hohes Quorum fest. Es ist allerdings ein Quorum, das denen, die initiativ sind und die Gemeinschaft stützen, die Möglichkeit gibt, sich gegen die wenigen Trittbrettfahrer durchzusetzen, gegen die wenigen, die sich zurücklehnen und keinen Anteil an der Gemeinschaftsentwicklung nehmen. Das ist der Punkt, bei dem es in diesen Ringen um Gleichheit und Freiheit in diesem Zusammenhang geht.

Dieses Konzept hat eine breite Zustimmung gefunden. Ich verweise auf Initiativen in der Stadt Marburg. Herr Schäfer-Gümbel, es hat mich in der Tat sehr gewundert, dass Sie gesagt haben, Sie sähen nicht, dass diese Landesregierung bzw. dieser Minister etwas getan habe.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt!)

Ich kann nur sagen, ich habe Sie in Marburg nicht gesehen. Aber Herr Boddenberg hat zu Recht gesagt, Ihr Horizont reiche nicht über Gießen hinaus.

(Zurufe von der SPD: Na, na, na!)

Am 27.06. fand nämlich in Marburg ein bundesweit beachteter und mit Teilnehmern aus der ganzen Bundesrepublik bestückter Kongress zu diesem Thema statt. Auch Landtagsabgeordnete haben übrigens daran teilgenommen. Ich will Sie nicht kritisieren, weil Sie nicht anwesend waren. Aber weil Sie dort eine gewisse Ignoranz gezeigt haben, können Sie sich nicht hierhin stellen und sagen: Es geschieht nichts.

Ganz im Gegenteil, die erste Initiative, die freiwillig läuft und bereits umgesetzt ist, ist in Marburg ergriffen worden. In Kassel, in Wiesbaden, in Wetzlar, in Gießen und auch in kleinen Städten starten die Initiativen. Dort läuft dieser Prozess bereits. Wir schaffen die Möglichkeiten dafür, dass sich Gemeinschaft verantwortlich entwickelt.

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass diese Verantwortung von breiten Schichten getragen werden muss und auch wird. Alle Verantwortlichen, nämlich die Industrie- und Handelskammer, der Einzelhandelsverband, der Hotel- und Gaststättenverband und die Immobilienverbände, haben bei diesem Kongress gesagt: Ja, wir sind dabei.

Gerade die Immobilieneigentümer haben nämlich inzwischen erkannt, dass es nicht ausreicht, einen Laden nur zu vermieten – vielleicht schlecht zu vermieten – oder sogar

leer stehen zu lassen. Die Immobilieneigentümer haben erkannt, dass der Wert einer Immobilie auch von der Ertragskraft der jeweiligen Ladenlokale abhängt. Daher machen sie jetzt mit.

Wir sehen diese Entwicklung als einen weiteren wichtigen Eckpunkt in dem Gesamtkonzept der Entwicklung der Innenstädte. Ich bin sicher, die Kommunen werden die Möglichkeit aufgreifen, die wir ihnen bieten, wenn dieser Gesetzentwurf verabschiedet ist. Das wird einen weiteren Anstoß geben zu einer einheitlichen, gemeinschaftlichen und guten Entwicklung der Innenstädte. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Riege das Wort.

Bernd Riege (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich habe mich zu dieser Kurzintervention gemeldet, als Sie bereits eine Viertelstunde geredet, aber noch nichts zu dem Gesetzentwurf gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Sie hier offenbart haben, dass Ihnen das Problem bewusst ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auf die Frage, warum die Landesregierung nicht gehandelt hat, haben Sie bis heute nicht geantwortet.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat die Oberbürgermeisterwahl in Kassel gewonnen, weil sie – mit Bertram Hilgen und dem 5-Millionen-€-Vorhaben – in dieses Konzept eingebunden war.

(Michael Boddenberg (CDU): Er hat die Leute belogen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich begrüße ausdrücklich – das will ich nicht kleinreden –, dass die CDU auf diesen Zug gesprungen ist, mitsamt ihrem Generalsekretär und dem Minister. Aber ausgelöst wurde dies von den Betroffenen, und wir haben sehr nah an den Betroffenen in Marburg, Gießen und Kassel daran mitgearbeitet, aber auch auf kleinerer kommunaler Ebene.

Warum das ein ordnungspolitischer Missgriff sein könnte, was Ihnen die FDP vorwirft, dazu hätte ich von Ihnen schon gern etwas mehr gehört als nur das luftige Gerede von den Blüten, die da wachsen – bei einer Maßnahme „Ab durch die Mitte!“, die Sie da ergriffen haben.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Ich finde, Sie sollten sich vor diesem Hause schon etwas konkreter zu den „Vorwürfen“ äußern, die Ihnen die FDP aus ordnungspolitischer Sicht macht. Mich würde Ihre Antwort darauf sehr interessieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Erste Bemerkung: Der Minister hat nur zwölf Minuten geredet, keine Viertelstunde.

(Günter Rudolph (SPD): Es kam uns aber länger vor! – Weitere Zurufe von der SPD)

Zweitens. Das Wort hat Frau Kollegin Wagner.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Herr Präsident, wenn der Minister seine Redezeit ausfüllen möchte, lasse ich ihm gerne den Vortritt.

(Reinhard Kahl (SPD): Er soll die Frage beantworten!)

Aber Sie haben ja jederzeit das Recht, das Wort zu ergreifen.

Herr Minister, ich möchte noch einmal sagen, dass ich nicht in Ordnung finde, welche Vorwürfe Sie hier an die Adresse meines Kollegen Denzin gerichtet haben. Wenn ich es richtig sehe, gibt es in diesem Haus überhaupt keinen Unterschied in der Zielsetzung. Denn wir alle sind uns in der Analyse der Lage der Großstädte oder der mittleren Großstädte einig – da nenne ich Wiesbaden ebenso wie Darmstadt und Kassel, dann aber auch Gießen und Wetzlar.

Wir haben bei den kleinen Städten mit 20.000 Einwohnern bereits viel dramatischere Entwicklungen. In der Enquetekommission haben wir einvernehmlich vereinbart, dass wir demnächst dazu eine große Anhörung durchführen. In diesen Städten gibt es keine Dienstleistungen mehr. Auch in Hessen gibt es Städte, in denen es am Ende keine Dienstleistungen mehr geben wird. Wir stehen vor der Herausforderung, wie man bei einer alternden Gesellschaft dort überhaupt noch einkaufen – beim Bäcker, Metzger usw. – und eine Post und Sparkasse offen halten kann, nicht zu reden vom öffentlichen Personennahverkehr.

(Michael Siebel (SPD): Das ist doch gerade das Grundproblem dieser Initiative!)

Mein zweiter Punkt. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, wir alle – und dazu gehöre ich auch – haben als Kommunalpolitiker diese Entwicklung in den letzten 20, 25 Jahren mit befördert. Ich erinnere mich an Kommunalpolitiker der FDP, die mir als Landespolitikerin gesagt haben: Ihr müsst etwas gegen die Verödung der Innenstädte tun. – Gleichzeitig aber haben diese Kommunalpolitiker die Bebauungspläne für die grünen Wiesen beschlossen – nicht wir. Darum geht es doch.

(Beifall des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich erinnere an das Kriegsbeil zwischen Weiterstadt und Darmstadt – eigentlich müsste ich sagen: Weiterstädter SPD und Darmstädter SPD –, das der neue Oberbürgermeister von Darmstadt begraben hat. Diese Auseinandersetzung dauerte eine Generation lang. Meine Damen und Herren, per Gerichtsbeschluss wird jetzt an der A 5 – und das gehört weder zu Weiterstadt noch zu Darmstadt; alles ist noch viel schlimmer – eine Einkaufsfläche errichtet, die ein Drittel der innerstädtischen Verkaufsfläche meiner Heimatstadt umfasst. Was das dann im nächsten Schub für diese mittlere Großstadt bedeutet, kann ich Ihnen sagen. Dort draußen stehen schon Segmüller – das kann ich ja sagen – und Wella und die großen Lebensmitteleinkaufs-

zentren. Da geht es überhaupt nicht mehr um die Frage, ob wir das kleine Familienunternehmen – die Metzgerei, das Feinkostgeschäft oder die Bäckerei – erhalten wollen, sondern es geht nur noch darum, ob wir die Wahl haben zwischen – sagen wir – Hugendubel und Thalia einerseits und acht alteingesessenen kleinen Buchhändlern andererseits. Ich weiß, wovon ich rede. Keine Angst, da geht es nicht um Marktliberalismus, sondern um konkrete Überlebenschancen der Städte in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, als Drittes will ich Folgendes sagen. Sie nehmen für sich die Wahrung der Balance zwischen Freiheit und Verantwortung in Anspruch. Wir haben größte Bedenken – und das werden wir sehr genau nachfragen –, dass gemäß § 5 Abs. 8 Ihres Gesetzentwurfs Menschen, die sich dazu entschieden haben, als Eigentümer noch in der Innenstadt zu wohnen, zu Kosten für den Innovationsbereich herangezogen werden sollen.

Sie sagen, dem könne man widersprechen, und dann sei der Antrag von der Aufsichtsbehörde abzulehnen. Zahlt dann der – was schon schlimm genug ist –, oder zahle auch ich als Grundsteuerzahler im Außenbereich dafür, dass in der Innenstadt einige Leute neue Innovationsbereiche einrichten dürfen? Das hat etwas mit Individualrechten, Freiheit und Verantwortung zu tun. Meine Damen und Herren, ich halte das für eine Art der Enteignung.

(Widerspruch des Abg. Christoph René Holler (CDU))

Das ist sehr hart. Ich möchte, dass es nicht dazu kommt.

Deshalb bitten wir darum – das ist unser Petition –, dass wir eine Abwägung treffen unter dem Gesichtspunkt der Balance zwischen Gemeinschaftsaufgaben aller Bürger und dem Lebensraum eines einzelnen Bürgers, der sich entschieden hat, im innerstädtischen Bereich zu wohnen; das macht nicht immer Spaß. Wir müssen doch die Rechte der in der Innenstadt Wohnenden schützen – damit dort nicht nur Banken und Geschäfte sind, sondern auch Wohnungen. Das erst macht doch die Mischung aus. Sonst haben wir in den Innenstädten eine reine Monodienstleistungsstruktur.

Mein letzter Punkt. Meine Damen und Herren, auch die Frage der Erhaltung der Baukultur in den Innenstädten wird ein großes Thema werden. Da muss sich der Denkmalschutz bewegen. Herr Heidel und ich haben mit dem Landesdenkmalpfleger ein großes Gespräch über den ländlichen Bereich geführt. Wenn es keine Erben mehr gibt – beispielsweise in den ländlichen Bereichen, wo Sie Hofgebäude haben, die unter Ensembleschutz stehen – es dieses Ensemble aber auch im nächsten Dorf oder in der nächsten Stadt gibt, dann muss es Kompromisse geben, damit in der Innenstadt etwas erhalten wird und nicht in billiger Baukultur auf der grünen Wiese gebaut wird. Solche Gebäude können wir nach 30 Jahren wieder abreißen. Das zeigen alle Hochschulbauten aus den Siebzigerjahren, die kann man alle abreißen. Aber diejenigen, die vor 100 Jahren gebaut wurden, stehen heute noch und haben Substanz.

Deshalb sage ich Ihnen: Es gehört auch die Frage des Bauens im Bestand dazu. Ihr Ansatz ist mir zu außengeleitet. Mit einem derartigen Gesetz – dies ist mein letzter Satz – kann ein solches Thema nicht behandelt werden. Es gibt andere Instrumente. Das Instrument dieses Gesetzes ist falsch.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) und Clemens Reif (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wagner, ich bin froh, dass Sie auf die Thematik in dieser Weise eingegangen sind und letztlich das bestätigen, worum wir gemeinsam ringen.

In der Tat habe ich eben gesagt, es geht um die Ausbalancierung von Freiheit und Verantwortung derjenigen, die als Eigentümer von Immobilien auch Verantwortung haben. Das verlangt auch das Grundgesetz.

Letztlich geht es dabei um die Frage – Sie haben eben ein Beispiel angeführt, das ich voll akzeptiere –, dass im Einzelfall immer dafür gesorgt werden muss, dass in der Innenstadt eher eine Wohnung erhalten bleibt als ein Büroraum.

Aber die Fälle, dass Eigentümer in einer Innenstadt wohnen und möglicherweise Probleme haben, einen Beitrag, der nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ermittelt und abgeführt werden soll, zu entrichten, ist doch die Ausnahme.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dieser Kongress war übrigens kein CDU-Kongress, sondern ging auf eine Initiative der BID-Städte zurück, und ich habe dort gesprochen. Herr Riege, ich möchte aber auf Ihre Bemerkung nicht näher eingehen, sondern mich mit der wesentlichen Frage beschäftigen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wenn Sie diese wesentliche Frage zuspitzen – ob ein Eigentümer durch Zwang verpflichtet werden kann, wenn er sich nicht freiwillig dieser Gemeinschaft anschließt –, dann ist an dieser Stelle die Grenzlinie zu ziehen.

Wir haben gesagt: Im Zweifel kann es nicht so sein, dass Immobilieneigentümer, oft auch Erbgemeinschaften, die sich nicht einigen können, sich weigern, ihren Beitrag im Sinne der Sozialverpflichtung des Eigentums zu erbringen, auf den andere Mitglieder der Gemeinschaft und die Gemeinschaft als Innenstadt selbst angewiesen sind. Ich meine, dann muss hier eine Entscheidung zugunsten der Gemeinschaft und der Verantwortung für die Gemeinschaft getroffen werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Da stimmen wir überein!)

Das ist die eigentliche Trennlinie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ansonsten sind wir uns in den Zielsetzungen einig. Frau Wagner, Sie haben zum Schluss noch einmal deutlich gesagt, diese Zielsetzung reicht nicht aus. Deswegen habe ich zu Beginn meines Beitrags auf die drei bereits bestehenden Instrumente und Programme hingewiesen. Gerade die Umwandlung von städtischen Brachen und Liegenschaften – wir nennen das Transformation – ist das zentrale Ziel des Programms „Stadtumbau in Hessen“, das so erfolgreich gestartet ist.

Das werden wir auch im Ausschuss diskutieren. Ich bin gerne bereit – denn ich bin ein Anhänger der Innenstädte –, mit Leidenschaft dafür Verantwortung zu tragen.

In meinem beruflichen Leben habe ich auch umgekehrt viele Investitionen für die grüne Wiese im Interesse des Handels unterschrieben. Ich weiß also sehr wohl um diese Ausbalancierung. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss und darüber, dass mit diesem Gesetzentwurf ein wichtiger Startschuss zur konkreten Umsetzung von Maßnahmen gegeben ist. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, hierzu liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir wollen beschließen, dass dieser Gesetzentwurf nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen wird. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Gesetzentwurf dem Ausschuss überwiesen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 39** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Korruptionsprävention – Drucks. 16/4392 –

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 32:**

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Versagen des Innenministers Bouffier bei der Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung – Drucks. 16/4357 –

sowie **Tagesordnungspunkt 37:**

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Bericht des Hessischen Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung vom 23. Juni 2005 – Drucks. 16/4389 –

und **Tagesordnungspunkt 44:**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Innenminister Bouffier beseitigt die Missstände im Hessischen Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung umgehend und umfassend – Drucks. 16/4401 –

Als Redezeit sind 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Als erstem Redner erteile ich dem Kollegen Frömmrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vorkommnisse im Geschäftsbereich des Innenministers entpuppen sich immer mehr als Problem auch für das Land Hessen. Wir beschäftigen uns mit einem Korruptionsfall im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung, wir beschäftigen uns mit einem Überstunden-skandal im Polizeipräsidium Frankfurt, und wir beschäftigen uns mit Betrug bei der Abrechnung von Verwarngeldern; da geht es um 17.000 Straftaten im Wert von ungefähr 600.000 €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Innenminister, es läuft doch nicht so rund, wie Sie es der Öffentlichkeit immer weismachen wollen. Genau das Gegenteil ist der Fall: Sie haben Ihren Bereich nicht im Griff, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mittlerweile wechseln Sie sich mit Ihrem Kollegen von der Justiz in der „Bild“-Zeitung bei der Bekanntgabe von Skandalen sozusagen tagtäglich ab.

Wir wollen uns jetzt gar nicht über Stilfragen und das unterhalten, was Sie als Oppositionsabgeordnete mit Kolleginnen und Kollegen gemacht haben. Wenn wir uns daran erinnern, in welcher Form Sie Regierungsmitglieder der SPD oder der GRÜNEN in der Vergangenheit angegriffen haben, sagen wir ganz einfach: Wir werden Sie an den Ansprüchen messen, die Sie seinerzeit formuliert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte jetzt gar nicht in nähere Details über Stilfragen gehen; aber am gestrigen Tag ging es auch um eine Stilfrage. Da beschäftigte sich der Unterausschuss Justizvollzug mit einem Selbstmord in einer Justizvollzugsanstalt, und der Justizminister war lieber bei den Brauern und trank dort ein Bier, anstatt den Abgeordneten im Unterausschuss Rede und Antwort zu stehen. Das ist Ihr Umgang mit dem Parlament. Wir messen Sie genau an dem, was Sie seinerzeit gegenüber der Regierung von SPD und GRÜNEN formuliert haben, und wir werden auch die Stilfragen zur Sprache bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist nicht nur so, dass sich ein Untersuchungsausschuss mit dem PTLV beschäftigen muss; jetzt sind auch noch Zustände im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung zutage getreten, die einem förmlich die Haare zu Berge stehen lassen. Ich habe noch keinen Bericht des Hessischen Rechnungshofs gelesen, in dem so offen und so schonungslos über Missstände und Schlaperei berichtet worden ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da können Sie sich auch nicht herausreden, Herr Innenminister; für diesen Bereich tragen ganz allein Sie die Verantwortung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wohin?)

Sie haben in Ihrem Zuständigkeitsbereich die einfachsten Grundsätze der Korruptionsprävention nicht eingeführt. Eine Belehrung der Mitarbeiter und eine Aushändigung des Korruptionserlasses sind bei Ihnen nicht passiert. Ein Hinweis der Mitarbeiter auf die strafrechtlichen Konsequenzen ist bei Ihnen nicht gegeben worden. Eine Funktionstrennung von Ausschreibungen und Vergaben, also eine wichtige Angelegenheit im Bereich der Korruptionsprävention, ist in Ihrem Zuständigkeitsbereich nicht erfolgt. Das Vieraugenprinzip bei der Vergabe wurde nicht eingehalten, und eine Rotation von Mitarbeitern an korruptionsanfälligen Stellen ist bei Ihnen nicht vorgenommen worden. Nebentätigkeiten wurden in Ihrem Zuständigkeitsbereich nicht nach der Nebentätigkeitsverordnung offen gelegt, und die Innenrevision war unangemessen ausgestattet. In allen Bereichen, in denen es um Korruptionsprävention geht, muss man Ihnen Fehlanzeige attestieren, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, ich wage die These, dass die Zustände, die Sie im Präsidium zugelassen haben, Korruption überhaupt erst möglich gemacht haben. Herr H.

konnte überhaupt erst unter den Bedingungen, unter denen gearbeitet wurde, sein Unwesen im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung treiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, in der Öffentlichkeit geben Sie immer den harten Hund. Aber in Ihrem Präsidium tolerieren Sie Zustände, bei denen sich einem die Haare zu Berge stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daran ist auch keine Vorgängerregierung schuld. Daran sind auch nicht Plottnitz und andere schuld. Denn das Präsidium haben Sie selbst kreiert. Sie haben es selbst konzipiert, Sie haben es eingerichtet, und Sie haben die Reform der hessischen Polizei eingeleitet. Also tragen Sie für diesen Bereich auch die Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man kann bei Ihnen – Gott sei Dank – immer alles schön nachlesen, weil Sie sich, wenn Sie etwas Neues machen, förmlich mit Lobeshymnen überschütten.

Aber bevor ich Sie zitiere, will ich einmal den Kollegen Armin Klein zitieren, und das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Alterspräsident!)

Als das Präsidium seinerzeit eingerichtet wurde, sagte Herr Klein als innenpolitischer Sprecher:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Alterspräsident!)

Der Gesetzentwurf zur Neuordnung der Polizei beendet rot-grüne Schlamperei.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Satz ist vergnügungsteuerpflichtig. Wenn man sich die tatsächlichen Zustände im Präsidium anschaut, muss man sich Ihren Satz auf der Zunge zergehen lassen, Herr Kollege Klein. Denn die Schlamperei wurde nicht beendet, sondern eingeführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Innenminister hat bei der Einrichtung des Präsidiums gesagt – da ist er ja immer voll des Lobes für sich selbst –: Künftig wird das Verwaltungsamt in einer Zuständigkeit liegen; dadurch vermeiden wir erhebliche Doppelarbeit und Reibungsverluste. – Herr Minister, Sie haben ein Präsidium kreiert, in dem Korruption möglich wurde und in dem Schlamperei im höchsten Maße regiert. Das sind die Tatsachen, mit denen Sie sich beschäftigen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister, Sie haben das Präsidium im Jahr 2001 kreiert, und Sie tragen die Verantwortung für das, was dort vorgekommen ist. Sie benehmen sich sozusagen wie die Stiefmutter bei Schneewittchen: Sie fahren täglich durch das Land, sehen in den Spiegel und fragen: Wer ist der schönste, wer ist der beste, wer ist der härteste Innenminister im Land? Wenn Sie das tun, müssen Sie aber auch die Verantwortung für die Zustände in Ihrem Bereich übernehmen,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und da können Sie sich nicht in die Büsche schlagen.

Warum haben Sie eigentlich in dem Präsidium, das Sie vor vier Jahren eingerichtet haben, drei Präsidenten verschlissen? Eine solche „Halbwertszeit“ von Präsidenten habe ich noch nicht erlebt. Es gibt, glaube ich, keine andere Behörde, in der in so kurzer Zeit drei Präsidenten verschlissen wurden. Angefangen hat Herr Ermer. Er wurde ernannt und irgendwann abgeschoben. Dann kam Herr Sedlak. Er hat eine Karriere von der Hochschule über die CDU und über den Vizepräsidenten im Regierungspräsidium Darmstadt bis zum Präsidenten des PTLV geschafft. Herr Sedlak wurde auch still und leise beiseite geschafft, und es wurde Herr Daschner ins Amt geholt. Sie haben also auch das Personal für die Verwaltung ausgesucht, und deswegen tragen Sie die Verantwortung für diesen Bereich, Herr Minister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will Ihnen einmal ein paar Kostproben aus dem Bericht des Rechnungshofs nennen. Da heißt es z. B. zur Aktenführung:

Das PTLV hat keinen behördeneigenen aktuellen Aktenplan. Eingehende Schriftstücke, auch Vergabeverfahren betreffend, werden teilweise nicht von der Poststelle erfasst, sondern gehen zum Teil ohne Poststempel und ohne Kenntnis der Vorgesetzten zum Sachbearbeiter.

Herr Innenminister, das sind die Zustände in Ihrem Präsidium. Ich möchte sagen: Jede Dönerbude in Offenbach hat einen besseren Aktenplan als Sie in Ihrem Präsidium.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): In Offenbach?)

Was schreibt der Rechnungshof über Zeichnungsbefugnisse?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nichts gegen Offenbach!)

Die den Sachbearbeitern eingeräumten Zeichnungsbefugnisse beruhen teilweise auf mündlichen Überlieferungen aus der Vorbehörde. Schriftliche Dienstanweisungen, welche die Zeichnungsrechte im Einzelnen und mitarbeiterbezogen regeln sowie über den allgemeinen Inhalt der Geschäftsordnung hinausgehen, können nicht vorgelegt werden. Die fehlende schriftliche Dokumentation der in der Praxis eingeräumten Zeichnungsbefugnisse ist mit einer wirkungsvollen Korruptionsprävention nicht vereinbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das schreibt Ihnen der Rechnungshof ins Stammbuch. Da frage ich Sie: Was ist eigentlich Ihre Aussage im Innenausschuss wert, Herr H. habe eine ruhende Zeichnungsbefugnis gehabt? Warum lassen Sie, wenn kein Mensch weiß, wer zeichnen darf, die Zeichnungsbefugnisse eigentlich ruhen? In Ihrer Behörde weiß doch ohnehin niemand, wer überhaupt abzeichnen darf.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zur Dokumentation von Vergabeverfahren:

Für die Jahre 2001 bis 2004 hat weder die Innenrevision noch die Behördenleitung Kenntnis über den genauen Umfang von Vergaben. Zur Gewährleistung einer wirksamen Korruptionsprävention wären aufgrund der fehlenden Meldungen und der Missachtung der Geschäftsanweisung zeitnah entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Das schreibt Ihnen der Rechnungshof ins Stammbuch, Herr Innenminister.

Ich möchte daher sagen, dass die Dinge im Bereich der Verfahren und der Vergabe bei Ihnen nicht stimmen. Ich könnte mir vorstellen, dass es z. B. in Südtalien transparentere Verfahren der Vergabe gibt als bei Ihnen im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung, Herr Innenminister.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich einmal zu den gewählten Vergabearten und zur Vorgängerbehörde.

Gemäß der internen Dienstanweisung der Vorgängerbehörde des PTLV vom 3. November 1997 sollen öffentliche Ausschreibungen die Regel sein. Beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben sollen nur in Fällen von geringer Bedeutung und unter Anlegung strenger Maßstäbe nur in Ausnahmefällen zulässig sein.

Weiter:

Aus der Zahl der Vergabeverfahren ergibt sich, dass rund 80 % aller Beschaffungsvorgänge des Jahres 2004 freihändig vergeben wurden. Aber freihändige Vergabe sollte nur in Ausnahmefällen zugelassen sein.

80 % der Beschaffungen wurden in Ihrem Bereich freihändig vergeben. Da ist Korruption und Misswirtschaft Tür und Tor geöffnet. Sie haben sogar gegen die Erlasse und die Anweisungen der Vorgängerbehörde verstoßen, Herr Minister. So viel zu dem, was die Vorgängerbehörde war und was die Vorgängerregierung gemacht hat. Für diesen Bereich der Schlamperei tragen Sie die Verantwortung, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zur Lagerhaltung des PTLV. Wir haben es erlebt. Sie haben Dienstwagen und Polizeiautos mehrere Male im Lande verteilt. Sie sind nicht schwach geworden, jeden Tag eine Presseerklärung zu schreiben. Aber auf der anderen Seite sind Lagerbestände im PTLV von Handys, Kommunikatoren, Handykarten vorhanden. Sie müssen sich das Bild im Rechnungsprüfungsbericht einmal anschauen. Da stellen sich einem Streifenbeamten die Haare zu Berge. Der hätte gerne die Technik, und Sie haben sie im Lager, und die verstaubt. Das ist ein Ding, das unmöglich ist, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dazu schreibt der Rechnungshof:

Des Weiteren hält das PTLV im Zentrallager über einen mehrjährigen Zeitraum zahlreiche Handys einschließlich Zubehör im Anschaffungspreis im sechsstelligen Eurobereich sowie 200 Datenübertragungskarten vor, die nicht abgerufen werden.

Dennoch beschafft die Behörde weiterhin hochpreisig aktuelle Geräte.

Das sind die Zustände in Ihrem Geschäftsbereich, Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Innenminister, bei Ihnen in der Behörde, im PTLV, geht es zu wie bei Hempels unterm Sofa. Von geordneten Zuständen kann nicht die Rede sein. Gleichsam gehen Sie trotzdem her, schreiben der Innenministerkonferenz z. B. im Jahre 2001 und spielen noch den Prahlhans.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja, was schreibt er denn?)

– Herr Hahn, bleiben Sie ganz ruhig und ganz gelassen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich habe heute Geburtstag!)

Da schreiben Sie im Jahre 2002 zum Bereich des PTLV: Innenrevision PTLV, Haushaltswesen, Mitzeichnung bei allen Aufträgen über 1.500 € außer bei Vergaben über die OFD, ständige Überwachung des Anteils öffentlicher Ausschreibung gegenüber beschränkter Ausschreibung und freihändigen Vergaben.

Herr Innenminister, das schreiben Sie der Innenministerkonferenz. Die Tatsachen, die im Rechnungsprüfungsbericht stehen, sind ganz anders. Sie haben offensichtlich gegenüber Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bund geschwindelt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Volker Hoff (CDU): Wie kann man so aufgeregt sein!)

Herr Kollege Bouffier, das müssen Sie sich schon vorhalten lassen. Der Innenminister hebt hervor, dass er mittlerweile die Organisation geändert habe. Einige Maßnahmen aus dem Bericht habe er nachvollzogen. Jetzt sei wieder alles in Ordnung und Friede, Freude, Eierkuchen. Herr Innenminister, aber ich frage Sie, wenn dem so ist: Warum haben Sie eigentlich den Bericht des Rechnungshofes nicht öffentlich vorgestellt? Warum haben Sie nicht in Ihrer Art, die wir alle kennen, eine Pressekonferenz gemacht und gesagt: Ich habe einen Bericht in Auftrag gegeben; hier ist der Bericht des Rechnungshofes. So ist die Schlamperei gelaufen. Die und die Maßnahmen habe ich ergriffen. – Das haben Sie nicht gemacht. Wir haben Sie erst auffordern müssen, diesen Bericht herauszugeben. Von Aufklärungswillen auf Ihrer Seite kann überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Sie müssen sich jede Information aus der Nase ziehen lassen. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, mit dem internen Bericht ist es genau das Gleiche. Der interne Bericht wurde von Ihnen im Innenausschuss angekündigt. Ich habe Sie angeschrieben und gebeten, uns diesen internen Bericht auszuhändigen. Was machen Sie? Sie schreiben, ich solle mich über den Untersuchungsausschuss um Beweisanträge hin und her bemühen. Natürlich kann ich einen Beweisantrag machen. Das ist überhaupt nicht die Frage, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Aber wenn Sie einen Aufklärungswillen hätten, würden Sie uns Abgeordneten des Hessischen Landtags diese In-

formation zur Verfügung stellen, und wir müssten sie Ihnen nicht einzeln aus der Nase ziehen. Das ist das Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie geben alles nur scheinbar heraus. Herr Innenminister, wir erinnern Sie einfach nur an Ihre eigenen Ansprüche.

(Volker Hoff (CDU): Ja, ja!)

Man kann Gott sei Dank in den Protokollen des Hessischen Landtags nachlesen. Ich will es Ihnen nicht ersparen und noch einmal Fürst Metternich durch den Plenarsaal galoppieren lassen.

(Lachen der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Präsident Norbert Kartmann:

Aber ganz kurz.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, Entschuldigung, wir wollen ihn noch einmal galoppieren lassen.

Damals sagten Sie über die Zustände der damaligen Landesregierung:

Verzeihung, Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Das ist ähnlich wie bei mir.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

So gesehen sind die Ausritte auf Fürst Metternich durchaus kein Randthema der Landespolitik. Hier ist Aufklärung verlangt. Wenn die Regierung sie verweigert, muss die Opposition handeln. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, die Dinge zur Kenntnis zu nehmen und zu schweigen. Im Gegenteil, die Sache muss aufgeklärt, die Missstände müssen abgestellt werden. Dort, wo sie gegeben ist, muss die politische Verantwortung deutlich gemacht werden.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Volker Hoff (CDU))

Herr Innenminister, genau an diesen Ansprüchen messen wir Sie. Sie haben einen Laden, nämlich das PTLV, unter Ihrer Verantwortung, wo die Zustände zum Himmel stinken. Hier sind Sie gefordert, dass Sie endlich vernünftige Maßnahmen einleiten, damit es dort vernünftig weitergeht. Sie schaffen es hier nicht, Ihre Verantwortung auf andere abzuwälzen. Für diesen Bereich tragen Sie als Innenminister ganz allein die Verantwortung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt erteile ich Frau Abg. Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU das Wort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt bin ich gespannt – von Plottnitz ist schuld!)

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Jetzt werden wir die Pferdchen wieder in den Stall stellen.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Siebel (SPD): Pferdchen rein, Angebote raus!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Frömmrich, Sie haben sich schön aufgeblasen und sehr erregt. Aber ich denke, jetzt können wir wieder herunterkommen. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versuchen zum wiederholten Male, die Geschehnisse im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung zu skandalisieren. Wir haben das in der Vergangenheit schon mehrfach erleben dürfen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen doch gar nichts! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es ein Skandal, oder nicht?)

Ich kann Ihnen aber versichern, das wird Ihnen auch heute nicht gelingen, denn die Missstände im Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung wurden schonungslos aufgedeckt.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU) – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Minister hat konsequent alles veranlasst, was zu veranlassen war. Er war es nämlich selbst, der

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Präsidenten berufen hat und Schlamperei zugelassen hat!)

nach Bekanntwerden des Ermittlungsverfahrens gegen Herrn H. Ende letzten Jahres den Rechnungshof eingeschaltet hat. Jetzt liegt das Ergebnis des Rechnungshofes vor. Sämtliche vom Rechnungshof aufgedeckten Mängel und beanstandeten Punkte und Empfehlungen sind zwischenzeitlich erledigt und umgesetzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie konnten sie überhaupt entstehen?)

– Herr Kollege Kaufmann, alle Kritikpunkte, die der Rechnungshof aufgeworfen hat, wurden aufgegriffen. Da Herr Frömmrich alle Mängel, die der Rechnungshof aufgegriffen hat, aufgezählt hat, will ich Ihnen einige Beispiele nennen, was alles inzwischen umgesetzt und verändert worden ist. So ist durch die Einrichtung eines neuen eigenständigen Hauptsachgebietes Beschaffung einschließlich organisatorischer Funktionstrennung von Bedarfsermittlung und Beschaffung eine neutrale Kontrolle gewährleistet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum erst jetzt?)

Der Bereich der Innenrevision wurde entsprechend der Kritik des Rechnungshofes verändert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wurde es nicht gleich richtig gemacht?)

Es wurde eine zentrale Innenrevision eingerichtet. Die Revision und Vergabe sind im PTLV nunmehr klar voneinander getrennt. Es wurde eine Stabsstelle Controlling eingerichtet, wie das der Rechnungshof ebenfalls angeregt hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt erst!)

– Herr Kollege Kaufmann, ganz ruhig, ich komme noch darauf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben schon vor Jahren Anträge zur Korruptionsbekämpfung vorgelegt, die Sie abgelehnt haben!)

– Werter Herr Kaufmann, ich finde das interessant, was Sie hier so alles einwerfen.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, nur eine Frage. Gestatten Sie Zwischenfragen, oder nicht?

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Ich möchte gerne im Zusammenhang ausführen.

Parallel dazu wird es ein einheitliches Berichtswesen geben. Auch die Hinweise des Rechnungshofs zur Umgestaltung der Abläufe in der Behördenspitze des PTLV sind in die Überlegungen zur Restrukturierung und internen Neuorganisation eingeflossen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt denn das?)

Es wird zurzeit eine neue Geschäftsordnung des PTLV erarbeitet, mit der auch die Zeichnungsbefugnisse, über die Sie sich so erregt haben, neu geregelt werden. Es wurde die Funktion eines Antikorruptionsbeauftragten geschaffen und besetzt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na endlich!)

So weit zum Rechnungshofbericht. Wie alle wissen und wie wir schon mehrfach besprochen haben, sind Verwaltungsermittlungen eingeleitet worden. Vor einigen Monaten ist die Führungsspitze des PTLV ausgetauscht worden.

(Gerhard Bökel (SPD): Warum?)

Bezüglich der Straftaten, die ein einzelner Mensch – darauf darf ich einmal hinweisen, weil Sie sich hier so aufgeblasen haben, Herr Frömmrich, dass man meint, hier wäre sozusagen eine riesige Organisation am Werk gewesen –, Herr H., über den wir in diesem Hause schon öfter gesprochen haben, zugegebenermaßen mit erheblicher krimineller Energie ausgeübt hat, ermittelt die Staatsanwaltschaft. Dem Mann wurde bereits vor zwei Jahren gekündigt. Er sitzt zurzeit in Haft und wartet auf seinen Prozess. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollten sich überlegen, was sie hier eigentlich veranstalten. Ich hatte das in der Ausschusssitzung einmal vorsichtig angesprochen. Sie versuchen, hier den Eindruck zu vermitteln, dass die Mitarbeiter des PTLV über Jahre gegen Gesetze verstoßen hätten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Organisationsversagen, Frau Kollegin, und das trifft den Innenminister!)

Verehrte Kollegen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wir reden – wie gesagt – von einem einzelnen Menschen, nämlich von Herrn H.

(Jürgen Walter (SPD): Aber der Laden war ein „Saustall“ – das sagt der Rechnungshof!)

– Entschuldigung, das ärgert mich schon. Das habe ich auch im Innenausschuss gesagt. Im PTLV arbeiten rund 400 Menschen. Die machen eine ganz prima Arbeit.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Aber wenn man Sie hört, bekommt man den Eindruck, dieser „Laden“, wie Sie selbst gesagt haben, Herr Kollege Walter, sei ein „Sauhaufen“. Das finde ich empörend.

(Jürgen Walter (SPD): „Saustall“!)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Man muss schon einmal ein bisschen Rücksicht auf die vielen Mitarbeiter nehmen, die tolle Arbeit leisten. Ich finde das unsäglich.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen, das ist klar, die Landesregierung treffen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie ist verantwortlich! Sie regieren doch!)

Sie wollen vielleicht auch die CDU-Landtagsfraktion treffen. Das mag sein. Das ist auch so in Ordnung. Das ist unser Job. Aber Sie sollten dabei berücksichtigen, dass Sie auch die vielen ordentlichen und prima Mitarbeiter treffen. Sie sollten in Zukunft mit Ihrem Aufblasen etwas vorsichtiger sein.

(Beifall bei der CDU – Dr. Walter Lübcke (CDU): So sind die!)

Ganz durchsichtig und peinlich ist der Versuch der SPD, mit ihrem Entschließungsantrag zu suggerieren, die Probleme hätten urplötzlich im Jahre 2001, nämlich mit der Umorganisation, begonnen. Das ist völliger Käse.

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

Herr Kollege Frömmrich, auch Sie haben versucht, das zu tun.

Die Umorganisation bei der Polizei war sehr erfolgreich. Sie hat die kriminellen Taten des Herrn H. nicht erst ermöglicht. Wir alle wissen, dass er auch vorher schon sehr aktiv war.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn es ein vernünftiges Vergabeverfahren gegeben hätte, wäre das nicht möglich gewesen!)

Die kriminellen Taten des Herrn H. haben überhaupt nichts mit der Umorganisation der hessischen Polizei zu tun. Sie haben hier einen ganz durchsichtigen und faden-scheinigen Versuch gestartet.

(Beifall des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Die Errichtung des Präsidiums für Technik, Logistik und Verwaltung erfolgte im Jahre 2001 durch die Zusammenlegung der Vorgängerbehörden, nämlich des Hessischen Polizeiverwaltungsamts und des Wirtschaftsverwaltungsamts der Hessischen Polizei. Hieraus einen Zusammenhang konstruieren zu wollen, ist schon ein ziemlich abenteuerlicher Vorgang.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was Sie uns hier erzählen, darf doch wohl nicht wahr sein!)

Ihre Anträge sind aber auch noch aus einem anderen Grund äußerst durchsichtig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schaffen eine neue Behörde und sind nicht in der Lage, sie zu organisieren!)

Es war doch die SPD, der es nicht schnell genug gehen konnte. Sie wollten doch unbedingt einen Untersuchungsausschuss haben.

(Günter Rudolph (SPD): Zu Recht!)

Den wollten Sie unbedingt haben. Den haben wir jetzt. Meiner Ansicht nach wäre dort der richtige Ort, um diese Dinge in aller Ruhe aufzuklären und zu besprechen. Aber nein, Sie haben krampfhaft nach einem Grund gesucht, während der Sommerpause ein paar Pressekonferenzen veranstalten zu können. Deswegen haben Sie sich hier auch so aufgeblasen und die Anträge für das Plenum vorbereitet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeimetz, Sie glauben doch selbst nicht, was Sie hier erzählen! Das ist Ihnen peinlich!)

– Herr Kaufmann, Sie können gerne an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses teilnehmen. Da können wir das in aller Ruhe besprechen. Denn nach meinem Dafürhalten gibt es dafür Untersuchungsausschüsse.

Meiner Ansicht nach wird damit aber auch deutlich, dass es Ihnen nicht wirklich um Aufklärung geht. Sonst hätten Sie in Ihren Anträgen zumindest einen Vorschlag gemacht, was der Minister denn, bitte schön, sonst noch hätte tun sollen. Ihnen geht es ausschließlich um Klamauk. Der Bericht des Rechnungshofs war Ihnen ein willkommener Anlass, noch einmal Pressekonferenzen kurz vor der Bundestagswahl abzuhalten.

Zugegebenermaßen bezieht sich der Antrag der GRÜNEN auf Fragen der Korruptionsbekämpfung. Herr Kaufmann, jetzt komme ich zu dem, was Sie gesagt haben. Das, was dort für das PTLV gefordert wird, ist zum Teil umgesetzt worden.

Unter anderem fordern Sie auch – das betrifft jetzt die allgemeine Landesverwaltung – die Einführung von Klauseln über Vertragsstrafen. Das ist ein interessanter Vorschlag. Darüber können wir gerne diskutieren.

(Günter Rudolph (SPD): Alles ist gut!)

Leider ist der aber nicht neu und vor allem in dieser Form auch nicht umsetzbar. Denn die Festsetzung und Vollstreckung von Vertragsstrafen ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung nur sehr eingeschränkt möglich. Der Bundesgerichtshof hat ständig so Recht gesprochen.

Mit Punkt 9 Ihres Antrags beantragen Sie, zu prüfen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Kollegin, was eingeschränkt möglich ist, sehen wir offensichtlich an Ihrem Fall, nämlich hinsichtlich der Frage, ob Sie in der Lage sind, Ihren Laden vernünftig zu organisieren! Das kriegt der Innenminister offensichtlich nicht hin!)

ob man ehemaligen Mitarbeitern des Landes untersagen kann, während der ersten fünf Jahre nach ihrem Ausscheiden bei Firmen zu arbeiten, mit denen sie vorher beruflich zu tun hatten. Auch das ist ein interessanter Vorschlag. Aber es ist eklatant, dass das verfassungswidrig ist. Das zeigt allein schon ein Blick auf Art. 12 Grundgesetz.

Dort geht es um die freie Berufswahl. Das grenzt schon an Berufsverbot. So etwas wird sicherlich nicht mit einer Frist von fünf Jahren zu machen sein.

Außerdem darf ich darauf hinweisen, dass es auch bei der Polizei schon ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung gibt. Wir können gerne über sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption diskutieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wurden diese Mittel nicht angewandt? Das hat doch wohl nichts genutzt!)

Ich befürchte aber, dass wir dadurch nicht werden verhindern können, dass einzelne Menschen einer Landesverwaltung – oder wo auch immer – kriminell werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer schafft denn den Nährboden? Wer gibt die Möglichkeiten? Wer erleichtert das? Das sind die Fragen, die gestellt werden müssen!)

Wahrscheinlich werden wir solches Verhalten niemals ganz ausschließen können. Selbstverständlich ist diesen Menschen aber das Handwerk zu legen.

Im Falle des Herrn H. hat dies zurzeit die Justiz schon übernommen. Ich hatte bereits ausgeführt, dass der Mann in Untersuchungshaft sitzt und auf seinen Prozess wartet. Deswegen lautet meine Empfehlung an Sie: Hören Sie mit diesen Spielchen auf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie so etwas „Spielchen“ nennen, dann haben Sie den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt!)

Hören Sie endlich auf, Luftballons aufblasen zu wollen, die gar keine Hülle haben. Deshalb können sie auch nicht platzen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Rudolph für die Fraktion der SPD.

(Jürgen Walter (SPD): Günter, jetzt mach aber einmal ein bisschen!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vom leichten Trab wollen wir jetzt wieder ein bisschen mehr zum Galopp übergehen. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz ich will das jetzt einmal vor die Klammer ziehen. Ihre Behauptung, wir wollten die Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung irgendwie diskreditieren,

(Zuruf von der CDU: Aber es ist doch so!)

ist schlicht und ergreifend unsinnig. Wir wissen sehr wohl, dass die überwiegende Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotz der enormen Belastung und der falschen Politik der Landesregierung einen hervorragenden Beitrag zur inneren Sicherheit leistet. Das tut sie trotz dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Klein, das ist Ihr Problem: Sie leiden an politischen Autismus.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihr Problem, nicht unseres. Sie sollten sich einmal mit Beamten unterhalten, die in Wechselschicht arbeiten. Die haben 42 Stunden pro Woche zu arbeiten. Von Ihrer Seite hören wir immer wieder, das sei alles kein Problem. Die müssen jetzt 14 bis 15 Arbeitstage im Jahr mehr arbeiten. Das ist eine extreme Belastung. Das ist die Realität in Hessen. Das haben Sie und dieser Innenminister zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 2001 wurde eine neue Behörde gegründet. Sie hat 400 Mitarbeiter, die für die Beschaffung bei der hessischen Polizei zuständig sind. Sie hat einen jährlichen Etat für Investitionen in Höhe von 15 Millionen €.

Jetzt kann man hören, Sie hätten mit dieser neuen Organisationsstruktur einen Meilenstein hinsichtlich der Sicherheitspolitik geschaffen. Wir haben eben schon gehört, was der verehrte Herr Klein damals dazu gesagt hat. Das war also wieder einer der von Ihnen schon bekannten Rohrkrepierer. Sie haben die Backen aufgeblasen, aber am Schluss ist, wie immer, wieder nichts dabei herausgekommen. So ist das Leben.

Herr Innenminister, Sie sollten sich das für die Zukunft merken: Vieles aus Ihrer politischen Vergangenheit holt Sie ein. Das mag bedauerlich sein. Aber das ist die Realität. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf)

– Herr Hermanns, ich komme zur Sache. Im Gegensatz zu Ihnen befassen wir uns mit der Thematik. Der hessische Innenminister hat hinsichtlich der Korruptionsbekämpfung im eigenen Haus völlig versagt. Er hat da völlig versagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 28. April 2005 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit dem Versagen Ihrer Personen beschäftigen soll. Das geschah am 28. April 2005. Herr Minister, Sie müssten wissen, dass die Fakten stimmen, die ich hier vortrage.

Im vorliegenden Fall geht es darum, dass einem ehemaligen Mitarbeiter dieses Amtes kriminelle Taten vorgeworfen werden, der damit dem Land Hessen schweren Schaden zugefügt hat. Unter anderem soll dieser Mitarbeiter, der für die Vergabe von Telekommunikationsaufträgen zuständig war, Schmiergelder in Höhe von rund 300.000 € für die Vergabe von Aufträgen bekommen haben.

Andere Kollegen dieses Hauses waren hinsichtlich der Frage sehr skeptisch, ob es richtig war, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass das mehr als berechtigt war. Das war sogar dringend notwendig. Wir konnten aber nicht ahnen, welche Dynamik sich in dieser Sache noch entwickeln würde.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was macht unser „verehrter“ Herr Innenminister immer, wenn gegen ihn Vorwürfe erhoben werden? Er sagt, bei

dieser Angelegenheit gebe es nichts Besonderes. Das hat er auch dazu gesagt. Damals konnten wir darauf gar nicht reagieren. Dabei hat Ihr damaliger persönlicher Referent bereits im Jahr 1999 von ernst zu nehmenden Hinweisen erfahren. Wir werden im Untersuchungsausschuss belegen, dass dieser Referent diesen Hinweisen offensichtlich nicht nachgegangen ist.

Dann wurde noch bemerkt, das damals bestehende Hessische Polizeiverwaltungsamt sei eine nachgeordnete Behörde gewesen, mit der er als Innenminister wenig zu tun gehabt habe. Es wurde behauptet, die Unterschriftsbefugnis habe geruht. Das sieht die Landeshaushaltsordnung aber überhaupt nicht vor. Das sind alles so Petitessen. Aber wer wird denn so kleinlich sein?

Herr Innenminister, Sie haben zu Anfang der Angelegenheit versucht, Nebelkerzen zu werfen. Schon damals wurden die Fragen gestellt: Gab es eine Dienst- und Fachaufsicht? Gab es eine Innenrevision? – Diese Fragen sind nach wie vor aktuell. Die ersten Bewertungen haben ergeben: Sämtliche Kontrollmechanismen in diesem Amt und insbesondere im Innenministerium, für das Sie die Verantwortung tragen, haben versagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nummehr liegt uns der Bericht des Rechnungshofs vor. Herr Bouffier, dieser Bericht ist für Sie eine schallende Ohrfeige. Der Rechnungshof neigt eher zu einer diplomatischen Sprache. Ich habe das jetzt freundlich formuliert. Das entspricht sicherlich auch der Funktion des Rechnungshofs.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das wollte ich gerade sagen!)

– Herr Hahn, das ist in Ordnung. Herr Hahn, aber selbst Sie müssen zugeben, dass das, was in dem Bericht steht, hanebüchen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das habe ich doch!)

Auch Sie haben das als Kritik bezeichnet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da stehen einem die Haare zu Berge!)

– Ich sagte „hanebüchen“, weil ich die Verbindung herstellen musste. Sie haben Geburtstag. Also herzlichen Glückwunsch, ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Michael Denzin (FDP))

Ich möchte aber wieder zum Ernst der Sache zurückkommen. Frau Zeimetz-Lorz hat sich hierhin gestellt und behauptet, Sie hätten den Bericht des Rechnungshofs praktisch angefordert. Es mag sein, dass dies Ende 2004 geschehen ist.

Man sollte sich einmal anschauen, was in dem Bericht alles steht. 80 % der Vergabeverfahren erfolgten freihändig. Das heißt, man hat einzelnen Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben, zu schalten und zu walten, wie sie wollten. Aufträge wurden gesplittet, um damit zu verhindern, dass sie ausgeschrieben werden mussten. Bei einer Stichprobe von 57 Beschaffungsvorgängen zeigte sich, dass mehr als jeder vierte davon mit Mängeln behaftet war. In vielen Fällen war das Vieraugenprinzip bei den Beschaffungsvorgängen nicht gewährleistet. 1.000 Handys lagen im

Keller. Sie waren bezahlt. Man hätte sie dringend benötigt.

Da flüchtet der Innenminister. Ja, was man da liest, ist wirklich zum Flüchten geeignet.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf: Jetzt ist er wieder hereingekommen!)

– Ja, jetzt ist er wieder in den Saal gekommen. – Die Innenrevision ist personell unzureichend ausgestattet und wird ihren Aufgaben nicht gerecht. Die Mitarbeiter wurden unvollständig und unsystematisch über Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung informiert.

Wer sich den Bericht des Rechnungshofs anschaut, wird feststellen, dass dort Dinge geschehen sind, die sich kein normaler Mensch vorstellen kann. So stellt man sich die Korruptionsbekämpfung in einer afrikanischen Bananenrepublik, aber nicht im Land Hessen vor. Herr Innenminister, diese Zustände haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Jamaika!)

– Nein, das mit Jamaika ist zu weit hergeholt. Da wollen andere beteiligt werden. Wir wollen aber keine anderen da mit hineinziehen. Herr Kollege Schmitt, deswegen muss ich das doch zurückweisen.

(Jürgen Walter (SPD): Das war eine Rüge!)

Der Bericht des Rechnungshofs ist aber auch ein Beleg dafür, dass augenscheinlich eine völlig falsche Organisationsreform bei der hessischen Polizei durchgeführt wurde. Das früher bestehende Hessische Polizeiverwaltungsamt kann als reine Dienstleistungsbehörde eben nicht mit einem Polizeipräsidium gleichgesetzt werden. Es hat keine Verschlankung der Hierarchien stattgefunden. Ein laut Rechnungshof eigentlich überflüssiger Vizepräsident hat die Führung dieser Behörde übernommen und den Präsidenten auf Steuerzahlerkosten zum Frühstücksdirektor degradiert. Das ist ein unverantwortlicher Vorgang.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Natürlich kann man das so locker wie Sie machen: Sie tragen die politische Verantwortung, aber das kostet das Geld der Steuerzahler. Herr Innenminister, so flapsig können Sie auf Veranstaltungen der CDU reden. Das sollten Sie aber nicht hier im Hessischen Landtag machen. Ich wollte das jetzt einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auf Beleg bekommen Sie jedes Zitat von Ihnen der vergangenen Jahrzehnte um die Ohren gehauen, bei dem Sie genau das einfordern. Ich mache das ganz schlimm; denn ich messe Sie an Ihren eigenen Ansprüchen. Es ist falsch, aber ich mache es dennoch, Herr Bouffier.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es geradezu abenteuerlich, wenn Sie und die CDU feststellen, der Innenminister habe konsequent und umgehend gehandelt. Auf die ersten Hinweise im Jahr 1999 ist gar nichts passiert. Im Jahr 2000 hat man versucht, irgendetwas zu machen. Man hat es noch nicht einmal ge-

schafft, den Mitarbeiter, gegen den erste Vorwürfe erhoben wurden, aus dieser Behörde zu versetzen; denn – O-Ton des Herrn Innenministers – man hätte keine andere Verwendungsmöglichkeit gefunden. In einer Landesbehörde mit rund 150.000 Mitarbeitern kann man angeblich keinen Mitarbeiter einer Behörde, in der es um Beschaffung und damit verbundene Vorwürfe geht, versetzen. Das kann ich nicht nachvollziehen. Sie machen doch sonst eine harte Hand deutlich. Weshalb bekommen Sie das mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht hin?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage des Herrn Kollegen Frömmrich ist durchaus berechtigt, ob nicht erst durch das Nichthandeln weitere kriminelle Taten möglich geworden sind. Das werden wir im Untersuchungsausschuss zu klären haben.

Meine Damen und Herren, ein Schaden zulasten der Steuerzahler Hessens ist entstanden. Das ist unstrittig. Über die Höhe werden wir im Untersuchungsausschuss zu reden haben. Hierbei handelt es sich um Geld, das wir für andere Aufgaben auch im Bereich der inneren Sicherheit dringend benötigen.

Herr Innenminister, über drei Jahre lang sind Sie Ihrer Verantwortung als oberster Dienstherr einer nachgeordneten Behörde nicht gerecht geworden. Sie haben auch zu verantworten, dass die Dienst- und Fachaufsicht völlig versagt hat. Sonst lassen Sie sich für jede Wohltat und jede gute Sache der hessischen Polizei feiern. Also sind Sie auch für die Missstände verantwortlich. So einfach ist das in diesem Leben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie diesen Amtsleiter in das Innenministerium abgeordnet haben, zeigt doch, dass Sie unsere Auffassung offensichtlich teilen, dass es Fehlverhalten und eklatante Mängel in der Führung gibt. Deswegen gestehen Sie ein, dass in diesem Amt vieles nicht in Ordnung war. Das würde man nicht machen, wenn alles wunderschön wäre.

Meine Damen und Herren, all diese Vorgänge belegen, dass der Herr Innenminister in Hessen sehr viel Wert auf die Farbgebung von Polizeiautos und von Uniformen sowie die Einstellung von Spitzensportlern bei der Polizei legt. Darüber kann man übrigens reden. Diese 15 Stellen müssten Sie aber zusätzlich bereitstellen, da sie zulasten der allgemeinen Ausbildung bei der Polizei gehen. Das ist einmal sehr deutlich zu sagen. Sie investieren aber augenscheinlich zu wenig Zeit in die Dienst- und Fachaufsicht Ihrer Behörden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist nicht der einzige Fall. Uns bereitet große Sorge, was in den vergangenen Tagen und Wochen über weitere Affären berichtet wurde. Die „Bild“-Zeitung schreibt in ihrer Ausgabe vom 13. September 2005 von einem Leibwächterskandal, bei dem offensichtlich Mitarbeiter Überstunden abgerechnet haben sollen, die ihnen nicht zustehen. Ich erwähne Ermittlungen gegen Polizeibeamte wegen Betrugs, die in ca. 17.000 Verfahren Bußgelder einbehalten haben. Hierbei soll es sich um eine Schadenssumme von etwa 600.000 € handeln. Herr Innenminister, deswegen stimmt etwas nicht unter Ihrer Verantwortung in Hessen, um es einmal sehr

deutlich zu sagen. Dafür tragen Sie und sonst niemand die politische Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer die harte Hand und den harten Hund gegen alle kriminellen Verfehlungen zu Recht einfordert, muss sich an seinen eigenen Taten und Sprüchen messen lassen. In Hessen ist in den vergangenen drei Jahren die Kriminalität um 13 % gestiegen. Herr Innenminister, wenden Sie doch einmal etwas weniger Kraft für die eigene PR auf. Diese ist ganz ordentlich. Wir brauchen nicht darüber reden, dass Sie das drauf haben. Davon kommt jeden Tag viel aus dem Preeticker.

(Minister Volker Bouffier: Jeder zweite Satz!)

Treten Sie doch einmal entschieden gegen Korruption und kriminelle Verfehlungen in Ihren eigenen Behörden auf. Das ist Ihre zentrale Aufgabe, die Sie sträflich vernachlässigt haben. Dazu fordern wir Sie ausdrücklich auf.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist der Untersuchungsausschuss dringend notwendig. Ich fordere die Landesregierung auf – damit wir mit der Tätigkeit richtig beginnen können –, uns endlich die Akten zur Verfügung zu stellen.

(Jürgen Walter (SPD): Das kennen wir!)

Wie in dem anderen Untersuchungsausschuss muss man offensichtlich seit fast zwei Monaten Dinge schwärzen. Wir wollen die Akten, damit die Öffentlichkeit weiß, was wirklich in dieser Behörde los ist. Deshalb rücken Sie endlich die Akten heraus, damit wir mit der Arbeit beginnen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben keinen Aktenplan! Deswegen finden sie sie nicht!)

– Die haben vielleicht keinen Aktenplan, Herr Frömmrich. Das wäre noch nicht so schlimm. Ich glaube aber, man fürchtet den politischen Schaden, der dahinter steckt. Deswegen: Akten raus, damit wir mit der Arbeit beginnen können.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Land Hessen ist durch diese Affäre und weitere Affären schon jetzt ein großer finanzieller Schaden entstanden. Sie behaupten, wir würden immer die Mitarbeiter kriminalisieren. Ich sagte eingangs, und das halte ich für wirklich wichtig: Die übergroße Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leistet eine verantwortungsvolle Tätigkeit trotz nahezu unmöglicher Arbeitsbedingungen, wie z. B. einer verlängerten Arbeitszeit, der Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und anderer Dinge.

(Zuruf von der CDU)

– Weil solche Leute wie Sie beratungsresistent sind. Deswegen muss man es Ihnen oft genug sagen. Das werden wir an dieser Stelle auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Innenminister, Sie können wolkig erklären, es sei alles wunderbar. Weshalb Sie den Bericht des Rechnungshofs nicht veröffentlicht haben, ist relativ klar. Man kann doch wohl nicht ernsthaft erwarten, dass man einen sol-

chen Verriss, eine solche schallende Ohrfeige als Innenminister selbst vorstellt. Das haben wir getan, damit die Öffentlichkeit informiert wurde. Das ist gut so. Der Rechnungshofbericht ist ein Beleg dafür, dass der Untersuchungsausschuss notwendiger denn je ist. Wir werden belegen, dass dieser Innenminister in seiner politischen Kontrollfunktion versagt hat.

Herr Innenminister, wenden Sie mehr Kraft auf, damit solche Dinge künftig vermieden werden. Setzen Sie die Hemmschwellen so hoch, dass kriminelle Taten nahezu unmöglich werden. Hören Sie endlich auf, zu sagen, Sie hätten irgendetwas aufgeklärt. In der ganzen Affäre waren Sie getrieben von den Medien und der politischen Opposition. Deswegen sind die Anträge der GRÜNEN, der SPD und der FDP richtig. Herr Innenminister, gestehen Sie ein, dass es Versäumnisse und Fehler gab. Jetzt ist es Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Dinge in Zukunft abgestellt werden. Etwas mehr Demut würde Ihnen an dieser Stelle mehr als gut tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Hahn, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

(Zuruf von der SPD: Eine Geburtstagsansprache!)

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen herzlichen Dank für die vielen Wünsche, die ich in den vergangenen Stunden bekommen habe. Ich gehe fest davon aus, dass Sie, wenn Sie mir Gesundheit wünschen, dies auch ernst meinen. Vielen herzlichen Dank.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede des Herrn Kollegen Frömmrich war wenig Jamaika und viel Kuba. Wir werden noch viel üben müssen, wenn Jamaika der Rum sein soll, den die Bundesregierung gemeinsam trinken will.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Rudolph, die Themen „Wechselschicht“ und „42 Stunden“ haben mit dem PTLV nichts zu tun. Kein Mitarbeiter des PTLV arbeitet in Wechselschicht. Deshalb ist es relativ egal, ob die 42 Stunden so herum oder so herum zu sehen sind.

Wir wollen mit dem Thema so umgehen, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer im Raum sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer darüber hinaus ein bisschen verstehen, worum es geht. Ich gebe für die FDP-Fraktion zu, dass wir zu Beginn der Diskussion über die Fragen des PTLV nicht gedacht haben, dass sie solche Dimensionen annimmt. Das gebe ich ganz offen und ehrlich zu. Ich hatte gehofft, dass die Angriffe, die zunächst medial – – Wir wissen alle, wie das Geschäft funktioniert. Ich war auch beim Reiten mancher Pferde dabei gewesen. Eines haben wir zu Tode geritten.

(Gerhard Bökel (SPD): Der Metternich, auch ein Alkoholiker!)

Dann dachten wir, das könne so nicht stimmen. Es ist schon starker Tobak, den Inhalt des Rechnungshofberichts zur Kenntnis nehmen zu müssen. Man muss aber relativ entspannt hinzufügen, dass der Rechnungshof diese

Arbeit nicht auf eigene Veranlassung begonnen hat, sondern einen entsprechenden Prüfungsauftrag nach einer neuen Regelung des Rechnungshofgesetzes vom zuständigen Minister erhalten hat.

Das Ergebnis aber ist erschütternd. Ich hätte nicht gedacht, dass auch in der Zeit, in der wir politisch mit Verantwortung getragen haben, so etwas in der Regierungskoalition von CDU und FDP passieren konnte, wie es offensichtlich passiert ist. Es kann nicht sein, dass das Vieraugenprinzip nicht beachtet wird. Es darf nicht sein, dass über 28 % der Beschaffungsvorgänge mangelhaft sind. Das ist fast ein Drittel. Das darf einfach nicht sein, insbesondere nicht bei einem Unternehmen, dessen Hauptaufgabe die Beschaffung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich jemand damit zu beschäftigen hat, der das nebenbei macht, dann würde ich die Fehlerquote auch als zu hoch ansehen und Nachbesserungen einfordern. Eine Abteilung aber, die keine andere Aufgabe hatte, als zu beschaffen, darf diese hohe Fehlerquote nicht haben. Das finden wir als Liberale unerträglich. Ich glaube, dass der Herr Minister das im Nachhinein auch als unerträglich ansieht.

Funktionstrennungen haben nicht richtig stattgefunden. Die Rotation, die in diesem Bereich dringend notwendig ist, ist nicht beachtet worden. Ich will mich jetzt nicht über die Petitesse mit der Unterschriftsrücknahme usw. unterhalten. Damit hat Herr Kollege Rudolph Recht. In einer Ausschusssitzung hat uns übrigens ein Vertreter des Rechnungshofs belehrt, was man im Ministerium damit gemeint hat. Das ist aber alles Pillepalle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was aber nicht sein kann, ist diese Lagerhaltung. Einer muss doch geschlafen haben. Vielleicht haben aber auch kollektiv einige geschlafen. Immerhin geht es um Geld des Steuerzahlers.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch nicht unser Geld. Das ist doch nicht Geld beispielsweise eines Unternehmens, das zu viel Zucker einkauft, sondern es geht darum, dass Steuergeld so effektiv und effizient wie möglich eingesetzt wird. Das wurde es im PTLV nicht.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als das Gutachten veröffentlicht worden ist, haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die Fehlerquote viel zu hoch und in keiner Weise zu akzeptieren ist. Deshalb müssen Schlussfolgerungen daraus gezogen werden. Bei diesem Punkt unterscheide ich mich von Frau Kollegin Zeimetz-Lorz. Ich bin nicht der Auffassung, dass all diejenigen Maßnahmen, die der Rechnungshof vorgeschlagen hat und die auch sinnvoll waren, umgesetzt wurden. Ich will nur einen einzigen Punkt herausgreifen, weil ich ihn für symptomatisch für das Problem des PTLV halte. Im Zusammenhang mit der Forderung nach Abschaffung einer Vizepräsidentenstelle wird argumentiert, das ginge nicht, weil andere Sachen gemacht werden müssten.

Die FDP-Fraktion und Jörg-Uwe Hahn als innenpolitischer Sprecher sind immer noch voll und ganz für die Organisationsstruktur mit der Verteilung der Präsiden, wie wir sie gemeinsam in der Koalition vereinbart und umge-

setzt haben. Es war klug, Aufgaben beim PTLV zusammenzufügen, die bisher verstreut bei anderen Institutionen waren.

Ob die Behördenleitung immer ordentlich gearbeitet hat, dazu sage ich jetzt nichts. Ich sage aber schon jetzt, dass ich die Behördenleitung dazu im Untersuchungsausschuss peinlich befragen werde, weil ich die Befürchtung habe, dass das nicht ganz so ordentlich gelaufen ist.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drei Präsidenten!)

Das ist aber noch nicht so sehr das Problem des Herrn Innenministers, weil er zu diesem Zeitpunkt sicherlich gar nichts davon wusste.

Ich unterstelle, dass er es nicht wusste. Denn er hätte sonst in den Koalitionsgesprächen oder mit den zuständigen Fachabgeordneten Armin Klein und Jörg-Uwe Hahn darüber geredet. Denn wir reden über Dinge, die zu einer Zeit passiert sind, als wir noch mit in der Verantwortung waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun so zu tun, als ob organisatorische Änderungen nicht notwendig seien, das ist falsch.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen keinen Vizepräsidenten mehr. Wir brauchen ihn deshalb nicht mehr, weil eine Entscheidung, die der Innenminister auf Vorschlag von Herrn Eibelshäuser und seinen Damen und Herren Mitarbeitern getroffen hat, viel Arbeit vom PTLV weggenommen hat. Alle „polizeifremden“ Käufe sind nicht mehr dort, sondern sie sind dort, wo sie auch ansonsten vom Land Hessen abgewickelt werden. Also ist der Arbeitsaufwand schon um einiges reduziert.

Zweitens wird begründet, diese B-5-Stelle müsse es weiterhin geben und natürlich auch eine Person darauf, weil man entsprechende Umstrukturierungen im Haus durchführen wolle. – Lieber Herr Innenminister, das müssen Sie schon selbst machen, und das machen Sie auch selbst. Dafür gibt es auch ein LPP als die übergeordnete Behörde des PTLV. Das haben wir auch bewusst so gemacht. Herr Innenminister, ich habe deshalb in einer der letzten Sitzungen des Innenausschusses versucht, Ihre Staatssekretärin von der Wortwahl wegzubekommen, dass dieses LPP „unser“ Amt ist. Das ist es bewusst nicht mehr. Wir haben bewusst entschieden, dass eine Trennung zwischen dem Innenministerium und der Polizeiorganisation gemacht wird. Das heißt, die Abteilung III ist nicht mehr die Abteilung III des Innenministeriums, sondern ist jetzt eine eigenständige Behörde mit einem Polizeipräsidenten, der im Übrigen auch politischer Beamter ist.

Wir müssen hier ganz genau unterscheiden, und deshalb sagen wir als Liberale: Die Arbeiten, von denen Sie meinen, dass der Vizepräsident sie machen muss, müssen jetzt im LPP durchgeführt werden. Aber dann brauchen wir keinen Vizepräsidenten mehr in dieser Behörde.

(Beifall bei der FDP)

Alles andere – die Tatsachen – steht im Rechnungshofbericht. Vieles davon haben die Kollegen schon gesagt. Deshalb will ich es nicht nach dem Motto: „Es ist schon alles gesagt worden, nur nicht von mir“ wiederholen. Ich fasse zusammen:

Punkt 1. Es ist ein mehr als ärgerlicher Vorfall, ein Vorfall, den man als Regierungsfraktion nicht abtun sollte, indem

man sagt, es ist alles wieder gut, sondern bei dem man sehr nüchtern feststellen muss: Jawohl, da ist etwas passiert, was nicht sein darf.

Punkt 2. Wir müssen uns Beratung von außen holen, wie es gelaufen ist. Vielen herzlichen Dank, Herr Prof. Eibelhäuser für die Arbeit, die Sie im Auftrag der Landesregierung, im Auftrag des Innenministers geleistet haben.

Punkt 3. Die Dinge müssen jetzt aber auch umgesetzt werden, und sie müssen vollständig umgesetzt werden.

Punkt 4. Herr Rudolph und Herr Kollege Frömmrich, es ist richtig, der Untersuchungsausschuss ist wichtig geworden. Wir haben es früher etwas anders gesehen. Wir werden gemeinsam abarbeiten, wie es sich in einem Untersuchungsausschuss gehört, ob nun Verantwortlichkeiten vorhanden sind oder nicht. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Das Wort hat der Innenminister, Herr Staatsminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Damit es gleich zur Begrüßung klar ist: Selbstverständlich trage ich die Verantwortung. Das kann überhaupt keine Frage sein.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist die Konsequenz daraus?)

– Die Konsequenz daraus ist, dass ich Ihre Vorwürfe entschieden zurückweise, weil es einen entscheidenden Unterschied gibt. Das, was Sie hier lautstark beklagen, können Sie nur deshalb beklagen, weil ich überhaupt gehandelt habe.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben den Eindruck erweckt, es habe irgendeines Einsatzes von Ihnen bedurft –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie glauben das doch nicht wirklich!)

– Aber natürlich. Deshalb werde ich es jetzt detailliert darlegen. Wer hat den Rechnungshofbericht in Auftrag gegeben? Das war ich.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Rudolph, wir waren nicht von Ihnen, nicht von der Presse, von niemandem getrieben. Zu der Zeit, als wir diese Aufträge erteilt haben, hatte niemand von Ihnen auch nur den Hauch einer Vorstellung von all diesen Fragen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen haben Sie den Bericht so lange zurückgehalten!)

– Nein, den haben wir nicht zurückgehalten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 23. Juni!)

Jetzt müssen wir zu den Fakten kommen, das tut euch nämlich weh.

(Lachen bei der SPD)

Ich komme schon dazu, keine Sorgen. Ich halte zunächst fest: Gerade weil die Dienst- und Fachaufsicht funktioniert hat und weil wir gehandelt haben, weise ich die Vorwürfe zurück. Sie haben hier den Eindruck erweckt, als sei der Rechnungshof irgendwann eingeritten und habe etwas aufgedeckt. Das ist doch totaler Unsinn. Der Rechnungshof war im Jahre 2000 aus eigenem Antrieb dort, und das werden wir im Untersuchungsausschuss zu diskutieren haben.

Wir haben ihn im letzten Jahr beauftragt, weil ich nicht zufrieden war mit den Dingen, wie sie dort waren, ohne Einzelheiten zu kennen. Deshalb haben wir eine neue Behördenleitung. Deshalb sind sämtliche Punkte, die der Rechnungshof genannt hat, mittlerweile abgearbeitet – mit einer Ausnahme, was den Vizepräsidenten angeht. Darüber lasst uns diskutieren.

Die Dinge sind nicht so einfach, wie sie hier gelegentlich vorgetragen werden, um das von vornherein abzuräumen. Da heißt es immer, 80 % seien freihändig vergeben worden. Dann muss man fairerweise aber auch hinzufügen: Bis 10.000 € ist das nach der Haushaltsordnung ausdrücklich zulässig.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Aufträge sind doch gestückelt worden!)

– Langsam, wir werden das im Einzelnen zu diskutieren haben. Ich will nur dem Vorwurf entgegentreten, das sei alles sozusagen von finsternen Mächten getrieben.

(Zurufe von der SPD)

Ich bleibe dabei. Ich hatte eine eindrucksvolle Begegnung mit einer Journalistin, die mich gefragt hat: Sagen Sie einmal, wenn Sie den Rechnungshofbericht nicht in Auftrag gegeben hätten, dann hätte das doch keinen Menschen interessiert? – Darauf habe ich gesagt: Dann hätte die Opposition jetzt nicht ein paar nette Stunden, aber dann wäre die Sache nicht in Ordnung.

Mir macht das keine Freude, damit das auch klar ist.

(Günter Rudolph (SPD): Den Untersuchungsausschuss haben wir beantragt, um das deutlich zu sagen!)

Deshalb halte ich fest: Dienst- und Fachaufsicht haben funktioniert, indem wir zu einem Zeitpunkt, als es überhaupt keine öffentliche oder sonstige Debatte gab, diesen Gutachtensauftrag des Rechnungshofs, wie es korrekt heißt, erbeten haben – ausdrücklich auch von mir in Person.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der nächste Punkt. Ich – sonst niemand – habe Sie von diesem Auftrag unterrichtet. Das gehört zur Wahrheit. Ich habe im Innenausschuss von diesem Auftrag berichtet, und zwar vor Monaten. Ich habe Ihnen damals zugesagt, Sie bekommen diesen Bericht. Es bedurfte überhaupt keiner Tätigkeit von Ihnen. Sie sind sozusagen nebenher gelaufen. Ich sage noch einmal: Freude macht das nicht, aber es ist gehandelt worden, und zwar entschieden.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Meine Damen und Herren, deshalb bleibt es dabei. Wir haben gehandelt, wir haben entschieden gehandelt. Die Punkte des Rechnungshofs sind entweder alle erledigt oder in der Abarbeitung, und an dem einen Punkt müssen

wir diskutieren, ob es einen Vizepräsidenten braucht oder nicht. Ganz nebenbei, es war nicht die Empfehlung des Rechnungshofs, dass die Verlagerung der Aufgaben z. B. auf die OFD stattfand. Das war schon vorher. Das können wir also alles nebeneinander legen.

Dann bleibt, dass ich selbstverständlich dazu stehe und dass ich mit aller Klarheit festhalten will: Hier ist weder etwas vertuscht worden, noch habe ich Anlass, irgendetwas zu vertuschen. Es gibt aus meiner Sicht nichts zu vertuschen. Es gibt jetzt ein PTLV, das meiner Überzeugung nach mit Herrn Daschner an der Spitze sehr gut aufgestellt ist und das seine Aufgaben sehr gut wahrnimmt. Die machen gute Arbeit, Frau Zeimetz-Lorz hat es schon gesagt. Ich erinnere mich auch, dass allseitiges Lob zu Schutzwesten usw. kam. Herr Kollege Bökel wird es bestätigen.

Ich wende mich dagegen, dass man jetzt sozusagen alle diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade einmal abduckt. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das tut niemand!)

– Das tut niemand? Das wollen wir einmal festhalten. – Herr Frömmrich, Sie haben gerügt, ich hätte das Parlament gestern missachtet und sei bei den Brauern zum Bier gewesen.

(Günter Rudolph (SPD): Nein, Herr Wagner war das!)

Sie haben gesagt: der Innen- und der Justizminister.

(Günter Rudolph (SPD): Der Justizminister! – Hildegard Pfaff (SPD): Nur der Justizminister!)

– Das war dann wohl im Vollgefühl der Rede. Dann nehme ich das hin. Nehmen Sie einfach von mir hin: Ich war weder bei den Brauern, noch war ich geladen bei den anderen.

(Gerhard Bökel (SPD): Wo waren Sie dann?)

Herr Frömmrich, mit Ihnen sollte man sich schon ein bisschen beschäftigen.

(Clemens Reif (CDU): Das lohnt wirklich nicht!)

Sie haben wörtlich ausgeführt, die Schaffung des PTLV – das hat die SPD sinngemäß auch ein bisschen anklagen lassen – sei zumindest sehr fragwürdig, ob das richtig war. Die frühere Behörde sei prima gewesen.

(Günter Rudolph (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Dass Herr H. uns betrügen konnte, sei im Prinzip das Ergebnis der Tatsache der Umstrukturierung und meines Handelns.

Meine Damen und Herren, wir werden im Untersuchungsausschuss mehr darüber zu reden haben. Aber eines kann ich Ihnen schon sagen: Dieser Mensch ist seit Anfang der Neunzigerjahre auf diesem Posten, hat immer das Gleiche gemacht. Zu Zeiten, als ich noch lange keine Verantwortung getragen habe, hat er dem Land, wo wir heute durch die Feststellungen der Staatsanwaltschaft wissen, erheblichen Schaden zugefügt durch Straftaten, die nun nicht mehr angeklagt werden, weil sie alle verjährt sind. Das waren Straftaten aus den Jahren 1997 und 1998, und darüber werden wir noch sprechen. – Ich bedauere das sehr.

(Günter Rudolph (SPD): Wenn wir die Akten einmal kriegen, dann können wir das nachprüfen! Er blockiert alles!)

Ich sage dazu: Betrug ist etwas Schlimmes. Wir müssen alles tun, damit wir das im Vorfeld verhindern. Deshalb gibt es eine Menge von Maßnahmen, die zur Korruptionsbekämpfung quer durch die Landesverwaltung stattfinden, auch und gerade durch die Polizei. Es gibt in Ihrem Antrag den einen oder anderen Punkt, der sich durchaus gut liest und der juristisch nicht einfach ist. Aber ich lege Wert darauf, dass die früheren Regierungen sich wie diese auch um dieses Thema sehr intensiv gekümmert haben und kümmern und trotzdem immer wieder Betrügereien vorkommen. Diese sind in sehr massivem Umfang bei der Autobahnpolizei in Herborn vorgekommen. Das war beklagenswert, aber es ist geschehen. Sie sind hier vorgekommen bei einem, von dem ich bisher weiß. Ich habe mich noch einmal versichert, ob es irgendeine weitere Ermittlung gegen irgendjemanden gibt. Die Antwort war: Nein. – Das ist auch sehr betäublich, aber Betrug ist das eine.

Dann bleibt das andere übrig, was wir in der Sache dagegen getan haben. Herr Frömmrich, es war mitnichten so, dass die Umgestaltung der Organisation oder irgendwelche Änderungen der Verfahrensabläufe diesem Herrn die Dinge erleichtert hätten, jedenfalls nicht, soweit ich davon in irgendeiner Weise Kenntnis habe.

Aber eines will ich schon sagen, wenn wir über das PTLV reden: Was war der Grund für die Schaffung des PTLV? In der gesamten hessischen Polizei war damals, übrigens auch politisch, einhellige Meinung: Es ist nicht klug, ein Landesverkehrsamt der Polizei zu haben, eine Abteilung V oder VI im Hessischen Landeskriminalamt zu haben, die sich um die IT kümmert, und ein Polizeiverwaltungsamt, die alle aneinander vorbei arbeiten. – Deswegen haben von den Gewerkschaften bis zu Ihnen damals alle gesagt: Das ist vernünftig.

Ich halte hier ausdrücklich fest: Es war und ist vernünftig.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kritisiert auch keiner, Herr Minister!)

– Doch, das haben wir gerade gehört.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann muss man es richtig organisieren, wenn man es einrichtet! – Gegenruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

– Sehr gut, dann halten wir fest: Wir sind gemeinsam der Auffassung, dass das PTLV und die Organisation richtig sind.

Ganz nebenbei, wissen Sie, was ein ganz wesentlicher Grund für diese Organisationsform war? Vielleicht dürfen wir das heute auch noch einmal erwähnen. Das, was ich übernommen hatte, was uns im IT-Bereich widerfahren ist, hatte das schöne Stichwort HEPOLAS. Erinnern Sie sich noch? Es wurde von 1991 bis zu meinem Amtsantritt probiert. Es gab noch nicht einmal einen Probelauf. Wir haben 160 Millionen versenkt.

(Beifall bei der CDU)

Das war der Grund, warum wir das geändert haben. Wir können gerne über Einzelheiten reden, über alle Einzelheiten.

(Günter Rudolph (SPD): Faxgeräte, die es noch nicht gab!)

Mir macht das auch keine Freude – deshalb habe ich gehandelt –, wenn ich lese, dass dort irgendwo Handys liegen, die nicht ausgeliefert werden oder die keiner braucht. Das ist für mich nicht in Ordnung. Aber wir wollen die Realitäten schon ein bisschen zurechtrücken. Meine Damen und Herren, die Debatte, die wahrscheinlich auch im Untersuchungsausschuss zu führen sein wird, ist heute etwas antizipiert worden. Deshalb denke ich, es macht keinen Sinn, auf alle Einzelheiten einzugehen. Wir werden das sicherlich noch einmal zu diskutieren haben. An einem möchte ich aber festhalten: Wir haben gehandelt. Wir haben das PTLV in einen Zustand versetzt, der es arbeitsfähig macht, und zwar gut arbeitsfähig. Es bedurfte wahrlich nicht irgendeiner Initiative der Opposition.

Meine Damen und Herren, Sie zitieren mich so gerne. Das ist in Ordnung.

(Günter Rudolph (SPD): Das können Sie auch nicht verhindern!)

Herr Kollege Rudolph, ich spüre auch, dass Ihnen das unheimlich wehtun muss.

(Günter Rudolph (SPD): Gar nicht!)

Es gibt keine einzige Debatte, in der Sie nicht dieselben Platten bringen: „Der Minister macht das, oder er macht das.“ Das ist alles prima. Es freut mich, dass Sie das alles wahrnehmen. Sie können sicher sein, dass ich das weiter so mache.

(Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wenn man nichts Richtiges hat, schreibt man: Skandalisierung.

(Günter Rudolph (SPD): Oh! – Bernd Riege (SPD): Das haben wir von Ihnen gelernt! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie nie gemacht!)

Der Kollege Frömmrich hat –

(Zurufe der Abg. Jürgen Walter (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Frömmrich, es geht von der Kollegenzeit ab. Also lassen Sie mich doch einmal erzählen.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben doch Zeit!)

Herr Kollege Frömmrich hat sich neulich empört, die Friseurin von Angie, von Frau Merkel, sei durch persönliche Ausnahmegenehmigung von mir zum Flughafen gelangt, als das gesamte Rhein-Main-Gebiet gesperrt war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Günter Rudolph (SPD): Hat auch nichts genutzt! – Jürgen Walter (SPD): Die Frisur ist trotzdem nichts geworden!)

Meine Damen und Herren, ich kenne die Dame nicht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass es in Offenbach eine so gute Friseurin gibt, wusste ich gar nicht!)

– Die Friseurin.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, Herr Jürgen Frömmrich –

(Zuruf von der CDU: Friseurin! – Gerhard Bökel (SPD): Jetzt aber keine Einzelheiten! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie in dieser aufgelockerten Runde um etwas Aufmerksamkeit.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Damit es klar ist: Die Friseurin kenne ich nicht. Es hat zu keiner Zeit eine solche Genehmigung gegeben. Das wurde Ihnen auch mitgeteilt.

(Zurufe von der CDU)

Aber jetzt kommt es: Das hat ihn nicht veranlasst, zu sagen: „Okay, das war so wahrscheinlich nicht richtig.“

Die Krönung hat der Kollege Rudolph letzte Woche geliefert. Das will ich dem Haus auch einmal vortragen. Der Herr Kollege Rudolph hat sich sozusagen außerordentlich besorgt gezeigt, dass in Frankfurt tausendfach falsch abgerechnet wurde, und dringende Aufklärung erbeten. Das stand in der „Bild“-Zeitung. Es ist völlig in Ordnung, dass Sie Aufklärung erbitten. Das habe ich auch zugesagt. Die Sitzung des Innenausschusses beginnt mittwochs um 14 Uhr. Der Brief mit den Fragen der Sozialdemokratischen Partei, auf die ich antworten sollte, ging im Ministerium um 15.10 Uhr ein. Aber schon nach 14 Uhr gab der sozialdemokratische Abgeordnete Presseerklärungen ab, dass der Minister auf seine Fragen gar nicht geantwortet habe.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, darf ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

(Gerhard Bökel (SPD): Rudolph ist immer der Zeit voraus! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, die waren schon in Jamaika! – Unruhe)

Herr Minister, einen Moment. – Meine Damen und Herren, seien Sie so lieb.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, zum Ernst zurück. Das PTLV ist gut aufgestellt. Wir haben gehandelt. Die Dienstaufsicht hat funktioniert. Alles andere wird im Ausschuss zu diskutieren sein.

(Beifall des Abg. Volker Hoff (CDU))

Lassen Sie mich zwei Schlussbemerkungen machen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, gestatten Sie vorher eine Zwischenfrage des Kollegen Bökel?

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Nein.

(Gerhard Bökel (SPD): Ach, wie schade!)

Ich will ausdrücklich zwei Schlussbemerkungen machen, weil es durchaus sein kann, dass uns das irgendwann wieder beschäftigt. Dort, wo sich Einzelne Fehlverhalten, muss ohne Zögern reagiert werden. Dies geschieht. Es gilt

aber auch: Die hessische Polizei mit rund 20.000 Bediensteten darf nicht durch das Fehlverhalten Einzelner insgesamt in eine Skandalisierung hineingeführt werden. Das ist in der Sache falsch. Das ist schlecht, weil das Vertrauen der Bürger in die Arbeit der Polizei dadurch untergraben wird. Ich will hier ausdrücklich sagen: Die hessische Polizei leistet gute Arbeit, und ich bedanke mich dafür.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er muss sich hinter den Polizisten verstecken! Das ist arm!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat zu Beginn seiner Rede gesagt, wir sollten uns warm anziehen, weil uns irgendetwas, was er sagen würde, wehtun würde.

(Minister Volker Bouffier: Was?)

– Doch, Sie haben gesagt, uns würde etwas wehtun, wenn Sie ins Detail gehen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Lachmuskel!)

Dann kam als größtmöglicher Nebelkerzenwerfer die Tatsache, dass die SPD Briefe zu spät abschickt und Sie Angela Merkel nicht kennen. Sehr verehrter Herr Kollege und Innenminister, ich finde das, was Sie gesagt haben, sehr bemerkenswert.

Kommen wir zum Kern der Sache zurück. Dieser Untersuchungsausschuss wird sehr spannend, Herr Innenminister, weil Sie gerade eben gesagt haben, dass Sie nicht den leisesten Hauch einer Ahnung hatten, aber trotzdem unzufrieden waren, ohne Kenntnis der Einzelheiten. Wir wollen im Innenausschuss und im Untersuchungsausschuss nachhören, was das heißt, lieber Herr Innenminister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Volker Hoff (CDU): Hoffentlich sperren Sie dann auch die Ohren auf! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Der kleine James Bond!)

Herr Staatsminister, wir haben einen laufenden Prozess gegen einen Beschuldigten, der in U-Haft sitzt. Es ist genau das eingetreten, was angesichts der Zustände im PTLV logisch ist: Der Anwalt des Beschuldigten hat schon gesagt: Wir brauchen eine Strafmilderung, weil durch das Organisationsversagen in dieser Behörde die Straftaten erst möglich gemacht worden sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Minister, das ist Ihre Verantwortung. Wir hatten die Situation, dass wir schon – wann war die erste Ausschusssitzung in dieser Frage; das ist schon etwas her –

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im April!)

im April gesagt bekommen haben: Da hat es Hinweise gegeben, und zwar an verschiedenste Menschen, unter an-

derem an den missglückten Flüchtling aus Hessen, den Staatsminister a. D. Dr. Jung,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein Witz!)

der schon frühzeitig Hinweise bekommen hat, was da los ist.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

– Ja, Herr Kollege Klee. – Herr Bouffier, erinnern Sie sich noch daran, was Sie dazu gesagt haben?

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Sie haben dazu gesagt, der Mann sei als Querulant bekannt. Das war das Einzige, was Ihnen dazu eingefallen ist. Wir als GRÜNE haben schon sehr früh in diesem Hause Vorschläge gemacht, wie z. B. Ombudsleute zur Korruptionsaufdeckung einzusetzen sind. Das Einzige, was Ihnen dazu eingefallen ist, war, das alles abzulehnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben hier gerade – deswegen diskutieren wir das überhaupt – einen Antrag betreffend Korruptionsprävention eingebracht, in dem es nicht nur um das PTLV geht, sondern auch um die Frage der zukünftigen Verfahrensweise. – Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, Sie haben es gesagt. Aber es ist doch die spannende Frage, wie Sie gleich mit dem Antrag umgehen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Daran entscheidet sich auch, ob Sie hier etwas ernst zu Nehmendes zur Sache beizutragen haben oder nicht.

Herr Kollege Bouffier, ein weiterer Punkt. Wir werden uns im Untersuchungsausschuss sehr vertieft mit der Frage beschäftigen, wie all diese Präsidenten ins Amt gekommen sind und warum.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): B 5!)

Herr Bouffier, Sie als Innenminister haben als erste Amtshandlung erst einmal drei Polizeipräsidenten in den Ruhestand versetzt, weil Ihnen deren Parteibücher nicht gepasst haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das sagen die Richtigen! – Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende, Kollege Al-Wazir.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Volker Hoff (CDU))

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Irmer, zu Ihrer Aufklärung: Einer von denen, die in den Ruhestand versetzt worden sind, war der Polizeipräsident des damaligen Polizeipräsidiums Offenbach am Main. Wissen Sie, was er jetzt macht? Er ist Ombudsmann bei der Bahn AG zur Korruptionsbekämpfung. – Sie hatten die Fachleute, Sie haben sie aber hinausgeschmissen, weil Ihnen ihr Parteibuch nicht gepasst hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie haben Leute wie Herrn Sedlak, deren Parteibuch Ihnen gepasst hat, auf Ämter gesetzt. Diese waren aber offensichtlich nicht in der Lage, das Amt auszufüllen. Deswegen haben Sie sie wieder hinausgeschmissen bzw. versetzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Al-Wazir, Sie müssen zum Schluss kommen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Innenminister sagt, er habe nicht den Hauch einer Ahnung gehabt, sei aber ohne Kenntnis der Einzelheiten trotzdem unzufrieden gewesen. Was das genau heißt, dem werden wir im Untersuchungsausschuss auf den Grund gehen. Die heutige Debatte hat gezeigt, dass da noch viel mehr hinten dran ist, als wir bisher vermutet haben. – Vielen herzlichen Dank für die nicht vorhandene Aufmerksamkeit der CDU-Fraktion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Der nächste Redner ist der Kollege Rudolph, SPD-Fraktion.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Der entschuldigt sich jetzt! – Clemens Reif (CDU): Der ist schmerzlos! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, wenn ich Sie sehe, ja.

Erste Bemerkung. Herr Innenminister, 15 Minuten Nebelkerzen: Schuld sind alle anderen. Sie haben konsequent gehandelt. – Sie haben komplett versagt, und das werden wir im Untersuchungsausschuss nachweisen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweite Bemerkung. Wer Demut von anderen einfordert, muss selbst dazu bereit sein. Das ist so. Herr Innenminister, Sie haben mir eben unterstellt – hören Sie zu, wenn Sie das Gespräch mit der Kollegin beendet haben –, die Pressemitteilung der SPD sei vor oder zu Beginn der Debatte verteilt worden. Ich habe das über unsere Pressestelle recherchiert. Das ist korrekt. Um 10.30 Uhr ist sie verteilt worden. Die Debatte war angesetzt. Da steht dann der kleine Zusatz: Es gilt das gesprochene Wort.

(Lachen bei der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Das ist peinlich!)

– Herr Boddenberg, ich empfehle Ihnen: Warten Sie einmal die nächsten zwei Sätze ab. Sie müssen wissen, dass noch etwas kommt. Also, es gilt das gesprochene Wort. Die Essentials der Rede sind gehalten worden. Was ich gemacht habe, ist bei dieser Landesregierung Praxis. Nun

finde ich es unfair, dass Sie Ihre eigene Landesregierung dafür kritisieren. Das finde ich unfair, und das kann ich Ihnen auch nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Gestern war Sitzung des Unterausschusses Justizvollzug zu dem Skandal, wo der Minister bei den Bierbrauern war. Da gibt es eine Presseerklärung vor Beginn der Sitzung, wo alles dargelegt wurde. Vor der Sitzung.

(Norbert Schmitt (SPD): Ein schwacher Minister stärkt sich mit Bier!)

Zweitens. Praxis des Innenministeriums: Beschluss der Härtefallkommission vor Beginn der Sitzung der Härtefallkommission.

(Große Unruhe und Zurufe – Volker Hoff (CDU): Ich kann doch eine Frage nicht später einreichen, als die Sitzung ist!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, auch hier bitte ich Sie, den Redner sprechen zu lassen.

Günter Rudolph (SPD):

Zweiter Fall: Beschluss der Härtefallkommission mit einem Beschlussvorschlag vom Innenministerium. Das wurde vor Beginn der Härtefallkommission verteilt. Das heißt, das, was Sie in der Praxis machen, werfen Sie anderen vor. Das ist Heuchelei. Das passt zu Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Das ist gelogen, Herr Rudolph, schlicht gelogen! – Weitere Zurufe von der CDU: So ein Lügner!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Vielleicht zur allgemeinen Klarheit, worum es ging. Herr Kollege Rudolph, ich habe überhaupt nicht das angesprochen, was Sie eben so empört zurückgewiesen haben.

(Volker Hoff (CDU): Heuchler!)

Mir geht es um etwas ganz anderes. Mir geht es um die Sitzung des Innenausschusses der vergangenen Woche. Die begann am Mittwoch um 14 Uhr. Ihr Schreiben mit den Fragen ist um 15.10 Uhr im Ministerium eingegangen, ausweislich dieses Stempels hier. Anschließend habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie und andere Kollegen sich bereits zwischen 15 Uhr und irgendetwas danach zu diesen Vorgängen in der Öffentlichkeit geäußert haben. Da war ich, ganz nebenbei, gar nicht dabei. Aber ich finde, das zeigt etwas. Sie sagen: Wir sind besorgt. – Das ist in Ordnung. Sie sagen weiter: Wir wollen Auskunft. – Auch das ist in Ordnung. Bevor man aber überhaupt die Chance hat, die Fragen zu kennen, schon mitzuteilen, es würde verschleiert, verzögert oder was immer, das geht auf keinen Fall. Deshalb muss es hier auch gesagt werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin – –

(Zurufe)

– Ich habe jetzt noch Wortmeldungen von den Kollegen Al-Wazir und Rudolph.

(Volker Hoff (CDU): Der Kollege Rudolph soll etwas dazu sagen!)

– Also Kollege Rudolph, dann der Kollege Al-Wazir und dann die Frau Kollegin Zeimetz-Lorz.

(Zuruf von der CDU: Jetzt sind wir aber sehr gespannt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann war das eben ein Missverständnis, Herr Innenminister.

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU: Oh!)

– Nein. Ich will die Frage beantworten. Nein, ein Missverständnis mit der Frage.

(Volker Hoff (CDU): Einfältig oder was?)

– Sie wollen mich doch nicht ernsthaft fragen, ob ich Sie für einfältig halte, Herr Hoff. Das können Sie doch heute Morgen nicht ernsthaft verlangen.

Meine Damen und Herren, der Brief an den Innenminister mit den Fragen ist ausweislich der Recherchen am Montag aus unserem Haus hinausgegangen. Ich fragte zu Beginn der Sitzung Ihre Parlamentsreferentin, weil die Kollegen von den GRÜNEN den Brief hatten, der aufgerufen wurde: Wo ist unser Brief? Da sagt diese: Der ist nicht eingegangen. – Dann habe ich gesagt: Gut, dann müssen wir schauen, wo das Ding ist. – Das war dann erledigt. Das haben wir gar nicht thematisiert. Die Fragen, die wir gestellt haben, waren nahezu identisch mit den Fragen der GRÜNEN. Sie waren entschuldigt, die Staatssekretärin war da. Wir haben diskutiert. Nach einer Stunde haben wir die politischen Bewertungen vorgenommen, wie andere das auch getan haben. Das können Sie kritisieren. Das ist die Wahrheit. Daran gibt es überhaupt nichts zu rügen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Innenminister, ich habe ja gesagt, Sie machten hier Ablenkungsmanöver. Ich glaube, dass die Ablenkungsmanöver niemals so offensichtlich geworden sind wie in dem Versuch, darzustellen, wer wann welchen Brief geschrieben hat. Herr Innenminister, Sie waren bei der Sitzung des Innenausschusses – das halte ich einmal fest – weder um 14 Uhr noch um 15.10 Uhr anwesend.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Horst Klee (CDU): Das war angekündigt!)

– Das war angekündigt. Natürlich war das angekündigt, Herr Kollege Klee. Aber ich sage es noch einmal: Es war ein Tagesordnungspunkt, und es gab einen Brief mit ei-

nem Fragenkatalog, und dieser Fragenkatalog war von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dieser Fragenkatalog wurde vorgelesen und wurde beantwortet. Wenn Sie dann meinen, die SPD könnte nichts mehr dazu sagen, was sie davon hält, dann, glaube ich, disqualifizieren Sie sich hier selbst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, CDU-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Dieser Besserwisser! – Volker Hoff (CDU): Wie man so einfältig sein kann!)

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bewusst den Kollegen Rudolph und Al-Wazir den Vortritt gelassen, weil ich immer noch daran geglaubt habe, dass die beiden die Größe haben, sich beim Innenminister für ihre Auftritte hier zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Aber diese Größe haben sie ganz offensichtlich nicht gezeigt. Ich muss schon feststellen – der Minister hat das hier auch völlig klar gesagt –: Ich fand es schon eine sehr denkwürdige Sitzung des Innenausschusses. Ich darf noch hinzufügen, dass wir auf Ihren Wunsch hin die beiden Punkte, die Sie angesprochen haben wollten, also auch den einen Punkt, von dem wir jetzt reden, nach vorne an den Beginn der Sitzung gezogen haben.

(Zuruf von der CDU: Die fünftgrößte Kraft!)

Sie haben das gewünscht, und wir sind dem nachgekommen. Ich muss schon sagen: In Zukunft werden wir uns sehr gut überlegen, ob wir solchen Wünschen überhaupt noch entgegenkommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das hier im Plenum noch in dieser Art und Weise ausgelegt wird, dann können Sie, muss ich sagen, das gerne haben. Dann werden wir in Zukunft die Tagesordnung so abarbeiten, wie sie aufgestellt worden ist.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Dann gibt es halt eine Sondersitzung, kein Problem!)

Noch einmal zu Ihnen, Herr Al-Wazir, weil Sie so tun und das mit Ihren Anträgen auch versuchen, als würde es riesige Korruptionswellen bei der hessischen Polizei geben. Sie haben das ja mit Ihrem Antrag geschickt getan.

Ich möchte auf jeden Fall für meine Fraktion vermeiden – weil wir jetzt eigentlich nicht über Korruption reden, sondern bisher, soweit wir heute wissen, bei Herrn H. über Betrug und Untreue; das einmal ganz nebenbei bemerkt –, dass Sie sich so nach dem Motto hinstellen, wir behandelten Ihren Antrag zur Korruptionsbekämpfung nicht im Ausschuss. Ich darf darauf hinweisen, dass die allermeisten Punkte das PTLV betreffen. Darüber können wir gerne im Untersuchungsausschuss reden. Wir können aber auch im Innenausschuss darüber reden. Die letzten Punkte betreffen die allgemeine Landesverwaltung. Auch darüber können wir reden. Deshalb sind wir

damit einverstanden, damit Sie nicht anschließend in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken können, wir wären nicht bereit, mit Ihnen über Korruptionsprävention zu reden, diesen Antrag an den zuständigen Innenausschuss zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sie bewegt sich doch!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich. Die Debatte ist beendet, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Wir haben jetzt über vier Anträge zu entscheiden.

Tagesordnungspunkt 39: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Korruptionsprävention, Drucks. 16/4392. Habe ich das richtig verstanden, dass der an den Innenausschuss überwiesen werden soll? – Das ist einvernehmlich. Dann machen wir das so.

Jetzt haben wir drei Entschließungsanträge, über die wir abstimmen.

Tagesordnungspunkt 32: Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 16/4357. Wer stimmt zu? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die CDU. Enthaltungen? – Die FDP. Damit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 37: Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucks. 16/4389. Wer stimmt ihm zu? – Wer ist dagegen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen der CDU gegen das übrige Haus mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag unter Tagesordnungspunkt 44: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucks. 16/4401. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die CDU. Wer ist dagegen? – Die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Tagesbetreuungsausbaugesetz (HAG-TAG) – Drucks. 16/4341 –

Dieser Gesetzentwurf wird gemeinsam aufgerufen mit **Tagesordnungspunkt 26:**

Große Anfrage der Fraktion der CDU betreffend Kinderbetreuung in Hessen – Drucks. 16/4350 zu Drucks. 16/3771 –

Wir haben zehn Minuten Redezeit je Fraktion vereinbart. Der Gesetzentwurf wird von der Kollegin Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gerne unseren Gesetzentwurf einbringen. Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, weil die Mehrheit in diesem Hause einen Gesetzentwurf betreffend die Betreuung unter Dreijähriger mit der Beratung einer Großen Anfrage betreffend Kinder zwischen drei und sechs Jahren vermengt hat. Lassen Sie mich deshalb eine Vorbemerkung zu der Großen Anfrage machen.

Wir haben heute in Hessen rund 209.000 Kinder im Kindergartenalter und eine 100-prozentige Kindergartenplatzabdeckung in einer Größenordnung von ungefähr 210.000 Plätzen. Wir hatten bereits im Jahre 2000 209.000 Kindergartenplätze für Kinder dieses Alters. Meine Damen und Herren, zwischen 209.000 und 210.000 Plätzen ist wahrlich kein großer Unterschied. Was schlussfolgern wir daraus? Der wesentliche Ausbau der Kindergartenplätze hat in den Jahren seit 1992 unter Rot-Grün in Hessen stattgefunden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die heutige 100-prozentige Abdeckung ist nicht durch den Einsatz zusätzlicher Mittel durch diese Landesregierung, sondern durch den bedauernswerten Rückgang der Zahl der Kinder dieser Altersgruppe erreicht worden. Meine Damen und Herren, seitdem versäumen Sie es, zusätzliche Mittel in die Hand zu nehmen, um die Qualität der Angebote zu erhöhen. Wir haben nach wie vor für nur 18 % der Kinder Ganztagsangebote, und nur 70 % der Einrichtungen bieten einen Mittagstisch an.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Milde, das wesentlichste Versäumnis dieser Landesregierung in der Weiterentwicklung der Kinderbetreuung ist, die Betreuungsangebote für unter Dreijährige nicht ausgebaut zu haben – und zwar einzig und allein aus ideologischen Gründen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damit Sie sich Ihrer Verantwortung nicht weiter entziehen können, haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es hat lange gedauert, Herr Milde, bis ein breiter Konsens – auch mit der CDU – erreicht war, damit klar wurde, dass wir für unter Dreijährige ein besseres Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebot brauchen, dass wir einen gerechteren Zugang zu frühkindlicher Bildung und zu altersgerechten Angeboten für alle Kinder in diesem Lande schaffen müssen, dass wir jungen Familien rechtzeitig und frühzeitig Angebote machen müssen, um sie bei ihrem Erziehungsauftrag zu unterstützen, und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich Realität wird. Dieser Verantwortung haben Sie sich bisher entzogen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Inzwischen hat selbst die CDU mit ihrem Parteitagsschluss vom letzten Jahr zugegeben, dass bis zum Jahre 2010 ein Versorgungsgrad von 20 % erreicht werden muss. Damit haben Sie endlich den Abschied von Ihrer Rabenmutterposition geschafft. Bisher fehlt es aber an Vorschlägen, wie dieses Projekt umgesetzt werden soll. Meine Damen und Herren, die Familien in Hessen bekommen von der CDU runde Tische, Familientische und Familientage geboten, aber wenn es darum geht, tatsächlich Geld in die Hand zu nehmen, um die Kommunen, um die Familien beim Aufbau der Strukturen zu unterstützen, dann setzen Sie von der CDU andere Prioritäten. Dann setzen Sie Prioritäten im Bereich von Schlössern, Grundstücken und Ähnlichem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die GRÜNEN haben bereits im Jahre 2002 einen Gesetzentwurf zum Thema Kinderbetreuung eingebracht. Inzwischen haben wir mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz, das seit dem 1. Januar trotz der Intervention der Hessischen Landesregierung im Bundesrat in Kraft getreten ist, die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Betreuung unter Dreijähriger endlich in Angriff zu nehmen. Meine Damen und Herren, es ist eine gesamtgesellschaftliche Pflicht, die Eltern, die Kommunen und die Träger in dieser Frage zu unterstützen. Es ist auch die Pflicht des Landes, dies zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte einen kurzen Blick darauf werfen, was in den letzten Jahren in der Betreuung unter Dreijähriger passiert ist. Die Betreuungsquote hat sich von 3,5 % im Jahre 2002 auf knapp 6 % im Jahre 2005 erhöht – bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Kinder um 20.000. Wir hatten im Jahre 2000 in den Krippen 4.900 Plätze und im Januar dieses Jahres 7.800 Plätze. Hier hat sich etwas getan.

Bei der Familientagesbetreuung ist es allerdings so, dass die Zahl der Plätze die ganze Zeit über zwischen 2.000 und 3.000 lag. Das heißt, in den sieben Jahren der Amtszeit dieser Regierung sind nur knapp 3.000 neue Plätze entstanden. Wenn wir tatsächlich das umsetzen wollen, was in Ihrem Programm steht, dann müssten 4.000 Plätze pro Jahr geschaffen werden, um bis zum Jahre 2010 das formulierte Ziel zu erreichen. Deshalb haben wir unseren Gesetzentwurf genau so angelegt, dass Sie Ihr Programm umsetzen könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie stellen sich aber hierhin und sagen, unser Vorschlag sei unrealistisch und nicht finanzierbar. Dann frage ich Sie: Warum belügen Sie mit Ihrem hessischen CDU-Programm die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes? Warum sagen Sie, unser Vorschlag sei nicht realistisch und nicht finanzierbar? Wir fordern genau das, was Sie tun wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worin besteht unser Vorschlag konkret? Die Familientagespflege soll mit 1.000 € pro Platz und Jahr unterstützt werden. Krippen und Krabbelstuben sollen wegen des größeren Aufwandes, auch aufgrund der Personalsituation, mit 2.000 € pro Platz und Jahr unterstützt werden. Das heißt, dass das Land ca. ein Drittel der Kosten übernehmen und damit die Familien und die Kommunen entlasten würde.

Ich komme auf die Schwerpunkte unseres Gesetzentwurfs zu sprechen. Wir wollen mehr altersgerechte Bildungsangebote, insbesondere für kleine Kinder, und wir wollen eine individuelle Förderung der Kinder. Das hängt sehr stark mit der Gruppengröße zusammen. Wir alle wissen doch, dass Kinder von Geburt an lernen, dass sie einen großen Wissensdurst haben. Diesem Wissensdurst müssen entsprechende Angebote gegenübergestellt werden. Die Grundlage dafür ist eine vernünftige Kleinkindbetreuung.

Wir brauchen zweitens – das ist wohl unumstritten, die Frage ist nur: wann packt man es endlich an, wann nimmt man das Geld in die Hand, wann setzt man es um – eine bessere Vereinbarkeit der Erwerbsarbeit mit dem Famili-

enleben für Mütter und Väter. Inzwischen ist unumstritten, dass junge Familien in der Berufstätigkeit bleiben und trotzdem ein Familienleben haben wollen. Sie wollen sicher sein, dass ihre Kinder in der Zeit, in der sie einer Berufstätigkeit nachgehen, gut und vernünftig betreut werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen drittens eine qualifizierte Familientagesbetreuung. Wir wollen dieses Angebot so ausbauen, dass normale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, sodass die Frauen oder Männer, die diese Angebote machen, wirklich qualifiziert werden. Es ist schade, dass Sie im Bildungs- und Erziehungsplan die Möglichkeiten des Andockens an bestehende Einrichtungen nicht berücksichtigt haben. Deshalb wäre es besser, wenn wir hier öfter Fachdiskussionen führen würden und nicht nur Presseerklärungen vorgelesen bekämen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen – auch das sieht unser Gesetzentwurf vor – eine viel größere Vielfalt an Einrichtungen und Angeboten, damit die Eltern eine tatsächliche Wahlfreiheit haben.

Der vierte Schwerpunkt ist eine stärkere Unterstützung der Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommunen stehen zwar in der Verantwortung, aber das Land muss endlich Geld in die Hand nehmen und entsprechend eingreifen, wenn es darum geht, die frühkindliche Bildung voranzubringen. Das schlägt unser Gesetzentwurf vor.

Von der FDP-Fraktion ist schon signalisiert worden, dass dieser Gesetzentwurf eine hervorragende Beratungsgrundlage ist. Ich freue mich darauf, den Gesetzentwurf im Ausschuss zu beraten. Wir werden dafür sorgen, dass es eine ausführliche Anhörung gibt. Wir werden die verschiedenen Interessen, sowohl von Kommunen als auch von Eltern, aber natürlich auch derjenigen, die sich mit der Qualität von Erziehung befassen, berücksichtigen und auch mit den kirchlichen und kommunalen Trägern darüber reden, wie das Gesetz letztendlich gestaltet werden soll.

Unser gemeinsamer Anspruch ist, dass wir den Kindern dieser Gesellschaft in einem frühen Stadium Angebote zur Verfügung zu stellen, die sie befähigen, durchs Leben zu gehen, und alle Qualifikationen, die sie dazu brauchen, im Elternhaus und im Zusammenleben mit anderen Kindern, im Zusammenspiel mit anderen Kindern zu bekommen. Wir müssen Anreize setzen, dass sie sich immer weiter bilden – gerade in jungen Jahren, wenn der Wissensdurst, das Wissensbedürfnis am ausgeprägtesten ist. Zu diesem Zeitpunkt müssen entsprechende Angebote zur Verfügung gestellt werden.

Als wir unseren Gesetzentwurf eingebracht haben, hat die Ministerin sofort gesagt, das sei unfinanzierbar und unrealistisch. Ich möchte Sie ganz ernsthaft bitten, Frau Ministerin, auch im Hinblick auf die Diskussion, die wir morgen über die Politik des Innenministers führen, uns heute zu sagen, warum unser Vorschlag unfinanzierbar und unrealistisch sein soll, der vorsieht, dass im Jahre 2010 20 % der unter Dreijährigen tatsächlich ein Betreuungsangebot bekommen. Sagen Sie bitte, was Sie den hessischen Eltern an konkreten Alternativangeboten vorschlagen können, um das Ziel zu erreichen, von dem Sie behaupten, es ebenfalls zu verfolgen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Das Wort hat der Kollege Reißer für die CDU-Fraktion.

Rafael Reißer (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein typisches Produkt der GRÜNEN.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist er super, dann ist er gut!)

Der Gesetzentwurf dient lediglich dazu, der Hessischen Landesregierung mithilfe allerlei Halb- und Unwahrheiten Tatenlosigkeit in Bezug auf die Kinderbetreuung zu unterstellen. Dies lehnen wir selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du hast die neue Linie von Stoiber noch nicht vernommen! Wir sind vernünftig!)

Nehmen wir ein Beispiel. Es fängt schon damit an, dass Sie unter Punkt A behaupten, die niedrige Geburtenrate in Hessen sei „ein Indikator für unzureichende kinderfreundliche Strukturen“. Ein gutes Betreuungsangebot ist natürlich wichtig, um Berufstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können. Anders, als Sie behaupten, ist das aber nicht der zentrale Punkt.

Dies lässt sich leicht erkennen, wenn wir uns die Situation in den neuen Bundesländern anschauen. Dort gibt es ein funktionierendes und sehr gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem. Trotzdem ist gerade in den neuen Bundesländern die Geburtenrate katastrophal niedrig. Das hat etwas damit zu tun, dass gerade Familien auf ein funktionierendes ökonomisches Umfeld angewiesen sind: auf einem funktionierenden Arbeitsmarkt und auf eine funktionierende Wirtschaft. Eine klare Zukunftsperspektive ist also die Grundlage dafür, dass Paare ihren Kinderwunsch verwirklichen wollen und können.

(Beifall bei der CDU)

Eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist zugleich auch ein zentraler Aspekt einer guten Familienpolitik. Doch hierbei hat die abgewählte rot-grüne Bundesregierung völlig versagt. Es ist auch gut so, dass man diese Bundesregierung abgewählt hat. Es war allerhöchste Zeit.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist ein besonderes Beispiel. Die Familien haben in den letzten sieben Jahren unter ihrer Politik gelitten.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, wer in diesem Bereich so gescheitert ist wie Sie, der hat kein Recht, sich als alleiniger Interessenvertreter von Familien und Kindern aufzuspielen. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie tun so, als ob Sie das soziale Gewissen in unserem Land wären. Ich habe es bereits erwähnt: Das, was Sie in den letzten sieben Jahren abgeliefert haben, ist in seiner Konsequenz zutiefst familien- und kinderfeindlich.

Das lässt sich auch in einer Studie des Wohlfahrtsverbands nachlesen. Der Wohlfahrtsverband spricht davon – das sind die neuesten Zahlen –, dass mittlerweile 1,7 Milli-

onen Kinder in Armut leben. Das haben Sie mit Ihrer Politik mit zu verantworten.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt es doch gar nicht!)

Ich habe schon eingangs darauf hingewiesen, dass ein gutes Kinderbetreuungsangebot wichtig ist. Gerade für die unter Dreijährigen ist das wichtig; das sehen wir auch so. Nun scheint Ihnen aber bei der Formulierung – möglicherweise auch beim Abschreiben – dieses Gesetzentwurfs entgangen zu sein, dass die Hessische Landesregierung in diesem Bereich sehr viel tut und auch schon sehr weit gekommen ist.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weise auf die Offensive für Kinderbetreuung hin, die für unser Land wegweisend ist. Die dafür zur Verfügung gestellten Mittel wurden von 2,8 Millionen € auf 14 Millionen € erhöht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Während in Hessen die Finanzmittel für die Kinderbetreuung aufgestockt wurden, hat die jetzt abgewählte rot-grüne Bundesregierung in diesem Bereich faktisch nichts getan. Stattdessen wird in Berlin an geradezu abenteuerlichen Finanzkonstruktionen gearbeitet.

Die Finanzierung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes soll über Einsparungen der Kommunen aufgrund des Hartz-IV-Gesetzes ermöglicht werden. Über dieses Thema haben wir in diesem Hause schon mehrfach gesprochen. Die Kosten, die den Kommunen durch das TAG entstehen, sind gewiss. Die von der Bundesregierung errechneten Einsparungen aufgrund von Hartz IV sind es jedoch beileibe nicht. Das ist das Problem an diesem Punkt. Ein seriöses Konzept sieht völlig anders aus. Das müssen wir an dieser Stelle noch einmal anmerken.

(Beifall bei der CDU)

Dass die GRÜNEN im Hessischen Landtag das genauso sehen, kann man an bestimmten Formulierungen in dem Gesetzentwurf erkennen. Sie sehen dort vor, dass das Land die Kommunen finanziell unterstützt. Wo das geht, ist es auch richtig. Sie schreiben das selbst in Ihrem Entwurf. Die Ziele, die Sie dort anstreben, sind für Land und Kommunen mit einem solch unkalkulierbaren finanziellen Risiko behaftet, dass man das so nicht gutheißen kann.

Ebenso bedenklich sind die Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung, die in diesem Gesetzentwurf vorgesehen sind.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das müssen Sie gut wissen! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Dazu kommen wir morgen. Das wird morgen auf der Tagesordnung stehen, und dann werden wir es noch einmal ganz genau erörtern. Im Moment haben wir uns mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu beschäftigen. In § 2 Abs. 4 ist zu lesen:

In qualifizierter Familientagesbetreuung werden Kleinkinder von einer Tagespflegeperson für einen Teil des Tages oder ganztags entweder im eigenen oder im Haushalt der Eltern betreut.

Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, Ihre Regulierungswut auch nur einigermaßen im Zaum zu halten. Das, was in diesem Gesetzentwurf steht, kann man so nicht gutheißen.

Die Kommunen sind durchaus selbst in der Lage, über diese Regelungen zu entscheiden. Sie sind in der Lage, für die Räume, in denen die Kinder betreut werden sollen, zu sorgen. Das kann man den Kommunen durchaus zu- trauen. Sie sind auch in der Lage, die nötigen Standards für die Räume zu entwickeln, in denen die Kinder betreut werden können.

Was sieht Ihr Gesetzentwurf eigentlich vor, wenn sich zwei Nachbarfamilien darauf einigen, ihre Kinder von derselben Tagesmutter betreuen zu lassen? Nach Ihrem Gesetzentwurf bleibt für die Betreuung nur noch die Wohnung der Tagesmutter übrig. Das ist völlig absurd. Wahrscheinlich können Kinder einfacher in ihrem gewohnten Umfeld betreut werden. Das ist doch die einhellige Meinung. Eben das ist die Schwäche Ihres Entwurfs; das kommt dort nicht vor.

Das ist wieder ein Beispiel für Ihre Regulierungswut, wie sie unter anderem auch durch das Eingreifen in die kommunale Selbstverwaltung deutlich wird. Sie schießen mit Ihrem Gesetzentwurf einmal wieder über das Ziel hinaus, genauso wie es vor einiger Zeit mit dem Antidiskriminierungsgesetz der Fall war. Damals haben Sie die Regelungen einer EU-Richtlinie bis ins Absurde aufgebläht. Gut gemeint ist eben nicht unbedingt auch gut gemacht.

Mit Ihrem Gesetzentwurf zeigen Sie – obwohl einige durchaus vernünftige Gedanken darin enthalten sind; das will ich gar nicht abstreiten –, dass die Familienpolitik bei der CDU-Fraktion und der Hessischen Landesregierung in den besseren Händen ist.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Andrea Ypsilanti (SPD): Ach du lieber Gott!)

Wir sind in Hessen auf dem richtigen Weg. Das haben wir mit mehreren Maßnahmen gezeigt. Ich will sie hier noch einmal nennen; denn durch das mehrmalige Wiederholen wird es auch Ihnen vielleicht klar.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Aber die Eltern haben das noch nicht verstanden!)

Ich nenne folgende Maßnahmen: die Offensive für Kinderbetreuung, der Ausbau individueller Tagesbetreuung und Tagespflege, der Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10, die Sprachförderung im Kindergarten und die Integration im Kindergarten. Die Zuschüsse für Kindergärten mit einem hohen Anteil an Migrantenkinder haben einen großen Beitrag zur Integration geleistet.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Hessen ist bei der Kinderbetreuung auf einem guten Weg. Unsere Familienpolitik unterscheidet sich wohltuend von den rot-grünen Luftschlössern, die Sie uns hier immer wieder präsentieren. Der Gesetzentwurf, der uns hier vorliegt, entbehrt jeglicher Seriosität.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Wir werden ihn nicht unterstützen. Wir werden aber im Ausschuss darüber diskutieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schulz-Asche hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte sehr.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Reißer, so etwas passiert, wenn Reden vor Wahltagen geschrieben werden und nach den Wahlen nicht mehr so recht in die politische Landschaft passen.

Ich habe wirklich erwartet, dass Sie mit konkreten Vorschlägen kommen. Sie nennen es „Regulierungswut“, wenn wir vorschlagen, dass das Land Plätze in der Familienbetreuung sowie Krippen und Krabbelstuben bezuschusst. Was hat das mit Regulierungswut zu tun? Sie wollen einfach nur davon ablenken, dass Sie kein zusätzliches Geld in die Hand genommen haben, um die Betreuung der unter Dreijährigen auszubauen. In meinem zweiten Redebeitrag – wenn wir uns mit der Großen Anfrage beschäftigen – werde ich Ihnen das noch einmal nachweisen.

Da Sie ihn gerade erwähnt haben, möchte ich als einen weiteren Punkt die Kinderarmut in Deutschland ansprechen. Die Kinder von Alleinerziehenden machen einen ganz großen Anteil der Kinder aus, die in Deutschland in Armut leben. Dass es in Deutschland über Jahrzehnte hinweg möglich war, dass junge Frauen aufgrund einer Schwangerschaft oder aufgrund fehlender Kinderbetreuung oder sonstiger unterstützender und begleitender Maßnahmen mit ihren Kindern in die Sozialhilfe abgedrängt wurden und in Armut leben mussten, ist ein politischer Skandal. Dieser Skandal hat jahrzehntelang ange- dauert.

Ich verweise auf die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, verbunden mit dem, was wir hier vorschlagen, nämlich den konkreten Ausbau von Betreuungseinrichtungen, gerade auch um allein erziehende Frauen in ihrer schwierigen Situation zu unterstützen. Jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen, unser Gesetzentwurf habe damit überhaupt nichts zu tun, das sei bürokratisch. Diese Frauen brauchen ganz konkrete Unterstützungsmaßnahmen, und Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag erneut geweigert, einen konkreten Vorschlag vorzu- legen, wie diese Landesregierung ihr eigenes Programm umsetzen soll.

Das nehmen wir hier zur Kenntnis. Meine Damen und Herren, Sie befinden sich in der Pflicht. Sie können sich nicht mehr mit dem Hinweis auf die Vergangenheit her- ausreden, mit dem Hinweis darauf, wie es vor sieben Jah- ren war. Sie sind in der Pflicht. Seit sieben Jahren haben Sie es versäumt, allein erziehenden Frauen und ihren Kin- dern, die in Armut leben, tatsächlich mit konkreten struk- turellen Angeboten aus der Armut zu helfen. Sie können nicht mehr auf andere Regierungen verweisen. Für das fehlende Angebot in Hessen sind Sie ganz allein verant- wortlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Eckhardt hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Hannelore Eckhardt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Haus wer weiß wie oft über die Betreuung und Förderung von Kleinkindern beraten und debattiert, mit dem Zwischenergebnis, dass auch nach über zwei Jahren der laufenden Legislaturperiode keine überzeugenden

Verbesserungen bei der Versorgung mit Betreuungsplätzen zu verzeichnen sind.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich – das erkennen wir an – hat es bei der CDU eine Weile gedauert; aber es lässt sich jetzt so etwas wie ein Paradigmenwechsel erkennen. Trotz alledem bedurfte es eines kochschen Machtworts, um zu akzeptieren, dass es sich nicht per se um Rabeneltern handelt, wenn diese einen Betreuungsplatz für ihre Kinder suchen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Dabei ist es geblieben!)

Lange Zeit haben Sie das Heil im „Tagesmütterland Hessen“ gesehen. Es ist ein bisschen still geworden um diesen Begriff. Ich habe Hoffnung, weil Sie endlich eingesehen haben, dass eine qualifizierte Betreuung, Förderung und Bildung auch der kleinen Kinder in den Einrichtungen nicht ohne Professionalität gewährleistet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Eine Landesregierung, die einem gesellschaftlich relevanten Problem mit gravierenden Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes so wenig Aufmerksamkeit widmet, muss eben auch einmal in Kauf nehmen, dass die Opposition einen Gesetzentwurf einbringt. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Initiative der grünen Landtagsfraktion. Die Gründe für die Schaffung eines ausreichenden Betreuungsangebots sind hier schon fast gebetsmühlenartig vorgetragen worden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, d. h. das Schaffen von Voraussetzungen dafür, dass auch junge Mütter weiter arbeiten können, ist für uns eine wichtige familienpolitische Forderung. Aber selbst diejenigen, die das nicht so sehen und die insgeheim meinen, dass der heimische Herd der adäquate Platz für eine Mutter ist, müssen nun begreifen, dass wir das Land mit der niedrigsten Fertilitätsrate in Europa sind. Sie müssen begreifen, dass die demographische Entwicklung in diesem Land zu einer erheblichen Verschärfung der ökonomischen Lage führen wird und dass unsere Sozialsysteme vor dem Kollaps stehen.

Das fehlende Betreuungsangebot ist eine wichtige Ursache für diesen Zustand und für diese Entwicklung. Wir können es uns nicht länger leisten, das Problem in einem derartigen Schneckentempo anzugeben, wie Sie das hier vorführen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will allerdings gleich anmerken, dass es sich bei dem Gesetzentwurf der GRÜNEN, der uns heute hier vorliegt, unserer Ansicht nach um einen „Spatz-in-der-Hand“-Gesetzentwurf handelt. Das meine ich nicht negativ. Bei der bisherigen Langsamkeit – das muss man einmal dazusagen –, die diese Landesregierung hier in der Umsetzung ihrer eigenen Ziele vorgibt, die sie immer einmal wieder formuliert,

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

wäre das schon ein winziger Schritt in die richtige Richtung. Aber das ist bei weitem nicht der große Wurf, den wir dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen sozusagen das „Taube-auf-dem-Dach“-Gesetz, ein Gesetz, das nicht nur eine quantitative Sicherung und eine ausreichende Versorgung mit Betreuungsplätzen gewährleistet, sondern endlich auch die qualifizierte Bildung und Förderung von

Kleinkindern im Rahmen eines Gesamtsystems der frühen Bildung. Das eine ist so wichtig wie das andere.

(Beifall bei der SPD)

Heute wissen wir um das enorme Potenzial der kognitiven Entwicklung im frühen Stadium. Dies streicht den hohen Stellenwert der frühkindlichen Bildung deutlich heraus.

Die Chancen für bessere Bildung durch gezielte Förderung im Rahmen der frühkindlichen Entwicklung sind in der wissenschaftlichen Diskussion unumstritten. Was aber passiert in Hessen? – Außer großartigen Ankündigungen eigentlich nicht sehr viel. Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich Frau Ministerin Lautenschläger:

Diesen Schritt werden wir in den nächsten fünf Jahren machen, und zwar im Einklang mit einer Neuorientierung des Hessischen Kindergartengesetzes, das dann alle Bereiche gleichberechtigt aufnimmt.

So die Ministerin am 7. Mai 2003, drüben im Hessischen Landtag.

(Reinhard Kahl (SPD): Und?)

Seitdem warten wir.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wir warten geduldig!)

Wir warten und warten. Wir haben auch lange auf die Veröffentlichung des Bildungs- und Erziehungsplanes gewartet,

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das war genauso!)

nachdem hinter den Kulissen offensichtlich zwei Ministerinnen ein kleines Kompetenzgerangel hatten. Aber nun soll er ohne die notwendige Unterstützung – nämlich zum Nulltarif – erprobt werden. Zum guten Schluss schießt der Innenminister seiner Kollegin Lautenschläger per Erlass auch noch ins Knie.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

Insgesamt ist also keine wirkliche Umsetzung dieser Ziele zu erkennen,

(Beifall bei der SPD)

schon gar nicht ein umfassendes und wichtiges, tragfähiges und überzeugendes Kindergartengesetz für dieses Land.

Da könnte man schauen, was eigentlich die anderen machen. Das ist nicht unbedingt schädlich. Es gibt nämlich sehr interessante und gute Entwicklungen und Vorlagen, teilweise jetzt im Sommer verabschiedet. Über das TAG will ich jetzt gar nicht weiter reden. Das haben Sie sowieso madig gemacht – nur, weil es eine SPD-Ministerin zu verantworten hat. Aber schauen wir doch einmal in das vollkommene SPD-unverdächtige Bayern.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dort gibt es ein Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern. Es umfasst alle Altersgruppen von null bis zwölf,

(Reinhard Kahl (SPD): Was? Das in Bayern?)

selbstverständlich auch Kinder mit Beeinträchtigung oder drohender Behinderung und speziellem Förderbedarf. Die Zusammenarbeit mit den Grundschulen ist dabei ein ganz wichtiger Punkt. Sogar die Tagespflege ist dort geregelt.

(Reinhard Kahl (SPD): Erstaunlich!)

Oder schauen wir nach Nordrhein-Westfalen, und zwar jetzt unter Rüttgers. Er will die Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln. Auch die Tagespflege soll dort angebunden werden.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das ist doch in Ordnung, der ist wenigstens nicht so resistent.

Meine Damen und Herren, in Hessen müssen wir die Förderung, Betreuung und Bildung von Kindern unterhalb des Schulalters endlich als vordringliche Aufgabe ansehen und begreifen und dem mindestens den gleichen Stellenwert zumessen wie der schulischen Ausbildung. Das hat natürlich Konsequenzen für die Beratung eines Gesetzentwurfs, der hoffentlich noch ein bisschen weiter geht als der Vorschlag von den Kolleginnen und Kollegen. Dabei ist Folgendes zu berücksichtigen.

Die Ausbildung des pädagogischen Personals muss neu geordnet werden. Der frühkindliche Bildungsauftrag muss Schwerpunkt sein. Den vorhandenen pädagogischen Fachkräften muss ein geeignetes Weiterbildungsangebot für den erweiterten Aufgabenbereich gemacht werden. Im Sinne gerechter Bildungschancen muss auch dieses frühkindliche Bildungsangebot kostenfrei sein. Unsere Forderung nach dem beitragsfreien letzten Kindergartenjahr ist der erste Schritt in diese Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Kommunen müssen die Chance haben, ihre Spielräume zu nutzen und überzählige Kindergartenplätze in ein Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder unter drei Jahren umzuwandeln. Dafür brauchen sie beispielsweise die jährlich 50 Millionen € zurück, die Sie ihnen weggenommen haben,

(Beifall bei der SPD)

und zwar zusätzlich zu den Mitteln aus dem KFA, die den Kommunen ohnehin gehören.

Darüber kann auch die Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion nicht hinwegtäuschen. Im Übrigen haben wir uns schon ein bisschen gewundert: Was war das denn eigentlich? Vor der Sommerpause gab es eine sehr umfangreiche Große Anfrage, die auch sehr detailliert beantwortet worden ist. Aber irgendwo hat man jetzt das Gefühl, Sie wollten sich gegenseitig noch einmal mitteilen, was es alles Gutes hier gegeben hat. Ich finde es interessant, dass Sie einer gemeinsamen Behandlung mit der ersten Lesung des ursprünglichen Gesetzes zugestimmt haben. Haben Sie Ihrer eigenen Großen Anfrage keine solche Bedeutung beigemessen, dass sie separat besprochen werden konnte?

(Beifall bei der SPD)

Aber auch wenn die Betreuungssituation in Hessen als eine Erfolgsbilanz dargestellt werden soll, so täuschen diese Antworten doch darüber hinweg, dass es in Hessen anders ist. Zur Erinnerung: Teilzeitbetreuung für Kinder unter drei Jahren: 3,9 %; es gibt Regionen, die liegen weit darunter. Ganztagsbetreuung: 2,1 %. Teilzeitbetreuung für Sechs- bis Zwölfjährige: 7,4 %, Ganztagsbetreuung: 4,1 %. Dieses Land lässt sich eine solch wichtige Aufgabe schlicht und ergreifend zu wenig kosten.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Da müssen Sie nicht immer nach Berlin schauen. Sie haben hier in diesem Land ein gewisses Maß an Verantwortung, und dazu müssen Sie auch finanziell stehen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel aus Bayern: 500 Millionen € originärer Landesmittel für die Kinderbetreuung, das Land trägt 40 % der Kosten für Kinderbetreuung. Bei uns sind es jetzt gerade einmal 14 Millionen € - trotz alledem aber ca. 40-mal weniger als in Bayern. Einwohnerbereinigt bleibt Hessen um 160 Millionen € hinter Bayern zurück.

Jetzt für die Kolleginnen und Kollegen aus der CDU: „Kinder kriegen die Leute sowieso“. Das sagte Adenauer; aber er wird immer nur bis dahin zitiert. Aber er hat diesen Satz noch weitergeführt, und das ist interessant. Er hat nämlich weiter gesagt: „...danach sollen sie dann gefälligst alleine zusehen, wie sie mit ihnen zurechtkommen.“

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Eckhardt, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hannelore Eckhardt (SPD):

Ja, das tue ich; noch einen kleinen Moment.

Ich möchte jetzt gar nicht bewerten, welche Aussagekraft dieser Satz vor 50 Jahren hatte. Jedenfalls sind wir heute 50 Jahre weiter. Die Welt hat sich weitergedreht. Es sind völlig andere Bedürfnisse entstanden. Die wollen Sie aber lediglich verbal befriedigen, nicht mit wirklichen Taten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin allerdings noch gespannt, ob dieser Gesetzentwurf den heutigen Tag überlebt, ob wir ihn weiterhin im Ausschuss beraten können und im Sinne der Bedürfnisse junger Menschen zu einem guten, tragfähigen und allumfassenden Kindergartengesetz kommen werden. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank. – Das Wort hat die Frau Kollegin Dorothea Henzler, FDP-Fraktion.

Dorothea Henzler (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wundern Sie sich nicht, dass jetzt ich zu diesem Tagesordnungspunkt hier vortrage.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie vertreten den Kollegen!)

Aber Kollege Rentsch ist krank und hat mir relativ kurzfristig sein Redekonzept zukommen lassen und gesagt, ich möge das bitte vortragen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gute Besserung! – Michael Denzin (FDP): Machs ordentlich!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der heutige Tagesordnungspunkt zum Thema Kinderbetreuung ist eines der zentralen Politikfelder der Gegenwart und der

Zukunft. Darüber sind sich – bei allen Unterschieden in der Bewertung – hier alle einig.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Reinhard Kahl (SPD) und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Reinhard Kahl (SPD): Guter Einstieg!)

Deshalb ist es auch klar, dass sämtliche politischen Anstrengungen unternommen werden müssen, um unser Land kinderfreundlicher zu machen und damit indirekt auch etwas dafür zu tun, dass es in diesem Land mehr Kinder und mehr Geburten gibt.

(Beifall bei der FDP)

Die Gründe für diesen Geburtenrückgang sind sehr vielfältig. Man kann sie nicht alleine in dem Mangel an Betreuungseinrichtungen suchen. Sie sind vielfältig. Das hat mit Angst vor Verantwortung zu tun, auch mit Angst vor der wirtschaftlichen Entwicklung, mit materiellen Sorgen. Das hat auch mit Problemen bei der Kinderbetreuung zu tun, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und auch damit, dass Frauen heute sehr gut ausgebildet sind, auf die Universität gehen, dann einen Beruf ergreifen und hinterher sagen: Wenn ich im Beruf bin, möchte ich gerne auch erfolgreich arbeiten. – Dann beginnt die Karriere, und die biologische Uhr tickt dann ganz leise vor sich hin. Wenn irgendwann Eltern sagen, so, jetzt hätten wir es gerne, dann ist es vielleicht schon zu spät oder eben sehr mühsam. Ich denke, auch mit diesem Problem muss sich diese Gesellschaft intensiver befassen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir aber zur Betreuungssituation. Die muss vor allem für Kinder unter drei Jahren deutlich verbessert werden.

(Beifall der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Da hat es erste Anstrengungen gegeben, aber die reichen nicht aus. In Hessen haben wir ca. 166.000 Kinder unter drei Jahren. Für deren Probleme tragen wir Verantwortung. Das Angebot an Plätzen für sie ist nicht groß genug. Insbesondere dies zeigt, dass wir den Bedürfnissen dieser Kinder und ihrer Eltern überhaupt nicht gerecht werden können.

Der Versorgungsgrad mit Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren liegt bei 3,9 %. Das ist wirklich sehr wenig. Der Versorgungsgrad bei Ganztagsbetreuungsplätzen mit einer Öffnungszeit von acht Stunden liegt gerade einmal bei 2,1 % – also auch da sind wir noch lange nicht vorn. Auch da hat Hessen noch lange keinen Spitzenplatz und kann sich auch nicht zum Kinderland Nummer eins erklären.

Die Lage der Kinder hat sich in den letzten sieben Jahren der rot-grünen Bundesregierung aber auch nicht verbessert. Das zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht, auf den schon hingewiesen worden ist. Auch deshalb gilt es, die Lage der Kinderbetreuung zu verbessern. Es geht eben nicht nur um Betreuung, sondern auch um Bildungschancen, die sich mittlerweile bei der Betreuung im Elementarbereich stellen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Aber, Frau Kollegin Eckhardt, ich muss Ihnen schon sagen: Was Sie hier über Tagesmütter sagen – sie seien nicht professionell und trügen nicht zur Bildung bei –, das finde ich schon sehr diffamierend.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch der Abg. Hannelore Eckhardt (SPD))

– Doch. Sie haben gesagt, die Tagesmütter seien nicht professionell genug ausgebildet – oder sie müssen professionell ausgebildet werden.

(Zurufe von der SPD)

Ich denke, damit tun Sie nicht nur den Tagesmüttern Unrecht, sondern auch allen Müttern, die zu Hause sind und ihre Kinder ausbilden – die sind auch nicht professionell ausgebildet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Das war die andere Kollegin!)

Die Daten aus der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zeigen aber auch, dass in Hessen seit 1999 einiges passiert ist, vor allem wenn man die Daten der Offensive für Kinderbetreuung nimmt. Da liegen wir immerhin bei 14 Millionen €. Daneben sind auch die Zuwendungen aus dem Hessischen Kindergartengesetz gestiegen, aber seit 2003 stagnieren diese Zahlen auf dem Niveau von 66,3 Millionen €. Es geschieht also etwas, aber das reicht nicht aus.

Auch nach Meinung der Hessen-CDU können diese Daten nicht ausreichen. Schließlich haben Sie auf ihrem Parteitag für das Jahr 2011 ein flächendeckendes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren in Hessen gefordert und beschlossen. Deshalb, denke ich, müssen Sie sich an die Arbeit machen, um das umzusetzen.

Ohne Landesmittel – das sage ich aber auch ganz deutlich – wird das Geld nicht reichen. Man kann da die Kommunen nicht allein und im Stich lassen.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt komme ich zu dem Entwurf eines Gesetzes für ein Ausführungsgesetz zum Tagesbetreuungsausbaugesetz, das derzeit augenscheinlich auf Antrag der GRÜNEN in verschiedenen Landesparlamenten diskutiert wird. Es geht auf das TAG des Bundes zurück, durch das die Kinderbetreuung über eine Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen sichergestellt werden sollte. Leider hat sich das, wie das die Liberalen schon prophezeit hatten, nicht bestätigt. Die an sich gute Intention des TAG ist durch eine unseriöse Ausgestaltung ad absurdum geführt worden.

(Beifall bei der FDP)

Man kann nämlich den Kommunen nicht mit dem Ausbau der Kinderbetreuung eine erhebliche Verantwortung aufbürden und sie hinterher bei der Finanzierung im Stich lassen. Genau das aber hat das TAG getan.

(Beifall bei der FDP)

Die Einsparungen bei Hartz IV haben sich nicht realisieren lassen.

(Wortmeldung der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich lasse in diesem Fall keine Zwischenfrage zu. Dafür bitte ich aber auch um Verständnis.

Die Einsparungen aus Hartz IV haben sich nicht realisieren lassen, weil die Bundesregierung hierbei grob fahrlässig oder vorsätzlich an der Realität vorbei geplant hat.

(Beifall bei der FDP)

Statt 2,7 Millionen haben wir 3,5 Millionen Bedarfsgemeinschaften,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das spart den Kommunen noch mehr!)

und aus den geplanten Einsparungen wurden zusätzliche finanzielle Belastungen. Diese müssen zunächst beseitigt werden. Die Kommunen brauchen vom Bund mehr Geld für Hartz IV.

Daneben haben wir die Verknüpfung von Hartz IV mit der Kinderbetreuung auch deshalb kritisiert, weil es dafür keine sachliche Begründung und keine Zusammenhänge gibt. Hätten Sie das TAG aber wenigstens seriös finanziert, wären wir auch da ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb fehlt für die Beratung des Gesetzentwurfs hier die Geschäftsgrundlage, nämlich ein Finanzierungsvorschlag. Um das auszugleichen, erhöhen Sie die finanzielle Unterstützung der Kommunen durch das Land. Aber beim Deckungsvorschlag stellen wir Fehlanzeige fest.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind zwar auch der Auffassung, dass wir als Land die Kommunen im Bereich der Kinderbetreuung finanziell stärker unterstützen müssen – das will ja auch die Landes-CDU –; dennoch muss man einmal solide darüber diskutieren, wie das zu finanzieren ist und wie das überhaupt umgesetzt werden soll. Es kann nicht sein, dass Fachsprecher – ich kenne das von der Schulpolitik – immer sagen: „Wir wollen, wollen, wollen, müssen, müssen, müssen“; und es hinterher in der Haushaltsdebatte heißt: Hier werden ständig unsolide Haushalte vorgelegt, die nicht finanziert sind. – Also muss man sich als Fachsprecher, so wünschenswert vieles ist, auch damit befassen, wie etwas finanziert werden soll,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist eine Luftblase! Vorsichtiger sein, Frau Kollegin!)

liebe Frau Fuhrmann.

(Beifall bei der FDP)

Neben der Finanzierungsfrage enthält der Gesetzentwurf aber auch weitere Schwächen und Unklarheiten, die im Ausschuss geklärt werden müssen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Vielleicht ist das auch eine Frage der Prioritätensetzung!)

Über die konkrete Ausgestaltung des Betreuungsplans, der Vermittlungs- und Servicestellen für die Tagespflege und vor allem über die Einbeziehung der Eltern muss diskutiert werden. Es ist richtig, die Eltern stärker in die Bildungsarbeit einzubeziehen. Wir haben schon im letzten Jahr eine Art Bildungspartnerschaft zwischen Eltern, Kindern und Betreuungseinrichtungen gefordert. Es hilft eben nichts, wenn die Bildungsarbeit nicht zu Hause fortgesetzt wird. Ich habe gestern schon in der Schuldebatte erwähnt, dass das Elternhaus stärker in Erziehung und Bildung eingebunden werden muss. Ob allerdings für diese Aufgabe die Mittel von Elternabenden und Elternbeiräten zweckmäßig und ausreichend sind, ist sehr zweifelhaft.

Sowohl die Landesregierung als auch die GRÜNEN haben die FDP an ihrer Seite, wenn es um den Ausbau der Kinderbetreuung geht. Was wir allerdings nicht mitma-

chen werden, ist eine Schaufensterdiskussion, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind gewillt, die Kinderbetreuung in Hessen zu verbessern, und ich denke, der Gesetzentwurf wird mit Sicherheit im Ausschuss diskutiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Sozialministerin, Frau Staatsministerin Lautenschläger.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute wieder über die Themen „Kinderbetreuung“ und „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, auf der anderen Seite aber auch über das Thema „frühe Bildung“. Ich bin schon ein wenig überrascht, sehr geehrte Frau Kollegin Schulz-Asche, dass Sie immer noch versuchen, Bilder darzustellen, die es überhaupt nicht gibt. Denn dem Thema der Betreuung von unter Dreijährigen ist seit 1999 eine besondere Priorität zugekommen, indem mehr Mittel eingestellt wurden und unter CDU und FDP eine neue Offensive gestartet wurde, um gerade das Thema der Betreuung von unter Dreijährigen in den Mittelpunkt zu rücken.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist denn die Betreuung?)

Es geht nicht darum, ideologische Gräben aufzureißen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um die Fakten, Frau Ministerin, nur um die Fakten!)

– Es geht um die Fakten. Denn das war – das wissen wir alle – dringend notwendig, weil in Ihrer Zeit in diesem Bereich gar nichts passiert ist

(Beifall bei der CDU)

und Hessen gerade hier zurückgelegen hat. Zumindest unter den westdeutschen Flächenländern hat sich unsere Situation inzwischen verbessert. Das ist ein Anfang, und wir wollen da noch weiterkommen. Deswegen sagen wir, dass wir bis 2010 ein bedarfsgerecht ausgebautes Betreuungsangebot auch in diesem Bereich erreichen wollen.

(Reinhard Kahl (SPD): Reine Absichtserklärung und nichts dahinter!)

Jetzt schon liegen wir unter den westdeutschen Flächenländern deutlich vorn, wenn es um die Plätze geht. Aber wir wissen, dass wir nach wie vor alle Kraft aufwenden müssen, um z. B. Kindergartenplätze, die nicht nur für Kindergartenkinder gebraucht werden, weil wir es mit einem Geburtenrückgang zu tun haben, sofort in Krippenplätze für unter Dreijährige umzuwidmen. Das hat Hessen von Anfang an gemacht, und dabei sind wir sehr weit gekommen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wenn es darum geht, Betreuungsangebote für unter Dreijährige zu schaffen.

Ich will Ihnen noch etwas deutlich machen. Wir haben mit der Offensive für Kinderbetreuung von Anfang an Eltern unterschiedliche Möglichkeiten von der Tagesmutter über den Platz im Kindergarten für die altersübergreifenden

Gruppen bis zu den Krippen gegeben. In diesem Bereich gab es nie ideologische Barrieren, sondern wir haben von Beginn an alle Bereiche gefördert, und wir haben Wert darauf gelegt, dass zwar kommunal entschieden wird, dass aber die Eltern selbstverständlich an der Entscheidung beteiligt sind, wenn es um Plätze für die Kinder geht.

Ich will Ihnen noch etwas sehr deutlich sagen. Natürlich hat sich an den Platzangeboten etwas geändert. Wir müssen nach wie vor alle Kraft darauf verwenden, dass es noch schneller geht. Aber eines will ich schon sehr deutlich machen, Frau Kollegin Schulz-Asche: Ihre Heuchelei geht an dieser Stelle durchaus ein bisschen zu weit.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, na, na!)

Denn es ist gerade nicht so, dass man sagen kann, wir hätten da ein von Rot-Grün gut bestelltes Feld der Betreuung vorgefunden.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir haben den Anspruch durchgesetzt!)

Wir haben bei den Kindergartenplätzen in Hessen seit dem Jahr 2000 eine Steigerung von 196.000 auf über 209.000. Im Jahr 2000 gab es keine 100-prozentige Abdeckung im Kindergartenbereich. Aber im Kindergartenbereich ist sie heute erreicht, und im Krippenbereich sind wir deutlich vorangekommen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Aber nicht durch Ihre Initiative!)

Ich bin froh, dass die Kommunen das Thema gemeinsam mit uns ernst nehmen, weil sie wissen, dass es für die Eltern ganz klar ein wichtiges Thema ist. Wir haben es geschafft, seit dem Jahr 2000 bis heute allein im Krippenbereich fast zu einer Verdoppelung zu kommen. Im Jahr 2000 hatten wir noch rund 5.900 Krippenplätze; inzwischen sind wir bei über 9.000 angelangt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele brauchen wir?)

Dazu kommen noch die Tagesmütter. Damit haben wir in diesem Bereich immer noch keine 20-prozentige Abdeckung erreicht. Aber bei den Tagesmüttern haben wir schon ein Betreuungsangebot, das bei über 8 % liegt, und wir werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um zu einer bedarfsgerechten Betreuung auch für die unter Dreijährigen zu kommen, selbstverständlich aber auch für die über Dreijährigen, wenn es um Ganztagskindergärten geht. Denn das ist natürlich ein wichtiges Thema, wenn es für die Eltern darum geht, Familie und Beruf zu vereinbaren. Aber es ist auch ein Thema, wenn es darum geht, Bildung von Anfang an ernst zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da gibt es ab und zu schon ein bisschen eine Gespensterdiskussion. Denn das Land Hessen hat gemeinsam mit dem Land Bayern erstmals einen Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 erstellt. Unter der CDU-geführten Landesregierung haben wir gesagt: Bildung von Anfang an. Wir werden die Konzepte erproben.

Viele Kindergärten und Schulen waren bereit, an der Tandemlösung mitzuarbeiten. Sie haben auch Familienzentren dazugenommen. Wir haben Tandems, die im Prinzip aus vier, fünf verschiedenen Partnern – nicht nur aus Kindergarten und Schule – bestehen, wo also auch Tagesmütter und andere mit einbezogen sind. Jetzt können wir einen Bildungsplan für Kinder von 0 bis 10 erproben. Das

ist nach wie vor bundesweit einmalig, und es ist die Chance, Bildung umfassend zu begreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auch die Qualifizierung und Weiterbildungsmöglichkeiten bei den Tagesmüttern. Wir haben aber auch – daran muss man heute erinnern – den Zuschuss für die Tagesmütter eingeführt. Sie tun gerade so, als sei das Ihre Erfindung gewesen. Dabei haben wir es – bundesweit auch als Erste – eingeführt. Das gilt auch, wenn es darum geht, die Fortbildungsmöglichkeiten und die Vermittlungszentralen flächendeckend auszugestalten. Das ist ein wichtiger Punkt, und mit ihm werden wir uns weiter beschäftigen. Denn wir wissen, dass Eltern in Kommunen, wo qualifizierte Tagesbetreuung zur Verfügung steht, die Angebote sehr gut annehmen. Deswegen werden wir beides weiter ausbauen.

Nun zu Ihrem Gesetzentwurf. Was hat sich in Ihrem Gesetzentwurf niedergeschlagen, was wollen Sie mit ihm ändern, und was brauchen wir an neuen Vorschriften? Man hat ja zum Teil das Gefühl, nach Ihrem Gesetzentwurf bestünden völlig neue Möglichkeiten der Betreuung der unter Dreijährigen.

Das TAG enthält zwar einen qualitätsorientierten, bedarfsgerechten und flexiblen Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren; aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das TAG enthält nichts, was in Hessen nicht schon bisher möglich war. Sie haben in Ihrem Gesetzentwurf noch einmal Dinge kompliziert aufgenommen, die im Hessischen Kindergartengesetz bzw. im Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in Hessen schon längst möglich sind.

Sie haben Vorschriften noch einmal in ein neues Gesetz gefasst. Ob das Sinn macht, darüber können wir im Ausschuss gerne eine ganze Weile diskutieren. Es trägt jedenfalls nichts dazu bei, Qualität in der Kindertagesstättenbetreuung zu verbessern oder Qualität in der Krippenbetreuung zu verbessern. Die Qualität verbessern wir durch Erprobung eines Bildungsplanes, an dem die Einrichtungen und die Eltern mitwirken, den sie erproben, evaluieren und dann gemeinsam in den Fortbildungen entsprechend umsetzen. Das ist der Punkt. Dazu brauche ich kein Gesetz. Das ist das tatsächliche Handeln in Hessen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zu Ihrem Gesetzentwurf darauf hinweisen, wir müssen uns bitte über seriöse Finanzgrundlagen unterhalten. Sie wissen, dass wir bei der Offensive für Kinderbetreuung die Mittel inzwischen gegenüber dem Stand von Rot-Grün mehr als verfünffacht haben

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Kahl (SPD): Glauben Sie das wirklich?)

und das auch im nächsten Jahr weiter ausbauen wollen, dass wir gleichzeitig nach dem Hessischen Kindergartengesetz inzwischen deutlich mehr Mittel einsetzen, aber Sie sich jetzt auf das Thema Hartz IV und 1,5 Milliarden € an die Kommunen zurückziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit machen Sie es sich etwas zu einfach. Sie wissen genau, dass diese Mittel bei denen, die die Kinderbetreuung organisieren, schlichtweg nicht ankommen, weil Sie in völlig unter-

schiedlicher Ausgestaltung regional bei Kreisen und nicht bei Kommunen entsprechend Verschiebungen haben, aber bisher eben nur Belastungen und keine Entlastungen. Auch wenn die Entlastungen kommen, sind sie nicht automatisch bei denen, die die Kinderbetreuung zu organisieren haben. Das ist tatsächlich eine Luftnummer, die Sie da machen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das kann von der kommunalen Familie geregelt werden!)

Wenn Sie dazu übergehen und erklären – Sie haben an keiner Stelle einen Finanzierungssatz vorgelegt –, dass aus Ihrer Sicht 30 % vom Land aufgenommen werden, und uns mit anderen Bundesländern vergleichen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, dann sollten Sie vielleicht zumindest einmal nachrechnen, was Ihre damalige Bundesregierung selbst an Kosten für die Plätze eingesetzt hat. Dann kommen Sie nämlich mit Ihren Berechnungen gerade einmal auf einen Anteil von rund 10 % und nicht von 30 %, weil der Platz nach dem, was dem TAG zugrunde gelegen hat, nicht mit 6.500 € für einen Krippenplatz, sondern mit 12.000 € im Jahr angesetzt wird. Das hat Ihre damalige Bundesregierung so veranschlagt. Dem sind Sie nicht einmal in Ihrem eigenen Gesetzentwurf gefolgt.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nenne ich unsolide. Das nenne ich dann: jemanden etwas vorgegaukelt, was überhaupt nicht stimmt. – Machen Sie wenigstens Ihr Gesetz solide.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin, die Fraktionsredezeit ist abgelaufen.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Sie dazu neigen, Dinge so zu verkomplizieren, dass Sie die Regelungen, die in Hessen längst möglich sind und sinnvoll in Städten und Gemeinden umgesetzt werden, die das TAG durchaus zulässt, noch einschränken wollen. Ich finde es die Höhe, wenn Sie bei der Tagesbetreuung verhindern, dass in anderen Räumen betreut werden kann.

Verehrte Kollegin Schulz-Asche, gehen Sie einmal nach Marburg, und schauen Sie sich die Projekte an, wo längst umgesetzt wird, dass Wohnungen angemietet werden und die Tagesmütter mit einem eigenen vernünftigen Einkommen genau das machen, was Sie mit Ihrem Gesetz verhindern wollen. Dort gibt es GRÜNE und SPD, die das sogar umsetzen. Das wollen Sie jetzt einschränken. Das ist völlig unvernünftig, denn dort gibt es wesentlich bessere Regelungen. Dort schränken Sie ein. Dort weiten Sie nicht aus. Dort bauen Sie sogar noch neue Bürokratie auf, die nicht der Tagesbetreuung hilft, sondern sie einschränkt.

Es ist der absolut falsche Weg, dort neue Regelungen zu machen, anstatt das Bestehende, was in Hessen längst möglich ist, weiter zu ermöglichen, Qualifizierung weiter mit uns zu verbessern. Aber nein, Sie wollen über das TAG hinausgehen und noch einmal Einschränkungen vornehmen. Das ist nicht vernünftig. Das trägt nicht zu einem bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuung bei; es sei denn, Sie wollen die Tagesmütter komplett herausdrängen. Dann mögen Sie damit Recht behalten, aber das ist nicht in unserem Sinn.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie schreien jetzt dazwischen. Sie haben in Ihrem Gesetz eine Regelung, die nichts mit der Qualifizierung zu tun hat. Das schränken Sie nur ein, da Kinder nicht in anderen Räumen – auch nicht in einer Gruppe, die die Gemeinde zur Verfügung stellt, wenn die eine Wohnung oder einen Raum hat, oder jemand eine zusätzliche Wohnung anmietet – von einer Tagesmutter betreut werden können.

Das ist nicht vernünftig. Diese Konzepte werden an vielen Stellen in Hessen längst umgesetzt. Sie sind mit heutigem Recht, dem Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz genauso wie dem Kindergartengesetz, längst zulässig. Sie wollen sie unmöglich machen. Das hat nichts mit Qualifizierung zu tun. Das hat nur etwas mit der Einschränkung von Tagesmüttertätigkeit zu tun. Das wollen wir als Landesregierung ganz klar nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen weiter qualifizieren, bedarfsgerecht ausbauen, aber vernünftig und mit Augenmaß, ohne weitere bürokratische Hürden zu schaffen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie wissen, wie wir die Mittel jährlich aufstocken, alle Anstrengungen unternehmen, um Eltern mehr Möglichkeiten zu geben, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Letztes. Sie sprechen davon, wie es denn in den Familien aussieht. Wir haben das schöne Beispiel genommen, wie viele Alleinerziehende tatsächlich von Kinderarmut betroffen sind. Das hat zum Schluss, wie es der Kollege Reißer zutreffend gesagt hat, etwas mit der Frage von Beschäftigung und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Mütter zu tun.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch!)

Ich möchte Sie darauf hinweisen: Dann schauen Sie in unsere Programme. Wir haben die Programme auch in den Bereichen aufgestockt, wenn es um allein erziehende junge Mütter geht, die überhaupt erst einmal eine Ausbildung machen müssen, um ihnen in Zukunft den Beruf zu ermöglichen: auch die Ausbildungsprogramme. Diese Programme funktionieren hervorragend. Das ist es, worum es der Landesregierung geht. Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau. Wir wollen, dass Familie und Beruf vereinbar sind. Wir wollen vor allem, dass Menschen Unterstützung erhalten, wenn sie sich für Kinder entschieden haben, dass diese Unterstützung von der Ausbildung bis zum Arbeitsplatz umgesetzt wird, und nicht neue ideologische Gräben aufreißen, sondern dort die Möglichkeiten, die uns die finanziellen Rahmenbedingungen geben, schaffen. Unter denen haben wir jährlich ausgebaut und werden das auch in Zukunft tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass zusammen mit den Themen Bildung und Erziehung, Qualifizierung bei den Tagesmüttern, flächendeckender Ausbau von Tagesmüttervermittlungsstellen keine neue gesetzliche Regelung gebraucht wird. Das ist bereits in der Umsetzung. Daran können Sie sich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Für eine Kurzintervention hat Frau Kollegin Fuhrmann, SPD-Fraktion, das Wort.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, wenn hier jemand etwas vorgaukelt, dann sind Sie das. Sie streuen der Öffentlichkeit pausenlos Sand in die Augen. Wir lassen Ihnen dies nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Punkt. Sie erproben Bildungs- und Erziehungspläne und geben keinen einzigen Euro dazu. Ein Kindertagesstättengesetz wird – wenn ich mich recht entsinne – seit 2001 von Ihnen angekündigt. Sie bleiben eine Ankündigungsministerin. Bis heute liegt nichts vor.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen der Kollegin möchte ich hier verstärkend noch einmal nennen. Wenn wir eine Teilzeitbetreuung von 3,9 % der Kinder unter drei Jahren und eine Ganztagsbetreuung von 2,1 % der Kinder eines Jahrganges haben, dann ist das keine Bilanz, sondern ein Armutszeugnis für diese Hessische Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich den immer währenden Streitpunkt wiederholen. Wir haben einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz von Herrn Kohl bekommen. Das war auch gut so. Das hat nämlich dazu geführt, dass massiv ausgebaut wurde. Aber Kohl hat keine einzige D-Mark – damals noch – den Ländern oder den Kommunen zur Verfügung gestellt, um diesen Rechtsanspruch umzusetzen.

Zweiter Punkt. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz des Bundes bedeutet das Gegenteil. Es sind 1,5 Milliarden € Einsparung dafür eingesetzt – egal, wie oft Sie das wiederholen. Es ist eine Revisionsklausel vereinbart. Damit ist klar, dass dieses Geld auch bei den Kommunen ankommen wird.

(Ministerin Silke Lautenschläger: Nein, bei den Kreisen!)

Frau Ministerin, Sie haben gesagt, alle Bereiche würden von Ihnen gefördert. Ich kann dazu nur sagen: Sie haben den Kommunen seit Ihrem Regierungsantritt 400 Millionen € vorenthalten und gestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch der Ministerin Silke Lautenschläger)

– Jawohl, ich habe mir eben noch einmal die Zahlen herausgeholt. – Wir hatten in dem letzten Haushalt unserer rot-grünen Landesregierung 8,7 Millionen Investitionskostenzuschüsse, 12,4 Millionen im KFA für Investitionen, 7,3 Millionen im Sofortprogramm Kinderbetreuung, das Sie jetzt in Offensive umbenannt haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Fuhrmann, die Redezeit ist abgelaufen. Kommen Sie bitte zum Ende.

Petra Fuhrmann (SPD):

Ich komme ganz schnell zum Schluss. Einen Satz noch, Herr Präsident.

Wir hatten 7,3 Millionen in dem Sofortprogramm, 56,4 Millionen Betriebskostenzuschüsse im KFA, d. h. es waren an reinen Landesmitteln 66,4 Millionen, die wir Jahr für Jahr für die Kinderbetreuung ausgegeben haben. Sie haben das alles gestrichen. Sie werden mit Ihrer Argumentation nicht durchkommen, überall zu sagen: Wir machen Familienpolitik. – Wenn man dahinter schaut, ist nur eine Luftblase übrig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, ich will einmal zur Klarheit sagen: Frau Kollegin Fuhrmann hatte sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Das sind zwei Minuten, zumindest in diesem Leben und hier bei uns. – Ich habe jetzt noch die Wortmeldung von Frau Kollegin Schulz-Asche

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fünf Minuten!)

mit maximal fünf Minuten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen das richtig! – Heiterkeit)

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil ich mich vorhin beklagt habe, dass zwei Themenbereiche zusammengezogen werden, um von der Untätigkeit der Landesregierung abzulenken, habe ich mich noch einmal gemeldet, um zur Großen Anfrage Stellung zu nehmen. Ich möchte einige Punkte vorausschicken.

Bei dem einen Thema geht es um die Frage, wie die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes finanziert werden soll. Die Fraktionsvorsitzende Frau Merkel hat am 7. September 2005 – damals war sie noch Kanzlerkandidatin –

(Demonstrativer Beifall der Abg. Petra Fuhrmann und Nancy Faeser (SPD) – Ministerpräsident Roland Koch: Jetzt ist sie fast schon Kanzlerin! So schnell geht das! – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter (SPD): Es hätte sein können, dass ihr sie zurückgezogen habt! – Zuruf von der CDU: Das war nur bei Joschka so!)

im Bundestag Folgendes gesagt. Das können Sie im Protokoll auf Seite 17.511 nachlesen. Dort können Sie schwarz auf weiß nachlesen, dass die – –

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch!)

– Herr Koch, es ist verständlich, dass Sie so aufgeregt reagieren. Denn bei Ihnen werden Plätze frei.

In diesem Protokoll können Sie nachlesen, dass Frau Merkel am 7. September 2005 gesagt hat, die Kommunen hätten durch die Reform der Gewerbesteuer 2,3 Milliarden € mehr erhalten, deshalb hätten die Kommunen auch genügend Mittel, um gerade auch die Betreuung der ganz kleinen Kinder auszubauen. Das ist Punkt eins. Dazu kann ich feststellen: erstarrtes Schweigen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Ich komme zu Punkt zwei. Dabei geht es um die Einsparungen aufgrund der Hartz-IV-Gesetze durch die Revisionsklausel. Sie wissen selbst, dass das noch gar nicht

greift. Denn die Berechnungen dazu wurden verschoben. Das heißt, es kann noch gar nicht belegt werden, welche Einsparungen vorhanden sind. Das heißt, das müssen wir noch abwarten.

Punkt drei. Wir haben Ihnen im letzten Jahr während der Haushaltsberatungen ein Finanzierungskonzept in Höhe von 22 Millionen € für den Ausbau der Betreuung von Kindern im Alter unter drei Jahren vorgelegt. Diese 22 Millionen € hätten im Prinzip in diesem Jahr für ungefähr, wenn ich mich richtig erinnere, 3.000 Plätze gereicht. Sie haben es aber vorgezogen, ein Schloss zu kaufen. Die Mittel dafür haben sich ungefähr in der gleichen Größenordnung bewegt. Daran kann man die unterschiedliche Prioritätensetzung in diesem Land erkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Satz zu dem sagen, was Frau Eckhardt gesagt hat. Wir haben extra darauf verzichtet, mit unserem Gesetzentwurf unser komplettes Programm vorzulegen. Wir hätten gerne eine Betreuungsgarantie ab dem ersten Lebensjahr. Wir haben aber gesagt, dass wir von dem ausgehen wollen, was wir hier haben. Die Landesregierung hat einen Betreuungs- und Bildungsplan vorgelegt. Außerdem haben wir aufgrund des Tagesbetreuungsausbaugesetzes einen weitgehenden Konsens hinsichtlich des Ausbaus der Plätze. Deswegen lautet die entscheidende Frage aber: Warum hat Frau Lautenschläger auch diesmal wieder die Gelegenheit verpasst, ein Konzept vorzulegen, das ihr eigenes Programm in die Realität umsetzen würde?

(Reinhard Kahl (SPD): Sie hat doch keines!)

Sie haben es sich einfach gemacht. Sie haben hier einfach geredet. Sie haben über Kosten und was weiß ich geredet. Darauf will ich gleich noch einmal zu sprechen kommen. Aber Sie haben es erneut versäumt, ein konkretes Programm zur Umsetzung Ihrer Vorstellungen vorzulegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Kahl (SPD): Da sie kein Konzept hat, kann sie keines vorlegen!)

Ich bin vorhin schon ganz kurz auf die Fragen im Zusammenhang mit den Kindergartenplätzen eingegangen. Seit 1992 hat man sich daran gemacht, das auf Bundesebene erlassene Gesetz umzusetzen, das die Betreuung garantiert. Natürlich haben daraufhin alle Bundesländer angefangen, die Kindergartenplätze entsprechend auszubauen. Hier in Hessen geschah dies unter rot-grüner Regierungsverantwortung. Entscheidend ist aber doch, was dabei passiert ist. Das will ich Ihnen jetzt noch einmal im Detail an der Offensive für Kinderbetreuung klarmachen. Das Entscheidende ist doch, dass Sie ab dem Jahr 2002 die Mittel des Landes, mit denen das unterstützt wurde, komplett gestrichen haben.

(Zuruf von der SPD: Sie haben sie total gestrichen!)

Die gesamte Finanzierung geschieht nunmehr nur noch über den Kommunalen Finanzausgleich. Meine Damen und Herren, das verschweigen Sie, wenn Sie hier nach vorne ans Rednerpult treten.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Die Kommunen wissen das!)

Sie reden dann ausschließlich über die Offensive für Kinderbetreuung.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das bleibt genauso unwahr, wie es vor drei Jahren war!)

Sie wissen, dass die Offensive für Kinderbetreuung im Jahre 1991 unter einer rot-grünen Regierung mit einem anderen Namen geschaffen wurde. In den nachfolgenden Jahren sind rund 64 Millionen € in diesen Bereich geflossen, und zwar aus dem Haushalt des Landes und nicht aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Milde, Sie haben Folgendes gemacht: Sie haben, gesetzestreu wie Sie sind, das Gesetz hinsichtlich der Betreuung in den Kindergärten so umgesetzt, wie es gilt. Aber Sie haben keine zusätzlichen Mittel in die Hand genommen. Sie haben auch keine Mittel in die Hand genommen, um die Betreuung zu verbessern oder um die Betreuung der Kinder unter drei Jahren tatsächlich auszubauen.

Eines haben Sie gemacht. Ich gebe zu, dass das richtig war. Sie haben im Jahr 2001 die Förderrichtlinie modernisiert. Das war notwendig und überfällig.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir haben da Landesgeld hineingesteckt!)

Das zu tun war völlig okay. Aber zu diesem Zeitpunkt befanden wir uns auf dem Niveau der Förderung von 1995, also auf einem Niveau von Rot-Grün.

Nach den Zahlen, die die Sozialministerin selbst öffentlich vorgelegt hat, ist die Zahl der Plätze, die mithilfe des Programms gefördert werden, von rund 22.000 Plätzen im Jahr 2001 auf ungefähr 29.300 Plätze gestiegen. Das haben Sie gerade eben noch einmal vorgetragen. Sie haben also in vier Jahren einen Anstieg um etwa 7.300 Plätze geschafft. Das sind etwa 1.800 Plätze pro Jahr. Ich sage nicht, dass das schlecht ist. Aber es ist angesichts der tatsächlichen Betreuungsquote nicht ausreichend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das gilt vor allem dann, wenn man genau hinguckt. Das steht nämlich im Gegensatz zu dem, was Sie immer behaupten. Sie sagen nämlich immer, mit der Offensive für Kinderbetreuung würde die Betreuung der Kleinkinder verbessert. Das steht aber im Gegensatz dazu, dass von diesen rund 1.800 Plätzen, die es pro Jahr mehr gab, lediglich etwa 500 Plätze für die Betreuung der kleinen Kinder zur Verfügung stehen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Deswegen will ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal ganz vehement widersprechen. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, die Offensive für Kinderbetreuung sei ein Programm zur Finanzierung der Betreuung der Kleinkinder. Das ist einfach nicht wahr. Sie finanzieren mit diesem Programm vor allem Plätze in den Horten. Es ist gut, dass Sie das machen. Aber Sie weigern sich, zusätzliche Mittel in die Hand zu nehmen, um die Betreuung der Kinder un-

ter drei Jahren tatsächlich so auszubauen, wie sich das die Bürgerinnen und Bürger und die jungen Familien wünschen und wie sie es brauchen. Das haben Sie auch heute wieder getan. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist beendet.

Ich stelle fest, dass wir die Große Anfrage betreffend Kinderbetreuung in Hessen unter Tagesordnungspunkt 26 besprochen haben.

Die erste Lesung des Gesetzentwurfs für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Tagesbetreuungsausbaugesetz ist hiermit erfolgt. Der Gesetzentwurf wird zur weiteren Beratung und zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. – Ich sehe, dass darüber allgemeines Einvernehmen herrscht.

Ich darf jetzt die Sitzung unterbrechen, damit die Möglichkeit besteht, zur Ausstellungseröffnung zu gehen. Ich habe die herzliche Bitte: Kommen Sie wieder. Um 15 Uhr geht es weiter. – Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 12.54 bis 15.03 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Plenarsitzung fort. Ich rufe **Punkt 31** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Haushalt 2006 wie vorgesehen beraten – Nachtragshaushalt jetzt – Drucks. 16/4354 –

sowie **Punkt 47** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Finanzen konsolidieren, wirtschaftliche Entwicklung voranbringen – Drucks. 16/4404 –

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das Hessen-Fernsehen diese Debatte live übertragen wird.

(Jürgen Walter (SPD): Also benehmt euch!)

Als Erster hat Herr Kollege Schmitt von der SPD-Fraktion das Wort. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der CDU: Schade, dass die meisten Zuschauer jetzt abschalten!)

Gegenstand der heutigen Debatte und unseres Antrags ist die Weigerung der Landesregierung, einen Haushaltsplan für das kommende Jahr vor der Bundestagswahl vorzulegen, wie es von ihr angekündigt und versprochen und wie es verabredet war. Wir glauben, dass die Verschleierung der wahren Haushaltssituation des Landes und die politische Konkursverschleppung vor der Bundestagswahl ein parlamentarisches Nachspiel haben müssen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Gotthardt, an Ihrer Stelle wäre ich etwas vorsichtiger, als jemand, der von den Wählern an der Flucht aus Hessen gehindert wurde.

(Frank Gotthardt (CDU): Gestern hast du noch gesagt, dass du froh bist, wenn ich hier bleibe!)

– Das bin ich auch. Wir sind wirklich sehr zufrieden damit, dass Sie in Hessen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Zurück zum Haushalt. Interessant ist die Begründung, die der Herr Finanzminister zur Weigerung, den Haushalt vor der Bundestagswahl vorzulegen, gegeben hat. Er schreibt: Bis zum 14. Oktober „ist sicher zu erwarten, dass eine neu gewählte Bundesregierung das Regierungsprogramm festgelegt hat und die entsprechenden Beschlüsse für den Landeshaushalt 2006 eingearbeitet werden können.

(Zurufe von der SPD: Ha, ha, ha!)

Erkennbare Weichenstellungen im bundespolitischen Raum können beachtet und dessen Auswirkungen auf den hessischen Haushalt antizipiert werden. So wäre eine sachgerechte Beratung des Etats für das Jahr 2006 möglich“.

Meine Damen und Herren, dazu kann man nur Folgendes sagen: Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, der Wahlbetrug zahlt sich nicht aus. Die Verschiebung des Haushalts 2006 hat Ihnen nichts genützt. Die CDU in Hessen hat unter dem Bundesdurchschnitt der CDU abgeschnitten. Sie sind nur auf Platz 2 in Hessen. Sie sind von der Hessen-Partei genauso weit entfernt wie die Landesregierung von einem ausgeglichenen Haushalt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 14. Oktober ist alles so klar oder so unklar wie vor dem 18. September. Darin sind wir uns ausnahmsweise einmal einig, Herr Ministerpräsident. Die genannten Gründe für eine Verschiebung waren nie ein wirkliches Argument. Es war immer eine Ausrede. Es war eine Täuschung der Öffentlichkeit über die wahre finanzielle Situation des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der Disziplin der Verschleierung der Finanzsituation kennt sich die hessische CDU aus. Das haben wir schon erlebt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Na, na, na!)

– Das ist sehr wohl wahr. Sie begehen jetzt Ihr 60-jähriges Bestehen an der gleichen Stelle, an der Sie Ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert haben. Dabei gab es eine berühmte Tellersammlung in der Schwarzgeldaffäre, meine Damen und Herren. Dieser Zusammenhang war gemeint. Das wissen Sie auch, Herr Milde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nach den Kriterien, die ich vorhin vorgetragen habe, für eine zuverlässige Haushaltsaufstellung heißt das doch eigentlich für Hessen: nie wieder Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Die wahre Situation der hessischen Finanzen ist eine Katastrophe. Das sollte verschleiert werden. Nichts anderes war Ursache dafür, dass man den Haushaltsplan erst nach der Bundestagswahl vorlegen will. Es sollte verschleiert werden, dass Hessen schlicht pleite ist.

Ferner muss man sich einmal mit den strukturellen Zahlen des Haushalts auseinander setzen. Das strukturelle Defizit des hessischen Haushalts baut sich von Jahr zu Jahr auf. Ich glaube, wir liegen nicht falsch, Herr Finanzminister, wenn wir sagen, dass es im Jahr 2006 ca. 3 Milliarden € betragen wird.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Da wird doch nichts verschleiert! Sie haben alle Daten bekommen!)

Diese Horrorzahl ist der wahre Grund dafür, dass Finanzminister Weimar den Etatentwurf erst nach der Bundestagswahl vorlegt. Wie finanziell mies die Situation ist und dass man die selbst gesteckten Ziele nicht erreichen kann, wird aus dem Brief des Finanzministers vom 1. August an Herrn Al-Wazir deutlich.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Darin formuliert der Herr Finanzminister, dass sich auch bei größten Anstrengungen – „oje, oje“ muss man dann schon sagen – die vorgesehene Zielmarke der Nettoneuverschuldung von 900 Millionen € nicht erreichen lassen werde. Weiter schreibt er: „Es ist daher auch bei verbesserten Aussichten nach der Bundestagswahl im September 2005 nicht damit zu rechnen, dass die Regelgrenze der Verschuldung im Jahr 2006 eingehalten werden kann“.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Verschiebung der Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2006 begründet sich einzig und allein damit, die wahre Haushaltssituation vor der Bundestagswahl zu verschleiern. Es droht eine Rekordverschuldung in Höhe von ca. 2 Milliarden € im kommenden Jahr. Das sollte verheimlicht werden. Das ist der wahre Grund dafür gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Zum fünften Mal hintereinander wird damit die Vorgabe der Hessischen Verfassung verletzt. Die Hessische Verfassung schreibt vor, dass die Nettoneuverschuldung nicht die Investitionen übersteigen darf. Die Investitionen werden bei rund 900 Millionen € liegen. Die Verfassungsgrenze wird damit wiederum eindeutig überschritten.

Das Schlimme ist, dass für die Landesregierung diese Verfassung überhaupt kein Orientierungspunkt mehr ist. Es scheint ihr vollkommen schnuppe zu sein, was in der Hessischen Verfassung steht.

(Beifall bei der SPD)

Das wird auch an einer anderen Stelle deutlich. Die Landesregierung hat dankenswerterweise im Haushaltsausschuss die Erläuterung der Produktbildung und Zieldefinition des Finanzministers im Rahmen der neuen Verwaltungssteuerung vorgelegt. Darin sind ein Oberziel und sechs Fachziele formuliert worden. Diese sind ziemlich unverbindlich und unklar. Man könnte auch sagen: Morgen regnet es, oder es regnet nicht. – So klar sind die Vorgaben.

Als Oberziel wird formuliert: „In seiner Finanzpolitik lässt sich Hessen von der Verantwortung für heutige und kommende Generationen mit dem Ziel leiten, Letztere nicht stärker zu belasten, als es eine verantwortungsvolle finanzielle Konsolidierungspolitik erlaubt“. – Das hört sich schön an und ist wunderschön. Man könnte auch sagen: Die Latte ist so gelegt, dass man bequem darüber springen kann. Man kann aber auch unter ihr durchklettern. Auf jeden Fall kann man danach immer rufen: Die Latte ist nicht gefallen, Ziel erreicht.

Ein hartes, abgrenzbares und überprüfbares Ziel wird aber nicht beschrieben. Was wäre dieses Ziel? Das Ziel ergibt sich aus der Hessischen Verfassung, nämlich dass die Nettoneuverschuldung die Investitionen nicht übersteigen darf. Es ist der Verfassungsauftrag, sogar die Pflicht der Landesregierung, die Verfassungsgrenze einzuhalten.

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Landesregierung gar nicht mehr gewillt zu sein scheint, die Vorgaben der Verfassung einzuhalten. Das Verfassungsgebot wird gar nicht mehr als Ziel vorgegeben. Herr Justizminister Wagner – er ist gerade nicht anwesend; ich weiß nicht, ob er sich noch vom gestrigen Bierabend erholen muss – lässt Hühnerdiebe verfolgen und fordert null Toleranz für Gesetzesbrecher. Ministerpräsident Koch fordert, dass die abendländischen Werte wieder mehr beachtet werden müssen. Seine Regierung tritt aber permanent die Verfassung mit Füßen. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Beim Landesparteitag forderte der CDU-Vorsitzende Koch stärkere Liebe und Verbundenheit zum eigenen Land.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist sehr gut. Wie wäre es denn, wenn sich die CDU zu einer stärkeren Verbundenheit mit der Hessischen Verfassung bekennen würde? Das würden wir begrüßen, meine Damen und Herren, nämlich was die Frage der finanzpolitischen Vorgaben in diesem Haushalt betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wunder, dass angesichts dieser Orientierungslosigkeit, dieser finanzpolitischen Wertelosigkeit das Land Hessen in die Pleite getrieben wurde. Herr Kollege Hoff, bis zum Jahr 2008 droht der finanzielle Ausverkauf des Landes Hessen. Das scheint dann vollendet zu werden. Sie planen – Herr Hoff, gucken Sie einmal, ich weiß nicht einmal, ob Sie es wissen, weil Sie kein Finanzpolitiker sind –

(Volker Hoff (CDU): Ich glaube, wir verstehen mehr von Finanzplanung als Sie!)

– Herr Hoff, das war gar nicht als Vorwurf gemeint. – Es geht um die mittelfristige Finanzplanung, den Finanzplan des Landes Hessen. Bis zum Jahre 2008 planen Sie nach diesem Finanzplan, 3,2 Milliarden € Vermögen zu verkaufen. 3,2 Milliarden € Vermögen wollen Sie verkaufen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Verschleudern! – Reinhard Kahl (SPD): Dann ist nichts mehr da!)

Polizeipräsidien, das eigene Ministerialgebäude, Bürogebäude, die dem Land gehören. Dabei sind diese Gebäude nicht überflüssig, sondern das Land will sie zurückmieten, sich wieder einmieten. Wir haben errechnet – Herr Hoff, das können Sie wahrscheinlich auch leicht errechnen –: Alleine die Mietbelastungen werden eine dreistellige

Millionensumme pro Jahr ausmachen. Alleine das Zurückmieten der Gebäude wird eine dreistellige Millionen-summe ausmachen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Wenn Sie die Steuerzuwächse und auch die Steuereinnahmen des Landes kennen, dann wissen Sie, dass Sie pro Jahr 1 % Steuerzuwachs brauchen, um alleine die Mietbelastung, die in den nächsten Jahren auf Sie zukommt, aufzufangen zu können. 1 % Steigerung würde allein durch diese Aktion aufgefressen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Verantwortungslose Politik ist das!)

Ich glaube, das macht deutlich: Von nachhaltiger Finanzpolitik kann man an dieser Stelle nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Hinzu kommt, dass der Verlust Hessens an finanzpolitischer Stärke schon jetzt dramatisch ist. Das hat auch etwas mit der schlechten wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Landes zu tun.

(Volker Hoff (CDU): Oh!)

– Nein, das wollen wir einmal sehen. – Dies wird deutlich an den Steuermindereinnahmen Hessens im Vergleich zu denen der anderen Länder. Das sind Zahlen des Herrn Minister, keine von uns erfundenen: Im ersten Halbjahr 2005 sind die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Hessen um 9,2 % nach unten gegangen, deutlich schlechter als in der Ländergesamtheit. Dort liegen sie bei minus 0,9 %.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, die gleiche Steuergesetzgebung gibt es in Bayern, in Baden-Württemberg, in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg und in Berlin. Das kann also kein Argument sein.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Volker Hoff und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das macht deutlich, dass Hessen, dieses so wirtschaftsstarke Land, in seiner finanzpolitischen Stärke permanent zurückfällt.

Es gibt ein weiteres Indiz. Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, die der Finanzminister immer wieder beklagt – das verstehe ich ein bisschen, aber es ist ein Ausdruck des Grundgesetzes, dass wir überall gleiche Lebensbedingungen schaffen wollen –, haben im Jahr 2002 noch 2,8 Milliarden € für Hessen betragen. In diesem Jahr werden es nach den Zahlen des Finanzministers etwa 1,54 Milliarden € sein. Die Entwicklung beim Länderfinanzausgleich geht permanent nach unten, anders als beispielsweise in Bayern oder Baden-Württemberg. Da sind die Zahlen in etwa gleich geblieben. Auch dies macht deutlich, dass Hessen relativ zu anderen Bundesländern finanzpolitische Probleme hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu unserer Forderung nach der sofortigen Vorlage eines Nachtragshaushaltes. Wir haben gestern in der Obleuterunde gehört, dass ein Nachtrag kommen soll, dass er am 3. November eingebracht werden soll, also zu einem Zeitpunkt, an dem für das laufende Jahr faktisch nichts mehr geändert werden kann, zu dem nicht mehr ge-

handelt werden kann. Der Nachtrag dient faktisch nur noch dazu, zu erreichen, dass es eine Zustimmung zur Kreditermächtigung gibt, damit mehr Schulden gemacht werden können, damit das aufgelaufene Defizit, das es in diesem Jahr ganz sicher geben wird, in diesem Hause abgestimmt wird.

Es hat doch nichts mehr mit gestaltender Haushalts- und Finanzpolitik zu tun, so spät einen Nachtragshaushalt vorzulegen. Da verkommt das Parlament zum Notar, der nur noch die Verschuldung des Landes feststellen kann. Der Finanzminister sagt, er habe gehandelt, er habe eine Haushaltssperre erlassen. Aber die Sperre war ohne jedes Ziel. Wir haben nachgefragt. Der Finanzminister nennt oder kennt bis zum heutigen Tag keine Zahlen dazu, was diese Sperre erbringen soll. An dieser Stelle wird vieles deutlich. Wir vermuten, dass in diesem Jahr das Defizit über 1,4 Milliarden € hinausgehen wird. Die Steuerentwicklung im Land Hessen ist so, dass es bis Ende August 520 Millionen € weniger gegeben hat. Wir befürchten also ein ganz erhebliches Defizit.

Aber der Finanzminister macht sich nicht die Mühe, irgendwelche Zahlen vorzugeben, was durch die Haushaltssperre erbracht werden soll. Er quält sich nicht mit Zahlen herum. Er kann sich schließlich auf eine absolute CDU-Mehrheit in diesem Hause verlassen. Egal, welche Haushaltszahlen Weimar vorlegt, egal, wo der Haushalt landet, immer ruft die CDU hier im Hause, hipp, hipp, hurra. Sie sind ein gutes Beispiel dafür.

(Beifall der Abg. Reinhard Kahl und Petra Fuhrmann (SPD) – Zurufe von der CDU)

Ich komme zur Punktlandung, von der der Minister so gerne spricht. Was bedeutet weimarsche Punktlandung? Ich greife hier auf, was der Kollege Kaufmann gesagt hat; denn das ist wunderschön formuliert: Da springt der Finanzminister permanent neben die Matte, macht einen Kreis um sich herum, guckt Beifall heischend in die Runde, und die CDU gibt dazu auch noch Beifall.

Meine Damen und Herren, das ist weimarsche Punktlandung. Dabei springt er so tief ins Haushaltsloch, dass er darin versinkt. Das nennt man düstere Zukunft oder schwarzes Haushaltsloch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schmitt, die Punktlandung, was die Redezeit angeht, wäre jetzt.

Norbert Schmitt (SPD):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Die CDU hat in Hessen in ihrer sechsjährigen Regierungszeit von den 32 Milliarden € Schulden, die das Land Hessen in 60 Jahren gemacht hat, 8 Milliarden € aufgehäuft, also alleine ein Viertel aller Schulden in sechs Regierungsjahren gemacht. Das macht deutlich: Die CDU ist in Hessen finanzpolitisch am Ende. Die Landesregierung will nicht, sie kann vielleicht auch gar nicht. Deshalb kann nur noch der Staatsgerichtshof der permanenten Verschuldung des Landes Hessen Einhalt gebieten. Deshalb sagen wir Ihnen: Erledigen Sie endlich Ihre Aufgaben. Legen Sie einen Haushalt für das Jahr 2006 vor und auch einen Nachtragshaushalt für dieses Jahr, die endlich einmal verfassungsgemäß sind. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr von Hunnius zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Herr von Hunnius.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Der Haushalt ist der Nerv des Staates“. Diese Erkenntnis hatte der französische Kardinal Richelieu im 17. Jahrhundert. Diese Erkenntnis gilt aber auch im 21. Jahrhundert: Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Dieser Nerv liegt bloß. Dieser Nerv tut weh. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass mit den Finanzen etwas nicht in Ordnung ist. Was nicht in Ordnung ist, das können wir ganz einfach zum Ausdruck bringen: Wir haben ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Dieses Ungleichgewicht kann man auf zweierlei Art beschreiben. Man kann zum einen sagen: Hessen gibt Jahr für Jahr mehrere Milliarden Euro mehr aus, als sich das Land Hessen leisten kann. Man kann zum anderen aber auch sagen: Hessen nimmt Jahr für Jahr Milliarden Euro weniger ein, als es eigentlich bräuchte. Die Wahrheit wird wohl dazwischen liegen. Aber es führt kein Weg daran vorbei: Die Ausgaben sind größer als die Einnahmen, und der einfachste Weg, der alle Reformen zu vermeiden hilft, ist immer, einen Ausgleich herbeizuführen, indem wir mehr Schulden machen. – Das ist nicht der Weg, den Liberale gehen wollen.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren aber kräftig dabei in der Vergangenheit! – Reinhard Kahl (SPD): Beim Schuldenmachen waren Sie aber dabei!)

Die Konsolidierung der Finanzen ist unausweichlich. Es gibt keinen Weg daran vorbei. Ich will Ihnen gleich sagen, was nicht hilft, was nicht geht und was nicht stimmt.

Meine Damen und Herren, was nicht hilft, das ist, sich auf eine Aktion zu beschränken.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die „Operation sichere Zukunft“ war in vielen ihrer Punkte in die richtige Richtung angelegt. Aber es war eine einzige Aktion. Herr Kollege Milde, dass diese Aktion nicht reicht, sehen wir an dem Bericht der Landesregierung zur Personalkostensituation.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Hier heißt es:

Die Personalausgaben je Einwohner betragen 1.119 €. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich, bereinigt um die oben genannte Ausgliederung, eine Erhöhung um 19 € (1,7 v. H.)

Das heißt, auch mit dieser Aktion sind die Personalausgaben pro Kopf der Bevölkerung gestiegen.

(Beifall bei der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Der aufgeblähte Wasserkopf in den Ministerien!)

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dann haben wir ihn hier vorgelegt bekommen.

Was auch nicht hilft, ist, die Verfassungsgrenze zu relativieren.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP) und Norbert Schmitt (SPD))

Es wird neuerdings immer von Regelgrenze gesprochen. Eine Regel kann man zwischendrin einmal verletzen. Aber es ist die Regelgrenze der Verfassung, des höchsten Gesetzes, das wir in Hessen überhaupt haben. Wenn wir es permanent missachten, dann können wir nicht erwarten, dass sich andere an die Verfassung halten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Was auch nicht hilft, ist, auf Einmaleffekte zu setzen. Wir bekennen uns als Liberale dazu, Landesvermögen zu veräußern. Aber wir dürfen uns nicht vormachen, dass dadurch das strukturelle Defizit geringer würde. Wenn das Problem weiter besteht, dann müssen wir jedes Jahr ein neues Loch stopfen. Das kann es nicht sein.

Es hilft auch nicht, auf Wachstum zu warten, mit welcher wie auch immer gefärbten südamerikanischen oder deutschen Regierung auch immer. Der Haushalt muss so strukturiert sein, dass er auch bei einem geringen Wachstum ausgeglichen werden kann, was natürlich schwer ist.

(Beifall bei der FDP)

Letztlich hilft es nichts, neue Einnahmen zu erfinden oder die Steuern zu erhöhen. Das ist der Weg, den unsere rotgrünen Freunde immer so gern beschreiten: Wir brauchen mehr Geld. Dann lassen wir die Ausgaben wie sie sind, erfinden neue Steuern, die wir dann Gewässerschutzabgabe nennen, oder wir führen die Vermögensteuer wieder ein, oder wir erhöhen die Erbschaftsteuer.

(Jürgen Walter (SPD): „Bevor der Hahn dreimal gekräht hat, werden wir die Mehrwertsteuer erhöhen!“ Vorsicht, Herr Kollege! Ihr werdet bei der Mehrwertsteuer mitmachen! Eure Partei!)

– Herr Kollege, das habe ich nicht vertreten. Das würden wir auch nicht mitmachen. Nein, da werden wir nicht mitmachen. Herr Kollege, lassen Sie die Kirche im Dorf. Ich sage noch einmal für die FDP-Fraktion dieses Hauses: Die Mehrwertsteuererhöhung ist weder notwendig, noch ist sie zuträglich.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geordnete Umfallen beherrscht ihr noch am besten!)

Fassen wir diese Punkte zusammen: Was nicht hilft, ist eine Haushaltspolitik, die von der Hand in den Mund lebt. Genau das ist die Haushaltspolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Ich will gern konzедieren, dass es nicht geht, den Haushalt innerhalb eines Jahres in Ordnung zu bringen. Es geht nicht, das Ausgabeniveau oder die Standards unverändert zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man da herangehen will, muss man einen langen Atem haben. Ich sehe nach der „Operation sichere Zukunft“ überhaupt keine Anstrengungen mehr, den Haushalt auszugleichen. Wir nehmen die Fakten, wie sie sind. Sie sagen: Mehr sparen geht nicht. Den Rest nehmen wir als Schulden auf. – Meine Damen und Herren, das reicht nicht aus für die nächste Generation.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Ich will gleich einen Punkt abräumen, der immer gern von den Sozialdemokraten gebracht wird. Ihr ehemaliger Parteifreund Lafontaine sagt insbesondere neuerdings immer: Na gut, hohe Schulden bringen auch hohes Wirtschaftswachstum. – Meine Damen und Herren, das ist absoluter Blödsinn.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Diese Theorie ist längst durch die Praxis widerlegt. – Herr Kollege, das ist der Zusammenhang, den er herstellt.

Wenn wir uns die Länder des Euroraums ansehen, dann stellen wir fest, dass acht Länder des Euroraums im Zeitraum von 1995 bis 2004 ihre Verschuldung gesenkt haben. Das waren die acht Länder mit einem hohen Wirtschaftswachstum. Vier Länder haben es nicht getan, darunter Deutschland. Das sind die vier Länder mit dem geringsten Wirtschaftswachstum. Deutschland ist dabei das Schlusslicht.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dann ist es dieser. Fakt ist: Verschuldung minimalisiert den Handlungsspielraum der Politik. Wenn wir noch ein paar Jahre so weitermachen, dann bleibt überhaupt kein Spielraum mehr übrig, denn dann können Sie nur noch beschließen, die Zinsen zu zahlen, die gezahlt werden müssen. Im Übrigen bleibt dann nichts mehr zu tun.

Fakt ist auch, dass eine Verschuldung zur Verarmung der künftigen Generationen führt. Verschuldung ist unsozial, weil Verschuldung einen negativen Verteilungseffekt mit sich bringt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Fakt ist doch, dass eine Verschuldung das Vertrauen in den Staat vernichtet und künftiges Wachstum behindert.

Wenn das alles aber so ist und wenn wir uns in diesen Punkten weitestgehend einig sind, dann folgt daraus zweierlei. Erstens. Es ist Transparenz im Haushaltsgebaren gefordert. Zweitens. Man muss schnell und mit Blick auf eine mittlere Frist handeln. Meine Damen und Herren, beides vermissen wir bei dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben weder eine Transparenz bei den Zahlungen – das Gegenteil ist der Fall; der Haushalt wird nicht vorgelegt –, noch sehen wir hier ernsthafte Gestaltung. Daraus folgt, dass es nicht richtig sein kann, den Haushalt 2006 so spät vorzulegen, wie es geschieht. Die Begründung war: Wir müssen abwarten, was mit den Steuern passiert. – Herr Minister, ist jetzt mehr Sicherheit da als vor dem 18.09.? Ich muss sagen, dass ich davon nicht so ganz überzeugt bin. Wissen wir jetzt mehr als vorher? Wir hätten doch schon vorher sagen können, wie die Lage ist.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Sie hätten gegebenenfalls die Korrekturen noch einbauen können, wie es in jedem Jahr gewesen ist. Aber diese Ausrede hat sich inzwischen als solche entlarvt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Es war immer eine Ausrede!)

Entscheidend ist, dass Sie die Dinge nicht einfach so laufen lassen und dass wir den Staat mit seinen Aufgaben

durchleuchten, bevor wir die Ansätze überrollen. „Überrollen“ – ich sage es noch einmal – ist nämlich das Unwort des Jahres. Denn Überrollen zeugt von der Einfallslosigkeit der Finanzpolitik.

Seit Jahren fordern wir eine Aufgabenkritik. Wir sehen sie nicht. Seit Jahren fordern wir, dass der Staat seine Beteiligungspolitik auf den Tisch legt. Wir sehen sie nicht. Seit Jahren fordern wir, dass der Staat umsteuert, dass in Hessen etwas passiert. Wir haben vor über zwei Jahren einen Werkzeugkasten vorgelegt. Wir sind mit Vorschlägen in Vorleistung getreten. Wir haben seitdem zahlreiche weitere Vorschläge gemacht. Wir wurden teilweise belächelt, teilweise wurden die Vorschläge unkommentiert gelassen. Im Übrigen hat sich nicht sehr viel getan.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum dritten Punkt unseres Antrages. Es führt kein Weg daran vorbei, dass es uns gelingen muss, die Höhe der Ausgaben der Höhe der Einnahmen anzupassen. Das klingt verdammt banal, es ist aber unwahrscheinlich schwierig. Das Eingeständnis von Herrn Minister Weimar im Haushaltsausschuss war für mich enthüllend und leider auch erschütternd. Wenn der Minister sagt, dass die Ausgaben bis auf einige Ornamente oder Arabesken weitestgehend feststehen, dass das, was wir planen müssten, die Einnahmen seien, dann muss ich sagen: Das kann nicht sein. Ich kann doch nicht die Ausgaben festlegen und auf die Einnahmen warten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das ist genau die falsche Planung. Wenn der Haushalt nicht aufgestellt werden kann, weil die Einnahmen nicht feststehen, dann können auch die Ausgaben nicht festgelegt werden. Nein, die Ausgaben müssen den Einnahmen angepasst werden, damit wir endlich davon wegkommen, die Ausgaben zum allergrößten Teil als sakrosankt anzusehen und die Einnahmen einmal ordentlich zu finanzieren und einmal mit Schulden.

Ich komme zum letzten Teil unseres Antrags, zum Nachtragshaushalt. Dieser Nachtragshaushalt soll, wie wir inzwischen von Herrn Kollegen Milde gehört haben, am 20.12. des Jahres 2005 in dritter Lesung verabschiedet werden. Dieser Nachtragshaushalt hat ein Leben von genau elf Tagen. Wir beschließen am 20.12. Das ist ungefähr auch schon der Kassenschluss, wie ich annehme, vielleicht auch schon danach.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist vorher!)

– Er ist sogar schon vorher. Wir beschließen für elf Tage, was wir machen wollen. Dann brauchen wir diesen Haushalt überhaupt nicht mehr. Ein Nachtragshaushalt für elf Tage ist völlig unsinnig. Er ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben seit Monaten einen Nachtragshaushalt gefordert. Nach der Mai-Steuerschätzung war klar, dass wir ein riesenhaftes Loch haben würden.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Seitdem wissen wir, was auf uns zukommt. Wir haben dann von einigen haushaltspolitischen Maßnahmen erfahren, deren Auswirkungen wir nicht kennen. Die Auswirkungen werden nicht einmal mehr geschätzt. Irgend-

eine Auswirkung wird bleiben. Jetzt fahren wir so weiter. Zum Jahresende werden wir sehen, dass ein riesenhafter Betrag fehlt. Diesen Betrag schreiben wir dann als Schulden in den Haushalt hinein. Meine Damen und Herren, das ist keine verantwortliche Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist sehr bedauerlich, dass noch kein Nachtragshaushalt vorliegt. Wann immer er jetzt noch kommt, er kommt zu spät. Denn er wird nicht mehr die Möglichkeit beinhalten, dass noch irgendetwas geändert wird. Es ist doch – wenn ich mich recht entsinne – Inhalt des Budgetrechts des Parlaments, dass wir über das Budget, über den Haushalt, Einfluss auf die Handlungen des Staates nehmen können.

(Beifall bei der FDP)

Das Land steht vor einer Herkulesaufgabe. Die Herkulesaufgabe besteht darin, endlich an die Strukturen des Haushalts heranzugehen und nicht nur an den Ornamenten zu drehen. Diese Herkulesaufgabe lässt sich nur gemeinsam lösen.

Schon vor Jahren haben wir als Oppositionsfraktion den berühmten runden Tisch vorgeschlagen. Der Kollege Hahn wurde daraufhin mit einem Brief versehen, den ich gar nicht mehr kommentieren möchte. Jedenfalls wurde uns gesagt: Wir können das alles. Das ist unser Job. Wir machen es euch gern. – Meine Damen und Herren, dann machen Sie es doch bitte.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich mit aller Nüchternheit feststellen: Verspätete Haushalte sind nichts anderes als Informationsverweigerung gegenüber dem Parlament.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Geschönte Haushalte sind nichts anderes als Informationsverfälschung. Beides kann das Parlament nicht akzeptieren, wenn es sich selbst ernst nimmt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme zu dem Bild zurück, das Richelieu gewählt hat: „Der Haushalt ist der Nerv des Staates.“ Dieser Nerv des Staates wird nicht behandelt werden können, indem wir den Zahn ein bisschen verputzen und verkleben, sondern wir brauchen eine Wurzelbehandlung. Wir brauchen radikale Maßnahmen im wahren Wortsinn. Wir als liberale Fraktion sind dazu bereit, bei solchen Maßnahmen mitzuwirken. Wir reichen dazu die Hand.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich rufe der Landesregierung zu: Entscheiden Sie sich für radikale Maßnahmen. Entscheiden Sie sich dafür, auch Grundsätzliches infrage zu stellen, sonst werden wir Jahr für Jahr das gleiche Trauerspiel erleben, dass wir den Zahlen hinterherlaufen, die Differenz mit Schulden auffüllen und auf bessere Zeiten hoffen.

Meine Damen und Herren, das wollen wir nicht länger mitmachen. Denn eines darf ich auch noch sagen: Kneifen gilt nicht. Sie müssen sich Ihrer Verantwortung stellen und diesen Haushalt mit uns gemeinsam in Ordnung bringen. Dazu lade ich Sie ein. Das ist der Inhalt unseres Antrages. Ich hoffe, Sie können ihm zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr von Hunnius. – Als Nächster hat Herr Milde für die CDU-Fraktion das Wort.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Reinhard Kahl (SPD): Augen zu und durch!)

Der Wahlkampf ist vorbei. Auch die Opposition sollte wieder zur Sachpolitik zurückkehren.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Debatte über den hessischen Haushalt und die Frage, ob dieser vier Wochen früher oder später vorgelegt wird, werden Sie jedenfalls die Wähler in Dresden nicht so ganz besonders beeindrucken.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber gleich zu Beginn etwas sagen, damit hier nicht fälschlicherweise der Eindruck entsteht – ich habe gehört, dass die Debatte ins Hessenland übertragen wird –, wir lebten auf einer Insel derer, die pleite seien, während es allen anderen rundherum gut gehe. Meine Damen und Herren, zwischen 1970 und 2004 hat das Land Hessen rund 30 Milliarden € Schulden gemacht, und in der gleichen Zeit hat das Land Hessen etwa 30 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich bezahlt, also über diesen langen Zeitraum. Meine Damen und Herren, jetzt kommt es: Seit 1999, also in der Zeit, in der wir in Hessen unter der Führung von Roland Koch regieren, haben wir in Hessen 7 bis 8 Milliarden € neue Schulden gemacht und 15 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich bezahlt. Das ist nämlich die Wahrheit über die Stärke der Finanzkraft dieses Landes unter dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen doch die Verhältnisse nicht auf den Kopf stellen. Das heißt, wir haben doppelt so viel für andere eingezahlt, denen es schlechter geht als uns, als wir selbst Schulden aufgenommen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat etwas mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun!)

Meine Damen und Herren, der Vorwurf, der Haushalt werde später vorgelegt, um etwas zu verschleiern, war auch vor der Bundestagswahl Quatsch gewesen. Ob wir nach dem Ergebnis vom Sonntag allerdings einen großen Vorteil für die Planungssicherheit haben,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt es!)

daran kann man aus heutiger Sicht, zumindest aus der Sicht des heutigen Tages, zweifeln.

(Reinhard Kahl (SPD): Schieben!)

Das ist keine Frage, meine Damen und Herren. Aber es ist seit Sonntag – da sollten Sie zuhören – klar geworden, wie unterschiedlich die programmatischen Vorstellungen der einzelnen Parteien gerade im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind. Ich nenne einmal ein paar Vergleiche, die vielleicht noch einmal in Erinnerung gerufen werden sollten.

Das eine beliebte Thema bei Ihnen war die Mehrwertsteuererhöhung. Es hätte ja einen Riesenunterschied gemacht, ob daraus vielleicht noch einmal 200 Millionen € bis 300 Millionen € in einen Landeshaushalt wie den hessischen einfließen oder nicht. Eine andere Frage bei der SPD ist die Senkung des Körperschaftsteuersatzes – darauf komme ich übrigens noch – von 25 % auf 19 % oder die Anhebung des Anrechnungsfaktors bei der Gewerbesteuer von 1,8 auf 2 Punkte. Oder nehmen wir die Abschaffung der Verlustverrechnung, die die CDU wieder vorgeschlagen hat, oder die Einführung eines Dreiprozentschlags bei der Einkommensteuer, den die SPD vorgeschlagen hat. Sie können doch niemandem erklären, dass diese programmatischen inhaltlichen Aussagen in den Programmen nicht auch Einflüsse auf die Finanzkraft der einzelnen Länder nach der Bundestagswahl haben. Deswegen war es doch vollkommen richtig, abzuwarten, bis man eine vernünftige Planungssicherheit hat, zumindest eine bessere als vor der Wahl.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wissen Sie jetzt? Was ist jetzt besser? – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Rot-Grün ist weg!)

Es ist absurd, der Landesregierung zu unterstellen, man habe irgendwelche Haushaltszahlen verschleiern wollen. Dies gilt sowohl für den Nachtrag 2005 als auch für den Haushalt 2006.

Ich darf extra, weil Herr Schmitt vorhin so schön Haushaltszahlen zitiert hat – Herr von Hunnius übrigens auch –, sagen, dass er die alle vom Finanzminister bekommen hat. Wir geben ja monatlich Listen über alle Einnahmen heraus. Jeden Monat wird im Haushaltsausschuss die Ausgangssituation beleuchtet. Es gibt nichts, was verschleiert wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist aber neu! Die Ausgaben? Herr Kollege, wann haben Sie die Ausgangssituation beleuchtet?)

Ich möchte einmal auf die Pressemitteilung der GRÜNEN und das Schreiben eingehen, das Sie zitiert haben. Herr Kahl, hören Sie auch gut zu. Die GRÜNEN haben in ihrer Pressemitteilung geschrieben, Kaufmann kritisiere, man wolle über die finanzpolitische Verantwortungslosigkeit der Regierung hinwegtäuschen und die Wahrheit mindestens bis zum 18. September verschweigen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr richtig!)

Weiter heißt es:

Dies gelingt allerdings nur unvollkommen, denn Weimars Antwortschreiben lässt durchaus erkennen, in welcher Notlage sich die Landesfinanzen befinden.

Paradoxer kann man sich ja nicht äußern. Auf der einen Seite sagen Sie, man wolle etwas verschleiern, auf der anderen Seite sagen Sie: Sie geben ja selbst zu, in welcher Lage wir sind. – Das nennt man Transparenz und nicht Verschleierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Jeden Monat bekommt jeder haushaltspolitische Sprecher ausführliche Listen. Ich hoffe einmal, dass es in der Fraktion weitergegeben wird und Sie mit den Zahlen etwas anfangen können. Aber dass Sie über die Einnahmesituation nicht informiert sind, kann man nun wirklich nicht behaupten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie müssen es lesen können! – Norbert Schmitt (SPD): Ich habe daraus zitiert!)

Dazu gehört auch die Entwicklung der Nettoneuverschuldung. Auch das war regelmäßiges Thema im Haushaltsausschuss.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da ist Hessen auch Spitze, wie überall!)

Hier muss man sagen: Es ist wirklich dreist, uns dafür verantwortlich zu machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist es denn?)

Es gehört schon eine große Portion Ignoranz dazu, Neuverschuldung als hessisches Einzelschicksal zu bezeichnen.

Das Geschwätz von historischen Schulden in Hessen – das steht ja auch im Antrag drin –

(Norbert Schmitt (SPD): 17 Milliarden €! – Jürgen Walter (SPD): Das ist doch so!)

ist natürlich formal richtig.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solange es Nettoneuverschuldung gibt – Herr Kahl und Herr Kaufmann, hören Sie zu –, ist in jedem Haushalt in jedem Bundesland der nächste Haushalt einer mit historischen Zahlen. Das ist ja logisch. Aber was ich sage, ist doch: Das ist doch kein hessisches Phänomen. Im Gegenteil, die Pro-Kopf-Verschuldung in Hessen ist so, dass wir die viertniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Deutschland haben. Meine Damen und Herren, vor uns liegt in dieser Hinsicht kein einziges sozialdemokratisch regiertes Land. Die sind bei der Pro-Kopf-Verschuldung alle schlechter.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Hört, hört!)

Wenn von der SPD das Finanzierungsdefizit im ersten Halbjahr – die Zahlen haben Sie ja von uns – auf 1,4 Milliarden € beziffert wird

(Reinhard Kahl (SPD): 1,4 Milliarden €!)

– 1,4 Milliarden €, jawohl, damit wir hier keine falschen Zahlen nennen, das ist richtig, das haben Sie ja von uns –, kann ich auch erklären, woher das kommt.

(Reinhard Kahl (SPD): Nein, nein, das haben wir nicht von Ihnen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aus dem Ministerium, nicht „von uns“! Erste Gewalt, zweite Gewalt!)

– Aus dem Ministerium. Im Haushaltsausschuss. Ich rede jetzt von uns allen.

Meine Damen und Herren, im ersten Halbjahr – wir reden über 1,4 Milliarden € – haben wir im Vergleichszeitraum 2004 1 Milliarden € Körperschaftsteuer weniger eingenommen und 2005 500 Millionen € erstattet. Das heißt, wir haben hier ein Finanzierungsdefizit von 1,5 Milliarden € allein aus der Körperschaftsteuer. Da muss ich sagen: Es war im Jahr 2000 Rot-Grün gewesen, das für diese Reform der Körperschaftsteuer verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Es war diese unsoziale Körperschaftsteuerreform. Da muss ich sagen: Dafür trägt Hans Eichel die persönliche Schuld.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ich sage, dass diese jetzt abgewählte rot-grüne Bundesregierung dafür verantwortlich ist, dass es eine solche Unternehmenssteuerreform gegeben hat, halte ich es für dreist und eine Unverschämtheit, uns ein unsoziales Steuerkonzept vorzuwerfen; denn unsozial ist es, wenn 1,5 Milliarden € wegbrechen, die in der Sozialpolitik fehlen, die möglicherweise in der Bildungspolitik fehlen und die die nächste Generation belasten. Dafür trägt Hans Eichel persönlich die Schuld.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Wahlkampf ist vorbei! – Reinhard Kahl (SPD): Das haben Sie mitbeschlossen! Das geht nur mit dem Bundesrat!)

Wir sollten übrigens einmal damit anfangen, lieber Tarek Al-Wazir, damit aufzuhören, uns mit diesen Ritualen gegenseitig eine unsolide Haushaltspolitik vorzuwerfen. Wenn man einmal durch die Länder fährt und schaut, stellt man fest, dass es immer so ist, dass die jeweilige Opposition, gleich welcher Couleur, der jeweiligen Regierung dieser Tage vorwirft, sie mache eine unsolide Finanzpolitik. In jedem Land passiert das. In Wahrheit will die Opposition, auch in Hessen, vielleicht mit Ausnahme der FDP, gar nicht sparen. Das ist doch so. Es war doch für Sie ein Genuss, im Jahr 2003 an der Spitze der Demonstrationen vorneweg zu laufen und den Menschen zu erklären, wie unsozial wir seien, indem wir sparen.

(Norbert Schmitt (SPD): Beim Schloss Erbach oder bei SAP hätten wir gespart!)

Wer sich den Haushalt ganz genau anschaut – das macht der Kollege Kaufmann mit besonderer Sorgfalt in jedem Fall, das kann ich bestätigen –, der kann nach Jahren des strukturellen Sparens, was bei uns geschehen ist und möglicherweise auch schon vorher passiert ist, feststellen, dass wir hier an die Substanz gehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Was ist strukturelles Sparen? Was ist denn das für ein Ding?)

Meine Damen und Herren, die Ausgaben, die wir in den Neunzigerjahren aus dem Haushalt herausgestrichen haben, sind ein für allemal weg gewesen. Die Wahrheit ist doch, dass Sie uns 1999 nicht nur leere Kassen, leere Schränke und eine schlechte Infrastruktur hinterlassen haben, sondern dass Sie danach noch sieben Jahre lang grottenschlecht in Berlin regiert haben, sodass uns jetzt auch noch die Einnahmeseite weggebrochen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das ist im Moment die Wahrheit in Deutschland.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Sprüche tun selbst Herrn Weimar weh!)

Ob wir den Haushalt im Oktober oder im November beraten – das scheint ja im Moment hier die Debatte zu sein –,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Januar, Herr Kollege! Nachtrag im Januar und Haushalt an Ostern!)

dürfte den Menschen ziemlich egal sein. Was den Menschen aber nicht egal ist, meine Damen und Herren, ist die Frage, wie es in Deutschland wirtschaftlich weitergeht.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist richtig!)

Wenn das, was ich eben gesagt habe, dass wir alle in Deutschland global in einer Finanzkrise sind, aufhören soll, werden wir uns auf Dauer nicht darüber unterhalten können, wie wir noch weiter sparen können.

Übrigens sind Ihre Vorschläge, die Sie mit dem Schloss und was auch immer gemacht haben, vielleicht ein Tausendstel des Problems, das wir insgesamt haben. Sie haben doch eben die Zahlen genannt. Ihre Vorschläge sind doch Peanuts-Vorschläge, die Sie gar nicht ernst meinen. Wir haben ein strukturelles Defizit, das wir nur beheben können, wenn die Wirtschaft wieder anspringt. Das macht den Menschen Sorgen. Wenn wir das Wohlstandsniveau halten wollen und wenn wir das Bildungswesen oder auch die innere Sicherheit, die sozialen Aufgaben halten wollen, muss in Deutschland etwas passieren. Dann brauchen wir Wachstum und Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Alle Wirtschaftsinstitute sind sich einig, dass es in Deutschland im Moment, gerade nach der Bundestagswahl, keine Aussicht darauf gibt, dass im nächsten Jahr die Wirtschaft wieder anzieht. Ich zitiere einmal Heinrich Heine: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“ Das hat der Mann schon 1843 gesagt. Damit wollen sich die Menschen nicht mehr abfinden. Wir haben 6,5 Millionen Arbeitslose. 1,5 Millionen davon sind ja in Maßnahmen. Außerdem haben wir rund 100 Milliarden € Defizit, die Bund, Länder und Kommunen insgesamt in den Haushalten haben. Es ist ja rührend, wenn Sie sich dann über die 1,5 Milliarden € Sorgen machen, die in Hessen fehlen. Darüber machen wir uns auch Sorgen. Aber ich will Ihnen ganz klar sagen: Wenn Sie wirklich etwas tun wollen,

(Reinhard Kahl (SPD): Im ersten Halbjahr mehr, als Sie im ganzen Jahr Schulden aufnehmen!)

dann sorgen Sie dafür, dass der Promillekanzler Schröder Konsequenzen zieht und im wahrsten Sinne des Wortes von der Bühne tritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Es wäre jetzt ganz spannend, nachzufragen, worauf sich „Promille“ bezieht, auf das Wahlergebnis oder auf anderes, Herr Kollege Milde. Das fand ich wenig parlamentarisch.

Als Nächster hat Herr Kaufmann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich einmal mein Herz sprechen lasse, Herr Finanzminister: Sie tun mir wirklich richtig Leid.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Erstens haben Sie eine Verteidigungsrede von milder Qualität hören müssen,

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

und zweitens – das ist der wichtigere Punkt – hatten Sie doch einen so schönen Plan: Die Finanzdaten werden versteckt, die Vorlage eines Haushaltsentwurf wird verweigert, keiner merkt, wie katastrophal die Haushaltslage ist, und Schwarz gewinnt die Wahl.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

So ist es aber nicht gekommen, Herr Kollege Irmer. Die Löcher im Haushalt ließen sich nicht verstecken, die Einnahmeausfälle sind bekannt, von Einsparungen ist allerdings nichts zu hören, und Schwarz verliert die Wahl in Hessen – noch deutlicher als bundesweit. Nur noch rund ein Drittel der Wähler macht bei der selbst ernannten „Hessen-Partei“ ein Kreuzchen, zwei Drittel der Wähler sind weg. Aus „Hessen-Partei“ wird „He-Partei“, wir haben es gestern schon gehört. Schlimmer kann es kaum noch kommen, Herr Weimar.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Was ist die Botschaft des letzten Sonntags, des 18. September?

(Frank Gotthardt (CDU): Dass die GRÜNEN nur noch die fünftstärkste Kraft in Deutschland sind!)

– Herr Kollege Gotthardt, da, wo Sie gerne hingewählt worden wären, sind Sie durchgefallen. Deshalb würde ich die Lippe ein klein wenig schmaler machen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Alle diskutieren nach diesem Wahltag Reiseziele – Herr Gotthardt zwar nicht mehr das Reiseziel Berlin, aber viele diskutieren Reiseziele in der Karibik. Da gibt es Jamaika, Kuba, die Bermudas, Grenada, die Cayman-Inlands und weitere Inseln. Sie kennen ja die Modelle: Über „Jamaika“ redet jeder, „Kuba“ bedeutet Rot-Rot, „die Bahamas“ sind die Schwarzen mit Minirock an der Alleinregierung, „Grenada“ bedeutet: Schröder putscht, und das Modell „Cayman-Inseln“ bezeichnet die FDP, die auf alle Steuern verzichtet und davon das Staatsdefizit bezahlt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Außerdem haben wir noch Lummerland. Das liegt zwar nicht in der Karibik, aber es gibt dort zwei Berge als Doppelspitze, nur Grünes und keine Autos, sondern nur eine Eisenbahnlinie.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie immer das in der Karibik ausgeht, eines ist sicher: Weimars Argumente für die Haushaltsverschiebung und seine damit verbundenen Hoffnungen sind im Bermuda-dreieck versunken.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Mit ihnen ist auch – man hat es ihm förmlich angesehen – sein Adlatus Gottfried junior im Bermudadreieck untergegangen. Weniger milde als sonst und als heute hier am Pult hat er sich schriftlich geäußert, denn er nannte das Verhalten des Finanzministers, keinen Haushalt vorzulegen und alle Absprachen zu brechen, völlig korrekt. Die

Kritik der GRÜNEN sei völlig unberechtigt, denn der Finanzminister gehe absolut richtig vor. Eine seriöse Haushaltsaufstellung sei in diesem Herbst nur möglich, wenn der Zeitplan des Finanzministers eingehalten werde. Der neue Zeitplan lautet – damit es jeder weiß –: Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfs im Kabinett am 14. Oktober. Alles andere, was man dagegen kritisch einwende, schrieb Herr Milde, sei „billiges grünes Wahlkampfgeschrei“.

Daran ist ein bisschen was falsch. Wenn Milde sagt, es sei absurd, einen fertigen Haushalt vorzulegen, der nach der Bundestagswahl neu geschrieben werden müsse, dann sollte man vielleicht einmal an Folgendes erinnern: Der gesamte Haushalt umfasst ungefähr 3.650 Seiten. Ich habe es extra nachgeschaut. Die Darstellung der Einnahmen in diesem Haushalt umfasst ganze drei Seiten. Das ist noch nicht einmal 1 Promille. Wenn aber 99,99 % eines Haushalts bekannt sind, dann liegt man so genau, wie man bei kaum einer Haushaltsschätzung von Herrn Weimar je gelegen hat. Man merkt, das Argument ist völlig daneben und passt überhaupt nicht.

Herr Milde sagt außerdem, von einem verantwortlichen Haushaltspolitiker, den Herr Kaufmann gern darstellen möchte – das wollen wir jetzt nicht vertiefen –, könne man erwarten, dass er die Tageszeitungen lese und sich umfassend über die Steuerkonzepte informiere. Dazu sage ich, Herr Milde: Helfen Sie mir in meiner Unfähigkeit. Welches der karibischen Steuermodelle soll es denn sein? Was kommt in den Haushaltsentwurf, der am 14. Oktober im Kabinett beschlossen werden soll, hinein? Vielleicht wird uns der Finanzminister noch aufklären. Eines ist nämlich klar: Im Augenblick kann man noch gar nichts deutlich sehen. Daher bringe ich ein Zitat aus dem Schreiben von Herrn Weimar:

In den Beschluss der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2006 werden alle Steuerrechtsänderungen, die mit hinreichender Sicherheit mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl absehbar sind, einfließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wird überhaupt nichts einfließen, weil es keinerlei Steuerrechtsänderungen gibt, die „mit hinreichender Sicherheit mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl absehbar sind“ – heute nicht und auch bis zum 14. Oktober nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dazu haben wir genügend Äußerungen diverser Politiker, nicht nur in Berlin, sondern auch überall sonst gehört. Von daher gesehen ist es doch überdeutlich, dass das, was uns Herr Weimar zugemutet hat, nichts als der Versuch war, seine schlechte Haushaltspolitik zu verstecken.

(Zuruf von der CDU: Nicht wahr!)

– Das sei nicht wahr, wird dazwischengerufen. Was ist es denn dann? Was soll auf den drei Seiten denn stehen? Seien wir doch einmal konkret. Außer der CDU, hessenweit 33 % und bundesweit 34 % schwer, will keine der anderen Parteien Steuererhöhungen, wie im Wahlkampf erklärt. Wie man mit 34 % eine Mehrwertsteuererhöhung im Bundestag durchsetzen will, weiß ich nicht. Oder unterstellen Sie, dass sich Ihre zukünftigen Partner, mit denen Sie irgendeine Mehrheit bilden wollen, an ihre Aussagen im Wahlkampf nicht halten werden? Es gibt in der Tat nur eine Möglichkeit: dass die CDU nach diesem

Wahlschock endlich ihre Blockadehaltung im Bundestag aufgibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt nämlich eine ganze Reihe von Vorschlägen, die Steuersubventionen zurückzunehmen, die dann endlich eine Mehrheit – auch im Bundesrat – finden könnten. Im Deutschen Bundestag gäbe es nach wie vor eine Mehrheit für diese Vorschläge, wenn Sie sich jetzt dazu bekennen würden, das ebenfalls zu wollen.

(Zurufe von der CDU)

Dazu ist aber bislang überhaupt nichts erklärt worden. Im Übrigen, was den Haushalt des Landes Hessen für das Jahr 2006 angeht: Alle Vorschläge, die die Bundesregierung bzw. Rot-Grün eingebracht und zum überwiegenden Teil auch beschlossen haben – im Bundesrat wurden sie gestoppt –, sind sinnvoll. Sie wirken aber im ersten Jahr nicht in einer relevanten Größenordnung. Das wissen wir. Es handelt sich vielmehr um ein mittelfristiges Konzept, das nach und nach eine finanzielle Entlastung bzw. Besserstellung ermöglicht. Von daher gesehen kann es für den Landeshaushalt nicht relevant sein, wenn man sich die Gemeinschaftssteuern anschaut und sich überlegt, wie das wirken soll.

Es ist angesprochen worden, dass es in Hessen deutlich schlechter läuft als in der Mehrzahl der übrigen Länder. Das muss man immer wieder hervorheben. Dabei nützt es nichts, auf die Probleme bei der Körperschaftsteuer hinzuweisen, wie es der Kollege Milde wieder getan hat. Erstens ist die Körperschaftsteuer im Jahre 2000 bundesweit besprochen und in entsprechender Form beschlossen worden. Daran haben auch wir Kritik zu üben. Darüber brauchen wir nicht zu streiten. Ich kann mich aber noch gut daran erinnern, dass Herr Weimar in unserem Parlament sehr stolz erklärt hat, was er zur Reparatur der falschen Entscheidung beigetragen habe und dass jetzt alles besser werde. Das ist zwar schon eine Weile her, aber dass immer noch darauf rekurriert wird, dass alle Schwierigkeiten daran lägen, das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Im Übrigen: Wenn man weiß, dass die Wirtschaftsstruktur in Hessen so ist, wie sie ist, dann weiß man auch, dass das für Hessen eine entsprechende Bedeutung hat. Da muss man schlicht und einfach Vorkehrungen treffen. Ich stimme dem Kollegen von Hunnius in vielem zu, was er gesagt hat, in einigen Punkten jedoch überhaupt nicht – darauf werde ich noch zu sprechen kommen –; aber unter Punkt 3 des Antrag steht etwas sehr Richtiges: dass wir gemeinsam der Auffassung sein sollten, dass die geplanten Ausgaben des Landes an die zu erwartenden Einnahmen anzupassen sind und nicht die Einnahmen an die Ausgaben. Das ist ein Satz, der in der Tat in diesem Hause nicht zum ersten Mal gesprochen wurde – sondern immer wieder in Richtung des Herrn Finanzministers, aber das hatte bisher leider keine Auswirkungen.

Das sieht man auch, wenn man zum Thema Nachtragshaushalt übergeht. Ich zitiere aus einem Originaltext von Herr Weimar:

Über einen möglichen Nachtragshaushalt kann erst entschieden werden, wenn die Jahresprojektion der Steuereinnahmen mit hinreichender Sicherheit möglich ist. Wie bereits vorher ausgeführt, kann dies vernünftigerweise erst unter Einrechnung der

Ergebnisse des Steuermonats September, der Zerlegung und der LFA-Berechnung für das dritte Quartal erfolgen.

Das heißt, die Landesregierung wird noch in zeitliche Probleme kommen, denn es ist uns avisiert, dass nicht nur der Haushalt, sondern auch der Nachtragshaushalt am 3. November vorgelegt wird. Wenn aber bis zum 3. November die Ergebnisse des dritten Quartals einschließlich der Zerlegung und der LFA-Berechnung eingerechnet sein sollen, die Landesregierung darüber noch beraten und eine Entscheidung treffen will und die Druckstücke rechtzeitig vor der Einbringung bei uns sein sollen, dann werden Sie sich ganz schön eilen müssen. Oder es ist wieder einmal ein Zeichen für das, was wir fürchten müssen und was hier auch schon thematisiert worden ist: dass Sie den Nachtrag in der Tat als nichts anderes als die Einlösung eines Wechsels verstehen. Auf der einen Seite stehen die Ausgaben, auf der anderen Seite fehlt es an Einnahmen, also wird das Geld gepumpt. Das ist Ihre Haushaltspolitik, und die kann man nicht deutlich genug kritisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Beratung werden wir dann wieder kurz vor der Verabschiedung die berühmte Ergänzungsvorlage vorgelegt bekommen, und darin wird der Betrag noch einmal korrigiert nach dem Motto: Erst lande ich, Kassenschluss ist schon gewesen, dann markiere ich den Punkt, und im Januar mache ich eine Pressekonferenz und erkläre der erstaunten Öffentlichkeit, ich hätte zum dritten Mal hintereinander eine exakte Punktlandung geschafft, was Rot-Grün nie hinbekommen habe. – Meine Damen und Herren, das ist die erbärmliche Finanzpolitik von Herrn Weimar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle muss wieder einmal das berühmte Zitat kommen:

Solide und transparent, wahr und klar, wie Haushaltswirtschaft zu sein hat, ist das nicht, sondern sprunghaft, windig, wirr, unüberlegt und nicht ganz seriös.

Sie wissen, das Zitat stammt nicht von mir, sondern aus einer Zeitung, die eher Ihnen als mir nahe steht. Das Zitat ist so treffend, dass man es permanent wiederholen kann, aber Sie lernen nichts daraus.

(Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Das ist ein Teil unseres Ärgers. Die Leichtigkeit des Seins trübt offensichtlich das Bewusstsein. Zurzeit wird viel über die Karibik gesprochen. Da mag das hinpassen.

Das Land Hessen ist ziemlich pleite. Sonst hätte der Herr Finanzminister nicht im Frühsommer dieses Jahres eine Haushaltssperre verkündet. Obwohl er ziemlich pleite ist, kauft er für 8,5 Millionen € ein Grundstück in Berlin: einen geschotterten Parkplatz. Das ist ein Grundstück, das wir – unbestritten – zurzeit nicht brauchen. Dann sagt er: Ihr wart doch alle dafür.

Im Jahr 2001, als das Thema hochkam und das Land noch Geld hatte, wurde die Frage, ob man ein solches Vorratsgrundstück kaufen sollte, durchaus positiv beantwortet. In der Tat kann man ein Grundstück in der Lage kaufen, wenn man es sich leisten kann. Es ist aber keine Haushaltspolitik, wenn man, obwohl man wenige Wochen vorher eine Haushaltssperre verkünden musste, weil man

pleite ist, sagt: Ich kaufe das Grundstück trotzdem, denn es ist ja völlig Wurscht; am Ende werden wir die Schulden machen können, weil wir im Dezember einen Nachtragshaushalt verabschieden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist keine Haushaltspolitik. Das geht nach dem Lied: „Ich habe noch einen Koffer in Berlin und fahre nächstens wieder hin“. Für Herrn Weimar gilt: Ich habe jetzt einen Parkplatz in Berlin und fahre nächstens wieder hin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was macht er da? Dort will er sein neues steuerpolitisches Konzept – eine neue Kapitalertragsteuer für Deutschland – präsentieren. Vielleicht hat er sie schon präsentiert. Ich verfolge nicht jeden seiner Schritte.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Milde?

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein, Herr Präsident, ich habe leider keine Zeit dafür.

(Minister Karlheinz Weimar: Es geht um das Berliner Grundstück!)

– Herr Finanzminister, Sie werden doch noch sprechen. Sie können in beliebig langer Zeit alles sagen, was Sie sagen wollen. Daher werde ich mich jetzt nicht unterbrechen lassen.

Ich bin jetzt bei Ihrer wunderbaren Abgeltungsteuer in der Höhe von 17 %. Trotz der Finanzlage, in der sich das Land befindet, in der alle öffentlichen Hände dieses Landes sind, macht Herr Weimar einen Vorschlag, der 7 bis 8 Milliarden € Einnahmeverlust mit sich bringt. Davon entfallen 3,7 Milliarden € auf die Kommunen. Die haben es ja; denen kann man ruhig etwas wegnehmen. Er schreibt in seinem Konzept:

Es muss zuerst der private und betriebliche Kapitalertrag als mobilster Wirtschaftsfaktor entlastet werden. Erst in einem zweiten Schritt, wenn sich die Staatseinnahmen stabilisiert haben, sollten die Arbeitslöhne und die übrigen Einkünfte weitere Entlastungen erfahren. Dieses Zweistufenverfahren bedeutet aber, dass für eine längere Übergangszeit Kapitalertrag niedriger besteuert wird als der Arbeitslohn. Die bisherige synthetische Einkommensteuer, für alle Einkünfte prinzipiell gleich, muss vorübergehend aufgegeben werden.

Herr Weimar, ich verstehe gar nicht, warum Sie sich mit Herrn Kirchhof gestritten haben. Das ist doch genau die Linie, die fortgeführt werden wird: grundsätzlich keine sozialen Rücksichten zu nehmen, sondern erst einmal denjenigen, die viel haben, Steuererleichterungen zu bescheeren.

Meine Damen und Herren, es gibt so viel zu sagen. Dazu würde ich viel mehr Zeit brauchen, als mir hier zur Verfügung steht. Die Redezeit geht zu Ende. Deswegen möchte ich zum Schluss sagen – Herr von Hunnius, ich kann es mir nicht verkneifen, auf die FDP zurückzukommen –:

Erstens. Dass Sie ausgerechnet Richelieu, den größten ESTATISTEN in der Geschichte, zitieren, ist bei einem selbst ernannten Liberalen schon ein Punkt, auf den man verweisen könnte.

Zweitens. Herr von Hunnius, Sie erzählen im Wahlkampf und auch hier immer, die Steuern müssten gesenkt werden. Sie haben, als Sie in Bonn mit in der Regierungsverantwortung standen, die Mehrwertsteuer insgesamt achtmal erhöht. Den normalen Satz haben Sie gemeinsam mit der SPD zweimal und mit der CDU dreimal erhöht, den erniedrigten Satz gemeinsam der SPD zweimal und mit der CDU einmal. Das sage ich Ihnen, damit wir bei der Wahrheit bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie mir eine einzige Steuersenkung nennen könnten, die die FDP gemeinsam mit anderen Parteien in der Verantwortung auf Bundesebene beschlossen hat, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Deshalb ist es lächerlich, gerade die GRÜNEN immer wieder als diejenigen zu bezeichnen, die für Steuererhöhungen sind.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Sie müssen zum Schluss kommen, Herr Kollege Kaufmann.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mehr für Wahrheit zu sorgen und sich mehr an den Realitäten zu orientieren wäre besser, als immer solche Sprüche zu klopfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Kaufmann. – Herr Milde hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Herr Milde, Sie haben das Wort. Ihnen stehen zwei Minuten Redezeit zur Verfügung.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, weil ich das nicht durchgehen lassen will, was Herr Kollege Kaufmann zu dem Berliner Grundstück gesagt hat. Es ist eine Saurei, und es ist schäbig, Herr Kaufmann.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na, na, na!)

Im Jahre 2001, als ich noch gar nicht finanzpolitischer Sprecher war, gab es die ersten Besprechungen über den Kauf dieses Grundstücks. Mir liegt das schriftlich vor – Ihnen auch. Damals wurden alle Fraktionen angeschrieben, ob sie mit dem Kauf einverstanden seien. Es waren Preise vorgegeben. In dieser Preistrage sollte verhandelt werden.

Im Jahre 2003 wurde angefragt, wie es um die Preisverhandlungen steht. Im Herbst 2004 gab es sowohl eine schriftliche Mitteilung über den Kaufpreis und über den Sachstand – sie liegt allen Fraktionen vor – als auch eine mündliche Unterrichtung durch den Finanzminister, der

alle Obleute zusammengerufen und gesagt hat: Ich kaufe das nur, wenn alle Fraktionen das wollen. – Das war im Jahr 2004. Wir reden nicht von irgendwann. Herr Kaufmann war genauso wie ich anwesend. Wir haben uns zusammengesetzt und die Frage erörtert. Die Vertreter aller Fraktionen haben gesagt: Jawohl, mach das.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Jetzt kauft er das Grundstück, jetzt wird es beurkundet, und jetzt stellen Sie sich hierher und sagen: In so einer Situation kauft man kein Grundstück. – Das ist schäbig, Herr Kaufmann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kaufmann, Sie haben jetzt die Gelegenheit zur Antwort.

(Ministerpräsident Roland Koch: Erwischt!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn der Herr Ministerpräsident „Erwischt!“ dazwischenruft, sage ich: Herr Milde, Sie hätten lieber nicht ans Pult kommen sollen.

Erstens. Wir haben in der Besprechung nämlich in der Tat gesagt, dass die Regierung – auch im Hinblick auf die Finanzlage – die Verantwortung für diese Entscheidung übernehmen muss. Wir haben zu dem Zeitpunkt gesagt: Wir widersprechen nicht, wenn Sie meinen, dass das richtig ist.

(Lachen bei der CDU)

Zweitens. Der entscheidende Punkt ist – das habe ich auch in meiner Rede gesagt –, dass der Herr Finanzminister eine Haushaltssperre verkünden muss, weil kein Geld mehr vorhanden ist. Vier Wochen später unterschreibt er einen Kaufvertrag über 8,5 Millionen € für ein Grundstück, das er nicht braucht. Das ist in der Tat ein Unterschied. Jetzt kommen Sie mir nicht mit Formalkram, indem Sie sagen, dass Investitionen von der Haushaltssperre ausgenommen waren. Darum geht es doch nicht. Es geht darum, dass jemand für etwas, was er nicht braucht, Geld ausgibt, obwohl er eigentlich kein Geld mehr hat. Wie wenig Geld wir noch haben, sehen Sie an dem Anstieg der Schulden in den letzten Jahren.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Für die Landesregierung hat Staatsminister Weimar das Wort.

(Clemens Reif (CDU): Lügenbold!)

– Herr Kollege Reif, für den Ausdruck „Lügenbold“ rüge ich Sie ausdrücklich. – Entschuldigen Sie, Herr Weimar. Sie haben jetzt das Wort.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich über die erkennbare Freude des Kollegen Schmitt – ein bisschen auch des Kollegen Kaufmann – über die feh-

lende Planungssicherheit nach der Bundestagswahl gewundert.

(Jürgen Walter (SPD): Wir haben uns gefreut, dass ihr keine Mehrheit habt!)

Das funktioniert wohl nach dem Gesichtspunkt: Jetzt seid ihr genauso schlau wie vorher, und deswegen ist das, was ihr konzeptionell angedacht habt, widerlegt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt allerdings!)

Ich sage Ihnen: Der Zeitplan für den Haushalt 2006, mit der Verabschiedung durch das Kabinett im Oktober und der Einbringung Anfang November, und der Entschluss, innerhalb derselben Fristen einen Nachtragshaushalt vorzulegen, falls es notwendig ist, waren völlig richtig. Es hat sich nämlich nach dem Wahltag einiges geändert.

Dabei geht es nicht nur um die Planungssicherheit, sondern wir haben auch ein Wahlergebnis, das uns nicht darauf hoffen lässt, anders als auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner regieren zu können. Wir sollten ganz ernsthaft darüber reden – die Sitzung wird auch übertragen –, und wir sollten versuchen, uns dem Problem mehr zu widmen. All das, was bisher gekommen ist, entspricht in weiten Teilen der Diskussion, die wir schon vor zwei oder drei Monaten hatten.

Ich finde, das ist diesem Parlament nicht angemessen. Eigentlich müssten nämlich alle davon umgetrieben werden, dass nach dem Wahlergebnis vom letzten Sonntag davon auszugehen ist, dass in absehbarer Zeit allerhöchstens auf kleinstem gemeinsamem Nenner regiert werden kann und dass keine Seite für ihr Konzept, das Land zu führen, eine Mehrheit hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt!)

Alle Beteiligten werden immer wieder auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zusammenkommen, ob das nun CDU/SPD, die Jamaika-Koalition oder Rot-Rot-Grün ist. Das hat mit dem, was die Bundesrepublik Deutschland eigentlich braucht, überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Meine Hoffnung war – die CDU-Fraktion hat sie an dieser Stelle akzeptiert –, dass durch eindeutige Wahlergebnisse eine Klarheit hereinkommt – wir haben natürlich auf CDU/FDP gehofft – und dass es in den nächsten vier Jahren möglich sein wird, dieses Land zu führen.

Was war denn vor dem 18. September? Rot-Grün hat gesagt: Wir haben keine stabile Mehrheit, wir brauchen Neuwahlen. – Dann sitzt ein abgewählter Kanzler trotzig auf seinem Stuhl und sagt: Nach mir die Sintflut, ist mir egal, Hauptsache, ich kann mich lange genug halten. – Nach den Wahlen ist der denkbar schlechteste Fall eingetreten. Nur muss man sagen, dass nicht die Wähler dafür zu beschimpfen sind,

(Reinhard Kahl (SPD): Aber im Moment sind Sie dabei!)

sondern dass die Politik etwas daraus zu machen hat. Aber wir alle erwarten hier, wie in 15 anderen Bundesländern auch, dass auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner regiert werden wird.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Dieser kleinste gemeinsame Nenner ist für die Bundesländer eine mittlere Katastrophe. Rot-Grün ist in Nordrhein-Westfalen gerade abgewählt worden. Die neue Lan-

desregierung hat einen Nachtragshaushalt erstellt. Die Nettoneuverschuldung ist von 5,2 Milliarden € auf 7,3 Milliarden € erhöht worden. Nordrhein-Westfalen hat übrigens einen knapp doppelt so großen Haushalt wie wir. 2,1 Milliarden € on top – und der Nachtragshaushalt ist jetzt eingebracht worden. Es gibt also eine Nettoneuverschuldung von 7,3 Milliarden € in dem großen und potenziell erfolgreichen Nordrhein-Westfalen. Die Verschuldung der einzelnen Länder steigt rapide.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie weichen woandershin aus!)

Sie steigt in allen Bundesländern in breiter Front. Es hat keinen Zweck, dass sich die Mitglieder der jeweiligen Opposition hierhin stellen und behaupten – der Kollege Milde hat das gesagt –: Bei uns ist alles viel schlimmer. – Ich wehre mich dagegen, dass sich die Opposition, also Rot-Grün, hierhin stellt und sagt: Hessen ist ein Jammerthal. – Das ist überhaupt nicht wahr. Im Elend sind wir in Deutschland ziemlich gut. Aber insgesamt ist das Elend da.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegen wir in Deutschland an vierter Stelle. Alle haben großen Respekt vor dem, was in Hessen gemacht wird – obwohl wir solch große Leistungen im Länderfinanzausgleich zu erbringen haben usw.

(Reinhard Kahl (SPD): Das erinnert mich an eine Stoiber-Aussage!)

Es ist die Entscheidung der jeweiligen Opposition, was sie daraus macht – das will ich gerne zugeben. Aber Sie werden verstehen, dass ich nicht nur pflichtgemäß, sondern auch tatsächlich im Sinne der fleißigen Hessen und derer, die sich hier anstrengen, sage, dass dieses Land im Vergleich zu den anderen Bundesländern hervorragend aufgestellt ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber in Deutschland geht es rapide abwärts.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir werden schlecht regiert!)

Nach dem 18. September passiert doch Dramatisches, und darüber kann sich keiner freuen. Ich nenne Ihnen einmal einige Punkte.

Der Präsident des deutschen Verbandes der Automobilindustrie sagt, wenn die Politik die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nicht deutlich verbessere, werde die Automobilindustrie gezwungen sein, ihre Restrukturierungs- und Kostensenkungsbemühungen noch einmal zu verschärfen.

(Norbert Schmitt (SPD): Der Ackermann hat sich auch geäußert! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Verstehen Sie: Ich rede doch jetzt nicht darüber, ob ich das billige oder nicht,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

sondern es geht darum, dass in diesem Land real etwas geschieht, was dieses Land schädigt. Das verstehen Sie offenbar nicht, weil Sie in der Vorstellung Ihrer Partei gefangen sind, wie die Welt sein soll. Die Welt ist aber nicht so, wie Sie sie sich denken, sondern so, wie sie objektiv ist. Deswegen nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass die

Entwicklung in Deutschland ganz, ganz negativ nach unten geht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Einige kleine Zitate.

(Norbert Schmitt (SPD): Die sind interessenbestimmt, das ist der Punkt!)

Ich verstehe es nicht, das muss doch SPD und GRÜNEN, FDP und CDU, allen weh tun. Ganz kleine Signale: Ein Vertreter von Bergungs- und Abschleppfahrzeugen sagte auf der IAA: „Unsere Kunden sind vor allem kleine Werkstätten und Autohäuser; aber bei der unsicheren politischen Situation investiert doch keiner von denen 120.000 €.“

Die Schweizer Firma Daltac sagt, am Morgen habe die Exportleiterin einen Anruf aus der Schweiz bekommen – Montagmorgen –, dass die Firma vorerst nicht weiter in die deutsche Tochter investiere.

Ein Vertreter aus Sachsen-Anhalt sagt für seine Firma: „Man schämt sich fast, Deutscher zu sein. Das Ausland lacht doch über uns. Investieren wird keiner mehr.“ Er selbst überlege nun, seinen Internetvertrieb in die Slowakei zu verlegen: „Vom Steuersystem her lohnt es sich schon, darüber nachzudenken.“

Meine Damen und Herren, ich habe mit einer Zahl von Leuten gesprochen, die gesagt haben: Uns liegen Verträge vor, die mit der Kondition versehen waren, dass die Bundestagswahl zu einem ordentlichen Ergebnis führt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! Was ist denn ein ordentliches Ergebnis?)

– Ein ordentliches Ergebnis aus deren Sicht ist, dass eine handlungsfähige Bundesregierung besteht, die dieses Land wirtschafts- und finanzpolitisch wieder voranbringt. Das muss ich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Al-Wazir, Sie müssen nicht mit mir darüber diskutieren, ob ich das gut oder schlecht finde, sondern Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass der Markt in dieser Weise reagiert. Eigentlich müsste Sie das auch beunruhigen und nicht zu solch hämischen Zwischenrufen führen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bleibe dabei: Es kommt doch nicht darauf an, wie wir uns die Welt denken, sondern es ist die Reaktion, die wir jetzt jeden Tag erleben und die alles schlimmer macht.

Übrigens, Standard & Poor's, Ratingagentur, unter der Überschrift „Standard & Poor's droht Deutschland“:

Es werden dringend weitere Reformen in Deutschland zur Sicherung der hohen Kreditwürdigkeit angemahnt. Um Deutschlands Kreditwürdigkeit zu sichern, muss jede neue Regierung schnell die dringenden Stabilisierung- und Reformaufgaben in der Bundesrepublik angehen.

Meine Damen und Herren, in diesem Tenor geht das weiter. Das heißt, die Ratingagenturen sind gerade dabei, festzustellen –

(Norbert Schmitt (SPD): Die haben Hessen doch schon abgesenkt!)

– Ja, natürlich, in der Folge auch uns. Es ist doch offenkundig, was dort geschieht. Wenn dies auf Bundesseite so beurteilt wird, dann geht das natürlich auch auf die Länder herunter.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

An dieser Stelle erleben wir doch das große Drama der Bundesrepublik Deutschland. Es ist doch geradezu absurd, wenn die hiesige Opposition nur so kurzfristig und so medial unter dem Gesichtspunkt denkt, Hessen sei in der Bundesrepublik Deutschland ein Sonderfall.

(Reinhard Kahl (SPD): Hessen ist schon abgestuft!)

Vergessen Sie das.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch!)

Vergessen Sie das, das ist schlichtweg ganz dummes Zeug.

(Beifall bei der CDU)

Kommen Sie doch wieder von dem Ast herunter, zu sagen, in Hessen passiere etwas ganz Besonderes. In Deutschland passiert es, dass es dauernd weiter nach unten geht. Deswegen bekommen wir doch diese Problemme. Nehmen Sie doch den ifo-Vorsitzenden Sinn. Schauen Sie sich doch an, was im Moment in Deutschland passiert,

(Norbert Schmitt (SPD): Ach ja, der Sinn!)

die Nettoinvestitionsquote in Deutschland, die Flucht aus Deutschland heraus, die derzeit stattfindet:

(Norbert Schmitt (SPD): Ausgerechnet der Sinn!)

45% der Auslandsinvestitionen in die neuen Länder, die in die EU aufgenommen wurden; 37 % nach China. – Sie winken ab. Aber das ist die tägliche Realität.

(Zurufe von der SPD)

Glauben Sie denn, nachdem der Wahlkampf jetzt vorbei ist und es hieß: „Täglich 1.000 Arbeitsplätze weniger in Deutschland“, es wäre durch die machtbesoffenen Äußerungen des Bundeskanzlers am 19. September irgendetwas anders geworden?

(Beifall bei der CDU)

Meinen Sie, dadurch hätte sich irgendetwas geändert? Nein, der Vorgang wird sich weiter beschleunigen – wenn das so ist, wie es jetzt aussieht. Darüber kann sich doch keiner freuen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wer freut sich denn darüber?)

Deswegen müssen wir diese Dinge doch zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen die Konsequenzen daraus darlegen. Wir werden in den Haushalt die Worst-Case-Überlegung einstellen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was heißt das?)

Es gibt derzeit überhaupt keinen Anlass, davon auszugehen, dass in irgendeiner Weise in den nächsten Monaten, im Jahr 2006 eine signifikante Verbesserung dieser Situation eintritt. Ich lasse mich gern überraschen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was heißt das?)

Aber es gehört dazu, dass wir bei den Steuerschätzungen und der Einnahmesituation unterstellen, dass es keine Besserung gibt.

Das ist auch deswegen richtig, weil die Wirtschaftswachstumsraten in Deutschland ständig nach unten geschätzt werden. Das heißt, die Basis für die Steuerschätzungen ist doch gar nicht mehr vorhanden. Deswegen kann man sicherlich davon ausgehen, dass es eine Restchance gibt, dass die bisherigen Planungen einigermaßen eingehalten werden; jedenfalls bin ich nicht bereit, unter dem Gesichtspunkt einer vernünftigen Darstellung dessen, was wir zu erwarten haben, in der jetzigen Situation irgendeinen Bonus in den Landeshaushalt hineinzuschreiben, keinen einzigen Bonus. Denn durch das Wahlergebnis in Berlin ist nicht zu erwarten, dass in kurzen Fristen und stimmig eine Politik betrieben werden kann, die in Deutschland dringend nötig wäre: nämlich Wachstum und Beschäftigung voranzubringen und über ein vernünftiges Steuerrecht zu erreichen, dass die Dinge in Deutschland versteuert werden.

Meine Damen und Herren, klar ist auch, dass die Regellgrenze der Verfassung nicht eingehalten werden kann. Das habe ich Ihnen schon vor einigen Monaten gesagt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo sind die Bemühungen dazu?)

Meine Damen und Herren, die „Operation sichere Zukunft“ hat uns strukturelle 600 Millionen € mit steigender Tendenz gebracht. Ein solches Programm hat es in Hessen noch nie gegeben. Sie standen an der Spitze der Bewegung, die dagegen war. Sie wollten es zu Fall bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Krokodilstränen, die Sie dort jetzt weinen, sind doch widerlegt durch das Verhalten jedes Einzelnen Ihrer Abgeordneten der SPD – ob Männlein oder Weiblein. Sie standen an der Spitze der Bewegung derer, die gegen die „Operation sichere Zukunft“ waren. Mit welcher Legitimation treten Sie denn jetzt an und verlangen von uns Sparmaßnahmen?

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die andere Seite sind die Steuereinnahmen. Ich bin fassungslos, wie mit der Frage umgegangen wird, dass man selbst diese Steuergesetze gemacht hat. Die „Zeit“ hat das überschrieben mit „Körperschaftsteuer – das größte Steuergeschenk aller Zeiten“. Es waren übrigens Herr Eichel und Herr Schröder, die sich im Sommer 2002 die Hand gegeben haben und nach der Steuerreform den hundertjährigen Wohlstand in Deutschland ausgerufen haben. Die „Zeit“ hat minutiös aufgelistet, was bei der Körperschaftsteuerreform alles falsch gemacht wurde.

Meine Damen und Herren, und auch an die hessische Öffentlichkeit: Wenn wir im ersten Halbjahr fast 500 Millionen € mehr ausgezahlt haben, als wir von allen hessischen Wirtschaftsbetrieben, die Körperschaftsteuer bezahlen, eingenommen haben, dann kann doch etwas nicht stimmen. Herr Kaufmann, mit welcher Begründung gehen Sie hin und werfen das jemandem vor, der sich darüber Gedanken macht? – Übrigens mit der vollen Unterstützung der acht Spitzenverbände der deutschen Industrie, fast sämtlicher Wirtschaftsforschungsinstitute; am Montag war ich noch beim Institut der Wirtschaftsprüfer: überall breiteste Zustimmung zu unserem Konzept. Jeder sagt, so ist es richtig.

Übrigens kommen dabei noch nicht einmal die großen Änderungswünsche im Detail. Es ist doch offenkundig, was im Moment passiert: Geschätzte 80 Milliarden € in Deutschland verdientes Geld sind im letzten Jahr legal

aus Deutschland hinaustransferiert worden, werden im Ausland mit niedrigeren Sätzen versteuert, und die Verluste werden nach Deutschland hereingebracht. Meine Damen und Herren, das ist doch ein Irrsinn einer Steuerpolitik.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Diese Realität können Sie doch nicht aushebeln, indem Sie – wie das Herr Kaufmann schon wieder versucht hat – Neid in diesem Land erzeugen. Die kleinen Leute sind die großen Verlierer dieser Art der Steuerpolitik. Wer nicht im Wettbewerb steht, ist raus.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt nur zwei signifikante Länder, die höhere Unternehmenssteuersätze haben als wir. Das ist Japan – die sind nun wirklich außen vor –, und das ist der Staat von New York. Alle anderen Länder haben niedrigere Unternehmenssteuern als die Deutschen. Mit welcher Begründung soll denn ein deutscher Unternehmer, der es sich leisten kann und der unter dem Druck seiner Eigentümer und Aktionäre steht, in Deutschland Einkommen versteuern?

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Altruismus? Meine Damen und Herren, darauf können Sie setzen, Sie können Neidkampagnen führen. Aber die Realität wird sein: Die Gewinne werden aus Deutschland hinaustransferiert, und in der Folge werden auch die Arbeitsplätze hinaustransferiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen fehlt uns das Geld an allen Ecken und Enden. Stellen Sie sich doch nur einmal vor, der größere Teil dieser 80 Milliarden € wäre in Deutschland versteuert worden, weil wir ein attraktives Steuersystem hätten. Dabei rede ich nur über die Unternehmenssteuern. Im ersten Quartal 2005 sind etwa 150 Milliarden € privates Geld aus Hessen, aus Deutschland abgeflossen – in der Tat aus Hessen, weil wir hier die große Clearingstelle haben. 150 Milliarden €, im Ausland schlecht angelegt, dafür hohe Gebühren gezahlt – und anschließend leihen wir als Staat dann dieses Geld noch teuer aus dem Ausland zurück, damit wir es noch einmal bezahlen. Meine Damen und Herren, wir sind verrückt – und nur deshalb, weil in diesem Staat ein Klima geschaffen wird, indem den kleinen Leuten erzählt wird, wenn man den richtigen Steuersatz festlegt, würde man irgendjemanden im Land schädigen. Falsch. Das ganze Geld, das aus Deutschland herausfließt, schädigt uns. Am langen Ende können wir die kleinen Leute nicht mehr bezahlen. Die Sozialsysteme sind doch am Ende. Die öffentlichen Kassen sind am Ende.

Meine Damen und Herren, ich bleibe auch nach dem 18. September dabei und werde da keinen Millimeter zurückweichen: Die Art und Weise, wie den Menschen etwas erklärt wird, ist falsch.

(Michael Siebel (SPD): Ist das jetzt Selbstkritik?)

Sie schädigen sich selbst, nur weil sie vom Bundeskanzler und anderen, die im Amt bleiben wollen, wider besseres Wissen – das unterstelle ich immer wieder – bezüglich dessen, was in Deutschland notwendig ist, in die Irre geführt werden.

Jeder, der irgendwie mit Wirtschaftswissenschaften zu tun hat – ausgenommen vielleicht der DGB –, ist der Meinung, dass wir an dieser Stelle alles falsch machen. Deswegen brauchen wir eine Abgeltungssteuer, deswegen brauchen wir eine verbesserte Besteuerung der Kapital-

rendite, und deswegen brauchen wir insgesamt niedrigere Steuersätze im Unternehmensbereich. Wenn wir sie nicht haben, werden, wie gesagt, zuerst die Gewinne aus dem Land fließen, und anschließend werden die Arbeitsplätze folgen. Da erzählen Sie einmal, wie Sie mit Sozialsystemen, für die Sie kein Geld mehr haben, die Zukunft der Leute sichern wollen, die keine Arbeit mehr haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, was da passiert, ist absurd.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Minister, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die Redezeit der Fraktionen überschritten ist.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Nachdem alles so langweilig war, möchte ich wenigstens noch ein bisschen was sagen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Herr Walter hat selbst zugegeben, dass Hessen als Bundesland relativ geringe Chancen hat, allein gegen die Tendenz der Steuerausfälle anzugehen, und dass es schwierig ist, mit eigenen Möglichkeiten und Ressourcen etwas zu machen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in einem Jahr wie im vorigen Jahr Körperschaftsteuereinnahmen von 1 Milliarde € und im nächsten Jahr ein Minus von 500 Millionen € hatten. Einmal plus und einmal minus ergibt einen Unterschied von 1,5 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, es ist das liebste Thema der Opposition, vergleichsweise kleine Beträge zu einem Gesamtvolumen unter dem Gesichtspunkt hochzuziehen, wir würden nicht sparen, weil wir das und das machen würden. Aber wir sprechen an dieser Stelle über Hunderte von Millionen €. Regelmäßig streitet der Landtag – auch zu Recht – darüber, ob wir Beträge von 500.000 €, 1 Million € oder 2 Millionen € haben. Aber dann fallen innerhalb von Monaten Steuern von Hunderten von Millionen € aus. Ich habe Ihnen schon gesagt: Im März hatten wir 516 Millionen € Steuereinnahmen mehr als im Vorjahr, und im April hatten wir 609 Millionen € Steuereinnahmen weniger als im Vorjahr. Sie sehen also, dass es erratische Ausschläge gibt. Ich versuche immer wieder, Ihnen das zu erklären. Wer soll denn in diesem Land überhaupt noch vernünftig planen, wenn man eine Differenz von Hunderten von Millionen € zum Vorjahresmonat hat?

(Reinhard Kahl (SPD): Das ist doch kein neues Phänomen, Herr Minister!)

– So etwas hat es überhaupt noch nicht gegeben.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich erinnere an Finanzminister Waigel, dem das laufend passiert ist!)

Selbst wenn es das schon einmal gegeben hätte,

(Reinhard Kahl (SPD): Das hat es!)

ist es mittlerweile in den letzten Jahren zum Regelfall geworden, dass Sie kaum noch planen können, wo Sie am Jahresende herauskommen werden.

Deswegen ist es auch richtig, dass wir beim Nachtragshaushalt, den Sie immer anmahnen, zweierlei tun. Zum Ersten haben wir eine Haushaltssperre erlassen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was bringt sie denn? Was ist ihr Ziel?)

Die Haushaltssperre ist das schärfstmögliche Instrument der Landeshaushaltsordnung.

(Michael Siebel (SPD): Aber nicht bei Ihnen!)

Im Gegensatz zu einem Nachtragshaushalt sind bei einer Haushaltssperre – Sie wissen das, akzeptieren es aber nicht, weil es nicht ins Bild passt – Tausende von Haushaltsstellen, auch solche kleinerer Art, gesperrt. Durch die Sperren bei Tausenden von Haushaltsstellen fließt Geld zusammen, das am Ende durchaus einen ordentlichen Beitrag ergibt.

(Norbert Schmitt (SPD): Da bin ich aber gespannt!
– Reinhard Kahl (SPD): Das haben Sie in keinem Jahr geschafft!)

Aber es hat doch keinen Zweck, jetzt mitten im Jahr bei soundso vielen Seiten Haushalt – ich weiß nicht, Herr Kaufmann, welche Zahl Sie genannt haben – in den einzelnen Bereichen Punkt für Punkt abzuchecken, wie viel dort möglich ist. Das wäre einfach eine technische Schwierigkeit.

Ich wehre mich aber dagegen, dass Sie hier so tun, als hätten Sie den auch nur einigermaßen erklärten Willen, am Haushalt irgendetwas unter Sparaspekten zu verändern. Ich kann doch in jeder Plenarsitzung verfolgen, was Sie – auch öffentlich – alles neu fordern. Ich nenne nur den Kindergarten von heute Morgen.

(Reinhard Kahl (SPD): Wir haben Ihnen jedes Jahr Vorschläge gemacht!)

– Hören Sie doch auf mit den Vorschlägen.

(Reinhard Kahl (SPD): Das haben wir gemacht!)

Das sind rein gefakte Vorschläge, mit denen man praktisch gar nichts anfangen kann.

(Michael Siebel (SPD): Eine Unverschämtheit!)

Man kann ja sagen: Da und da ist ein bisschen zu machen. – Übrigens können Sie auch die Volumina vergessen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie wollen auch auf der anderen Seite etwas machen!)

Bei der „Operation sichere Zukunft“ hätten Sie doch die Chance gehabt – da ist in Hessen strukturell etwas in der Höhe von mehreren hundert Millionen € geändert worden –, schlichtweg dabei zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Da wurde strukturell gar nichts geändert!)

Aber ich bleibe dabei: Sie sind nicht dabei geblieben, Sie haben sich noch nicht einmal zurückgehalten, damit Sie wenigstens an der Entwicklung nicht schuld sind. Sie haben sich sogar an die Spitze der Bewegung dagegen gestellt, wie Sie überhaupt an jeder Stelle an der Spitze der Bewegung standen,

(Michael Siebel (SPD): Wir stehen zu unserer sozialen Verantwortung!)

wenn die Landesregierung Einsparungen vorgenommen hat. Ich erinnere nur daran, mit welcher Häme Sie im Personalbereich versucht haben, uns zu stoppen, und wie viele Prozesse Sie zum Anlass genommen haben, im Hessischen Landtag eine Diskussion zu führen. Wir haben alle gewonnen, erreichen unsere Ziele schneller, als wir ge-

dacht haben, und sind in diesen Fragen richtig gut. Nehmen Sie das irgendwann zur Kenntnis, und sagen Sie nicht immer, wir würden nicht genug machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte auch noch etwas zu dem sagen, wie die SPD in ihrem Antrag technisch vorgeht. Die GRÜNEN machen so etwas nicht; denn da sind sie zu genau.

(Zurufe: Oh! – Jamaika!)

Die GRÜNEN sind – das kann ich Herrn Kaufmann einmal fernab jeder Koalitionsdiskussion sagen – immer zehnmal besser vorbereitet als die Sozialdemokraten. Das hat meinen ganzen Respekt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist so, und von daher verlagert sich gelegentlich auch die Diskussion.

(Zurufe – Unruhe)

– Ich weiß, was ich jetzt angerichtet habe. Bei der derzeitigen Interpretationswut in Deutschland ist eine Bemerkung, auch wenn sie von der Sache geprägt war, hoch gefährlich. Ich habe sie trotzdem gemacht.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück zum Antrag der SPD. Sie schreibt von einem Finanzierungsdefizit von 1,4 Milliarden € und bringt das in Zusammenhang mit der Verschuldung. Das eine hat mit dem anderen natürlich überhaupt nichts zu tun. Wir hatten im ersten Halbjahr eine Nettotilgung von 95 Millionen €.

(Norbert Schmitt (SPD): Und am Jahresende?)

Darin ist z. B. der Verkauf von Immobilien natürlich nicht enthalten. Er kann auch nicht enthalten sein, weil er in der zweiten Jahreshälfte erfolgt. Das ist übrigens auch ein Punkt beim Nachtragshaushalt: Was setze ich in den Nachtragshaushalt ein, bevor der Vertrag unterschrieben worden ist?

(Reinhard Kahl (SPD): Ich kann Ihnen die Zahlen zur Verfügung stellen! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Rechtzeitig schon. Aber was setze ich in den Haushalt ein? Ich möchte ja nicht vorgehen und den Betrag einsetzen, den wir beim Verkauf erwarten.

(Norbert Schmitt (SPD): Was müssen Sie denn an Miete zahlen?)

Auf der anderen Seite muss ich berücksichtigen, was wir bis Mitte Oktober wissen, und versuchen, das entsprechend einzubauen.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich habe den Eindruck, Sie kennen die Zahlen nicht! Hier sind sie!)

Meine Damen und Herren, der Antrag ist bewusst so geschrieben worden, als gehe es um die Nettoneuverschuldung.

(Reinhard Kahl (SPD): Wieso denn?)

Lesen Sie es doch einmal durch. Welchen Aussagewert soll denn etwa das Nettofinanzierungsdefizit im ersten Halbjahr haben?

(Reinhard Kahl (SPD): Was ist der Unterschied zwischen den Einnahmen und den Ausgaben im ersten halben Jahr?)

– Da sind doch die Verschiebungen des Haushalts gar nicht berücksichtigt. Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass wir im ersten Halbjahr 95 Millionen € mehr getilgt als aufgenommen haben.

(Reinhard Kahl (SPD): Nennen Sie uns einmal die Kassenkredite im ersten Halbjahr!)

– Herr Kahl, ich weiß, dass Sie es besser wissen. Das Nettofinanzierungsdefizit ist natürlich im zweiten Halbjahr wesentlich geringer, wenn Sie die Erlöse aus der Veräußerung der Immobilien einbeziehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Sind die Zahlen nun richtig, oder sind sie falsch?)

Damit soll suggeriert werden, wir seien schon bei 1,4 Milliarden € Verschuldung,

(Reinhard Kahl (SPD): Ja, sind Sie!)

und deswegen werde es am Jahresende noch viel schlimmer werden. Vergessen Sie das. Sie können da auch nicht darum herumreden. Sie haben das in den Antrag geschrieben. Ich weiß nicht, ob es ein Referent geschrieben hat. Aber jedenfalls muss ich einmal darauf hinweisen, dass man so nicht mit Zahlen umgehen kann.

(Reinhard Kahl (SPD): Dann lesen Sie einmal den Antrag genau! Da steht „Finanzierungsdefizit“!)

Meine Damen und Herren, an der derzeitigen Situation in Deutschland kann niemand Freude haben. Wir können alle nur gemeinsam hoffen, dass möglichst schnell eine Bundesregierung zustande kommt, die in der Lage ist, ein stimmiges Konzept durchzusetzen. Allerdings wird die Hessische Landesregierung zum jetzigen Zeitpunkt keinen Bonus darauf geben, dass es in Berlin zu einer vernünftigen Lösung kommt, aufgrund derer man eine dauerhafte, stringente Politik erwarten kann. Unter jedweder Koalition wird zunächst einmal der kleinste gemeinsame Nenner gesucht werden. Das ist für die Länder dramatisch. Es bedeutet, dass wir uns noch mehr als bisher anstrengen müssen, um selbst über die Runden zu kommen.

Eines sage ich Ihnen aber auch, weil wir hier über Hunderte von Millionen sprechen: Wir werden nicht bei der Bildung zurückfahren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

wir werden weiter in die Schulen investieren, und wir werden weiter in die Universitäten investieren. Wir werden weiter in die Infrastruktur dieses Landes investieren, und wir werden weiter in die innere Sicherheit investieren.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Auch in die Sozialpolitik, weil es infolge der „Operation sichere Zukunft“ in der Sozialpolitik durchaus viele Zusatzen gegeben hat. Deswegen wird es an dieser Stelle nicht mehr weitere Sparbemühungen geben. Die Beteiligten haben sich großartig damit abgefunden, dass sie weniger Geld zur Verfügung haben.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Aber wir können jetzt nicht an eine zweite Stufe herangehen. Sonst zerstören wir in der Tat die Infrastruktur dieses Landes.

(Petra Fuhrmann (SPD): Kahlschlag!)

Das wollen wir nicht tun, und das werden wir auch nicht tun. Deswegen kann sich jede hessische Bürgerin und jeder hessische Bürger darauf verlassen, dass wir die notwendigen Investitionen in die Zukunft weiter tätigen wer-

den, als Hessen in Berlin dafür kämpfen werden, dass vernünftige Beschlüsse gefasst werden, und im täglichen Geschäft dafür sorgen werden, dass das, was gespart werden kann, gespart wird, und das Geld für das, was für die Zukunft notwendig ist, auch ausgegeben wird. Dafür haben wir eine absolute Mehrheit. Wir werden sie einsetzen, und Sie werden wie bisher sehen, meine Damen und Herren: Hessen geht es besser als den anderen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Weimar. – Den Oppositionsfraktionen sind jeweils vier Minuten zusätzliche Redezeit zugewachsen. Herr Walter hat sich als Nächster gemeldet. – Bitte sehr. Sie haben damit neun Minuten Redezeit.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Finanzminister, Sie haben sich eben in Ihrer schon beachtlichen Rede als fassungslos bezeichnet. Ich muss Ihnen sagen: Mein Eindruck war weniger, dass Sie fassungslos sind; mein Eindruck war eher, dass Sie angesichts der Probleme unseres Landes schlicht hilflos und überfordert sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in Ihrer Rede nicht eine einzige Antwort auf die Probleme in unserem Lande Hessen gegeben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Michael Boddenberg (CDU): Erst einmal soll der Schröder abtreten!)

Im Wesentlichen war Ihre Rede die Beschimpfung der Wählerinnen und Wähler. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hätten uns am Sonntag ein anderes Ergebnis gewünscht. Auch wir hätten uns gewünscht, dass die rot-grüne Regierung von den Wählerinnen und Wählern bestätigt wird.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie ist abgewählt worden, zieht die Konsequenz!)

Wir haben keine Mehrheit. Wir haben diese Mehrheit nicht mehr erlangt. Aber deshalb beschimpfen wir die Wählerinnen und Wähler nicht, wie es der Finanzminister eben getan hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wenn der gute Herr Weimar hier über Vorstellungswelten redet und GRÜNEN und SPD vorwirft, sie würden in ihren eigenen Welten leben, die nichts mehr mit Realitäten zu tun hätten, dann gibt es offensichtlich für Herrn Weimar in seinem sehr eingegengten Blick nur eine einzige Möglichkeit, wie dieses Land nach vorne gebracht werden kann. Das ist eben eine schwarz-gelbe Koalition mit den Wahlkampfaußagen, und alles andere würde zum Ruin dieses Landes führen. Ein solcher Ansatz, quasi der Verweigerung der Akzeptanz eines Wahlergebnisses, ist aus demokratischer Sicht ausgesprochen bedenklich, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sie werden dieses Ergebnis der Bundestagswahl genauso zu akzeptieren haben, wie wir das als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu akzeptieren haben.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir werden Ihnen die Argumentation: „Die Bürgerinnen und Bürger sind völlig bescheuert, jetzt muss ich meine Arbeit nicht mehr machen“, nicht durchgehen lassen. Im Übrigen zur Steuerpolitik.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Steuerpolitik war eines der ganz großen Markenzeichen in Ihrem Wahlkampf. Wir hatten in einem CDU-Wahlprogramm Aussagen. Dann hatten wir einen Herrn Kirchhof, der etwas ganz anderes will als das, was die CDU vorgeschlagen hat.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Dann kommen Nachfragen, was gilt. Die Nachfragen kommen übrigens auch aus den Reihen der CDU. Was gilt denn jetzt?

(Norbert Schmitt (SPD): Soll die CDU in Hessen nur vorsichtig sein!)

Gilt das, was der Visionär Kirchhof vorlegt, oder gilt das, was im Parteiprogramm der CDU steht, oder gilt ein bisschen von dem, was Herr Kirchhof gesagt hat: „Das war eine Vision, die setzen wir um“? – Frau Merkel sagt: Aber erst nach ein paar Jahren. – Manche sagen: Ein Teil davon können wir sofort nehmen. – Andere wissen noch nicht genau, ob wir ein bisschen Kirchhof nehmen und das andere von der CDU.

Herr Finanzminister, ein solches Durcheinander, wie es Ihre Partei in dem Wahlkampf zu Steuerfragen vorgelegt hat, ist wiederum einzigartig. Ihre gelobte Steuerpolitik war eines der zentralen Themen, warum die CDU im Vergleich zu den guten Umfragewerten so deutlich Stimmen verloren hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Die Politik, die Sie hier loben, war Grund, dass Sie letztlich mit diesem schlechten Ergebnis aus der Bundestagswahl herausgekommen sind. Wenn Sie ganz ehrlich wären – der eine oder andere von Ihrer Truppe fängt mittlerweile schon einmal zu sagen an: Das mit dem Kirchhof war ein Fehler in der Steuerpolitik; das hätten wir alles ein bisschen anders machen müssen.

(Norbert Schmitt (SPD): Herr Jung hat es selbst gesagt!)

Das ist etwas, worüber in Ihren Reihen eher als in meinen Reihen diskutiert wird. Wenn Sie sich jetzt an dieses Pult stellen und sagen: „Steuerpolitik ist das Markenzeichen der CDU“,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

lieber Herr Finanzminister, dann kann ich aus Sicht der SPD nur sagen: Vertreten Sie weiter die Steuerpolitik wie in den letzten Monaten. Dann wird Ihre Partei noch schwächer, und unsere Partei wird wieder stärker werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Probleme in unserem Lande haben Sie nicht einmal gestreift. Sie haben keinerlei Zahlen genannt, keinerlei Prognosen abgegeben, Rahmendaten für den Haushalt 2006 völlige Fehlanzeige, Beschimpfungen waren einzig Inhalt Ihrer Rede, die Beschimpfungen natürlich nur in eine Richtung, immer nach Berlin: Die sind schuld; wir in Hessen können nichts dafür. – Das macht einen ärgerlich, Herr Finanzminister. Das sagen Sie angesichts des Status quo in unserem Lande: Knapp 32 Milliarden € Schulden werden am Ende dieses Jahres angehäuft sein,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr!)

ein strukturelles Defizit, das irgendwo zwischen 2 und 3 Milliarden € liegt. Da nach Ihren eigenen Zahlen – es ist schon erstaunlich, dass ich für die Opposition Ihre Aufgaben zu erfüllen und Ihre Zahlen vorzutragen habe – in der Finanzplanung die Neuverschuldung im Jahre 2006 900 Millionen €, die Immobilienveräußerungen 800 Millionen € betragen, die zum strukturellen Defizit hinzuzurechnen sind, prognostizierte Steuermindereinnahmen nach der letzten Steuerschätzung von 700 Millionen € plus die nicht erwirtschafteten 400 Millionen € Minder Ausgaben hinzukommen, die wohl auch im nächsten Jahr anfallen werden, komme ich zu einem Ergebnis von 2,8 Milliarden €.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich Ihnen die 400 Millionen € zurückrechne, bin ich bei 2,4 Milliarden €. Lieber Kollege Milde, ich habe gesagt: 2 bis 3 Milliarden €. Der Bereich liegt wohl eher bei 2,5 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € – meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Status quo in unserem Lande. Herr Finanzminister, wenn Sie sagen: „Solange sich in Berlin nichts ändert, werden wir auch nichts machen können“, dann ist das nicht ausreichend für die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Eine denkbare Antwort hat der Kollege der FDP gegeben. Wir müssten die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben so verändern, dass wir die Ausgaben an die Einnahmesituation anpassen.

(Michael Boddenberg (CDU): Dann fangen Sie einmal an!)

Lieber Herr Kollege, das ist nicht möglich. Da bin ich aufseiten des Finanzministers. Das zeigt ein einfacher Blick in die Struktur des Haushalts vom letzten Jahr – Pi mal Daumen 18 Milliarden € an Ausgaben, davon ungefähr 50 % Personalkosten. Wenn ich den KFA, die Sachausgaben und die Investitionen mit einrechne, dann komme ich zu einem frei zu verteilenden Bereich, der bei 1 Milliarde € liegt. Wenn ich noch die langfristigen gesetzlichen Bindungen nehme, die Folgeinvestitionen, die notwendig sind, ist der Betrag, über den wir im Parlament tatsächlich zu entscheiden haben, einer, der sich wohl unter 1 Milliarde € bewegen dürfte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, allein daran wird deutlich, mit der Ausgabenseite allein lassen sich die strukturellen Probleme in diesem Land nicht lösen. Herr Finanzminister, dann richtet sich der Blick wegen der Einnahmenseite wieder auf Sie. Sie sagen immer, auf die Einnahmenseite hätte diese Landesregierung überhaupt keinen Einfluss. Das ist schlicht falsch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat zum einen etwas mit Ihrer Rolle im Bundesrat zu tun. Das hat zum anderen etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Lande zu tun. Jemand, der im Jahre 2003 für die Sozialdemokratie Wahlkampf in Hessen geführt hat, der in Diskussionen für die Anhebung der Mehrwertsteuer auf Schnittblumen vom privilegierten Satz auf den normalen Satz von 16 % war, der von Ihren Kolleginnen und Kollegen im Wahlkampf beschimpft worden ist – Eigenheimzulage weg, Schnittblumensteuer nach oben, all diese Steuersubventionen, die wir abbauen wollten –, wurde von Ihnen und Ihren Kollegen als Steuererhöher gebrandmarkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie dieser Verlockung im Wahlkampf widerstanden hätten,

(Gerhard Bökel (SPD): Haben die nicht!)

dann hätte das Land Hessen jetzt schon Jahr für Jahr 500 Millionen € Mehreinnahmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie eine Mehrwertsteuererhöhung?)

Es mag Beobachter in diesem Land geben, die sagen: Die SPD hat im Wahlkampf bei der einen oder anderen Stelle ihre Punkte ausgenutzt. – Nur einer kann es nicht sagen, Herr Boddenberg: kein hessischer Christdemokrat, der 2003 den Wahlkampf so geführt hat, wie er geführt worden ist, der auch für Sie als Partei zu dem positiven Ergebnis geführt hat,

(Michael Boddenberg (CDU): Warum wohl?)

aber für dieses Land Hessen zu dramatischen Ergebnissen geführt hat. Diese Bundesregierung war in steuerrechtlichen Fragen überhaupt nicht handlungsfähig. Ausschließlich der Bundesrat bestimmte in den letzten Jahren mit Ländern, die von Ihrer Couleure regiert werden, jede einzelne steuerpolitische Frage mit. All dies, was die rot-grüne Bundesregierung in diesem Bereich vorgeschlagen hat, was zu Mehreinnahmen der Länder geführt hätte,

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist doch Unsinn!)

wurde von Ihnen und Ihren Parteikollegen im Bundesrat abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, Sie müssen zum Schluss kommen. Die Redezeit ist abgelaufen.

Jürgen Walter (SPD):

Dies führt mich zu einer relativ einfachen Aussage, Herr Finanzminister. Das, was Sie in Hessen als Problem beschreiben, verursachen Sie selbst in Berlin. Sie selbst, auch Sie als Person, sind verantwortlich für den Zustand, den wir in diesem Lande momentan haben.

Um zum Schluss zu kommen: Zweiter Bereich, die Einnahmen. Das hat auch etwas mit der wirtschaftlichen Si-

tuation in einem Land zu tun. Da müssen Sie schon einmal erklären, warum wir in den letzten sechs Monaten 9,3 % Steuermindereinnahmen haben, während der Bundesdurchschnitt bei 0,9 % liegt. Steuereinnahmen haben auch etwas mit wirtschaftlicher Entwicklung zu tun.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Jürgen Walter (SPD):

Letzter Satz. – Herr Finanzminister, wir sagen Ihnen seit Jahren: Dieses Land Hessen wird von Ihnen, von der Regierung Koch, schlecht regiert. Dass es mittlerweile in diesem Lande wirtschaftlich schlechter zugeht als in Rheinland-Pfalz, jedenfalls was die Arbeitslosenzahlen angeht,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

haben Sie zu verantworten. Die Leute merken es. Wir merken es bei den Direktwahlen. Wir haben es ein Stück weit bei der Bundestagswahl gemerkt. In Hessen beginnt Ihre Zeit abzulaufen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen des Ministers Karlheinz Weimar)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Walter, vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Die FDP verweigert sich doch!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP) – Gegenruf des Abg. Jürgen Walter (SPD): Ich habe doch gesagt: Ich habe ein anderes Ergebnis gewollt! Ich kann es doch nicht ändern! Ich habe SPD gewählt!)

Herr Finanzminister, ich fand es ein wenig verräterisch, dass Sie gesagt haben: Ich habe keinen Haushalt vorgelegt, weil ich gedacht habe, bei der Bundestagswahl gibt es ein ordentliches Ergebnis. – Vielleicht sollten wir einmal festhalten: Jede Partei sieht ein Ergebnis als ordentlich an, wenn sie gewonnen hat.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist aber ein sehr unordentliches Ergebnis!)

Aber auch, wenn es nicht so ausfällt, muss man das akzeptieren. Sehr verehrter Herr Weimar, ich rate Ihnen, das Ergebnis zu akzeptieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Weimar, ich glaube, wenn Sie das Wahlergebnis genau, mit ein bisschen Abstand und vielleicht auch ein bisschen abseits dieses Getümmels hier analysiert haben, werden Sie zu dem Ergebnis kommen, dass Sie aufhören sollten, Herrn Sinn zu zitieren. Denn die Äußerungen des

Herrn Sinn kann man geradezu als Paradebeispiel für das Politikkonzept anführen, das in Deutschland keine Mehrheit gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir und insbesondere Sie müssen akzeptieren, dass ein neoliberales und marktradikales Gesellschaftsmodell in Deutschland keine Mehrheit gefunden hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, da hilft es auch nichts, dass Sie dann Ausflüge in die Weltökonomie unternehmen. Davor kann ich immer wieder nur warnen. Der letzte Weltökonom, der Finanzminister war, hieß Oskar Lafontaine. Sie wissen, wie das bei ihm endete.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich Ihnen eines sagen. Herr Finanzminister, wenn wir ehrlich sind, müssen wir doch Folgendes feststellen: Der Haushalt Hessens weist ein strukturelles Defizit zwischen 2 und 3 Milliarden € auf. Inzwischen werden die Ausgaben zu über 10 % mit Krediten finanziert. Sie haben Recht, dass die Kreditfinanzierungsquote in manchen anderen Ländern sogar noch höher ist. Das macht aber die bei uns gegebene Quote nicht besser. Das sollte man vielleicht auch einmal festhalten. Es ist eine Tatsache, dass wir z. B. auch bei der Körperschaftsteuer große Probleme haben. Das ist richtig. Angesichts dieser Tatsachen sollten wir doch alle miteinander einmal Folgendes feststellen.

Erstens. Wirtschaftswachstum kann hilfreich sein. Wirtschaftswachstum allein wird aber nicht zum Ausgleich des Haushalts führen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Aber nur Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze! – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

– Herr Kollege Dr. Jung, Ihr Finanzminister hat bei der Durchführung der „Operation düstere Zukunft“ angenommen, dass es 1 % weniger Wachstum geben wird. Wenn ich mich recht erinnere, hat er dann gesagt, das würde bedeuten, dass es 140 Millionen € weniger Steuereinnahmen geben wird. Wenn Sie das dem strukturellen Defizit gegenüberhalten, dann werden Sie feststellen, dass wir 17 bis 19 % Wirtschaftswachstum bräuchten, um zu einem Ausgleich des Haushalts zu kommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

Das ist nicht realistisch, und zwar unabhängig davon, ob man ein Wirtschaftswachstum in dieser Höhe für gut oder schlecht hält. Das ist wirklich nicht realistisch. Darüber müssten wir uns doch eigentlich einig sein.

Zweiter Punkt. Wenn Sie ehrlich wären, müssten Sie zugeben, dass das auch heißt, dass es keinen Spielraum mehr für Steuersenkungen gibt. Den gibt es nicht mehr. Das gilt unabhängig davon, wer mit welchem Modell vorsieht, welche Ausnahmen abgeschafft werden sollen oder nicht. Angesichts eines gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits von 80 Milliarden € auf den staatlichen Ebenen gibt es in Deutschland keinen Spielraum für Steuersenkungen mehr.

Herr Weimar, ich komme zum nächsten Punkt. Wenn Sie über die Frage debattieren, ob eine Senkung der Steuersätze zur wirtschaftlichen Belebung nötig ist oder nicht,

müssen Sie aufpassen, dass Ihre Argumente stimmig sind. Sie haben mit Ihrer Behauptung völlig Recht, dass wir bei der Körperschaftsteuer teilweise mehr auszahlen müssen, als wir einnehmen. Sie haben völlig Recht, das ist ein Problem. Auch wir sind der Meinung, dass bei dem im Jahre 2000 verabschiedeten Modell der Körperschaftsteuerreform bei der Frage der Rückstellungen Fehler gemacht worden sind. Sie wissen, worum es dabei geht. Diese Auffassung wird inzwischen parteiübergreifend geteilt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das hätte doch Ihr Kabinett in Berlin ändern können!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Wagner, Tatsache ist doch, dass manche Unternehmen keine Körperschaftsteuer mehr bezahlen, sondern da sogar noch etwas zurückkriegten – die größtmögliche Steuerentlastung, die man sich vorstellen kann. Trotzdem funktioniert das mit dem Wachstum nicht. Deswegen sage ich Ihnen: Auch dieses Argument müssen Sie sehr genau abwägen.

Wir sollten uns überlegen, wie wir die Ausnahmen zurückschrauben können. Ich finde, das Ergebnis der Bundestagswahl ist ein Auftrag an alle politischen Parteien, zu gucken, ob das richtig ist, was sie in der Vergangenheit gemacht haben.

Herr Finanzminister, ich vergegenwärtige mir, dass diese Landesregierung noch in der Woche vor der Bundestagswahl im Vermittlungsausschuss mit dafür gesorgt hat, dass die Streichung der Eigenheimzulage endgültig gestoppt wird, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Streichung der Eigenheimzulage schon Teil des Programms der CDU war. Sie waren sich zu diesem Zeitpunkt sicher, dass Sie die Wahl gewinnen würden und dann diese Streichung durchführen würden. Ich glaube, damit ist hinreichend beschrieben, warum wir jetzt alle zusammen die Probleme haben, die wir jetzt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Weimar, auch die Frage hinsichtlich der Einführung einer Abgeltungssteuer ist kein gutes Beispiel. Frank Kaufmann hat völlig zu Recht gesagt, dass 17 % aus unserer Sicht indiskutabel sind. Denn jetzt haben wir bei den Kapitalerträgen eine Grenzsteuerbelastung von bis zu 42 % und eine Zinsabschlagsteuer von 30 %. Aber die Frage, ob eine Abgeltungssteuer als solche eingeführt werden soll, ist doch nicht neu. Hans Eichel hat das doch vorgeschlagen.

(Minister Karlheinz Weimar: Was? Das ist doch gar nicht wahr!)

– Natürlich hat er das. Wer hat das denn verhindert? Die CDU hat gesagt, das sei mit ihr nicht zu machen.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist doch nicht wahr!)

– Natürlich ist das wahr. Sie wissen doch, dass das Modell der Abgeltungssteuer eines der Modelle war, die im Bundesfinanzministerium diskutiert wurden.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist unglaublich!)

Am Ende haben dann CDU und CSU gesagt: Dieses Modell ist chancenlos.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist unglaublich!)

Herr Finanzminister, als Nächstes möchte ich zu dem Stichwort kommen: ordentliches Ergebnis bei der

Bundestagswahl. Angenommen, Ihre Wunschträume wären wahr geworden, Sie hätten bei der Bundestagswahl die Mehrheit erhalten, die FDP wäre umgefallen, und Sie hätten die Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte erhöht, dann muss ich Ihnen aber dazu sagen: Ich habe das Programm der CDU immer so verstanden, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer 1 : 1 zurückgegeben werden soll, nämlich über eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Herr Finanzminister, wie hätte das den hessischen Landeshaushalt entlasten sollen? Auch diese Frage müsste man jetzt, nachdem sich der Pulverdampf verzogen hat und die Wahl im Wahlkreis Dresden I keine relevanten Auswirkungen mehr haben wird, einmal ehrlich diskutieren.

Herr Finanzminister, es ist schon so: Sie müssen sagen, was Sie tun wollen. Sie müssen sagen, was Sie im Land Hessen machen wollen. Sie müssen sagen, was das für Auswirkungen hat.

Herr Finanzminister, Sie haben davon gesprochen, dass unabhängig davon, welche Konstellation in Berlin die Regierung bilden wird, diese nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner gebildet werden wird. Sie haben dann noch gesagt, dass Sie das schlecht finden. Ich sage Ihnen dazu, dass man das auch anders sehen kann. Auch der kleinste gemeinsame Nenner wäre zumindest einmal ein gemeinsamer Nenner. Das wäre das Ende der Blockadepolitik, die wir in den letzten sechseinhalb Jahren erlebt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich empfehle Ihnen einen Artikel aus dem heute erschienenen „Handelsblatt“, in dem sehr Kluges steht. Er stammt von einem uns wohl bekannten Menschen, nämlich Hubert Kleinert. Er schreibt am Ende seines Artikels, dabei den Politologen Franz Walter zitierend:

Wer in dieser Lage immer noch an den alten Streitritualen festhält und jene „kurios artifizielle Aggressivität, eine Freund-Feind-Schimäre ohne politische Substanz und ohne politisches Programm“ ... fortsetzt, sollte das Feld räumen und seinen Platz anderen überlassen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Dann müssen Sie aber gehen!)

Herr Kollege Dr. Jung, ich finde, angesichts eines strukturellen Defizits von 3 Milliarden € – lassen Sie es meinetwegen auch nur 2,5 Milliarden € sein –

(Norbert Schmitt (SPD): Es sind 3 Milliarden €!)

und angesichts eines gesamtstaatlichen Defizits von rund 80 Milliarden € auf allen Ebenen müssten wir eigentlich andere Reden halten und uns mehr mit den Problemen beschäftigen, als es der Finanzminister hier getan hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Al-Wazir, danke sehr. – Als Nächster erhält Herr von Hunnius das Wort.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein lustiger Streit darüber aufgekommen, was

ein ordentliches Wahlergebnis ist. Ich will da für meine Partei doch sagen: Ich halte das Wahlergebnis der FDP für ordentlich.

(Beifall bei der FDP – Minister Karlheinz Weimar: Das verstehe ich!)

Sie mögen auf dieses Ergebnis neidisch sein.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD – Reinhard Kahl (SPD): 10 % reichen uns nun wirklich nicht!)

Dieses Ergebnis haben wir auch erzielt, weil wir ein ganz ordentliches und einfaches Steuerkonzept entwickelt haben, das Otto Solms vorgestellt hat. Wir hatten keinen Visionär, sondern wir haben Otto Solms und haben einen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das Konzept besteht darin, dass wir nicht mehr an die unsinnige Gleichung glauben, ein hoher Steuersatz würde zu hohen Steuereinnahmen führen.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr sagen wir: Es kommt darauf an, welcher Betrag sich letzten Endes im Steuersäckel des Staates wieder finden wird. – Das ist doch der Punkt. Wenn wir die Ausnahmen beseitigen, kann der Steuersatz doch niedriger ausfallen. Das alles war Bestandteil dieses Konzepts.

Nur, eines geht nicht: Man kann nicht alles so lassen, wie es ist, und dabei nur hier und da eine Ausnahme herausnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben ein konkretes Konzept vorgelegt. Das wurde mit erfreulich vielen Stimmen für die FDP belohnt.

Das ist die eine Seite. Vielleicht besteht noch die Chance, dieses Konzept oder zumindest Teile davon zu realisieren. Wer weiß das? In Berlin ist alles im Fluss.

Unabhängig davon bleibe ich aber bei der Auffassung, dass die hessischen Hausaufgaben in Hessen gemacht werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir können in Hessen nicht abwarten und darauf hoffen, dass sich die bundespolitische Lage zu unseren Gunsten verändert, sei es, dass die Steuereinnahmen anfangen zu sprießen, oder sei es, dass das Wirtschaftswachstum zweistellig wird.

Wir haben keine andere Wahl – es tut mir Leid, dass Sie das für unmöglich erklären –, als die Ausgaben den Einnahmen anzugleichen. Das ist natürlich kurzfristig nicht möglich. Das weiß auch ich. Das setzt voraus, dass man ein mittelfristiges Konzept entwickelt und das Ganze dann in diese Richtung geht.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Dieter Posch (FDP))

Das Konzept beinhaltet ausdrücklich auch, dass man an die Standards und die Rahmenbedingungen herangeht. Nur dann wird es möglich, die Ausgaben entsprechend zu senken. Das zu tun, dazu rufe ich uns alle auf.

Nur eines ist kein Weg für Liberale. Es ist kein Weg für Liberale, das Loch im Staatsäckel dadurch zu stopfen, dass wir ein Loch in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger

reißen. Das ist überhaupt keine Methode: Erst nehmen Sie das Geld weg, dann bekommt es der Staat, anschließend bekommen es die Bürger wieder zurück. Das verursacht Verwaltungskosten in enormer Höhe.

(Beifall bei der FDP)

Insofern bleibt die Aufgabe, hessische Politik in Hessen zu machen, unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, die der Bund setzt. Aber nicht Abwarten ist die Devise, sondern Handeln ist die Devise. Handeln können wir nur, wenn wir einen Haushalt vorliegen haben. Damit komme ich zum Kern des Problems zurück: einen Haushalt für 2005 und einen für 2006. Erst dann sind wir in der Lage, zu beurteilen, was wir machen können, kurzfristig, mittelfristig und langfristig. Die FDP-Fraktion ist gern bereit, an jeder Art von Haushaltskonsolidierung mitzuwirken. Wir verantworten sie ausdrücklich selbst mit. Wir sagen nicht: „Haltet den Dieb“, wir verantworten sie mit.

(Beifall bei der FDP)

Aber machen müssen wir es bitte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr von Hunnius. – Als Nächster hat Herr Boddenberg für die CDU-Fraktion das Wort. Fünf Minuten Redezeit, Herr Boddenberg.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Walter, Sie haben nicht ganz zu Unrecht über die Auswirkungen des Wahlsonntags und über die Wahlkämpfe 2003 und 2005 gesprochen. Das ist Ihr gutes Recht. Aber es gehört an dieser Stelle schon noch dazu, dass wir aus der Situation, die wir seit Sonntag kennen und von der bis heute niemand gesagt hat, dass er sie sehr erfreulich findet, einige Lehren ziehen.

Die erste Lehre ist für mich, zunächst einmal zu analysieren: Wo ist eigentlich das tiefere Problem in diesem Land? Das haben Sie völlig ausgeklammert, das tun Sie in der SPD schon seit vielen Jahren. Sie klammern in diesem Land die Diskussion darüber aus, dass alles, was Steuerpolitik, Haushaltspolitik, Haushaltskonsolidierung und Sicherung der sozialen Systeme anbelangt, einzig und allein von einer prosperierenden und vernünftigen Wirtschaftspolitik abhängig ist. Ich sage das deswegen noch einmal, weil bei dieser Wirtschaftspolitik – dringend notwendig – die Modernisierung des Arbeitsmarktes an erster Stelle stehen muss.

(Norbert Schmitt (SPD): Was meinen Sie denn damit?)

Wenn man mit Ihnen nach Dänemark oder nach Holland reist, dann sehen Sie das in Gesprächen abends am Bierisch alle genauso. Sie alle sagen, wenn man Sie unter vier Augen spricht: Ja, es gibt die Notwendigkeit, dass unser Arbeitsmarkt flexibler und moderner wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie meinen damit Abbau von Arbeitnehmerrechten, weniger Geld für Arbeitnehmer! Sagen Sie es doch!)

Wenn wir das denn konkretisieren, bekommt die SPD das große Problem, dass sie ihre eigenen Reihen nicht geschlossen hat, und dann kommen wir in die Situation, die

der Bundeskanzler herbeigeführt hat, indem er den Rückzug angetreten hat – aber leider keinen konsequenten Rückzug.

Herr Walter, deswegen gehört an diesem Tag auch dazu, dass wir an einer Stelle einen GRÜNEN loben müssen, zumindest feststellen müssen, dass die Tageszeitungen landauf, landab das auch so sehen: Joschka Fischer hat gestern einen ersten Schritt getan, der heute mit den Worten kommentiert worden ist: Joschka ist auf dem Rückzug – ein wichtiges Signal in Richtung Schröder.

Meine Damen und Herren, wenn Ihre eigene Zeitung, die von der SPD getragene „Frankfurter Rundschau“ – ich glaube, die gehört Ihnen ein bisschen –, vom „Noch-Kanzler Schröder“ spricht und seit Sonntag davon spricht, dass dieser Bundeskanzler mit seinem Verhalten nicht nur am Sonntagabend gegen die guten Sitten verstößt, dann hat sie ausnahmsweise einmal Recht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Norbert Schmitt (SPD): Was hat eigentlich Gauweiler gesagt?)

Herr Walter, Herr Kaufmann und Herr Al-Wazir, die Konzepte der CDU liegen auf dem Tisch. Sie sind Gott sei Dank breit diskutiert worden. Jetzt können Sie sagen, zu Ihrer Freude hat das nicht zum Wahlsieg der CDU und der FDP geführt. Aber wir haben wenigstens Konzepte. Nennen Sie mir doch bitte einmal zwei oder drei wesentliche Kernpunkte aus den Programmen der SPD und der GRÜNEN, die in diesem Wahlkampf diskutiert worden sind. Die hat es nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Trotzdem ist Rot-Grün abgewählt worden. Trotzdem bleibt das Ergebnis, wie wir es einfordern, zu analysieren und die Konsequenz zu ziehen, dass Schröder endlich erklären muss, Rot-Grün ist gescheitert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (FDP) – Petra Fuhrmann (SPD): Sagen Sie doch einmal etwas zum Haushalt! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Liebe Frau Fuhrmann, für die nächsten Tage und Wochen wird uns doch gar nichts anderes übrig bleiben – und ich finde das auch richtig so –, als dass wir diesen gemeinsamen Nenner suchen, und zwar in Gesprächen mit allen demokratischen Parteien. Dann lassen Sie uns doch die Dinge, von denen wir gemeinsam wissen, dass wir sie angehen müssen, in diesen Gesprächen thematisieren. Ich habe das Thema Arbeitsmarkt angesprochen.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind wir zentral auseinander!)

Wir haben in unserem Programm angesprochen, dass wir schneller werden müssen, nicht nur besser, sondern schneller. Wir werden morgen über das Thema Flughafen ausbau im Lande diskutieren. An solchen Themen werden wir die Ignoranz der GRÜNEN und weiter Teile der SPD festmachen, wenn es um die Frage geht, die Dinge zu nutzen und auszubauen, die Arbeitsplätze schaffen, und alles zu verhindern, was Arbeitsplätze vernichtet.

Das ist das Gebot der Stunde und der nächsten Wochen in den Gesprächen, die in Berlin, aber auch im Hessischen Landtag weiter stattfinden werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Präsident Norbert Kartmann:

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Norbert Schmitt (SPD): Da wundern wir uns nicht über die 33 % für die Hessen-CDU!)

Kann ich davon ausgehen, dass das Ausgedruckte noch gilt, Überweisung von Punkt 31 an den Haushaltsausschuss?

(Zurufe der Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) und Norbert Schmitt (SPD))

– Direkt abstimmen? – Dann wollen wir abstimmen.

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Haushalt 2006 wie vorgesehen beraten – Nachtragshaushalt jetzt, Drucks. 16/4354. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag abgelehnt bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, Ablehnung der Fraktion der CDU und Enthaltung der Fraktion der FDP.

Tagesordnungspunkt 47: Antrag der Fraktion der FDP betreffend Finanzen konsolidieren, wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, Drucks. 16/4404. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der FDP, Ablehnung der Fraktion der CDU und Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Volker Hoff (CDU): Der Jamaika-Minister! – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen (Studentenwerksgesetz – StWG) – Drucks. 16/4352 –

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über die soziale Infrastruktur für Studierende in Hessen (Studierendeninfrastrukturgesetz – SIG) – Drucks. 16/4395 –

und **Tagesordnungspunkt 70:**

Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen – Drucks. 16/4445 –

Vereinbart ist eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Frau Abg. Sorge für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. – Entschuldigung, das ist verändert worden. Herr Kollege Siebel, bitte schön.

Michael Siebel (SPD):

Immer in der Reihenfolge, wie die Initiativen eingegangen sind.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in erster Lesung einen Gesetzentwurf der SPD-Fraktion über die hessischen Studentenwerke. Mit dem Gesetzentwurf wollen wir den Studentenwerken einerseits mehr wirtschaftliche, andererseits – las-

sen Sie mich das aus sozialdemokratischer Sicht sagen – mehr soziale Verantwortung übertragen. Da es im Vorfeld dieser Diskussion in der Tat ein paar Debatten gegeben hat, lassen Sie mich dazu Folgendes sagen. Gerade dann, wenn es darum geht, Unterschiede in den dankenswerterweise jetzt vorliegenden vier Gesetzentwürfen zu demselben Thema herauszuarbeiten, ist es das gute Recht jeder Fraktion, dies auch ordentlich zu tun. Ich tue das hier für den Gesetzentwurf, den wir seitens der SPD-Fraktion eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns sind Studentenwerke zunächst einmal Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das versuchen wir in dem Gesetzentwurf auch zu dokumentieren. Warum meinen wir, dass das gerade bei Studentenwerken der Fall sein sollte? Wir haben uns in einem einvernehmlichen Verfahren gemeinsam auf den Weg begeben, ein Hochschulsystem zu schaffen, das stärker von Wettbewerb unter den Hochschulen geprägt ist. Auf der anderen Seite haben wir uns auf den Weg begeben, dass wir auch stärker konsekutive Studiengänge an den Hochschulen einrichten wollen. Gerade in einem Bedingungsgefüge, wo Hochschulen stärker auf Konkurrenz ausgerichtet sind, ist es umso notwendiger, Studentenwerke zu haben, die für sozialen Ausgleich innerhalb der Hochschule sorgen. Das wollen wir mit unserem Gesetzentwurf dokumentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich dies an zwei Beispielen verdeutlichen. Das erste: Wir haben, festgestellt auch durch Ihre Zahlen aus dem Ministerium, in der Tat hohe Abbrecherquoten. Wir kritisieren die Tatsache, dass wir in vielen Studiengängen nicht so viele Studierende zu einem erfolgreichen Abschluss führen, wie wir uns das eigentlich wünschen. Wir haben die Situation – auch das ist durch Untersuchungen verschiedener Institute, unter anderem des HIS, nachgewiesen –, dass konsekutive Studiengänge einen größeren Beratungsbedarf bedeuten. Genau das sind die Bedingungen, die unserer Ansicht nach dazu führen müssen, dass Studentenwerke, die sozialen Ausgleich herstellen, beispielsweise auch diese Beratungsfunktion in hervorragender Form wahrnehmen. Dafür haben wir mit unserem Gesetzentwurf gesorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Punkt. Für uns sind Studentenwerke Dienstleister an Hochschulen, und sie sind soziale Dienstleistungsunternehmen. Wir wollen, dass mehr potenzielle Kunden die Leistungen der Studentenwerke in Anspruch nehmen können. Ich nehme sehr aufmerksam und sehr positiv wahr, dass in allen Gesetzentwürfen, wenn ich es richtig überblicke, beispielsweise die Kinderbetreuung für Kinder von Studierenden als Aufgabe an die Studentenwerke übertragen werden soll.

In den Gesetzentwürfen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD und jetzt auch in dem Gesetzentwurf der CDU ist das, was wir in Hessen nicht haben, die Übertragung der Aufgabe der kulturellen Organisation durch Studentenwerke, aufgeführt. Wenn Sie den Bericht des Deutschen Studentenwerkes anschauen, werden Sie dort sehen: ein weißes Blatt für Hessen. – Wir haben jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch dies möglich wird.

Ich will es ausdrücklich sagen, an dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefällt mir sehr

gut die Aufnahme dessen, was sie dort Maßnahmen zur Gesundheitsförderung genannt haben. Das ist in der Tat ein Bereich, der momentan nicht als Aufgabe definiert war und jetzt Aufnahme finden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Streit zwischen den Fraktionen besteht nun darin, wie diese Ziele am besten zu erreichen sind. Ich glaube, es ist unzweideutig, dass wir insgesamt eine stärkere Übertragung von Verantwortung und Entscheidungsbefugnissen wollen. Herr Minister Corts hat immer darauf hingewiesen, dass er es nicht zu seinen Kernaufgaben zählt – ich gebe ihm da durchaus Recht –, die Preise für die Fischbrötchen in den Mensen festzulegen. Wie Herr Präsident Klockner von der Fachhochschule Wiesbaden festgestellt hat, ist es auch so, dass die Bestellung und die Bestätigung der Wirtschaftsprüfer nicht unbedingt zu den Kernaufgaben eines Ministeriums gehören. Von daher ist die Tatsache unstrittig, dass wir dort, auch historisch gesehen, ein Stück Entstaatlichung darstellen wollen.

Aber wir haben in der Tat einen Kernunterschied, insbesondere zur FDP. Wir wollen nicht die Öffnungsklausel, wie Sie sie vorgesehen haben, die es privaten Anbietern ermöglicht, Aufgaben oder Teile von Aufgaben der Studentenwerke vollständig zu übernehmen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist keine hoheitliche Aufgabe!)

– Unabhängig von den Hoheitsaufgaben. – Frau Wagner, ich will es Ihnen an einem durchaus sehr konkreten Beispiel erläutern. Wenn wir es so machen, dass wir innerhalb der Studentenwerke den Privaten ermöglichen, die Rosinen herauszupicken, und das, was die soziale Daseinsvorsorge ist, nur noch den Studentenwerken überlassen, dann kommen wir zu einer ungünstigen Situation, die nicht mehr sozialen Ausgleich, sondern eine größere soziale Schere an den Hochschulen bedeutet. Ich kann Ihnen das im Mensabereich sehr konkret benennen. Wenn wir dem privaten Anbieter das High-Class-Menü übertragen, aber gleichzeitig sagen, dass die Studentenwerke für die Armenküche bei den Studierenden zuständig sind, dann ist das eine Situation, die zumindest wir nicht wollen. Aber dem würden wir mit dem Gesetzentwurf der FDP Vorschub leisten.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen, dass die soziale Balance erhalten bleibt. Deshalb stößt eine Öffnungsklausel, wie sie im Gesetzentwurf der FDP angelegt ist, nicht auf unsere Zustimmung. Da werden wir nicht mitmachen.

Ich will einen letzten Aspekt benennen. Wenn Studentenwerke Einrichtungen der sozialen Daseinsfür- und -vorsorge sind, dann bedürfen sie der finanziellen Unterstützung des Staates. Dem Bericht des Ministeriums – ich glaube, das ist ein oder eineinhalb Jahre her – über die Situation der Studentenwerke, Ausschussvorlage WKA/16/37, der übrigens eine der qualifizierten Voraussetzungen für unsere umfangreichen Beratungen gewesen ist, ist zu entnehmen, dass den Studentenwerken durch den Rückgang der Studierendenzahlen infolge des Studienguthabengesetzes 1,7 Millionen € weniger zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden zumindest für 2005 – insofern muss der Bericht neueren Datums sein – weitere 2,2 Millionen € wegen der angespannten Haushaltslage im Bereich der Studentenwerke gekürzt werden. Das ist in Ihrem Bericht so dargestellt.

Die Gesamtfinanzierung der Studentenwerke ist – ich will jetzt nur zwei Zahlen nennen – von 19,4 Millionen € im Jahr 1995 auf 16,1 Millionen € im Jahr 2005 deutlich zurückgegangen, und dies im Übrigen bei steigenden Studierendenzahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen als Gesetzgeber nicht einer Entwicklung Vorschub leisten, die es in einem Bereich der sozialen Daseinsvorsorge der Regierung einfacher macht, sich aus finanzieller Verantwortung zurückzuziehen, frei nach dem Motto: Wenn es ein Privater übernimmt, dann brauchen wir auch nicht mehr die Kosten dafür zu übernehmen. – Ich will der Ehrlichkeit halber hier sagen, dass ich dafür momentan keine Tendenz sehe; denn Minister Corts hat, abgesehen von den Kürzungen, von denen ich eben gesprochen habe und die von Ihnen hinterlegt sind, bisher keine Anstalten gemacht, bei der Grundförderung der Studentenwerke irgendwelche Abstriche vorzunehmen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Wir waren uns doch einig! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Herr Kollege Müller, Sie sagen, dass wir uns einig waren. Ich habe ganz am Anfang gesagt, es ist das gute Recht jeder Fraktion, die Unterschiedlichkeiten herauszustellen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Wagner, ich habe diese Unterschiede sehr sauber herausgearbeitet. Wer im Bereich der Studentenwerke, die nach unserer Auffassung für soziale Daseinsvorsorge zuständig sind, die Gewinne privatisieren und die Risiken sozialisieren will, der macht Studentenwerke nicht zu einer Angelegenheit des sozialen Ausgleichs, sondern der macht das Gegenteil. Wir wollen den sozialen Ausgleich an den Hochschulen, weil dies unter einer stärkeren Konkurrenzsituation dringend geboten ist. Das ist der Gegenstand dieser Diskussion. So viel zu Ihrem Einwand.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU) und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass sich im Ausschuss über unser Vorgehen, einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht zu haben, eine gewisse Verstimmung niedergeschlagen hat.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): So ist es!)

Aber ich sage auch vor dem Hintergrund, dass wir in den vergangenen eineinhalb Tagen schon eine Reihe von Gesetzentwürfen beraten haben und am nächsten Tag, den wir noch vor uns haben, noch eine Reihe von Gesetzentwürfen beraten werden: Wenn sich die politische Konkurrenz und der politische Wettbewerb hier im Parlament an jedem Gesetz in der Form abspielen würden, wie es bei dem Studentenwerksgesetz der Fall ist, dass alle vier Fraktionen ihre Vorschläge auf den Tisch legen, dann kommen wir nicht nur weiter in dem Herausarbeiten von Unterschieden zwischen uns,

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ach, woher!)

sondern wir kommen auch in der Sache weiter. Die Beispiele, die wir im Bereich Wissenschaft und Kunst jeweils dazu exerziert haben, sind ein guter Beleg dafür, wie Demokratie weiterkommen kann und nicht zurückfällt in ausschließliche Erklärungen, die wir hier austauschen.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Michael Siebel (SPD):

Ein letzter Satz. – Es geht bei den Studentenwerken in Hessen auch um die Tatsache, wie 1.000 Arbeitsplätze in den Studentenwerken in Hessen gestaltet werden.

Deshalb sage ich: Wir haben mit den vier Gesetzentwürfen eine Basis, auf der wir nach unserer Auffassung in der Tat zu einem guten und konsensuellen Ergebnis kommen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Sorge, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geschätzter, werter, lieber Herr Kollege Siebel,

(Heiterkeit und Beifall)

ich bin froh, dass du dich hierhin stellst und ausdrücklich Teile unseres Gesetzentwurfes lobst und sie sehr begrüßt. Auch ich begrüße Teile der Gesetzentwürfe der anderen Fraktionen. Was ich allerdings ausdrücklich nicht begrüße, ist, dass wir heute unsere Positionen zum Studentenwerksgesetz debattieren, weil genau das kein Ruhmesblatt der hessischen Sozialdemokratie ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Alle Fraktionen – das sehen wir, wenn wir die Gesetzentwürfe lesen – sind sich in wichtigen Punkten der Weiterentwicklung der Studierendenwerke einig. Wir wollten uns nun nach dem Anstoß der FDP und nach der Anhörung, die sich extra nicht nur mit dem damaligen Gesetzentwurf der FDP, sondern generell mit der Zukunft der Studentenwerke befasst hat, unter uns Obleuten zusammensetzen und über die Chancen eines gemeinsamen Entwurfs diskutieren. Dass wir dann am Dienstag vor zwei Wochen in unsere Fraktionssitzungen hinein eine als Erinnerung getarnte Einladung zu einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Studentenwerksgesetzentwurfs der SPD für denselben Tag um 12.30 Uhr bekamen, obwohl unser Obleutegespräch für 14 Uhr angesetzt war, das war – sehr vorsichtig ausgedrückt, Herr Kollege Siebel – sehr uncharmant.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Eine Schande!)

Dass daraufhin insbesondere die Kollegin Beer das Obleutegespräch wütend abgesagt hat, war als erste Reaktion mehr als verständlich.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Eine überzogene Reaktion!)

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN hatten bereits seit längerem einen eigenen Vorschlag zum Studentenwerksgesetz in der Schublade. Das hatten wir auch angekündigt, und wir wollten unsere Vorstellungen zunächst einmal in dieses Obleutegespräch einfließen lassen. Nun

ist es, wie es ist, und wir haben jetzt von allen Fraktionen Gesetzentwürfe vorliegen. Dass uns der CDU-Entwurf erst heute Morgen im Eilverfahren erreicht hat, ist zwar ein klein wenig unfreundlich. Dafür entschädigt aber der Inhalt; denn insbesondere begrüßenswert ist, dass er sich von dem absurden Vorschlag der Jungen Union, die Studentenwerke ganz abzuschaffen, positiv abhebt und die Studentenwerke und sogar die Studierendenschaften lobt.

Wenn man genau hinguckt, merkt man, dass wir nicht sehr weit voneinander entfernt sind. Frau Beer, Frau Kühne-Hörmann und auch Herr Siebel, ich würde mich freuen, wenn wir nach dieser Debatte einen neuen Anlauf nehmen würden und dann im Sinne der Studierendenwerke gemeinsam vorankämen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, mit unserem Gesetzentwurf wollen wir für die interfraktionellen Einigungsgespräche Denkanstöße geben. Wir wollen mit den anderen Fraktionen im Wesentlichen über drei Problemfragen in den Dialog eintreten.

Erstens sind die Studierendenwerke zwar ein großer Akteur bei der sozialen Infrastruktur in den Hochschulen, aber sie sind bei weitem nicht der einzige Akteur. Es gibt noch die Hochschulgemeinden, die ASten, die Hochschulen selbst und auch die Sozialverbände. All diese bieten bereits soziale Infrastruktur für Studierende an. Daher sollten wir die gesamte vielfältige Trägerlandschaft in den Blick nehmen. Das ist in den anderen Gesetzentwürfen noch nicht hinreichend geschehen. Wir haben hier den weitestgehenden Vorschlag, nämlich nicht nur die Studierendenwerke, sondern die gesamte soziale Infrastruktur für Studierende in den Blick zu nehmen. Deswegen heißt unser Gesetzentwurf auch so.

Wir schlagen vor, dass alle an sozialer Infrastruktur Beteiligten vor Ort über die Art und Weise der Kooperation nachdenken sollten und der Landesgesetzgeber hier nur faire Rahmenbedingungen schaffen soll. Dazu gehört etwa, dass die Träger sozialer Infrastruktur ihre Angebote gegenseitig abstimmen und auch gegenseitig bewerben.

Zweiter Punkt. Die Trägerinnen und Träger sozialer Infrastruktur agieren in einem besonderen und subventionierten Markt. Dieser Markt ist ein besonderer Markt, da er für Studierende wirtschaftlich leistbare Preise aufweist. Diese Preise werden durch Subventionen, durch studentische Beiträge oder durch Zuschüsse niedrig gehalten. Daher kann es mit der Privatwirtschaft an zwei Ecken Konflikte geben. Einen konnten wir jüngst in Frankfurt beobachten: Da die Mensa im I.G.-Farben-Haus so gut und so preiswert ist, haben dort Bankerinnen und Banker zu Bedienstetenpreise gegessen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Die Gaststätten der Umgebung hatten das Nachsehen. Meine Damen und Herren, hier brauchen wir eine sinnvolle Regelung, denn natürlich sollen auch weiterhin Leute von außen in den Mensen essen können. Aber die Preise für sie müssen dem örtlichen Markt angemessen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Auch kann beispielsweise perspektivisch Schulspeisung durch Studierendenwerke angeboten werden, aber auch

da nur so, dass die Studierenden das mit ihrem Beitrag nicht finanzieren.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr richtig!)

Daher sieht unser Gesetzentwurf auch hier Regeln vor, durch die Quersubvention verboten und marktübliche Preise vorgesehen werden.

Ein weiterer möglicher Konfliktpunkt ist, dass selbst der subventionierte Markt für Private interessant ist. Wir wissen das vom Bau von studentischem Wohnraum. In diesem Fall sollten sie das auch dürfen, und gegen Entgelt können sie dem Studentenwerk die Zimmerbelegung überlassen. Aber die Miete muss am studentischen Geldbeutel orientiert sein. Hier gilt es, Kriterien für das Angebot sozialer Dienstleistungen für Studierende zu finden. Auch dies haben die anderen Gesetzentwürfe nicht im Blick.

Im Gegenteil. Der Vorschlag der CDU, dass Studierendenwerke sich nur wirtschaftlich betätigen können, wenn es Private nicht besser können, geht sehr an der Realität vorbei und kann sicher nicht ganz ernst gemeint sein, denn so könnten Studierendenwerke beispielsweise keine Zusatzeinnahmen für andere Bereiche generieren. Das wäre sicherlich sehr kontraproduktiv.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das führt mich gleich zum dritten Punkt. Die Studierendenwerke brauchen mehr Zuschüsse durch das Land. Der Haushalt wird hier nicht sofort Riesensprünge machen können. Aber der politische Wille sollte deutlich werden. Davon ist leider im CDU-Entwurf keine Rede.

(Frank Gotthardt (CDU): Wann haben Sie das zuletzt beantragt?)

– Herr Kollege Gotthardt, schön, dass Sie noch hier sind.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Hier wäre zumindest eine Regelung wie in Baden-Württemberg angemessen gewesen, wo die Studierendenwerke einen gesetzlichen Anspruch auf die Zuschüsse haben.

Auch den Vorschlag der FDP, dass es ein System leistungsbezogener Mittelverteilung geben sollte, finde ich gut. Allerdings wundere ich mich – ich hoffe, darauf geht Frau Kollegin Wagner gleich noch ein –, dass das HMWK die Zielvereinbarungen mit den Studierendenwerken abschließen soll. Sehr viel sinnvoller ist es doch, dass die Hochschulen die Zielvereinbarungen mit den Studierendenwerken schließen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Genau!)

Die CDU hat unseren Vorschlag, dass die Mittel zweckgebunden an die Hochschulen fließen und diese dann an die Weiterleitung Zielvereinbarungen knüpfen können, dankenswerterweise in ihren Entwurf aufgenommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch auf einzelne Punkte eingehen, wo wir im Einzelnen Konsens bzw. Gesprächsmöglichkeiten sehen.

Erstens zu den Aufgaben. Ich freue mich, dass auch die CDU die Kinderbetreuung und die Förderung der Kultur in die neue Aufgabenbeschreibung für die soziale Infrastruktur aufgenommen hat. Das macht Sinn. Meine Damen und Herren, auch der Sport, den die CDU jetzt neu vorgeschlagen hat, macht Sinn, weil das zur Profilbildung und zur verbesserten Betreuung der Studierenden beitragen kann. Die Kinderbetreuung werden die Kommunen, die Hochschulen und auch die Studierendenschaft mitfi-

nanzieren müssen. Einige gute Beispiele dafür gibt es bereits in Hessen. Da das so ist, wollen wir, dass zumindest die Stadt am Sitz des Studierendenwerkes im Verwaltungsrat mitwirkt. Das wäre auch im Hinblick auf die Versorgung mit studentischem Wohnraum vorteilhaft. Daher erhoffe ich mir, dass sich die anderen Fraktionen diesen Vorschlag überlegen und auch aufnehmen werden.

Der zweite Bereich sind die Organe. Ich denke, wir wollen alle den Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin stärken, den Vorstand in Verwaltungsrat umbenennen, ihm die strategischen Entwicklungsaufgaben übertragen und die Aufsicht des Ministeriums auf die Rechtsaufsicht begrenzen. Kleinere Differenzen mag es bei den einzelnen Aufgaben und bei der Besetzung des Verwaltungsrats geben. Wir sind beispielsweise der Ansicht, dass die Studierenden im Verwaltungsrat weiterhin Gewicht haben müssen. So sieht es erfreulicherweise auch die CDU. Wir denken aber, dass die studentische Mitbestimmung näher an die Sozialpolitik der ASten herangeführt sein sollte. Daher wollen wir hier einen Gleichklang der Amtszeiten haben. Außerdem wollen wir, wie bereits erwähnt, die Magistrate der Sitzstädte im Verwaltungsrat vertreten wissen, da auch hier eine gute Kooperation nötig ist.

Der dritte Bereich ist die Finanzierung. Zur leistungsorientierten Mittelzuweisung habe ich bereits etwas gesagt. Wir sollten allerdings auch dringend die Säule der Beiträge im Blick behalten. Die Studierenden werden ohnehin von Semester zu Semester mit Mehrausgaben bei den studentischen Beiträgen wegen des RMV-AStA-Semestertickets belastet. Hinzu kommen noch die Verwaltungsgebühren. In einer solchen Situation kann ein Studierendenwerk nicht einfach, wie beispielsweise in Frankfurt geschehen, auf einen Schlag den Beitrag um 10 % erhöhen. Bislang decken die Beitragseinnahmen die Deckungslücken der Studierendenwerke. Wir wollen aber verhindern, dass hier einfach beliebig expandiert werden kann und die Studierenden immer höhere Beiträge zahlen müssen. Wie bei den Studierendenschaften selbst sollten hier Maßstäbe eingeführt werden, die die Höhe des Beitrags an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Studierenden messen.

In diesem Zusammenhang finde ich den FDP-Vorschlag nicht besonders durchdacht, nach dem Studentenwerke Teile ihrer Aufgaben an private Unternehmen abgeben können sollen und diese dann Zwangsbeiträge von den Studierenden nehmen können. Das ist sicher nicht machbar. Hier müssen dringend sozial ausgewogene Grenzen eingezo-

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, das war ein Überblick über unsere Position. Ich denke, dass wir den ganzheitlichsten Gesetzentwurf haben. Ich freue mich auf hoffentlich konstruktive Gespräche zu den Gesetzentwürfen. Ich denke, dass wir nicht sehr weit voneinander entfernt sind. Vielleicht schaffen wir es, genau wie beim TUD-Gesetz, uns auf einen Konsens aller im Hause zu einigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Kühne-Hörmann für die Fraktion der CDU.

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nur kurz darauf eingehen, wie die Gesetzentwürfe zustande gekommen sind. Im Rahmen der Novelle des Hochschulgesetzes gab es eine Initiative der FDP, damals zum Studentenwerkesgesetz mit nur einem einzigen Paragraphen. Es ging nämlich um die Festsetzung der Essens- und Mietpreise, die bis heute dem Ministerium obliegt. Die Festsetzung sollte auf die Vorstände der Studentenwerke übertragen werden. Es ist uns gelungen. Dafür hat die CDU-Fraktion auch geworben. Wir haben gesagt: Es ist uns zu wenig, nur diese Vorschrift zu ändern. Wir setzen uns für eine umfangreiche Anhörung zu diesem Thema ein. Nach einer ergebnisoffenen, informativen Anhörung denken wir darüber nach, wie das Studentenwerkesgesetz generell novelliert werden kann.

An diesem Punkt stehen wir heute. Die Anhörung hat stattgefunden. Herr Kollege Siebel, ich will es mir ersparen, noch einmal detailliert auf das einzugehen, was Frau Kollegin Sorge gesagt hat. Ich kann alles unterstreichen, was sie hier zum Umgang miteinander dargestellt hat. Ich will ausdrücklich betonen, dass ein solcher Umgang zwischen den Obleuten jedenfalls im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst bisher unüblich war.

(Michael Siebel (SPD): Ach!)

– Herr Siebel, ich finde das ziemlich unkollegial. Das ist ein schwacher Ausdruck, aber der ist parlamentarisch. Den Rest muss man sich denken.

Ich komme zu unserem Gesetzentwurf. Die allermeisten verbinden mit den Studentenwerken ausschließlich das Mensaessen. Das ist aber nur ein kleiner Teil der Aufgaben. Die Stärkung der Autonomie der Hochschulen hat auch Auswirkungen auf die Studentenwerke. Heute müssen wir das Gesamtsystem Hochschule betrachten, das sich aus verschiedenen Akteuren zusammensetzt: den Hochschulen, den Studentenwerken, den Studierenden und nicht zuletzt den Kommunen als Partnern. Der Service um das Studium herum und die enge Verzahnung zur Hochschule sollen Studienabbrecherquoten senken, den Studienverlauf optimieren und einen erfolgreichen Studienabschluss gewährleisten. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat die CDU-Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Studentenwerken mehr Autonomie einräumt. Die erste entscheidende Änderung ist, dass die Geschäftspolitik der Studentenwerke nicht mehr im Wege der Fachaufsicht, sondern im Wege der Rechtsaufsicht durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst erfolgt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Das heißt, beispielsweise bezogen auf die Initiative zu diesem Gesetzentwurf, dass die Essenspreise nicht mehr vom Ministerium festgesetzt werden. Der Aufgabenkatalog wird präzisiert und der Entwicklung in den Hochschulen angepasst. Für die CDU-Fraktion war entscheidend, die kulturelle und sportliche Förderung neu aufzunehmen,

ebenso wie die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von ausländischen Studierenden, von behinderten Studierenden und denen mit Kindern. Ein besonderes Anliegen – das haben meine beiden Vorredner auch schon gesagt – ist der CDU-Fraktion, wie den anderen, auch die Vereinbarkeit von Familie mit Studium. Wir haben damals als CDU-Fraktion bereits im Hochschulgesetz dafür gesorgt, dass in die allgemeinen Aufgaben für die Hochschulen eine Regelung aufgenommen worden ist, die lautete – ich zitiere § 3 Abs. 4 Hochschulgesetz –:

Die Hochschulen erleichtern für ihre Mitglieder die Vereinbarkeit von Familie mit Studium, wissenschaftlicher Qualifikation oder Beruf. Sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern.

Ich will an dieser Stelle erwähnen, dass in der Anhörung der Vertreter der Universität Gießen darauf hingewiesen hat, dass die Vereinbarkeit von Familie und Studium deshalb schwierig ist, weil es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt. Diejenigen Studierenden, die aus den Landkreisen kommen, können ihre Kinder nicht in die Kindertagesstätten in der Stadt geben, weil dort beispielsweise die Stadt Gießen zuständig wäre. Ich bin gerade dabei zu klären, woran es liegt. Ich denke, im Ziel sind wir uns einig, dass an den Hochschulstandorten sichergestellt werden muss, dass die Studierenden am Standort der Universitäten ihre Kinder in Kindertagesstätten geben müssen und nicht am Wohnort.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Richtig!)

Das führt dazu, dass man Vereinbarkeit von Studium und Familie durchführen kann. Wenn das örtlich zu weit weg ist, ist das schier unmöglich.

Der vorgelegte Gesetzentwurf enthält mehrere Öffnungsklauseln. Mit Erlaubnis des Präsidenten will ich § 3 Abs. 4 zitieren:

Die Studentenwerke dürfen sich wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Studentenwerks und zum voraussichtlichen Bedarf steht und der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben können sich die Studentenwerke Dritter bedienen, sich an Unternehmen beteiligen und selbst Unternehmen gründen.

Diese Regelung im Gesetz ist an § 121 der Hessischen Gemeindeordnung angeglichen, sodass Studentenwerke, soweit sie sich wirtschaftlich betätigen, denselben Regelungen unterliegen wie kommunale Unternehmen. Neu für die Studentenwerke ist, dass sie sich an Unternehmen beteiligen und selbst Unternehmen gründen können.

Eine weitere Öffnungsklausel befindet sich in § 3 Abs. 5. Dort geht es um eine tarifrechtliche Öffnungsklausel, eine Forderung einiger Studentenwerke. Diese Regelung existiert in Nordrhein-Westfalen seit etwa eineinhalb Jahren und ist mit der Unterstützung der dortigen SPD-Fraktion zustande gekommen. Bisher konnten Ausgründungen vorgenommen werden, was dazu führte, dass eine Spaltung der Belegschaft stattfand. Mit dieser Regelung würde zukünftig die Möglichkeit eröffnet, über eine Veränderung der tarifrechtlichen Regelungen sowohl eine Beschäftigungssicherung als auch eine umsatzabhängige Komponente einzuführen und damit auch andere Entloh-

nungsformen zu installieren. Diese Möglichkeit liegt im Interesse des wirtschaftlichen Handelns und ist insbesondere im gastronomischen Tätigkeitsbereich erforderlich. Das haben uns einige Studentenwerke so vorgetragen. Im Übrigen hat dies bei der Anhörung auch der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks sinngemäß ausgeführt.

Das neue Steuerungsinstrument der Ziel- und Leistungsvereinbarungen ist für die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Studentenwerken verbindlich vorgeschrieben, und in § 3 Abs. 7 ist eine weitere Öffnungsklausel vorgesehen, nach der auch eine Hochschule ganz oder teilweise Aufgaben der Studentenwerke übernehmen kann. Damit haben wir eine Öffnung geschaffen, die es dem Präsidenten der TU Darmstadt ermöglicht, Aufgaben des Studentenwerks in der Hochschule zu übernehmen. Daran besteht in Darmstadt großes Interesse. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn von dieser Öffnung Gebrauch gemacht würde, um zu dokumentieren, dass die Aufgabenerledigung unter einem Dach, dann dem Dach der Hochschule, auch zielführend sein kann.

Ebenso kann die Aufgabenübertragung auf einen privaten Dritten erfolgen. Das ist das, was in dem FDP-Entwurf auch enthalten ist und was der Kollege Siebel als soziale Kälte bezeichnet hat. Wir haben dort einen Parlamentsvorbehalt hineingeschrieben. Ich kann nicht erkennen, wenn Aufgaben von einem privaten Dritten ebenso erledigt werden wie von einem Studentenwerk, worin da die soziale Kälte liegen kann. Herr Siebel, das ist einfach nur eine Plattitüde. Das ist durch nichts zu belegen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Ideologie, nichts anderes! Lafontaine ist das!)

Die Organstruktur hat sich bewährt und bleibt von daher erhalten. Die aus dem Aktienrecht stammende Bezeichnung „Vorstand“ wird durch „Verwaltungsrat“ ersetzt, da damit eine klare Trennung zwischen den Aufgaben der Geschäftsführung, dem operativen Geschäft, und den Aufgaben des Verwaltungsrats, der das strategische Geschäft wahrnimmt und die Kontrollfunktion ausübt, offenkundig wird. Im Sinne der Deregulierung wird die Frage des Vorsitzes im Verwaltungsrat nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben, vielmehr wird der Vorsitzende von den Mitgliedern des Verwaltungsrats gewählt. Das war im Übrigen eine Forderung der Universitätspräsidenten, die diesen Wunsch geäußert hatten. Der Geschäftsführer nimmt an den Verwaltungsratssitzungen mit beratender Stimme teil. Er ist antragsberechtigt und erhält ein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Verwaltungsrats, die er für rechtswidrig oder wegen fehlender Mittel für nicht vollziehbar hält. Auch das ist neu. Der Verwaltungsrat kann außerdem im Bedarfsfall sachkundige Personen zur Beratung hinzuziehen. Auch das ist ein Vorschlag aus der Anhörung. Sachkundige hinzuzuziehen hat sich nach unserer Auffassung auch nach der Installation des Hochschulrats bewährt.

Ich denke, bei den Kernpunkten des Gesetzes – das hat Frau Kollegin Sorge eben auch schon gesagt – gibt es einige Punkte, über die man sicherlich Einvernehmen erzielen kann. Deshalb setze ich im Interesse der Hochschulen, der Studentenwerke und vor allem der Studenten selbst auf eine gemeinsame Einigung der Fraktionen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst.

(Beifall bei der CDU, bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Wagner für die Fraktion der FDP.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr über die Einigkeit der drei Fraktionen, die zu diesem Thema deutlich geworden ist. Ich sage ausdrücklich, dass wir uns in der Tat über die Position ärgern, die Herr Siebel hier für die SPD-Fraktion vorgetragen hat. Ich erinnere Sie, Herr Siebel, an Ihre eigenen Worte vom 28. Juni, schriftlich der Öffentlichkeit dargeboten. Da hieß es:

Ebenso wenden wir uns gegen die Umwandlung des Vorstands in einen Verwaltungsrat. Wir wollen weder am Namen noch an der Zusammensetzung und erst recht nichts an den Zuständigkeiten (des Studentenwerks) ändern. Die FDP schüttet hier das Kind mit dem Bade aus.

Drei Wochen später legen Sie einen Gesetzentwurf vor, der in Wahrheit lediglich in einem einzigen Punkt anders ist als der der FDP-Fraktion, den Sie schlicht abgekupfert haben.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich sage, dass das im Fußballspiel mindestens mit einer gelben Karte belohnt würde. Die haben Sie heute von uns dreien bekommen. Machen Sie so weiter, dann bleiben Sie außen vor. Dann kriegen Sie die rote. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was die SPD und insbesondere Herr Siebel mit seinem unfairen Verhalten gegenüber den anderen Kollegen – es gab Absprachen, denen Sie zugestimmt und die Sie gebrochen haben – erreicht haben, ist, dass ein Gesetz, das in Wahrheit eigentlich schon zwei Anhörungen hinter sich hat, nach dem Motto wieder verzögert worden ist: Hessische Schwangerschaften können ja ein bisschen länger dauern.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das ist in Wahrheit die Krux an diesem Vorgang.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt in diesem Haus mehr als eine Zweidrittelmehrheit für die neue Regelung. Wir haben uns freundlich auf Sie eingelassen und haben auf Sie gewartet, und jetzt stellen Sie sich da hin, als hätten Sie sozusagen als Allererste die Wahrheit erfunden.

Meine Damen und Herren, worum geht es? Ich will nicht wiederholen, was die Kollegen hier kompetent vorgetragen haben, sondern einfach noch einmal sagen: Wir haben schon bei der Novellierung des Hochschulgesetzes 2000 gesagt, es könne nicht sein, dass wir in den Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen schon weit gehende Öffnungsmöglichkeiten für Verantwortlichkeiten haben, dass wir Entscheidungen nach unten verlagern, dass wir klar zwischen strategischen und operativen Geschäften unterscheiden und dass am Ende übrig bleibt –

Herr Corts wird das so sehen wie ich und unsere Vorgänger auch –, dass einem Minister eine der dämlichsten Tätigkeiten, sage ich einmal, zugemutet wird, wenn er aufschreiben soll, wie viel für Fischbrötchen in den Mensen Hessens bezahlt werden soll usw., die Fleischwurst, und was auch immer da noch ansteht.

(Minister Udo Corts: Und die Fleischbrötchen! – Lothar Quanz (SPD): Freiheit für die Fischbrötchen!)

– „Freiheit für die Fischbrötchen“ wäre ein wunderbares Motto. Das werden wir jetzt beschließen, auch gegen Ihre Kapitalismuskritik, lieber Herr Quanz. Das machen wir doch einmal.

Meine Damen und Herren, wir haben seit Juni dieses Jahres aufgrund der Anhörungen, die einen dreifachen Test bedeuteten – in allen Anhörungen aufgrund unseres ersten Gesetzentwurfs weit gehende Zustimmung, eine weit gehende Zustimmung aller Studentenwerke zu einer Reihe interessanter zusätzlicher Vorschläge, auch eine Zustimmung der Hochschulen selbst und eine angenehme Mitarbeit bzw. Zusammenarbeit mit dem Haus –, jetzt drei bzw. vier Gesetzentwürfe auf dem Tisch, von denen ich glaube, dass es wichtig ist, einfach einmal zusammenzufassen, wo die Möglichkeiten der Zusammenarbeit und wo die Schnittstellen sind.

Meine Damen und Herren, wichtig ist aus unserer Sicht, dass in den unterschiedlichen Leistungsangeboten der Studentenwerke, von Beratung über Verpflegung bis zu Wohnheimplätzen, die Studentenwerke sozusagen auch konkurrenzfähiger sein können. Das ist im Vergleich zu anderen Bundesländern mit unserer bis heute geltenden Gesetzgebung eben nicht der Fall gewesen. Da sind wir uns alle einig.

Der zweite Punkt ist, dass wir unbedingt auch eine größere Autonomie der Studentenwerke haben wollen, und zwar weg von der Fachaufsicht hin zur reinen Rechtsaufsicht, ein alter Grundsatz, den CDU und FDP bei allen Gesetzen durchgeführt haben und den wir alle vier beim TUD-Gesetz sozusagen noch weiter vervollständigt haben.

Der dritte Punkt ist, dass man sich auch Dritter für die eigenen Aufgaben, bis hin zur Beteiligung an Unternehmen und eigenen Unternehmensgründungen, bedienen könnte. Was ich sehr wichtig finde – das haben wir aus der Anhörung selbst noch einmal sauber erarbeitet, und Frau Beer hat es übernommen –, ist die Neujustierung der Aufgaben der Gremien des Studentenwerks in einen Vorstand und einen Verwaltungsrat. Der eine trifft die strategischen Entscheidungen, der andere übt die Kontrollfunktion aus. Daneben gibt es mit der Geschäftsführung die operative Geschäftspolitik. Das sage ich ausdrücklich an die Adresse von Frau Sorge und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich finde den Vorschlag sehr interessant, eventuell auch wegen der sozialen Aufgaben des Studentenwerks zu sagen: Warum soll nicht im Verwaltungsrat ein Mitglied einer Kommune mit drin sein, weil wir da gerade die Verzahnung in den sozialpolitischen Bereich haben? Ich kann mir vorstellen, dass das gerade bei der Kinderbetreuung etwas Tolles gibt. Ich will Ihnen einen Punkt nennen, den wir ja unter der Hand schon vor drei oder vier Jahren hingekriegt haben. Auf dem Campus der Uni Frankfurt haben wir der Evangelischen Kirchengemeinde ein Erbbaurecht übertragen, damit diese in Kooperation mit dem Studentenwerk den Kindergarten betreut.

Nach diesem Muster lassen sich vielfältige Möglichkeiten darstellen. Vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, dass möglichst bald eine Kinderbetreuung stattfindet. Das ist das Entscheidende. Die jungen Studierenden, die jungen Akademikerinnen brauchen eine Kinderbetreuung vor Ort, wie es Frau Kühne-Hörmann schon gesagt hat. Wenn wir so lange warten, bis wir – in vielleicht 20 Jahren – ein Kindertagesgesetz für die Unis haben, dann wird es keine Akademikerinnen mit Kindern mehr geben, denn die werden dann gar nicht erst geboren.

Der nächste wichtige Punkt betrifft die Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Diese sollten – wie im Hochschulgesetz und im ersten Gesetz über die Unikliniken vom Jahre 2000 – zwischen den Studentenwerken und den Hochschulen einerseits, aber auch zwischen den Studentenwerken und dem Land geschlossen werden.

Hier gibt es einen Punkt, über den wir mit Ihnen unbedingt reden wollen. Wir denken, dass wir – ähnlich wie beim Hochschulpakt – eine finanzielle Planungssicherheit geben müssen. Wir müssen den derzeitigen Haushaltsansatz für die Studentenwerke mindestens halten. Ich nehme mich da selbst in Verantwortung und, wenn Sie wollen, auch in Schuld dafür, dass die finanzielle Unterstützung in den letzten Jahren sehr stark gesunken ist. Der jetzige Haushaltsansatz muss mindestens erhalten bleiben, denn wir liegen im Ländervergleich schon jetzt auf dem 16. Platz. Wenn wir den Ansatz senken würden, dann könnten die Aufgaben, die nach dem Willen aller Fraktionen von den Studentenwerken zusätzlich übernommen werden sollen, überhaupt nicht erledigt werden. Deshalb sollten wir einen Finanzpakt schließen, der einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren umfasst.

Ich sage zusammenfassend: Ich glaube, dass wir bei den Fragen der Autonomie, der Rechtsaufsicht und Fachaufsicht aufeinander zukommen und gemeinsame Formulierungen finden können. Ich glaube, dass wir bei der Frage der Organisationsform – Vorstand und Aufsichtsrat – eine große Schnittmenge in den Auffassungen mit den anderen Kolleginnen und Kollegen haben. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist uns zum Beispiel sehr wichtig, dass, wie vom Frankfurter Studentenwerk gefordert, die zwei Frankfurter Hochschulen und die Kunsthochschule in Offenbach in die Regelung hineingenommen werden, um ein Gremium zu schaffen, das ein bisschen größer ist, statt kleinkariert nach den Hochschularten zu differenzieren.

An einem weiteren Punkt sind wir natürlich bereit, eine Einigung herbeizuführen; aber die Ausgangsposition muss für die FDP-Fraktion noch einmal klar beschrieben werden. Wir wollen nicht, dass es zu einer Verwischung, zu einer Konkurrenz zwischen Privaten und den Studentenwerken kommt. Herr Jung, das ist eine ganz wichtige Frage. Es hat bis vor etwa 15 Jahren die Situation gegeben, dass sich Hochschulangehörige, die nicht Studenten waren, zu Vorzugspreisen Jubiläen und ähnliche Anlässe von den Mensen haben ausrichten lassen. Das war nach meiner Auffassung nicht korrekt. Mit den Beiträgen der Studierenden sind nämlich zunächst die Belange der Studierenden zu befriedigen, nicht die der an der Hochschule Beschäftigten. Hier muss man wirklich sauber trennen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir verlangen ja auch von einem Fremden, der in einer Uni-Cafeteria sitzt, dass er für seinen Kaffee einen anderen Preis bezahlt als die Studenten.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident.

Deshalb will ich noch einmal sagen: Es geht überhaupt nicht um die Frage eines sozialen Ausgleichs oder um eine Kapitalismuskritik. Das sind Überschriften, die vielleicht vor dem 18. September erlaubt waren. Jetzt sind sie es nicht mehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Herr Siebel, es geht um Folgendes. Ich will nicht, dass ein hochmöglicher Mensch seinen Geburtstag oder ein Jubiläum zu verbilligten Preisen in einer Studentenwerksummensa feiert und der örtlichen Gastronomie damit die Möglichkeit entgeht, an dieser Festivität zu verdienen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der noch einmal bedacht werden muss. An der Stelle sollten wir eine andere Formulierung finden.

Wir freuen uns, wenn die lange Schwangerschaft endlich ein gutes Kind gebiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das nennt man dann Niederkunft.

(Heiterkeit)

Trotz Fischbrötchen hat nicht der Landwirtschaftsminister, sondern der Minister für Wissenschaft und Kunst das Wort. Bitte, Herr Corts.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht nicht nur um Fischbrötchen, sondern auch um andere Dinge. Deshalb ist es ganz wichtig, dass dieses Gesetz kommt. Die Initiativen des Landtags, insbesondere natürlich die meiner Fraktion, begrüße ich außerordentlich.

Das Thema beschäftigt uns seit einiger Zeit. Wir alle sind der gemeinsamen Überzeugung, dass die gesetzlichen Bestimmungen für unsere Studentenwerke dringend modernisiert werden müssen. Wir sind uns auch in einigen grundlegenden Prinzipien einig, vor allem darin, den Einfluss des Staates zurückzunehmen, sodass der Minister nicht mehr für alles zuständig ist, und ein möglichst hohes Maß an Autonomie einzuräumen.

Die bereits vorliegenden Entwürfe bestärken mich in meiner Überzeugung, dass es gelingen kann, im Hessi-

schen Landtag am Ende – Frau Kollegin Wagner sprach von einer Geburt – eine gemeinsame Position aller Fraktionen zu entwickeln. Dies täte der Sache gut und wird deshalb von mir nachdrücklich unterstützt.

Ohne mich im Einzelnen mit den vorliegenden Entwürfen beschäftigen zu wollen – das wollen wir im Ausschuss tun –, will ich aus der Sicht der Landesregierung folgende Punkte, die einer Neuregelung bedürfen, hervorheben.

Erstens. Wir sind uns alle einig, dass sich das Ministerium künftig grundsätzlich auf die Rechtsaufsicht beschränken soll. Notwendige Ausnahmen bilden selbstverständlich Auftragsangelegenheiten der Bundesausbildungsförderung und der Aufstiegsfortbildungsförderung. Wir vollziehen damit nach, was in anderen Ländern längst verwirklicht ist.

Zweitens. Die Aufgaben sollen überdacht und gegebenenfalls präzisiert werden. Die Landesregierung sieht insbesondere in der kulturellen Betreuung und in der besonderen Betreuung der Kinder von Studierenden wichtige Aufgaben, die zum Teil bereits von den Studentenwerken wahrgenommen werden, nunmehr aber auch gesetzlich verankert werden sollen. Ich sehe in Betreuungsangeboten für Studierende mit Kindern auch einen wichtigen Beitrag zur Verkürzung von Studienzeiten und, was uns allen am Herzen liegt, auch zur Verringerung von Studienabbruchquoten.

Drittens. Da ein noch so kluger Gesetzgeber – insbesondere dann, wenn vier Fraktionen beteiligt sind – nicht alle Entwicklungen voraussagen kann, spricht vieles dafür, in der Novellierung des Studentenwerksgesetzes eine Ermächtigung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst vorzusehen, im Wege der Rechtsverordnung weitere Aufgaben zu übertragen.

Viertens. Bei der Gremienstruktur sollte Bewährtes nicht ohne Not infrage gestellt werden. So sieht auch die Landesregierung den bisherigen zweigliedrigen Aufbau mit einem Vorstand – bzw. der künftigen Bezeichnung Verwaltungsrat – und einer Geschäftsführung weiterhin als sinnvoll an. Auch der Hinweis der GRÜNEN ist sicherlich nicht verkehrt, der sich auf Magistrate und Oberbürgermeister richtet. Ob das am Ende machbar sein wird, wage ich aber zu bezweifeln. Deswegen müsste man hier andere Wege finden. Im Grundsatz kann man darüber aber reden. Im Verwaltungsrat sollte auch künftig eine Mitbestimmung der Studierenden und der Bediensteten der Studentenwerke gewährleistet sein.

Fünftens. Von zentraler Bedeutung sind für die Landesregierung weiterhin Öffnungsklauseln, die die Studentenwerke in die Lage versetzen sollen, sich unter bestimmten Voraussetzungen wirtschaftlich zu betätigen und sich dabei auch im kaufmännischen Leben üblicher Verfahren zu bedienen. Sie sollten in die Lage versetzt werden, durch Outsourcing betriebswirtschaftlich möglicherweise effizientere Rahmenbedingungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu schaffen.

Sechstens. Nicht zuletzt sollte erwogen werden, dass die Studentenwerke eigene Tarifverträge abschließen können, um mit stärkerem Leistungsbezug und größerer Differenzierung der Vergütung qualifizierteres Personal zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht alles wiederholen, was von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt worden ist. Alle Fraktionsinitiativen gehen davon aus, dass die bewährte bisherige Rechtsform

der Studentenwerke als Anstalten des öffentlichen Rechts beibehalten wird. Die Landesregierung sieht das genauso und hält es für möglich, innerhalb dieser Rechtsform eine wesentlich größere Selbstständigkeit der Studentenwerke zu verwirklichen.

Wir haben damit eine gute Grundlage, gemeinsam mit allen Fraktionen Lösungen zu finden. Eine übereinstimmende Beschlussfassung des Landtags würde auch den Studentenwerken vermitteln – das ist ganz wichtig –, dass ihre Arbeit eine hohe Wertschätzung genießt und alle darum bemüht sind, die Leistungsfähigkeit der Studentenwerke zu verbessern. Ich bin gern bereit, auch die Unterstützung meines Hauses anzubieten und die dringend notwendige Novellierung des Studentenwerkesgesetzes möglichst bald auf den Weg zu bringen.

Ich beteilige mich nicht an der Diskussion der Obleute untereinander. Ich gebe Herrn Siebel als Mann nur einen Ratschlag: Sie werden die drei Abgeordneten – um beim Sprachgebrauch der letzten Tage zu bleiben – nach Jamaika treiben, wenn Sie so weitermachen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Michael Siebel (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren! Wir haben die erste Lesung der drei Gesetzentwürfe durchgeführt. Die drei Gesetzentwürfe sollen an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen werden. Ich lasse darüber beschließen.

Wer dafür ist, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Tagesordnungspunkt 4, an den Ausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist eine Überweisung beschlossen.

Gleiches gilt für den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tagesordnungspunkt 9. Wer ist für Überweisung? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Wer ist für die Überweisung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, Tagesordnungspunkt 70? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit hat, um bei den Formulierungen von Frau Wagner zu bleiben, der Gesetzentwurf der FDP drei Geschwister bekommen – und nur eines kommt durch.

(Große Heiterkeit)

Zum Schluss der Sitzung rufe ich **Tagesordnungspunkt 58** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/4331 –

Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Beschlussempfehlungen angenommen.

Meine Damen und Herren, ich beende die heutige Sitzung. Wir treffen uns morgen um 9 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.00 Uhr)